



Nur zur dienstlichen Verwendung

**Stenografisches Protokoll**  
der 76. Sitzung  
- Endgültige Fassung\* -

**1. Untersuchungsausschuss**

Berlin, den 26. November 2015, 11.30 Uhr  
Paul-Löbe-Haus, Europasaal (4.900)  
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1

Vorsitz: Prof. Dr. Patrick Sensburg, MdB

Tagesordnung

**Tagesordnungspunkt**

<i>Zeugenvernehmung</i>	<i>Seite</i>
- Renate Leistner-Rocca, LRD'in BAMF (Beweisbeschluss Z-98)	4
- Albert Karl, BK, Referatsleiter 603 (Beweisbeschluss Z-104)	61

\* Hinweis:

Die Korrekturen und Ergänzungen der Zeugin Frau Renate Leistner-Rocca (Anlage1) sowie des Zeugen Herrn Albert Karl (Anlage 2) sind in das Protokoll eingearbeitet.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

### Mitglieder des Ausschusses

	<b>Ordentliche Mitglieder</b>	<b>Stellvertretende Mitglieder</b>
CDU/CSU	Lindholz, Andrea Schipanski, Tankred Sensburg, Prof. Dr. Patrick	Ostermann, Tim, Dr. Wendt, Marian
SPD	Flisek, Christian Mittag, Susanne	Zimmermann, Dr. Jens
DIE LINKE.	Renner, Martina	Hahn, Dr. André
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Notz, Dr. Konstantin von	Ströbele, Hans-Christian

### Fraktionsmitarbeiter

CDU/CSU	Allers, Fried-Heye Bredow, Lippold von Feser, Dr. Andreas Fischer, Sebastian D.
SPD	Ahlefeldt, Johannes von Dähne, Dr. Harald Etzkorn, Irene
DIE LINKE.	Halbroth, Anneke Martin, Stephan Scheele, Dr. Jürgen
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Kant, Martina Keller, Dr. Iris Leopold, Nils Pohl, Jörn



## Nur zur dienstlichen Verwendung

### Teilnehmer Bundesregierung

Bundeskanzleramt	Heinemann, Martin Kämmerer, Marie Neist, Dennis Pabst, Daniel Pachabeyan, Maria Wolff, Philipp
Auswärtiges Amt	Berkemeier, Gunnar Lehmann, Uta
Bundesministerium des Innern	Akmann, Torsten Brandt, Dr. Karsten Darge, Dr. Tobias Jacobi, Stephan Matthes, Thomas Weiss, Jochen
Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz	Grätsch, Gabriele
Bundesministerium für Verteidigung	Henschen, Elmar Theis, Björn
Die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit	Kremer, Dr. Bernd

### Teilnehmer Bundesrat

LV Hessen	Steinbach, Arvid
LV Bayern	Luderschmid, Florian



## Nur zur dienstlichen Verwendung

(Beginn: 11.15 Uhr)

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich eröffne die 76. Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses der 18. Wahlperiode.

Ich stelle fest: Die Öffentlichkeit ist hergestellt. Die Öffentlichkeit und die Vertreter der Presse darf ich an dieser Stelle ganz herzlich begrüßen.

Bevor ich zum eigentlichen Gegenstand der heutigen Sitzung komme, gestatten Sie mir, wie jedes Mal, einige Vorbemerkungen:

Ton- und Bildaufnahmen sind während der öffentlichen Beweisaufnahme grundsätzlich nicht zulässig. Ein Verstoß gegen dieses Gebot kann nach dem Hausrecht des Bundestages nicht nur zu einem dauernden Ausschluss von den Sitzungen dieses Ausschusses sowie des ganzen Hauses führen, sondern gegebenenfalls auch strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen.

Ich rufe den **einzigen Punkt der Tagesordnung** auf:

### *Zeugenvernehmung*

- Renate Leistner-Rocca, LRDn BAMF (Beweisbeschluss Z-98)
- Albert Karl, BK, Referatsleiter 603 (Beweisbeschluss Z-104 )

Der Beweisbeschluss Z-98 stammt vom 24.09.2015 und der Beweisbeschluss Z-104 vom 15.10.2015. Es wird Beweis erhoben zum Untersuchungsauftrag - Bundestagsdrucksache 18/843 - durch Vernehmung der Zeugen Renate Leistner-Rocca und Albert Karl.

Zunächst werden die Zeugen hintereinander öffentlich vernommen. Im Anschluss findet die nichtöffentliche - gegebenenfalls eingestufte - Vernehmung statt.

### **Vernehmung der Zeugin Renate Leistner-Rocca**

Als Erstes begrüßen darf ich unsere Zeugin Frau Leistner-Rocca.

Ich stelle fest, dass die Zeugin ordnungsgemäß geladen ist. Frau Leistner-Rocca, Sie haben die Ladung am 18. November erhalten. Herzlichen Dank, dass Sie meiner Einladung gefolgt sind und dem Ausschuss für diese Vernehmung zur Verfügung stehen und uns Rede und Antwort stehen. - Ganz herzlichen Dank.

Ich habe Sie darauf hinzuweisen, dass die Bundestagsverwaltung eine Tonbandaufnahme der Sitzung fertigt. Diese dient ausschließlich dem Zweck, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Aufnahme wird nach Erstellung des Protokolls gelöscht.

Das Protokoll dieser Anhörung wird Ihnen nach Fertigstellung zugestellt. Sie haben, falls dies gewünscht ist, die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen Korrekturen und Ergänzungen daran vorzunehmen. - Haben Sie hierzu Fragen?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Nein.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Herzlichen Dank. - Nach § 22 Absatz 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Absatz 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Dies betrifft neben Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit auch Disziplinarverfahren.

Ansonsten sind Sie als Zeugin verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen diese Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafen von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafen bestraft werden.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen Beschluss nach § 14 oder § 15 des Untersuchungsausschussgesetzes fassen kann, also die Sitzung in nichtöffentlicher oder eingestufte Weise fortführen kann, sodass wir dann die entsprechenden Fragen stellen können. - Gibt es hierzu insgesamt Fragen?

(Die Zeugin schüttelt den Kopf)

- Herzlichen Dank.

Ich darf Ihnen dann nach diesen notwendigen Vorbemerkungen kurz den Ablauf der Sitzung darstellen:

Eingangs habe ich Sie zur Person zu befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie die Möglichkeit gemäß § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen, also ein sogenanntes Eingangsstatement abzugeben, indem Sie, ohne unterbrochen zu werden, zum gesamten Untersuchungsgegenstand vortragen können. Danach würden dann die Fraktionen mit ihren Fragen kommen. Der Ausschussvorsitzende beginnt, und dann geht es reihum. Eine Fraktion nach der anderen hat dann die Möglichkeit, Ihnen Fragen zu stellen. - Gibt es hierzu Fragen Ihrerseits?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Nein.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Dann darf ich Sie bitten, sich dem Ausschuss mit Name, Alter, Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift vorzustellen.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Gut. - Mein Name ist Renate Leistner-Rocca. Ich bin 62 Jahre alt. Ladungsfähige Anschrift ist über das Bundesamt in Nürnberg. Ich bin Juristin, bin seit ziemlich genau 30 Jahren im Bundesamt tätig, war vorher vier Jahre lang Rechtsanwältin - direkt nach dem Studium. - Ja, das im Wesentlichen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Wunderbar, ganz herzlichen Dank. - Ich möchte Ihnen zunächst, wie ich es gerade angekündigt habe, die Möglichkeit für ein Eingangsstatement geben, wenn Sie das möchten.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Nein, danke. Ich warte gespannt auf die Fragen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Gut, dann machen wir das auch so. - Dann würde ich mit einigen Fragen an Sie beginnen.

Und zwar würde mich - Sie hatten ja schon Ihren beruflichen Werdegang ganz kurz umrissen - interessieren: Wenn ich es richtig verstanden habe: Sie haben Ihre Staatsexamen gemacht, waren dann als Rechtsanwältin direkt tätig. Oder gab es da noch Etappen dazwischen?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Nein, ich bin direkt nach dem Studium Anwältin geworden.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Und dann vom Anwaltsberuf zum BAMF?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Sehr direkt, ja.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Genau. - Können Sie ein bisschen was zu Ihrem Werdegang noch im BAMF sagen?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ja, in 30 Jahren natürlich sehr viel. - Ich habe angefangen, wie damals die meisten, als Prozessreferentin, das heißt, ich habe das Bundesamt in Asylrechtsstreitigkeiten vor Gericht vertreten, bin dann nach ziemlich genau einem Jahr Länderbereichsleiterin geworden. Das ist die Bezeichnung für die Arbeitseinheiten, die also konzentriert nach Herkunftsländern bestimmte Regionen bearbeiten, die Asylverfahren durchführen, also die Anhörungen durchführen und die Bescheide erstellen. Mein Länderbereich damals war der Nahe Osten - also damals schon die spannenden Länder Libanon, Irak, Syrien im Wesentlichen, Jordanien. Nach dieser Zeit als Länderbereichsleiterin habe ich ungefähr drei Jahre lang den damaligen Leitungsstab bei Präsident Dr. Groß geleitet.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** In welchem Jahr sind wir da ungefähr?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Da sind wir ungefähr im Jahr 92 - von, ja, 92 bis 95. - Danach war ich ein knappes Jahr im BMI - damals noch in Bonn -, danach, wieder zurück ins Bundesamt, habe ich die Leitung der internationalen Gruppe im Bundesamt übernommen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ganz kurz: Was haben Sie im BMI gemacht?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Da war ich tätig in dem Referat, das damals diesen - wie hieß das? - Dreistufenplan, glaube ich, nach Ende des Bürgerkriegs in Ex-Jugoslawien - - die Fragen der freiwilligen Rückkehr, sage ich jetzt mal, der Bürgerkriegsflüchtlinge in ihre Herkunftsländer - -

Danach, wie gesagt, im Bundesamt zurück, habe ich die Leitung der internationalen Gruppe übernommen. Nach einer Umorganisation habe ich dann eine Gruppe übernommen in der Asylabteilung, und in diese Gruppe kam dann nach einigen Jahren auch das Sicherheitsreferat. Das habe ich - - Diese Gruppe hatte ich von 2000 - jetzt muss ich überlegen, 2002, glaube ich - bis 2013. Dann ist wieder umorganisiert worden. Danach hatte ich ganz kurzfristig noch mal den internationalen Bereich, und jetzt leite ich unser Forschungszentrum.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. - Das Sicherheitsreferat: Was beinhaltet das? Was macht das Sicherheitsreferat des BAMF, was ja auch zu Ihrer Gruppe gehörte?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ja. - Der vollständige Titel ist „Zusammenarbeit mit Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder“. Ich muss sagen, ich bin jetzt seit zwei Jahren da draußen. Ich kann jetzt nur von der Vergangenheit sprechen. Es war zum einen - - Als ich es übernommen habe, war es noch ein verhältnismäßig kleines Referat. Da war vor allen Dingen eben auch die Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden - sprich: BND oder HBW und Verfassungsschutz - angesiedelt. Es war da die sogenannte

Reisewegsbefragung angesiedelt, die wir gesondert durchgeführt haben, Zusammenarbeit mit Polizeibehörden, wenn ein Antragsteller strafällig geworden war oder sich selber irgendwelcher Straftaten bezichtigt hat oder über Straftaten berichtet hat.

Das Sicherheitsreferat ist dann ausgebaut worden. Wir waren seit - ach, die Jahreszahl weiß ich nicht mehr so genau - - dann im GTAZ vertreten, später im GASIM noch vertreten. - Spreche ich undeutlich? Weil Sie so kritisch schauen. - Nein. - Als Letztes unter meiner Ägide haben wir die sogenannte Beratungsstelle Radikalisierung aufgebaut, wo wir uns bemühen, das soziale Umfeld von Personen, die sich möglicherweise radikalieren, zu betreuen, zu stützen, zu beraten mithilfe von Partnern, und die Clearingstelle - die sogenannte Clearingstelle - Präventionskooperation, wo wir Projekte begleiten und betreuen zwischen Sicherheitsbehörden und muslimischen Verbänden, um da die Zusammenarbeit zu verbessern, zu stabilisieren - „Best Practice“-Beispiele etc. Das ist so - -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Wie viele Mitarbeiter hat das Referat dann? Es standen ja sehr umfangreiche Aufgaben an.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ja. Wir haben es dann auch irgendwann mal aufgesplittet in zwei Referate, also der Bereich GASIM - Mitarbeit im GASIM -, die Reisewegsbefragungen und dann, was wir auch noch haben, die PTU. Das ist die Physikalisch-Technische Urkundenuntersuchung, also ein Bereich, wo wir die entsprechenden Geräte haben, um Urkunden zu untersuchen. Das ist dann ausgegliedert worden, war ein eigenes Referat. Und das, was ich jetzt noch als eigentliches Sicherheitsreferat bezeichnen möchte, das waren so - ja, das wechselt natürlich immer - 20, 25 Mitarbeiter Pi mal Daumen, vom mittleren bis höheren Dienst.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Diejenigen, die die Befragungen gemacht haben, zum Beispiel Reisewegsbefragungen: Das gehört nicht zu denen, oder sind das die 25? Das ist was anderes?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Nein, nein, das waren Kollegen in den Außenstellen. Die gehören da nicht dazu - in den Reisewegsbefragungen. Das, was wir gemacht haben, das waren dann die Auswertungen, die Analysen aus diesen Befragungen, die in den Außenstellen gemacht worden sind.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Die Außenstellenmitarbeiter: Sind die da besonders geschult worden für den Bereich?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Für die Reisewegsbefragungen? - Ja, also, wir haben - mindestens einmal, meistens zweimal im Jahr - die Kollegen eingeladen zu uns nach Nürnberg in die Zentrale, um auch noch mal zu verdeutlichen, welche besonderen, ja, Interessen dahinterstehen, was zu befragen ist, und vor allen Dingen auch, dass natürlich immer den Antragstellern, den Asylbewerbern, klargemacht werden muss, dass die Teilnahme an diesen Befragungen absolut freiwillig ist, dass es nicht zum Asylverfahren gehört, dass die Inhalte nicht in die Asylakte kommen etc.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Welche Interessen standen denn dahinter?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Hinter dieser Reisewegsbefragung stand das Interesse, vor allen Dingen Informationen zu bekommen über die Organisation der Reise. Große Überschrift war in dem Zusammenhang „Schlepper/Schleuser“.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Und wenn die zusammenkamen in der Zentrale: Wie viele Befragter waren denn da in den Außenstellen?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Das war wechselnd, und es ist leider Gottes im Laufe der Zeit immer weniger geworden. Wir haben angefangen mit zehn. Es war also nicht in allen Außenstellen; das war einfach - -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Zehn deutschlandweit?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ja.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Zehn Personen?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Zehn Personen nur, ja. Es waren immer nur Stichpunktbefragungen. Es hat ja nichts mit der Anhörung zu tun. Nicht verwechseln!

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Nein, nein, klar.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Am Schluss waren es dann, glaube ich, noch fünf oder vier.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** In welchen Außenstellen waren die dann?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Auch das hat gewechselt, je nachdem, wie die Außenstellen personell ausgestattet waren, und auch je nachdem, bei welchen Herkunftsländern wir das durchgeführt haben, weil es ist nicht flächendeckend für alle Herkunftsländer gemacht worden. Insofern hat das gewechselt.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Jetzt sagen wir mal so: im Mittel. Oder sagen wir mal: Anfang der 2000er. Wie viele Asylanträge hatten Sie denn da? Und - -

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Anfang der 2000er!

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Weil da gehen wir ja auf Zahlen, die sind relativ hoch - und dann zehn Befragter. Wie befragt man die?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ja, es waren - - Das - - Wie gesagt: Das waren ja nur Stichproben, aus denen man jetzt auch keine - - nicht wirklich verallgemeinerbare Erkenntnisse erzielen konnte. Es waren - - Dadurch, dass wir uns auf bestimmte Herkunftsländer konzentriert haben und nicht eben alle Herkunftsländer abgefragt haben, war, bezogen auf die einzelnen Herkunftsländer, natürlich schon eine größere Konzentration da. Aber es war nie das Ziel, jetzt alles permanent oder flächendeckend abzufragen. Das hätten wir gar nicht machen können.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Aber im Einzelnen: Erkenntnisse über bestimmte Schleuserrouen zum Beispiel oder bestimmte Modi Operandi konnten wir auf die Art und Weise schon erzielen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Das sehe ich halt noch nicht. Ich sehe noch derzeit den Sinn darin nicht. Wenn wir einen in München, Hamburg, Hannover, Köln, Düsseldorf - und jetzt mache ich noch fünf weitere, dann habe ich meine zehn - - Und da kann jetzt in Düsseldorf einer mal ab und zu wen befragen, und der geht da so hin und sagt: Ach, der kommt mir gerade über den Weg, da frage ich mal, wo er hergekommen ist, ob er einem Schleuser begegnet ist oder ob er mit dem Bus gefahren ist. - Oder wie muss ich mir das vorstellen? Und dann ist der Tag vorbei.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Nein. Die Kollegen, die diese Reisewegbefragungen gemacht haben, die haben entweder komplett, 100 Prozent, nur Reisewegbefragungen gemacht, oder aber wir hatten dann auch mal zeitweise die Regelung, damit wir eben mehr Außenstellen abdecken können: Sie haben es zu 50 Prozent gemacht. Die Kollegen haben dann - je nachdem, wie hoch ihr Anteil war - Antragsteller aus den Herkunftsländern, die wir genannt hatten - jetzt natürlich - - es waren immer Irak, Iran, diese Länder, dabei -, befragt zu den Reisemodalitäten, wie sie ihre Reise organisiert haben, mit wem sie Kontakt hatten, wer sie an den Schleuser vermittelt hat, ob sie überhaupt mit Schleusern gereist sind und was sie gezahlt haben.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Wie schaffen die das vom Umfang her? Also, wenn ich jetzt bei mir in der Behörde einen sitzen habe, der da solche Aufgaben machen soll: Der geht doch total unter. Der kann sich doch wirklich nur stichprobenartig mal einen rauspicken und den befragen, wo seine Route herging, wo er hergekommen ist.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ja. Die Kollegen haben gearbeitet je nach ihrem Anteil eben, und was sie geschafft haben, haben sie geschafft. Also, wir haben nicht 100 Prozent alle befragt. Das ist - -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Das ist keine Kritik. Nein, aber Sie haben ja noch nicht mal einen kleinsten Bruchteil befragen können. Weil deswegen fragte ich nach den Asylanträgen, die Sie in den Jahren hatten. Wie viele hatten Sie denn in Deutschland - ich sage mal, im BAMF - im Jahre 2003, 2004, 2005?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Das kann ich Ihnen auswendig nicht mehr sagen. Muss ich echt passen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Waren es - - Wie viele grob?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Also, 2000 - - Ich weiß: 2010 hatten wir so um die 20 000; das habe ich noch so im Kopf. 2000, da muss ich echt - -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ja, sagen wir mal 20 000.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Nein, da waren es noch - -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Jetzt haben wir zehn Befrager. Zehn Befrager!

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Es war nur ein kleiner Ausschnitt. Wir haben punktuell Erkenntnisse erzielen können. Wir haben punktuell Informationen gewinnen können.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ja, genau, da wollte ich drauf hinaus.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ja.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Wir haben nicht 100 Prozent geschafft: Nein, Sie haben minimal punktuell was geschafft.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ja, punktuell, genau.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Das ist keine Kritik.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ja.





## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ich will nur, dass wir keinen falschen Eindruck kriegen. Sie haben also -

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Nein, es war punktuell.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** - mit zehn Befragern deutschlandweit punktuell Personen nach ihren Herkunftswegen - und wie sie gekommen sind - gefragt.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ja.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ob das Sinn macht oder nicht, lasse ich mal dahinstehen. - Teilweise haben die das auch nicht zu 100 Prozent gemacht, sondern zu 50 Prozent. Dann sind sie von zehn teilweise bis zu fünf abgeschmolzen worden.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ja, weil dann die Asylbewerberzahlen wieder gestiegen sind und die Kollegen in den Außenstellen alle Entscheider oder den gehobenen Dienst halt gebraucht haben für die Asylanörungen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Wer kam denn auf die Idee, dass so was überhaupt gemacht wird?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ach Gott, das ist steinalt.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Macht man halt.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Das gab es schon - - Na ja, wie gesagt, es ging durchaus um die Frage, wie die Reisewege verlaufen sind, wie die Reise organisiert worden ist, die Modi Operandi von Schleppern und Schleusern, und da kann es nur punktuelle Erkenntnisse geben.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ich könnte es mir auch anders vorstellen, dass man es deutlich intensiver macht, -

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ja.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** - aber das ist ja nur meine private Meinung.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Das hätten wir uns auch vorstellen können, aber wir müssen uns natürlich - - Die - - Wir müssen uns nach den Kapazitäten der Außenstellen richten.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ich frage mich nur: Wenn, dann halt richtig. Also - das ist jetzt auch nur meine persönliche - - bei zehn Leuten kann ich nicht erkennen, dass man da irgendwelche Strukturen oder Wege erkennt. Wie haben denn die Befragter die Personen ausgewählt, die sie befragt haben? Hat man da alphabetisch - klar, nach Herkunftsländern; das ist schon klar - - Aber dann: Wie hat man denn aus den Herkunftsländern diejenigen ausgewählt?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Da gab es jetzt kein großes System. Es kam immer darauf an, wie es in der Außenstelle gerade aussah, wie die Dolmetscher verfügbar waren für die entsprechende Sprache, wie die Kapazitäten eben waren, ob einer dieser Reisewegsbefragter jetzt 100 Prozent oder nur 50 Prozent gearbeitet hat.

Die hatten die Listen, aus welchen Herkunftsländern Leute da waren, für die Anhörung und haben sich an den Listen orientiert - manchmal am gleichen Tag noch mal, manchmal auch extra noch mal geladen. Aber das war mehr oder weniger so eine Zufallsstichprobe, wie man es in der Forschung auch macht.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. - Und wer war dann Abnehmer dieser Erkenntnisse?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Diese Erkenntnisse sind in unsere eigenen Auswertungen eingeflossen natürlich, weil wir ja zu den Herkunftsländern und Transitländern unseren Entscheidern auch immer Informationen zur Verfügung stellen müssen. Wenn sich mal, was verhältnismäßig selten der Fall war, ganz konkret herausgestellt hat, dass zu Schleusern Informationen wirklich so konkret waren, dass wir annehmen konnten, Sicherheitsbehörden können was damit anfangen, dann ist es schwerpunktmäßig an die



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Bundespolizei übersandt worden. Aber das waren wenige. Also, es war im Prinzip: für unsere eigenen Herkunftsländer Informationen und für die Entscheider, die dann die Anhörung durchführen, sich mit Fragen der Glaubwürdigkeit und der Situation im Herkunftsland, im Transitland auseinandersetzen müssen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. Also zur Schleusungsproblematik, die vielleicht auch mal mit einer der Auslöser war, hat man eigentlich alle Jubeljahre mal einen Fall gehabt, wenn ich es richtig so verstehe.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ein Fall, der dann so konkret geworden ist, dass wir gesagt haben: „Damit können eventuell Sicherheitsbehörden ganz konkret was damit anfangen“, das war nicht so häufig der Fall. Aber die Erkenntnisse sind natürlich in - - Die Analysen, die wir gemacht haben, die haben wir mit der Bundespolizei ausgetauscht, und die sind dann später auch immer ins GASIM gegangen - dass man also Strukturen erkennen kann, dass man Wege erkennen kann. Und wenn dann verschiedene Behörden - das ist ja auch der Sinn des GASIM - Erkenntnisse zum gleichen Sachverhalt haben und zusammenlegen, dann ergibt sich natürlich schon ein einigermaßen rundes Bild. Also, nicht allein aus unseren Erkenntnissen, aber wenn Bundespolizei ihre Erkenntnisse noch mit einspeist, Verfassungsschutz eventuell, dann sind Analysen erstellt worden.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Was waren da so die Hauptkenntnisse, die man aus den Jahren gewonnen hat? - Es gibt Schleusungen.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Das habe ich im Detail jetzt auch nicht mehr drauf. Ich habe auch diese Berichte nur sehr sporadisch gelesen. Es ging um die Frage bei diesen Dingen eben: Wie verändern sich zum Beispiel Reisewege, wenn staatliche Organisationen reagieren? Wie schnell weichen Schleuser auf andere Routen aus? Wie verändern sich diese Wege? Wie verändern sich die Modi Operandi? Wie verändern sich die Preise? - Ja, also, so in dieser Richtung.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Aber rausgekriegt hat man nichts, wie wir heutzutage erleben - nicht?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Das kann ich Ihnen nicht - -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Weil kluge Erkenntnisse sind mir in den letzten Jahren da nicht zu Ohr gedrungen, muss ich ganz ehrlich sagen.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Die Frage, wer jetzt im Endeffekt aufseiten der Sicherheitsbehörden mit diesen Erkenntnissen welche Maßnahmen eingeleitet hat, kann ich Ihnen ohnehin nicht beantworten.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Wir haben unseren Teil zu den Analysen beigetragen. Die sind auch an die Ministerien gegangen. Aber welche politischen Entscheidungen dann getroffen worden sind oder welche ganz konkret operativen Entscheidungen getroffen worden sind, das kommt im Bundesamt nicht an. Das ist auch nicht jetzt unser Schwerpunkt.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay, aber ist ja auch Vergangenheit. - Was ich mich frage, ist: Haben denn nur die Mitarbeiter - diese in der Spitze zehn - in diesem Themenbereich gearbeitet, oder sind sie unterstützt worden von externen Kräften?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Nein. Es waren unsere Kollegen, die diese Informationen analysiert und zusammengefasst haben. Also unterstützt von Externen: Nein. Aber wie eben schon gesagt: Unsere Erkenntnisse sind eingeflossen in gemeinsame Lagebilder, die zum Beispiel im GASIM erstellt worden sind. Aber die Befragungen bei uns, die die Kollegen durchgeführt haben, das waren unsere Leute, die befragt haben, die die Befragungen uns zur Verfügung gestellt haben und die wir analysiert haben.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Sagt Ihnen HBW was?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ja, klar.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Dann erzählen Sie mal: Was ist das denn?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Das war die Hauptstelle für Befragungswesen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Was - - Gehörte die zum BAMF?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Nein.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Sondern?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Zum BND.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Warum heißt die denn dann nicht BND?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Das müssen Sie die Kollegen von der HBW fragen. Ich kann Ihnen das im Detail nicht beantworten. Ich habe natürlich auch mal nachgefragt, aber - - Stichwort „Eigensicherung“ hieß es dann, und ein weiteres Argument, warum man wohl diese Legende gewählt hat, soweit mir bekannt, war die Intention, Antragsteller auch zu schützen dadurch, dass man ihnen dann eben nicht später vorwerfen kann: Ihr habt bewusst mit einem Nachrichtendienst zusammengearbeitet. - Aber diese Interna müssten Ihnen die Kollegen vom BND sagen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Und die Mitarbeiter der HBW: Haben die denn mit Ihren Befragern zusammengearbeitet? Oder umgekehrt?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Nein. Nein, nein. Nein.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Die haben sich nie gesehen?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ich will nicht ausschließen, dass die sich gesehen haben, wenn ein Kollege der HBW oder des BND mal in der Außenstelle war. Aber die haben nicht zusammengearbeitet - weder in dem Bereich noch sonst bei Befragungen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Wie wussten dann die Mitarbeiter der HBW, wen sie vielleicht befragen sollten, wer zum Beispiel aus Ländern gekommen ist, wo man mal Fragen stellen könnte mit nachrichtendienstlichem Hintergrund? Wo haben die Daten und Fakten hergehabt der Personen?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Die haben die Fakten vom Sicherheitsreferat gehabt. Es hat einen Kriterienkatalog gegeben.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Das Sicherheitsreferat der Gruppe 21 oder was das war - nicht?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Nein, nein. Damals war es die Gruppe 43.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Bei mir.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Richtig, genau.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ja.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Schwerpunktaufgaben Asylsicherheit - nicht?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Genau.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. - Aber auch bei Ihnen - nicht?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ja, bei mir - Querschnittsaufgaben, genau.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. - Damit hat die HBW jetzt doch zusammengearbeitet - oder wie? Weil Sie eben sagten: Die HBW hat nie mit uns zusammengearbeitet.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Nein, Sie haben gefragt, ob die HBW mit den Befragern zusammengearbeitet hat, -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ah, okay, mit den Befragern. Okay.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** - also mit unseren Entscheidern. Die Befrager heißen bei uns Entscheider.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Die Entscheider hatten alle diesen Kriterienkatalog des BND und auch des Verfassungsschutzes, und wenn im Verlauf eines Asylverfahrens, insbesondere im Verlauf einer Anhörung, Schilderungen kamen, wo die Kollegen angenommen haben, dass es unter diesen Kriterienkatalog oder unter ein, zwei Stichworte der Kriterienkataloge zu subsummieren ist, dann haben die Kollegen uns diesen Fall geschickt. Also, mit „uns“ meine ich jetzt das Sicherheitsreferat. Meine Kollegen haben sich den Fall dann noch mal angesehen und haben dann entschieden, ob das Anhörungsprotokoll weitergegeben wird und an wen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Vielleicht mal ganz grundsätzlich: Welche Kooperationen des BAMF mit dem BND - vielleicht in Form HBW - gab es denn in dem Zeitraum, den Sie überblicken können?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Wir hatten diesen Kriterienkatalog, wo wir Informationen und Daten weitergegeben haben, wir hatten dann in späteren Jahren die sogenannte Montagsliste, und wir hatten ganz extreme Einzelfälle mal, die sogenannten Interventionsfälle.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Hatten Sie gesagt „Montagsliste“?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ja.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Was ist das?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Wir haben von unserem Statistikreferat uns jeden Montag eine Liste mit angehört Asylbewerbern aus bestimmten Herkunftsländern geben lassen. Die Liste haben wir dann noch mal aussortiert nach Altersgruppen, haben uns die Liste noch kurz angesehen und haben die Daten an die HBW oder an den BND dann weitergegeben.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Mhm.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Also, es waren, wie gesagt, nur bestimmte Herkunftsländer, es waren nur Erstantragsteller - nur angehörte Erstantragsteller - und nur bestimmte Altersgruppen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Und jetzt gab es, wenn ich das richtig verstanden habe, im BAMF einen Mitarbeiter des BND, -

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ja.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** - der so eine Art Scharnierstelle wahrgenommen hat zwischen BAMF und BND.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ja.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Das hat uns zumindest die Zeugin A. K. gesagt.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Mhm.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Wie muss man sich das vorstellen, diese Scharnierstelle? Wie funktionierte das, und was macht der oder die?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Der Kollege war der Empfänger dieser Daten, dieser Informationen, die von uns geliefert worden sind.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Welcher jetzt genau?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ja, also sowohl nach dem Kriterienkatalog - also wenn von den Außenstellen nach dem Kriterienkatalog etwas reinkam - als auch - -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Für die zehn jetzt?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Bitte?

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Die zehn Mitarbeiter?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Nein, nein, da bringen Sie was durcheinander.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Deswegen frage ich.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Die Reisewegsbefragungen haben gar nichts zu tun mit dem, worüber wir jetzt reden.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Das ist was ganz anderes.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Gut. Dann erklären Sie es nämlich noch deutlicher.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ja, okay. - Also, diese Reisewegsbefragungen habe ich - -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Nein, nein, die damit was zu tun haben. Also nicht die zehn, die damit anscheinend nichts - -

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Okay. - Der Kriterienkatalog ist den Entscheidern vorgelegen, wenn sie ihre Anhörung oder - - Also, die Kriterienkataloge lagen den Entscheidern vor. Die Entscheider haben ihre Anhörungen gemacht, und die Entscheider haben dann, wenn sie im Verlauf der Anhörung oder im Verlauf des Verfahrens Erkenntnisse gewonnen haben, dass hier Sachverhalte geschildert worden sind oder Sachverhalte offensichtlich sind, die unter die Kriterien dieses Kataloges fallen - - dann haben die Entscheider diese Akte an uns weitergeleitet bzw. das Aktenzeichen. Wir hatten ja später dann auch elektronische Akte und konnten in Nürnberg auch in die Akte reinsehen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** An die Gruppe?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** An das Sicherheitsreferat.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** An das Sicherheitsreferat.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** An mein Sicherheitsreferat. - Meine Kollegen haben dann sich den Akteninhalt noch mal angesehen, haben überprüft, ob wirklich Sachverhalte vorliegen, die den Kriterienkatalogen entsprechen, ob Sachverhalte vorliegen, bei denen eine Übermittlung an Sicherheitsbehörden opportun ist. Die Kollegen haben dann entschieden: „Geht die Akte an den BND oder den Verfassungsschutz oder eventuell auch an beide?“, haben die Akte dann weitergeleitet und haben, wenn wir Rückmeldung bekommen haben, diese Rückmeldung auch wieder an die Entscheider weitergegeben.

Wir hatten dann die Regelung, dass die Entscheider draußen vier Wochen lang gewartet haben, ob eine Rückmeldung kommt. In den vier Wochen ist der Fall dann zunächst nicht entschieden worden, und je nachdem, wie die Rückmeldung war, konnte danach entschieden werden.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Und das, wie gesagt, für alle Entscheider. Also nicht diese zehn - - nicht mit den Reisewegsbefragungen durcheinanderbringen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Also jeder vor Ort an den Außenstellen hatte das.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Genau.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Genau. - So. Dann lief die Akte zu Ihrem Referat?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ja.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Und wenn man da sagte: „Ja“, dann ging es an die Schnittstellenperson zum BND?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Dann ging es an den Kollegen, genau.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Genau. - Hatte der ein Schild an der Tür: „BND“, oder wurde der - - Unter welchem Label lief der bei Ihnen im Haus? War das der Schlapput im Haus, oder was sagten die Mitarbeiter?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ja, das war der Kollege von - - Also, das war die Clearingstelle.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Kollege aus Pullach.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Das war die Clearingstelle im Wesentlichen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. - Und die Referatsmitarbeiter wussten: Das ist der BND-Mann, der kriegt eine Akte. - Die anderen im Haus wussten es auch oder wussten es nicht?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ich denke, das dürfte den meisten bekannt gewesen sein, also zumindest den Kollegen, die in den Asylverfahren involviert waren. Ob es jetzt die Kollegen von der Integration wussten?

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ja, okay. - Wenn er dann sagte: „Das ist wirklich interessant“, wie ging es dann weiter?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Wenn er gesagt hat: „Das ist wirklich interessant“, dann hat er die Informationen weitergegeben in seinen Bereich. Über die Wege, nehme ich an, hat Ihnen die Kollegin berichtet. Wir haben dann, wie gesagt, vier Wochen lang gewartet, ohne eine Entscheidung zu treffen in dem Fall, und wenn dann nach vier Wochen die Rückmeldung kam: „Es hat sich als uninteressant erwiesen, eine erste Ansprache hat entweder überhaupt nicht stattgefunden oder hat nichts erbracht“, dann haben wir den Fall entschieden, und wenn die Rückmeldung kam: „Der Fall könnte für uns interessant sein“, dann haben wir zunächst mal mit unseren Kollegen draußen vor Ort noch mal Kontakt aufgenommen und dort erfragt, wie die asylrechtliche Entscheidung denn ausgehen würde unter asylrechtlichen Aspekten, ob anerkannt wird oder abgelehnt wird.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Wie war das denn, wenn die HBW dann befragt hat? Waren dann die Verfahren ganz am Anfang? Waren sie am Laufen? Waren sie so gut wie zu Ende oder

beendet? Gibt es da irgendeine Einordnung, oder war das in jedem Stadium im Endeffekt?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Nein, es war nicht in jedem Stadium. Etwas, worauf ich sehr geachtet habe, war, dass das in jedem Fall erst nach unserer Anhörung ist. Ich wollte sicherstellen, dass wir auf alle Fälle die Ersten sind, die mit dem Antragsteller sprechen. Es war - also, wenn Sie eine zeitliche Einordnung wollen - in aller Regel im Zeitpunkt zwischen Anhörung und Entscheidung.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Spielte die Entscheidungsprognose da eine Rolle, ob man eine positive oder gar keine Entscheidungsprognose stellt?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ja. Wenn - - Sagte ich eben: Wir haben dann mit den Kollegen vor Ort Kontakt aufgenommen und die gefragt, wie ihre asylrechtliche Entscheidung ausfallen würde. Und wenn die Kollegen gesagt haben: „Ja, das wird eine Anerkennung, der Fall ist klar“, dann haben die Kollegen in den Außenstellen ganz normal ihre Bescheid<sup>1</sup> gemacht wie immer. Und wenn die Kollegen zu der Auffassung gekommen sind, es würde eine Ablehnung geben, dann haben wir uns vom Sicherheitsreferat noch mal mit der HBW ins Benehmen gesetzt.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Spielten denn da möglicherweise Nachfluchtgründe eine Rolle, dass man Sorge hatte, wenn die HBW relativ früh da hingehet, nachrichtendienstlich relevante Sachverhalte erfragt? Könnte man auch da in der Richtung Schwierigkeiten kriegen, wenn man nicht schaut, dass es möglicherweise Verfahren sind, die eine positive Entscheidungsprognose beinhalten?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Also, es waren - - Das sind jetzt diese sogenannten Interventionsfälle, auf die sie anspielen. Das waren sehr, sehr wenige. Darauf habe ich auch geachtet. Das war etwas, was wir versucht haben zu reduzieren. Ich denke, man muss unterscheiden: Wenn es jetzt eine einmalige Ansprache durch die HBW

1) Protokoll korrigiert, siehe Anlage 1.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

gegeben hat, bei der, soweit ich weiß, die Antragsteller in aller Regel auch nicht wussten und nicht wissen sollten, dass es wirklich ein Nachrichtendienst ist - zu ihrem eigenen Schutz -, dann hatte das keinerlei Auswirkungen auf das Asylverfahren. Wenn die HBW uns allerdings gesagt hat: „Das ist ein Fall, der sehr interessant ist, und der Antragsteller ist auch bereit, intensiv mit dem BND zusammenzuarbeiten“, dann haben wir uns natürlich mit dem Aspekt der Nachfluchtgründe auseinandergesetzt, weil ab einem bestimmten Zeitpunkt hätte wahrscheinlich zu Hause keiner mehr dem Antragsteller geglaubt, dass er jetzt nicht mehr gewusst hat, dass er wirklich mit einem fremden Nachrichtendienst spricht. Bei der ersten Ansprache, denke ich, war das durchaus noch möglich zum Schutz der Antragsteller.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Wie groß war denn der Aufwand oder die Zahl an Akten, die dann quasi über diese Schnittstelle bei Ihnen im Referat zum BND, also zur HBW, gegangen sind? Waren das viele? Waren das punktuelle Einzelfälle? Waren das ganze Länder?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Nein. Nach den Kriterienkatalogen mussten ja - - Also, es ist jetzt nicht so, dass alle Afghanen oder so dahin gegangen wären, sondern es mussten ja bestimmte Anhaltspunkte erfüllt sein. Der Kriterienkatalog hat ja verschiedene Aspekte benannt. Es war natürlich schwankend und richtete sich auch nach den Gesamtzahlen der Antragsteller. Aber ich würde mal schätzen, das waren im Jahr so zwischen 300 und 400.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Deutschlandweit?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ja, deutschlandweit. - Und die Interventionen: Das waren also dann ganz niedrige Zahlen - ganz, ganz wenige.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Was meinen Sie jetzt mit Intervention?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Die Fälle, die Sie gerade angesprochen haben: Muss man denn Nachfluchtgründe mit bedenken? Also die Fälle,

in denen wir dann positiv entschieden haben aus diesem Aspekt heraus: Das waren im Jahr zwischen 1 und 20 maximal.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. - Aber Verfahrensakten, die an den BND weitergegeben worden sind, weil man da eine gewisse nachrichtendienstliche Relevanz vor Ort erkannt hatte, waren im Jahr deutschlandweit 300, 400?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ist jetzt eine Schätzung. Wir haben dazu keine Statistik erhoben. Allerdings - noch mal - korrigierend: Der BND oder HBW haben nie ganze Akten bekommen. Die haben das Anhörungsprotokoll bekommen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Sie haben das Anhörungsprotokoll bekommen.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Das Anhörungsprotokoll.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ich habe ja eben gefragt wegen den Ländern. Mir liegt eine Mail vor von einem BAMF-Mitarbeiter aus der Abteilung 4.3.2. -

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Das ist das Referat, ja.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** - genau - vom 19. Januar 2005, und da heißt es:

Die HBW bittet um Überlassung aller Anhörungsprotokolle von iranischen Asylbewerbern, welche ab 01.04.2004 [sic!]

- Mail vom Januar 2005 -

einen Asylantrag gestellt haben. Damit der Verwaltungsaufwand so gering wie möglich gehalten werden kann, werden die Mitarbeiter der HBW sich direkt mit den zuständigen Außenstellen in Verbindung setzen und vorhandene Protokolle abholen.

Ist Ihnen der Sachverhalt bekannt?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ja, dunkel. Das war mal eine einmalige Aktion aus einem bestimmten Grund, den ich Ihnen jetzt allerdings auch nicht mehr sagen kann. Das ist meiner Erinnerung nach auch zeitlich sehr begrenzt gewesen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ein Dreivierteljahr Pi mal Daumen. - Aber dann gab es das doch im Grunde, dass ganze Länder - hier jetzt Iran - mal abgefragt worden bezüglich der Anhörungsprotokolle vom HBW.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Das gab es meiner Erinnerung nach aber wirklich nur zwei-, dreimal.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. - Wissen Sie noch von einem anderen Land?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Woran ich mich erinnere: Das war mal kurzfristig, glaube ich, auch Somalia - im Zusammenhang mit den Piraten. Aber Afrika war in der Regel nicht im Fokus des BND. Da kann ich mich nicht besinnen, dass die Länder auf den Listen gestanden hätten.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. - Können Sie sich - - Oder: Haben Sie mitgekriegt, wie dann, wenn ein Interesse an einer bestimmten Person bestand, weiter verfahren worden ist?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Vonseiten der HBW?

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Mhm.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Nein. Wir wissen, dass die die Antragsteller dann angesprochen haben, um eben festzustellen, ob das jemand ist, der erstens sich eine Zusammenarbeit vorstellen kann und der zweitens auch was zu sagen hat. Aber wie das im Detail abgelaufen ist, das wissen wir nicht.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Aber ist dann die HBW ganz alleine zu den Personen hingegangen?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Das kann ich Ihnen nicht sagen. Ich gehe davon aus, ja.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ich meine jetzt nicht, mit Mitarbeitern des BAMF.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ja, sowieso nicht, nein.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Das frage ich.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ja.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Alles andere würde ich Sie - - können Sie ja nicht wissen.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Nein, nein, also diese Sachen hat die HBW dann alleine gemacht. Da war das Bundesamt nicht mehr beteiligt dran.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Also, Sie haben quasi die Anhörungsbögen zur Verfügung gestellt, Sie haben eine Erstauswahl vor Ort - das könnte nachrichtendienstlich interessant sein - - Das haben Sie über die sogenannte Clearingstelle oder Schnittstelle ausgetauscht, in Einzelfällen auch ganze, ich sage mal, Anhörungsbögen aus Ländern, wenn mal punktuell Bedarf war. Aber dann waren Sie im Endeffekt raus. Dann hat HBW übernommen.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Dann - - Ja, „waren wir draußen“ kann man so nicht sagen. Wir mussten das Verfahren ja noch abschließen. Aber es hat keine weitere Zusammenarbeit mit der HBW gegeben.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Uns interessiert es ja im Kern nachrichtendienstlich jetzt. Das Asylverfahren interessiert hier in dem Ausschuss im Kern nicht so, außer, HBW würde das Verfahren überlagern. Dann wäre es natürlich wieder interessant, -

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ja.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** - wenn zum Beispiel die HBW gesagt hätte: „Ihr Verfahren läuft aber nur weiter, wenn Sie jetzt hier kooperativ sind bei nachrichtendienstlicher Erkenntnisgewinnung“, und Sie, sagen wir mal, die Bremse reingetreten hätten im Verfahren, im laufenden.





## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Nein, nein, auf keinen Fall.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Das hat nicht stattgefunden?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Nein, auf keinen Fall.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Also, da hat man nicht gesagt: „Den wollen wir erst mal eine Zeit lang befragen, bis Erkenntnisse da sind, und so lange tretet mal auf die Bremse mit dem Verfahren“?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Nein. Wir haben, was ich vorhin schon ein paarmal gesagt habe, dann erst mal vier Wochen zugewartet nach Übermittlung der Anhörungsprotokolle, um eine Rückmeldung von der HBW zu bekommen - daraus wird eine Zusammenarbeit, ja oder nein -, und wenn die Rückmeldung da war, dann ist bei uns das Verfahren ganz normal abgeschlossen worden, und die HBW hat damit auch nichts weiter zu tun gehabt.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Aber Sie schließen aus, dass die anschließenden Befragungen mit nachrichtendienstlichem Hintergrund durch die HBW gemeinsam mit Mitarbeitern vom BAMF verlaufen sind.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Absolut. Da bin ich mir - -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Die waren da nicht zusammen drauf?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Nein, nein, auf keinen Fall.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. - Letzte Frage an Sie als Juristin: Auf welcher Rechtsgrundlage erfolgte denn diese Zusammenarbeit? Haben Sie denn Anhörungsprotokolle von Asylbewerbern an die HBW - also sprich: den BND - weitergeleitet?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Wir haben uns aufs BND-Gesetz gestützt natürlich: den § 8 Absatz 1, vor allen Dingen aber auch § 8 Absatz 3, der es dem BND ja grundsätzlich ermöglicht, Informationen, einschließlich personenbezogener Daten, von anderen Behörden zu erfragen. Wir haben das bei uns überprüft dann auch und haben - - Es gibt einen Erlass des BMI oder ein Schreiben des BMI, in dem dann auch sehr deutlich dargelegt wird, dass diesem Recht des BND, zu fragen, eine Pflicht der anderen Behörden zur Datenübermittlung gegenübersteht. Wir haben aufgrund des § 8 Absatz 3 BND-Gesetz diese Daten übermittelt.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Gab es gleiche oder ähnliche Übermittlungen zum Verfassungsschutz?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ja, das ist der § 18 Bundesverfassungsschutzgesetz

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Rechtlich. Auch tatsächlich? Gab es das genauso?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Das gab es auch, ja.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. Auch in dem Sinne, dass Anhörungsbögen etc. zur Verfügung gestellt wurden?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Genau. Auch das Bundesamt für Verfassungsschutz hat einen Kriterienkatalog, der den Entscheidern vorlag.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Gab es ausländische Dienste, die Ihnen auch Kriterienkataloge zur Verfügung gestellt haben?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Nein.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Sonst noch irgendwer?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Kriterienkataloge? - Nein.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Sondern?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Nein, was ich vorhin gesagt habe: Wir haben also teilweise Informationen zum großen Thema Schleusung auch an die Bundespolizei - -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Polizei. Okay. - Gut, ich wäre soweit durch.

Dann kommen wir zu den Fragen der Fraktionen. - Wenn Sie neben den Getränken, die Sie vor sich stehen haben, noch irgendwas anderes benötigen oder eine Pause, geben Sie einfach ein Signal.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Einen Schnaps.

(Heiterkeit)

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Alles klar. Das streichen wir aus dem Protokoll. - Frau Kollegin Renner, vermute ich, beginnt für die Fraktion Die Linke. Frau Kollegin Renner.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ja, danke, Herr Vorsitzender. - Frau Leistner-Rocca, ich will mit einer Frage beginnen, auf die ich jetzt seit einer Stunde vom Vorsitzenden warte. Ich glaube, sie ist zentral für unseren Untersuchungsausschuss, weil wir die Kooperation der deutschen Geheimdienste mit Geheimdiensten der Five Eyes untersuchen: Was wussten Sie über die Zusammenarbeit der HBW mit dem militärischen Geheimdienst DIA?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Gar nichts.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Gar nichts?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Nein. Also, ich meine: Dass der deutsche Nachrichtendienst mit ausländischen Nachrichtendiensten zusammenarbeitet, das ist, denke ich, offensichtlich. Aber über Details, was die - - wie die zusammengearbeitet haben, zu welchen Themen etc.: Das war für uns im Bundesamt auch nicht relevant.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Dass bei den Befragungen der HBW die DIA dabei war, wussten Sie nicht?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Nein.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Dass die DIA eigenständige Befragungen ohne Anwesenheit der HBW mit Schutzbefohlenen durchgeführt hat - Schutzsuchenden, Entschuldigung; Schutzsuchenden durchgeführt hat -, war Ihnen auch nicht bekannt?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Nein. Dass der BND oder HBW auch mit befreundeten Diensten die eine oder andere Anhörung durchgeführt hat: Ich will jetzt nicht ausschließen, dass das mal Thema war. Aber dass irgendein ausländischer Dienst allein angehört hätte, das kann ich mir auch nicht vorstellen. Das war auf alle Fälle nicht bekannt.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Was wussten Sie denn zu den gemeinsam durchgeführten Befragungen?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Im Endeffekt kann ich Ihnen dazu keine Details sagen. Wir wussten, wie gesagt - das ist Allgemeinut -, dass der deutsche Nachrichtendienst auch mit ausländischen Nachrichtendiensten zusammenarbeitet, aber über Details war bei uns nichts bekannt. Unser Partner war der BND, und die Arbeitsweise des BND etc.: Da sind wir auch nicht eingeweiht worden. Das wussten wir nicht.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Wussten Sie, welche ausländischen Nachrichtendienste mit der HBW zusammenarbeiten?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Nein.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Sind die Namen der Dienste gefallen irgendwann mal?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Nein, nein, nein.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Waren es mehrere Dienste? Können Sie sich - -

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ich kann es Ihnen - -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ja, ich frage schon immer, welche - - Aus welchen Ländern kamen diese Dienste? Haben Sie daran eine Erinnerung?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Nein. Nein, wir wussten das auch - - Also, wir sind auch nicht darüber informiert worden, und wir haben das auch nicht nachgefragt.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Diese Montagsliste mit den Namen von angehörteten Erstantragsstellern aus bestimmten Ländern ist auf Anforderung der HBW so zusammengestellt worden?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ja.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Die haben eine Liste übergeben, welche Länder, welche Personengruppen von Interesse sind?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Die haben mitgeteilt, welche Länder von Interesse sind, und wir haben die Antragsteller dann eben, wie ich es vorhin gesagt habe, vorsortiert - also: nur Erstantragsteller, nur schon Angehörte, nur bestimmte Altersgruppe und eben nur aus diesen Ländern.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ist irgendwann mal gesagt worden, dass diese Interessensliste auch auf Grundlage eines ausländischen Nachrichtendienstes zustande kommt?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Nein.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Sind neben den Namen auch Unterlagen übergeben worden, also Anhörungsprotokolle, Kopien von Passdokumenten oder Ähnlichem?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Wenn aufgrund dieser Datenübermittlung die HBW gesagt hat: „Ja, diese oder jene Person ist interessant für uns, mit der möchten wir uns unterhalten“, dann sind, wie auch bei dem Kriterienkatalog, die Anhörungsprotokolle weitergegeben worden, und es kann sein - in einigen wenigen Ausnahmefällen -, dass dann auch mal Dokumente oder Kopien von Dokumenten - was weiß ich: Todesurteil oder was halt von Interesse dann auch war, was wir in

der Akte für relevant hielten - weitergegeben worden sind.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Sie sind ja Juristin. Sie kennen das Gebot der Zweckbindung bei Daten.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ja. Ja.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ist hier die Zweckidentität gegeben, wenn ich diese Unterlagen aus dem Verfahren beim BAMF an einen Nachrichtendienst gebe und dieser auch noch möglicherweise die Daten weitergibt an einen ausländischen Nachrichtendienst?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Wir haben uns mit der Frage natürlich auseinandergesetzt. Es ist jetzt nicht so, dass HBW gesagt hat: „Wir hätten gerne“, und wir haben dann alles rübergeschaut. Wir haben uns mit dem BND-Gesetz auseinandergesetzt, wir haben uns mit unseren eigenen Datenübermittlungsvorschriften auseinandergesetzt, und wir sind damals zu der Überzeugung gekommen, dass es rechtens ist.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ich frage Sie jetzt ganz konkret nach der Zweckbindung.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ja, auch die. Der BND hat ja im BND-Gesetz eine bestimmte Aufgabe zugewiesen bekommen, und im Rahmen dieser Aufgabe, die der BND zu erfüllen hat, erschien es uns rechtmäßig, diese Daten zur Verfügung zu stellen.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ja, aber ich rede ja von der Zweckbindung, die in Ihrem Haus besteht, also nach Asylgesetz.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ja.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Da gibt es eine Zweckbindung.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ja.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ja, und es gibt Übermittlungsvorschriften in § 8.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ja.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Und können Sie mir da die Norm sagen, auf deren Grundlage im Asylgesetz und mit Verweis auf das Bundesdatenschutzgesetz die zwei - - Datenweitergabe erfolgt? Es geht mir nicht darum, dass der BND sie anfordert, -

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ja.

**Martina Renner (DIE LINKE):** - sondern: Auf welcher Grundlage übergeben Sie die Daten? Das kann ja nicht das BND-Gesetz sein, sondern da müssen Sie ja eine eigene Rechtsnorm haben.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Wir haben diese Daten übermittelt - - Ja, wie gesagt: Die anfragende Stelle hat ihre Rechtsgrundlage in § 8 Absatz 3 BND-Gesetz.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Genau.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** In § 8 Asylverfahrensgesetz gibt es - ich habe mein Gesetz dabei -

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ich auch.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** - einen Absatz 4 meines Wissens, in dem steht, dass die - - Also, in § 8 Absatz 3 Asylverfahrensgesetz ist geregelt, wann das Bundesamt Daten übermittelt, in § 8 Absatz 4 ist geregelt, dass die Datenübermittlung aufgrund anderer Vorschriften davon unberührt ist. Und aufgrund dieser, ja, ich sage jetzt mal, Ausnahme haben wir die Daten dann an den BND übermittelt.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Kennen Sie Diskussionen in Ihrem Haus oder in Ihrer - - in dem Ministerium, was die Rechts- und Fachaufsicht führt, die zu anderer rechtlicher Auffassung gekommen sind, die gesagt haben: „Die Datenübermittlung ist nicht möglich“?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Wir haben es natürlich diskutiert im Haus; das ist ganz klar. Es ist jetzt nicht so, dass wir auf Anhieb gesagt hätten: Es ist überhaupt kein Problem. Wir haben es geprüft, wir haben es diskutiert, wir haben es

auch der Hausleitung vorgelegt und haben es uns absegnen lassen. Und es war die einhellige Auffassung im Bundesamt meines Wissens - zumindest unserer Vorgesetzten -, dass diese Datenübermittlung so rechtlich einwandfrei ist.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Wer hat das absegnet?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Den Kriterienkatalog: Das kann ich Ihnen nicht mehr sagen, weil das Verfahren ist schon so steinalt. Das war schon installiert, bevor dieses Sicherheitsreferat zu mir kam. Das Verfahren mit den sogenannten Montaglisten hat unser damaliger Vizepräsident gegengezeichnet.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Das war wer? Ich habe jetzt auch nicht mehr die - -

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Den gibt es nicht mehr. Der ist schon pensioniert.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ja, aber trotzdem: Der Name -

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Herr Weickhardt.

**Martina Renner (DIE LINKE):** - wäre für uns relevant.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Jetzt wären wir mit der Zeit - -

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ja, dann machen wir eine zweite Runde, kein Problem.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Dann gehen wir zur nächsten Fraktion der ersten Runde. In der ersten Runde ist die Fraktion der SPD dran. Frau Kollegin Mittag.

**Susanne Mittag (SPD):** Ja, dann mache ich mal weiter bei dem Kriterienkatalog. Sie haben den ja sozusagen in Empfang genommen. Ist der nicht immer mal wieder geändert worden - oder in welchen, ja, sagen wir mal - - dass sich die Kriterien geändert haben, dass es andere Vorgaben gab?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Der Kriterienkatalog des BND ist ja - ich glaube, Sie kennen ihn - sehr, sehr allgemein. Es sind bestimmte Stichworte nur enthalten. Das war auch Absicht, weil je detaillierter er ist, umso öfter müsste er geändert werden, und um ihn eben nicht ändern zu müssen, sind also im Wesentlichen Überschriften genannt. Soweit ich mich entsinnen kann: In der Zeit, in den zehn Jahren, die das Sicherheitsreferat bei mir war, hat es da keine Änderung gegeben.

**Susanne Mittag (SPD):** Also war das eigentlich dann auch so ein bisschen Ihre Ermessensentscheidung, was denn in diese Allgemeindefinition reinpasste.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Genau. Es waren eben so Stichworte wie - was weiß ich - - „Drogenhandel“, glaube ich, -

**Susanne Mittag (SPD):** Ja.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** - stand an einer Stelle. Also, „Organisierte Kriminalität“, kann ich mich erinnern, war ein Stichwort, natürlich dann „Terrorismus“ etc. Und unter „OK“ waren dann eben so Themen wie Drogenhandel auch mit dabei, und es war dann in der Tat unser Ermessen, zu sagen: Da ist jetzt ein Sachverhalt geschildert, der doch etwas weitreichender ist, der dann von Interesse sein könnte.

**Susanne Mittag (SPD):** Hatte dieser Kriterienkatalog also auch keine Auswirkung, wo jetzt, sagen wir mal, ein verschärftes Krisengebiet ist oder wo sich jetzt eine problematische Auslandslage entwickelt, sagen wir mal - aus deutscher Sicht? Dass es dann, sagen wir mal - - Aber jetzt in diesem Bereich, da haben wir jetzt ein bisschen mehr Interesse.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ja, doch, durchaus. Ich meine, Sie können sich wahrscheinlich vorstellen: Wenn - - Ein irakischer Antragsteller, der sagt, er ist Atomphysiker, hat natürlich ein bisschen mehr Aufmerksamkeit erregt als jetzt ein Kosovare, der sagt: Ich bin Atomphysiker.

**Susanne Mittag (SPD):** Ja.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Also, es war natürlich von der Sicherheitslage mitbestimmt auch.

**Susanne Mittag (SPD):** Aber das haben Sie bestimmt, nicht, dass es, sagen wir mal, zusätzlich zum Kriterienkatalog - - oder dass es noch vielleicht extra Hinweise gab: „Da und da haben wir jetzt aus aktuellem Anlass einen besonderen Fokus drauf“, sondern das war dann Ihre Entscheidung?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Das war die Entscheidung der Kollegen im Sicherheitsreferat. Wir hatten also, wie gesagt, diesen Kriterienkatalog, wir hatten auch einen Hinweis auf die Länder, die im Fokus stehen beim BND, und aus dieser Kombination und dem Akteninhalt haben dann meine Kollegen im Sicherheitsreferat entschieden, was an wen weitergeht.

**Susanne Mittag (SPD):** Also gab es dann doch, sagen wir mal, einen Hinweis vom BND, und die - -

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ja, zu den Ländern.

**Susanne Mittag (SPD):** Genau.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Zu den Ländern.

**Susanne Mittag (SPD):** Und zu den Ländern. Und Sie haben das sozusagen umgearbeitet im Sicherheitsreferat, -

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Genau.

**Susanne Mittag (SPD):** - und dann wurde es spezifizierter.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Und dann wurde es spezifizierter, und dann wurde auch entschieden: Das geht an den BND oder an den Verfassungsschutz oder an beide.

**Susanne Mittag (SPD):** Ja. - Was war denn, wenn Sie jetzt bei den Befragungen zum Beispiel festgestellt haben - - Also, es ging jetzt ganz massiv um Opfer, die dort saßen, ohne dass sie jetzt konkrete Hinweise geben konnten. Ging das dann immer



## Nur zur dienstlichen Verwendung

nur zu Ihrem Kontaktmann sozusagen, oder wurden diese Hinweise auch woanders weitergegeben?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Vom Opfer?

**Susanne Mittag (SPD):** Ja - also, dass es ein ganz klassisches Opfer ist oder dass derjenige, der einen Antrag gestellt hat, sich vielleicht sogar noch in Deutschland verfolgt fühlte oder Ähnliches. Haben Sie jetzt das nur im Rahmen des Asylverfahrens dann abgearbeitet? Oder wenn er jetzt relativ konkrete Hinweise geben konnte: Ging es dann nur an den BND weiter, oder gab es jetzt auch noch andere Stellen, an die Sie das weitergeleitet haben?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ja, wie gesagt, dem Verfassungsschutz noch - das Bundesamt für Verfassungsschutz - - Oder aber, wenn Sie jetzt sagen: „Opfer, das sich auch in Deutschland noch verfolgt fühlte“, dann - - In solchen Fällen konnten auch die Sicherheitsbehörden hier - also Polizeibehörden hier in Deutschland - eingeschaltet werden. Also, wenn es konkrete Hinweise gab: „Ich fühle mich bedroht von irgendjemandem, von einer konkreten Person“, dann ist das an die Ausländerbehörden und auch eventuell an die Polizeidienststellen gegangen.

**Susanne Mittag (SPD):** Ich habe noch mal eine Frage zu den Entscheidern, die ja sozusagen im Nebenamt die Befragungen mit durchgeführt haben. Wenn - - Der Entscheider konnte ja im Laufe der Jahre schon mal so abschätzen, ob eventuell die Befragungsstelle Interesse hätte oder nicht. Haben die denn schon mal darauf hingewiesen, dass sich eventuell noch mal jemand bei dem Antragsteller melden könnte, dass es noch weitere Befragungen geben könnte, oder nicht? Dass sie jetzt schon mal eventuell darauf hinweisen: „Es könnte sich noch mal jemand melden, der Interesse an den Angaben hätte“? Oder war das dann für den Flüchtling, sagen wir mal, unvorbereitet eher, dass sich offenbar noch mal jemand meldet?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ach so, Sie meinen Hinweise an den Antragsteller jetzt?

**Susanne Mittag (SPD):** Ja, dass - -

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Nein, nein, da haben wir uns ganz bewusst ganz außen vor gehalten. Das ist nicht unsere Aufgabe gewesen. Wir haben die Anhörungen im Asylverfahren durchgeführt mit dem Ziel, die Informationen zu bekommen, die wir für die Entscheidung im Asylverfahren brauchen. Aber jetzt im Vorfeld zu sagen: „Da könnte noch mal oder so“: Erstens hätten wir es ja gar nicht einschätzen können. Wir hätten es nicht gewusst, ob HBW jetzt gerade an dem Interesse hat oder nicht. Das haben wir also ganz bewusst nicht gemacht. Wir wollten keine Vermischung dieser beiden Befragungen in den Köpfen der Antragsteller.

**Susanne Mittag (SPD):** Ist dann auch den Antragstellern ganz deutlich gemacht worden, dass ausschließlich für dieses Verfahren das BAMF zuständig ist, egal was sich für Stellen sonst noch melden sollten, dass für den sozusagen zu Befragenden klar war, also klar sein könnte - auch später -: „Wenn jetzt eine andere Institution kommt, die könnte auch was mit dem Ausgang des Asylverfahrens zu tun haben“, oder ist ganz deutlich geworden: „Nur Sie, nur das Bundesamt für Migration, hat am Ende sozusagen die Entscheidung“?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Also, ich hoffe doch, dass das so klar war. Die Absprache mit den Kollegen vom HBW war ganz klipp und klar: Sie müssen den Antragstellern mitteilen, dass die Befragung durch die HBW keinen Einfluss auf das Asylverfahren hat, dass es nicht mit dem Asylverfahren zusammenhängt, dass es freiwillig ist, auch mit der HBW zusammenzuarbeiten. - Ich meine, die Anhörung beim Bundesamt ist ja mehr oder weniger verpflichtend.

Wir konnten das nicht kontrollieren, weil wir selber nicht dabei waren, aber die Absprachen waren so, und ich habe also auch keinen Grund, daran zu zweifeln, dass es so nicht gehandhabt worden ist. Aus unserer Sicht ist es ganz klar gewesen: HBW muss diejenigen, an die sie noch mal herantritt, darauf hinweisen, dass das jetzt mit dem Asylverfahren nichts zu tun hat.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Susanne Mittag (SPD):** Hatten Sie auch mal Kontakt mit der Kollegin, die, sagen wir mal, die Leiterin war von dieser Stelle, die das organisiert, diese Befragungen?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ja.

**Susanne Mittag (SPD):** Hatten Sie sich auch selber mal getroffen?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ja.

**Susanne Mittag (SPD):** Und auch ausgetauscht hinsichtlich der Vorgehensweisen?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ja, wir haben uns - - Es nannte sich mal Quartalsgespräche. Das waren sie nie. Wir haben uns einmal im Jahr - so ungefähr - getroffen und haben uns über neuere Entwicklungen, unterschiedliche oder neue Prioritäten etc. ausgetauscht. Aber das war mehr so Kontaktpflege eigentlich. So richtige Probleme gewälzt haben wir selten.

**Susanne Mittag (SPD):** Wie oft haben Sie sie getroffen?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ja, wie gesagt: Es hieß mal Quartalsgespräche. Das waren sie aber, wie gesagt, nicht. Wir haben uns meiner Erinnerung nach einmal im Jahr getroffen - im Wechsel: mal bei uns und mal bei der Kollegin.

**Susanne Mittag (SPD):** Über wie viele Jahre - ungefähr so?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ja, also über die Zeit, in der das Referat bei mir war. Der Ansprechpartner aufseiten BND hat auch gewechselt. Das waren zwei verschiedene Kolleginnen. Aber über die ganze Zeit eigentlich - immer so einmal im Jahr.

**Susanne Mittag (SPD):** Hatten Sie dann auch von ihr mitbekommen, dass sozusagen die Anzahl der Befragungen immer weniger wird?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ja, was ich mitbekommen habe, war, dass die HBW mal darüber

geklagt hat, dass die Qualität sozusagen nachlässt, dass also nicht mehr so viel interessante Informationen von den Antragstellern weitergegeben werden können. Und deswegen hat es, denke ich, auch im Lauf der Zeit abgenommen, und dann hat es, glaube ich, auch bei der HBW irgendwie interne Umstrukturierungen gegeben mit dem Präsidentenwechsel oder - - Weiß ich nicht.

**Susanne Mittag (SPD):** Lag das auch daran, dass Ihre Hinweise weniger geworden sind, oder war das ungefähr immer noch auf dem gleichen Level - also dass einfach die Qualität der Hinweise irgendwie nicht mehr so gut war, aber Sie haben immer noch das gleiche Ausmaß weitergegeben? Was war das denn so ungefähr im Jahr? Wissen Sie das noch?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Na ja, wie vorhin gesagt: Es müssten immer so zwischen 300 und 400 gewesen sein, aber wir haben da keine Statistik drüber geführt. Sagen wir mal so: Nachdem wir die Informationen ja von den Kollegen in den Außenstellen bekommen haben, waren wir natürlich auch immer sehr davon abhängig, wie die Kapazitäten in den Außenstellen waren. Und wenn die Kollegen sehr, sehr unter Druck waren, dann konnte es schon passieren, dass mal etwas weniger bei uns angekommen ist.

Wir haben aus dem Grunde, die Sensibilität der Entscheider vor Ort aufrechtzuerhalten, regelmäßig auch einmal im Jahr sogenannte Sensibilisierungsreisen durchgeführt - so haben wir das genannt -, um den Kollegen vor Ort in den Außenstellen noch mal deutlich zu machen - - also die Kriterienkataloge zu erläutern, um noch mal deutlich zu machen, was sie wann an uns weitermelden sollen, wie wichtig das ist etc. Und man konnte dann sehen: Wenn diese Sensibilisierungsreisen gerade stattgefunden hatten, dann ging es ein bisschen hoch, und wenn die schon eine Weile her waren, dann ging es wieder ein bisschen runter. Und dann haben wir die nächste Runde gestartet.

**Susanne Mittag (SPD):** Ja. - Ab wann ist bei Ihnen das Verfahren - wie empfinden Sie das? - als beendet - - Sie hatten vorhin gesagt: Wenn dann



## Nur zur dienstlichen Verwendung

kein Rücklauf kam, nach vier Wochen. - Sie wollten möglichst, bevor Befragungen stattfinden, das Verfahren beenden. Nun gibt es ja unterschiedliche Auffassungen, was ein beendetes Verfahren ist, weil wir wissen ja auch, dass einige Verfahren ja leider beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sich über Jahre hinziehen. Insofern wird ja nicht nach vier Wochen das Verfahren beendet sein, -

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Nein.

**Susanne Mittag (SPD):** - sondern dass sie irgendeinen Status haben oder - - Wann haben Sie gesagt: „Das Verfahren ist“ - in Anführungsstrichen - „für uns erst mal beendet, weil dann ja die Befragungen losgehen“? Was kann das alles für ein Status gewesen sein?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Noch mal zur Klarstellung: Wir haben das Verfahren innerhalb von vier Wochen, nachdem wir die Informationen weitergegeben haben, erst mal ruhen lassen sozusagen. Wir haben vier Wochen lang nicht entschieden, um auf die Rückmeldung von der HBW zu warten. Nach den vier Wochen, wenn es also eine positive Entscheidung war, bei der vorher die HBW auch signalisiert hat, dass der Antragsteller von Interesse sein könnte, dann haben wir zugesehen, dass die positiven Entscheidungen sehr schnell kamen, damit die HBW auch die Befragung dann durchführen kann.

Und ansonsten waren bei uns im Amt die Prioritäten natürlich auch unterschiedlich. Also, wir haben bei den Herkunftsländern immer wieder mal unpriorisiert etc. Es war in der Tat - - Manchmal hat es sich länger hingezogen. In manchen Fällen, wenn wir Prioritäten gesetzt haben, ist es dann auch etwas schneller gegangen. Aber das hat sehr stark gewechselt. Das hing auch immer mit dem Aufkommen ab, hing von politischen Entscheidungen ab.

Aber beendet, um auf - sorry - Ihre Frage - - Also, beendet ist für uns ein Verfahren in dem Moment, wo wir den Bescheid gemacht haben, also nicht, wo dann das Gericht entschieden hat, was unter Umständen ja dann auch noch mal eine Weile dauern kann, sondern beendet ist für uns

ein Verfahren in dem Moment, wo unser Bundesamtsbescheid zugestellt worden ist.

**Susanne Mittag (SPD):** Sie hatten jetzt zur einen Hälfte gesagt: Wenn es ein positiver Bescheid ist, dann sollte der dann auch möglichst schnell gemacht werden.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ja.

**Susanne Mittag (SPD):** Ja. Aber die andere Hälfte, wenn es ein negativer Bescheid ist: Dann hat man auch erst mal noch keinen negativen Bescheid geschickt, sondern das erst mal noch mal ein bisschen ruhen lassen?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Aber nicht jetzt mit dem Hintergrund, dass da mit Sicherheitsbehörden was läuft, sondern das waren dann, wie gesagt, amtsinterne Priorisierungen, je nach Herkunftsländern.

Wir hatten zum Beispiel mal eine Phase, wo wir Westbalkan-Staaten priorisiert haben, so nach dem Motto - wie war es -: Last in, first out. Da gibt es ja immer diese schönen Definitionen. Es waren, ja, teilweise eben auch politische Entscheidungen, zu sagen: Diejenigen, die ganz offensichtlich sehr schnell einen Ablehnungsbescheid bekommen, wie jetzt eben zum Beispiel Westbalkan, die sollen sehr schnell entschieden werden. Dann war wieder die Überlegung: Man kann aber diejenigen, die vermutlich einen positiven Bescheid bekommen werden, wie jetzt Afghanistan, Syrien oder so, nicht so lange warten lassen. Die sollen priorisiert werden. - Also, es war immer eine Frage der amtsinternen Priorisierung auch.

**Susanne Mittag (SPD):** Aber es kann im Prinzip dann schon gewesen sein, dass ein negativer Bescheid dann erst mal eine Weile noch nicht gekommen ist, aber die Befragungen dann schon angefangen haben, weil dann ja auch zum Beispiel bestimmte Personen öfter befragt worden sind, also nicht nur einmal, sondern öfter?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Das kann gewesen sein, ja. Das will ich nicht ausschließen.





## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Susanne Mittag (SPD):** Ja. - Und ich habe noch eine Frage hinsichtlich der Unterlagen, die übersandt worden sind: Das war der Befragungsbogen. Aber da wird ja zum Beispiel vielleicht auch ein Lichtbild oder vom Ausweis oder sonst - - dabei gewesen sein hinsichtlich der genaueren Identifizierung. Das wird ja nicht nur unbedingt das einzelne Blatt gewesen sein - oder?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Nein, es ist natürlich nicht nur ein Blatt, weil, wie gesagt: Wir haben die Anhörungsprotokolle übersandt.

**Susanne Mittag (SPD):** Ja.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Und die Protokolle waren unterschiedlich. Das waren drei Seiten, zehn Seiten - je nachdem.

**Susanne Mittag (SPD):** Und da waren dann Identifizierungsmerkmale aber auch dabei, damit man sich - -

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Da waren - - Das waren keine Kopien von irgendwelchen Dokumenten, sondern das war wirklich nur die Kopie des Protokolls.

**Susanne Mittag (SPD):** Gut. - Haben Sie in Ihren Gesprächen mit der Leiterin von dieser Befragungsstelle vielleicht auch mal darüber gesprochen, wie man das irgendwie noch alles effizienter gestalten könnte bzw. - sie hatte ja nun ein bisschen die Sorge, die Befragungen und die Inhalte oder die Attraktivität gehen zurück - wie man das Ganze noch ein bisschen intensiver gestalten könnte?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Na ja, das Interesse des BND war natürlich auch, so schnell wie möglich die interessanten Antragsteller befragen zu können, und wir haben uns dann schon immer wieder mal darüber ausgetauscht, weil eben meine Devise war: Erst müssen wir anhören, und erst danach, nach unserer Anhörung, kann HBW oder BND dann mit den Befragungen beginnen. - Und da hat es dann schon manchmal Diskussionen gegeben, weil wir eben auch andere Prioritäten hatten - von den Herkunftsländern -, was die Abarbeitung angeht. Und manchmal hat es

ja auch von der Antragstellung bis zur Anhörung ein bisschen gedauert.

Aber ich habe also daran festgehalten. Egal welches Herkunftsland oder egal wie interessant: Erst musste unsere Anhörung durchgeführt werden. Und HBW hat dann eben im Einzelfall das Protokoll bekommen und musste sich eben so lange gedulden.

**Susanne Mittag (SPD):** Darf ich noch abschließend eine Frage? - Diese Übergabe der Daten bzw. der Datenaustausch: Ist das bei Ihnen mal von einer Datenschutzbeauftragten oder einem Datenschutzbeauftragten in irgendeiner Weise überprüft worden, dieses Handling „Austausch der Daten“?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Für den Kriterienkatalog kann ich Ihnen das nicht sagen, weil das Verfahren habe ich übernommen. Und nachdem sich dieses Listenverfahren ja eigentlich an den gleichen Grundsätzen orientiert - - Ich kann es Ihnen jetzt nicht definitiv sagen. Aber ich glaube, nein. Ich bin mir nicht hundertprozentig sicher. Das ist alles eine Ecke her.

Aber wir haben uns - - Was wir gemacht haben - das weiß ich -: Wir haben uns also verschiedene Unterlagen noch mal rangezogen, unter anderem auch diesen BMI-Bericht oder -Erlass oder was es war. Wir haben noch mal die Rechtsgrundlagen nachgehalten im Zusammenhang mit diesen Kriterienkatalogen und haben das noch mal aufgearbeitet und unserer Hausleitung vorgelegt.

Ob jetzt der Datenschützer - - Also, schriftlich war er nicht beteiligt. Ob einer meiner Kollegen mit ihm telefoniert hat, kann ich Ihnen nicht mehr sagen.

**Susanne Mittag (SPD):** Na ja, Überprüfung durch Datenschutz ist ja nicht nur eine einmalige Sache bei einer Dienststelle. So was geht ja immer gerne in irgendwelchen Abständen immer wieder. Aber irgendwann wird das ja datenschutzrechtlich mal überprüft worden sein. In welchen Abständen findet das denn überhaupt statt?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Na ja, wenn sich am Verfahren nichts ändert, also wenn das Prozedere das gleiche bleibt, dann sind da also keine regelmäßigen, immer wieder wiederholenden Überprüfungen vorgesehen, es sei denn, es ändern sich die rechtlichen Rahmenbedingungen oder es ändern sich die tatsächlichen Bedingungen. Aber dieses Kriterienkatalogverfahren ist ja über die Zeit gleich geblieben. Da wird der Datenschützer dann auch nicht wieder eingeschaltet.

Und, wie gesagt: Zu den Montaglisten haben wir für uns festgestellt, dass es nach den gleichen rechtlichen Kriterien im Endeffekt geht. Und - - Also, schriftlich ist mir nichts in Erinnerung.

**Susanne Mittag (SPD):** Ich meine auf den Bereich der Übergabe von Daten an den BND bzw. - -

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ja, ja.

**Susanne Mittag (SPD):** Dieser Bereich auch nicht?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Mhm.

**Susanne Mittag (SPD):** Gut, dann erst mal herzlichen Dank.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ganz herzlichen Dank. - Dann kommen wir jetzt zu den Fragen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege von Notz.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Guten Tag, Frau Leistner-Rocca! Ich wollte noch mal ganz kurz an einem Punkt anknüpfen, den die Kollegin eben angesprochen hat. Sie haben gesagt, Sie hätten verschärften Wert darauf gelegt, dass zuerst das BAMF befragt und dann erst die HBW.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ja.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Stand das denn zur Debatte, dass erst die

HBW befragt? Also, wie kann man denn sozusagen - - Gab es da schon Begehrlichkeiten im Vorfeld?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Na ja, Begehrlichkeiten nicht, aber nachdem wir also zeitweise wirklich mit den Anträgen etwas im Verzug waren und die Zeit zwischen Antragsstellung und Anhörung teilweise etwas länger war, hatte die HBW natürlich ein bisschen ein Problem damit, dass die dann noch länger warten mussten mit ihrer ersten Befragung - ,

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Aber woher - -

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** - und da ist da diskutiert worden.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich verstehe. Aber woher wussten die denn, dass das eine interessante Person für sie ist?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Das wussten die ja in dem Moment nicht. Die wollten es ja zeitig feststellen. Die wollten ja zeitig - - Also, die wollten ihre Befragungen machen, um eben möglichst schnell festzustellen, wer für sie von Interesse ist, und nachdem ich gesagt habe: „Erst hören wir an, und dann kann HBW Informationen bekommen“, hat sich halt in Einzelfällen für die dieser Zeitraum etwas länger hingezogen.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Das -

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Also, die mussten halt teilweise ein halbes Jahr warten, bis dann unsere Anhörung war, zum Beispiel.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** - verstehe ich nur bedingt.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ja. - Noch mal - -

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich habe das bisher so verstanden, dass die so eine Art Kriterienkatalog hatten.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ja.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und in den Befragungen, die Sie durchgeführt haben, haben Sie auch so ein bisschen auf diesen Kriterienkatalog - -

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ja.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Könnten die interessant sein für die HBW?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Genau.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, wie kann es dann sein, dass - ich habe es so verstanden - bezüglich einzelner Personen die HBW schon ein Interesse haben - -

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Nein, nein, nicht hinsichtlich einzelner - -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Allgemein?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ganz allgemein.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die haben gesagt: „Ihr habt da die ganzen Leckerlies, die wir gerne befragen würden, und ihr führt aber diese Befragungen nicht durch“?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Genau.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was da heute los sein muss, muss man sich fragen, wenn da 300 000 Anträge oder wie viel liegen. - Na gut, okay.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Also, es war allgemein.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es war nicht spezifisch, es war allgemein.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Es war allgemein. Es dauert zu lang von der Antragstellung bis zur Anhörung und bis sie dann die Informationen bekommen.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich verstehe. - Und jetzt haben Sie vorhin gesagt, Sie haben nichts davon gewusst, dass da die DIA, amerikanische Militärgeheimdienste, mit befragen. Davon haben Sie nichts gewusst. Gar nichts?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Nein, nein.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Davon, dass dieser Geheimdienst so heißt oder dass überhaupt andere Dienste da mit befragt haben?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Also, DIA habe ich jetzt, ehrlich, das erste Mal gehört.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Das wusste ich nicht. Und dass andere Dienste mit befragen: Das ist bei uns auch nie thematisiert worden.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber - -

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Doch, wir wussten natürlich - -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nein, die Frage ist so: -

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ja?

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - Wussten Sie irgendwas davon?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Wir wussten, dass die - - dass der BND zusammenarbeitet, aber ob die Zusammenarbeit so weit geht, dass die zusammen befragen, das wusste ich nicht - oder: das wussten wir nicht.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie schon mal was vom integrierten Befragungswesen gehört?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Nein. Was ist das?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist genau das.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Nein. Nein.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay, davon haben Sie nichts gehört. - Jetzt habe ich nicht ganz verstanden, wie sozusagen die Informationsweitergabe erfolgt ist. Muss man sich diese sozusagen Liste da mit Kriterien, den Kriterienkatalog, so vorstellen, dass der Beamte da was ausfüllen konnte? Oder - - Nein, der hat die einfach im Kopf gehabt wahrscheinlich, wenn er schon ein bisschen erfahrener ist, und hat gesagt: Ah, hier, die Punkte, und der hat Kontakt zum Militär in der und der Region gehabt; der könnte was für die HBW sein.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Der Kriterienkatalog des BND: Das waren meiner Erinnerung nach zwei Seiten. Den hatten die Kollegen, die Entscheider, ausgedruckt auf ihrem Schreibtisch liegen - hoffe ich mal. Und der enthielt eben so Stichworte, also „Extremismus“, „Terrorismus“ oder „Organisierte Kriminalität“ mit Unterpunkten.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Aber das waren jetzt die Stichworte, auf die die Entscheider achten sollten. Es war nichts zum Ausfüllen oder so, sondern es waren die Stichworte aufgelistet, auf die die Entscheider achten sollten. Und wenn zu einem dieser Kriterien in der Anhörung Erkenntnisse gekommen sind, dass einer was schildern konnte - eben zum Bereich „OK“ oder zum Bereich „Terrorismus/Fundamentalismus“ -, dann hat der Entscheider dieses Aktenzeichen uns weitergemeldet. Meine Kollegen haben sich dann das Anhörungsprotokoll in Gänze angesehen und haben dann entschieden: Das ist so konkret oder so detailliert, damit kann eine Sicherheitsbehörde was anfangen. Es hat auch von der Qualität her das Potenzial, für Sicherheitsbehörden interessant zu sein. Das geht weiter.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gab es auch Kriterien, die da lauteten, ob

der Mensch ein Telefon dabei hat, einen Computer oder Dokumente?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Als Kriterium?

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Nein.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Nein. Ich könnte mich jetzt nicht erinnern, dass das auf dem Kriterienkatalog stand - keineswegs, nein.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das finde ich erstaunlich; -

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ja.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - denn wenn es um diese Dinge geht, ist das natürlich super interessant, ob jemand Dokumente dabei hat, einen Computer, ein Telefon.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Nein. Das war im Kriterienkatalog keinesfalls drin.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danach sind die Leute auch nicht gefragt worden?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Von uns mit Sicherheit nicht, weil wir in der Anhörung ja abzielen auf den Sachverhalt: Ist jemand im Heimatland politisch verfolgt worden bzw. droht ihm Verfolgung, wenn er wieder zurückkehren müsste? Und da sind diese Sachen mit Sicherheit nicht erfragt worden, weil das für uns ja nicht relevant ist.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So. Und jetzt haben Sie gesagt, auf das Verfahren hat das nie Auswirkungen gehabt - auf das Asylverfahren.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Das hat dann - - nur dann, in ganz wenigen Einzelfällen, Auswirkungen gehabt, wenn sich aus diesem Kontakt HBW mit dem Asylbewerber eine intensivere Zusammenarbeit ergeben hat, sodass wir davon ausgehen mussten: Ab einem bestimmten Zeitpunkt weiß der Antragsteller auch: Er arbeitet jetzt mit einem Nachrichtendienst, mit einer Sicherheitsbehörde zusammen. Man könnte ihm im Fall der Rückkehr zu Hause vorhalten: Du hast mit einem fremden Nachrichtendienst zusammengearbeitet, und deswegen bist Du ein Spion, ein Verräter, was auch immer. - Und dann ist das Stichwort Nachfluchtgründe natürlich zu prüfen gewesen.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie viele Fälle waren das ungefähr pro Jahr?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Also, das waren, wie gesagt, ganz wenige, weil ich ja auch das Verfahren dann so abgeändert hatte, dass in den Fällen, in denen unsere Entscheider schon sagen: „Aufgrund des geschilderten Verfolgungssachverhaltes gibt es sowieso eine Anerkennung“, da haben wir uns dann - - Da brauchten wir ja auch diese Prüfung von Nachfluchtgründen überhaupt nicht. Und das war - -Also, wie gesagt, das sind so Dinge, über die wir nicht groß Statistik geführt haben. Ich habe mal interessehalber eine Handstrichliste führen lassen; das waren so - ich glaube, in einem Jahr sogar null - zehn, fünfzehn Fälle im Jahr.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und sind auch mal Leute einfach verschwunden? Also irgendwie neue Identität oder so? Einfach so, dass das Verfahren aufhörte?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ah ja, Untertauchen gibt es immer. Also, das ist leider Gottes - -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Untertauchen gibt es immer, -

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ja.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - aber jetzt im Zusammenhang mit dem BND?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Nicht, dass ich wüsste, nein.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Leute, die mit der HBW Kontakt hatten und dann einfach irgendwie aus dem Verfahren rausgefallen sind, da haben Sie keine - -

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Nein, nein. Das Erste, was ich höre.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Jetzt müssten wir - -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Waren Sie - letzte Frage -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Gerne.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - eigentlich mal bei so einer Befragung der HBW dabei?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Nein, nein. Da war nie jemand vom Bundesamt dabei. Ich nicht, keiner meiner Mitarbeiter, nie.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Da waren auch nie Leute von der HBW, also zumindest nicht die Leiterin, dabei, insofern - - Ja, vielen - -

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Wie bitte? Das habe ich jetzt akustisch - -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Leiterin der HBW war auch nie dabei.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Das weiß ich nicht.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, deswegen: Wir suchen noch Zeitzeugen.

(Heiterkeit)

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ganz herzlichen Dank. - Dann kommen wir jetzt zu den



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Fragen der Fraktion der Union. Frau Kollegin Lindholz.

**Andrea Lindholz** (CDU/CSU): Ja, Frau Leistner-Rocca, herzlichen Dank, dass Sie uns heute hier zur Verfügung stehen. - Ich habe eine Frage, und zwar: Die Mitarbeiter von BND und Ihrem Haus, haben die sich regelmäßig mal getroffen und miteinander abgestimmt?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Also, der Kollege, der diese Clearingstelle darstellte, der hatte ja sein Büro bei uns im Haus. Und ja, klar haben die sich getroffen, aber, also - - Wie gesagt, der Kollege hat die Informationen entgegengenommen, hat sie überprüft, hat einen Teil dann auch weitergegeben in seinem Haus. Und wenn der dann noch Nachfragen hatte, dann ist er natürlich schon auf die Kollegen zugegangen. Also zum Beispiel: „Gibt es da ein Dokument?“, wenn irgendwas erwähnt war, „Kann ich das einsehen?“, oder - - Also, im Detail kann ich das jetzt so genau nicht sagen; aber die hatten natürlich auch Kontakt.

**Andrea Lindholz** (CDU/CSU): Also, das war dann, bevor man mit den einzelnen Personen direkt Kontakt aufgenommen hat. Wenn er sich die Unterlagen -

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Davon gehe ich aus.

**Andrea Lindholz** (CDU/CSU): - oder die Anhörungsbögen angeschaut hat, und dann hat er vielleicht nochmal konkret nachgefragt.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Wenn er dann noch eine Nachfrage hatte, dann ist er vermutlich auch auf meine Kollegen zugegangen, ja.

**Andrea Lindholz** (CDU/CSU): Aber über inhaltliche Fragen oder rechtliche Fragen des Asylrechtes oder so, hat man sich darüber auch ausgetauscht? Oder war das eher nicht gegenständlich?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Also, das jetzt eher nicht. Wir hatten natürlich schon ein Interesse daran, dass der Kollege auch so eine leise

Ahnung hat, wie das Asylverfahren abläuft, damit er auch weiß, wie die Zusammenarbeit realistischere gestaltet werden kann. Umgekehrt hatten wir auch ein Interesse an bestimmten Arbeitsabläufen im BND, damit wir einschätzen können, wie es da läuft. Also, man hat sich immer wieder mal ausgetauscht, das ist klar; aber wir haben natürlich keine asylrechtlichen Fragen mit ihm diskutiert.

**Andrea Lindholz** (CDU/CSU): Sie hatten jetzt vorhin gesagt, dass man auch über die Frage, wie zügig man zum Beispiel ein Asylverfahren durchführt, ja auch immer mal so hausinterne Entscheidungen getroffen hat. So wie wir das ja auch aktuell kennen, so nach dem Motto: Den Westbalkan versuchen wir jetzt mal schneller zu entscheiden.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Genau.

**Andrea Lindholz** (CDU/CSU): Sind das auch Informationen gewesen, die dann der entsprechende Mitarbeiter des BND, der in der Clearingstelle gesessen hat - - dass man ihn auch darüber informiert hat, wie lange in etwa die Dauer bei größeren, ich sage mal, größeren Gruppen von Asylbewerbern erfolgt?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** In aller Regel schon, weil das ja, wie gesagt, dann auch Einfluss haben konnte auf den Zeitraum, auf den die sich einstellen mussten, wann sie mit unseren Informationen rechnen können, wie lange es dann dauert, bis sie eventuell ihre Befragungen durchführen können. Also, so Fragen, so allgemeine Informationen wie: „Wir priorisieren um bei den Herkunftsländern“ etc., das hat er mitbekommen. Das haben wir ihm auch mitgeteilt.

**Andrea Lindholz** (CDU/CSU): Die Befragungen durch den BND, das kann ja je nach Interesse oder Person länger oder kürzer dauern; davon gehe ich jetzt mal aus. Und umgekehrt ist es genauso beim Bundesamt. Wir gehen jetzt mal davon aus, dass es ein einfach gelagerter Fall ist, in dem man schnell entscheiden kann. Hat man sich dann in Einzelfällen darüber abgesprochen, oder ist Ihnen bekannt, dass die Befragungen durch den BND durchaus auch - wir nehmen mal



## Nur zur dienstlichen Verwendung

einen anerkannten Asylbewerber, wo das Verfahren möglicherweise schnell gegangen ist - darüber hinaus dann noch fortgelaufen sind? Oder war das immer irgendwie so ein Zusammenspiel, dass man irgendwie wusste, das sollte doch auch im Rahmen des ganzen Verfahrens dann, ich sage mal, beides im Prinzip erledigt sein?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Also, ich bin mir nicht sicher, ob ich Ihre Frage jetzt richtig verstanden habe. Wir haben mit - - Wenn wir die Informationen an den BND weitergegeben haben - - Wie gesagt, wir haben vier Wochen lang gewartet auf die Rückäußerung des BND, und wir haben dann ganz ausschließlich nach unseren eigenen Prioritäten das Verfahren weiter betrieben, entschieden, was auch immer als nächster Verfahrensschritt anstand. Da gab es keine Absprachen mehr.

**Andrea Lindholz (CDU/CSU):** Also, Sie halten es für völlig ausgeschlossen, dass irgendein Asylverfahren, sei es ein Ablehnungs- oder Anerkennungsbescheidsverfahren, sich in irgendeiner Form beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge durch die Weitergabe der Informationen an den BND und das Wissen, dass die Person interessant sein könnte und befragt werden wird, in irgendeiner Weise sich verzögert hat.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Also, bis auf diese vier Wochen, die wir dem BND eingeräumt haben, kann ich mir nicht vorstellen, dass es da weitere Verzögerungen gegeben hat. Im Gegenteil, wir haben ja in den Fällen, in denen der BND innerhalb der vier Wochen zurückgemeldet hat: „Das ist eine interessante Person“, versucht, das Verfahren, wenn es einen positiven Bescheid geben sollte, zu beschleunigen. Und ansonsten haben wir nach unseren Prioritäten entschieden. Also - -

**Andrea Lindholz (CDU/CSU):** Ja, aber das ist ja genau der Punkt.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ja.

**Andrea Lindholz (CDU/CSU):** Also, Sie sagen jetzt: Wenn es ein positiver Bescheid ist - das heißt ja, der kann dableiben, -

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ja.

**Andrea Lindholz (CDU/CSU):** - das heißt, das ist ja egal; die Person steht dann noch zur Verfügung -, da machen wir es mal schnell. - Aber was war denn dann mit den Fällen, wo man eben - das heißt auch das, was die Kollegin Mittag vorhin gesagt hat - nicht wusste, wo man eben gesehen hat, das könnte mit einer Ablehnung einhergehen?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ja.

**Andrea Lindholz (CDU/CSU):** Hat sich das dann auch nicht ausgewirkt? Hätten Sie das im gleichen Zeitfenster entschieden?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Also, wie gesagt, das richtete sich nach unseren internen Prioritäten. Da hatte die Ansprache des BND keine Auswirkung drauf.

**Andrea Lindholz (CDU/CSU):** Gut, jetzt stelle ich mir vor, ich bin ein Asylbewerber und habe meinen Antrag beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge gestellt. Und dann haben Sie so erläutert: Also, bei Ihnen musste zuerst mal die Anhörung stattfinden. Und erst, wenn die abgeschlossen war, dann war klar, geht die Sache möglicherweise, wenn es interessant ist, an den BND weiter. Und dann wird der Asylbewerber vom BND angesprochen, in welcher Form zunächst auch immer. - Und wie muss ich mir das jetzt vorstellen? Sie werden sich doch sicherlich darüber unterhalten haben: Wie geht es mit dem Asylbewerber weiter? - Der sitzt zunächst mal bei Ihnen, beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, wurde vom Sachbearbeiter X angehört. Und dann kommt danach irgendein Mitarbeiter vom BND irgendwie auf den zu. Und wie muss ich mir denn das vorstellen, wie das dann funktioniert hat? Wenn ich jetzt der Asylbewerber bin: Wie ist der dann auf mich zugekommen?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Das kann ich Ihnen nicht sagen. Das müssten Sie die Kollegin fragen. Also, wie die das organisiert haben - -

**Andrea Lindholz (CDU/CSU):** Also, Sie haben sich in keiner Weise mal - - Also, wenn ich



## Nur zur dienstlichen Verwendung

mich - - Ich stelle mir das jetzt einfach so vor: Ich wäre jetzt auch Mitarbeiter des BAMF, und ich wüsste, der BND will hier von mir Unterlagen haben. Wir sitzen auch regelmäßig mal zusammen mit dem Herrn von der Clearingstelle. - Und da hat man nie mal darüber gesprochen: „Wie wird denn dieser Asylbewerber X dann vom BND angesprochen, nachdem er zuvor bei mir, dem Mitarbeiter Y, beim Bundesamt gesessen hat und schließlich von mir angehört wurde?“?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Also, die Kollegen, die die Antragsteller angehört haben, die hatten sowieso keinen Kontakt mit denen, weil die sitzen ja in den Außenstellen. Also, Kontakt hatte der Kollege von der HBW allenfalls mit den Mitarbeitern bei mir im Sicherheitsreferat. Das waren jetzt nicht die, die angehört haben. Und was wir wussten, ist natürlich, also, dass die - - Die HBW hatte, ich weiß nicht, wie viele, Befragter, die hatten auch Außenstellen, soweit ich mich erinnere, verteilt über das ganze Bundesgebiet. Und von diesen Außenstellen aus haben dann die Kollegen der HBW Kontakt aufgenommen mit den Antragstellern. Aber wie genau die das jetzt gemacht haben, ob die angerufen haben, ob die einen Brief geschickt haben, ob die vor der Tür standen irgendwann mal, das wissen wir wirklich nicht.

**Andrea Lindholz (CDU/CSU):** Sie haben ja vorhin gesagt, dass die Asylbewerber darauf hingewiesen worden sein sollen, dass diese Angaben gegenüber HBW - ich sage jetzt immer dann mal BND - praktisch freiwillige Angaben sind -

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ja.

**Andrea Lindholz (CDU/CSU):** - und die mit ihrem Asylverfahren gar nichts zu tun hatten.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ja.

**Andrea Lindholz (CDU/CSU):** Ist das in irgendeiner Form mal dokumentiert worden und rückgemeldet worden, dass auch so verfahren worden ist?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Also, das haben wir meiner Erinnerung nach in einigen Besprechungen immer wieder betont und wiederholt, weil ja auch immer wieder mal Rückfragen von Antragstellern selber da waren oder auch eventuell von Anwälten, die Antragsteller vertreten haben, die dann solche Gespräche mit HBW geführt haben. Und es müsste auch in ein oder zwei Protokollen aufgenommen sein. Aber es war ganz, ganz selbstverständlich von allem Anfang an, dass das die Grundvoraussetzung ist dafür, dass wir überhaupt Daten übermitteln.

**Andrea Lindholz (CDU/CSU):** Aber es gab keine direkte Rückmeldung von Fall zu Fall, dass man auch dann -

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Nein.

**Andrea Lindholz (CDU/CSU):** - von der HBW die Rückmeldung bekommen hat: „Okay, haben wir befragt“ zum Beispiel, „haben wir aufgeklärt“, dass Sie auch die Rückkopplung hatten. So was hat es nicht gegeben.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Also, wir haben Rückkopplung bekommen innerhalb dieser vier Wochen. Entweder: „Das ist ein für uns interessanter Fall“, oder aber: „Nein, interessiert uns nicht weiter“. Dann ist das Verfahren eben ganz normal weitergelaufen. Also, die Art Rückmeldung hat es gegeben, aber jetzt nicht mit irgendwelchen Details: Der hat uns dieses oder jenes erzählt oder - -

**Andrea Lindholz (CDU/CSU):** Ich weiß nicht, ob Sie es mir beantworten können; wenn nicht, dann sagen Sie, Sie können es nicht beantworten. Aber wenn ich jetzt mal einen Asylbewerber nehme: Sie haben ja gesagt, auf sein Verfahren hat die Befragung durch den BND oder die HBW keinerlei Einfluss gehabt, weder in negativer noch in positiver Hinsicht. Ist das so richtig?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** In positiver Hinsicht dann - habe ich vorhin ja auch gesagt -, wenn sich eine ernsthafte Zusammenarbeit herausgebildet hat und man davon ausgehen musste, dass dem Asylbewerber ab einem bestimmten Zeitpunkt auch klar ist, er arbeitet jetzt





## Nur zur dienstlichen Verwendung

mit einem Nachrichtendienst zusammen. Dann haben wir unter dem Stichwort „Nachfluchtgründe“ diese Befragung natürlich schon berücksichtigt, aber ansonsten nicht.

**Andrea Lindholz** (CDU/CSU): Was könnte denn ein Asylbewerber überhaupt für ein Interesse daran haben, mit einer Person, von der er nicht weiß, wer sie ist und wo sie herkommt und warum sie ihn befragt, überhaupt in das Gespräch einzutreten, wenn man ihm sagt: „Du, du musst das jetzt nicht beantworten. Das ist alles rein freiwillig, auf freiwilliger Basis. Mich interessiert halt mal dieses und jenes“ - ich bilde jetzt mal keinen konkreten Fall -, „mich interessieren bestimmte Aspekte, was weiß ich, deines Lebens, deiner Reise, deiner Herkunft, aber du musst mir nicht antworten. Ich sag dir auch nicht, wer ich bin und wo ich herkomme“? Was für ein Interesse kann jemand überhaupt haben, sich so einem Gespräch auszusetzen?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Da kann ich jetzt natürlich wirklich nur spekulieren. Das kann ich Ihnen definitiv nicht beantworten. Ich könnte mir allenfalls vorstellen, dass Asylbewerber, die jetzt aus so einem Herkunftsland kommen wie Irak mit einem Regime wie Saddam Hussein, von sich aus sagen: Ich bin Regimegegner, und ich gebe mein Wissen preis. - Aber es ist wirklich pure Spekulation.

**Andrea Lindholz** (CDU/CSU): Und die Entscheider beim Bundesamt, die die betreffenden Personen auch angehört haben, haben zu keinem Zeitpunkt mit der Person X, die vor ihnen gesessen hat, darüber gesprochen, dass sie vielleicht im Nachfolgenden vom BND, also von einer anderen Stelle, von einer anderen Person, angesprochen werden könnten.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Nein.

**Andrea Lindholz** (CDU/CSU): Hätte ja nahegelegen, nachdem die ja zwei Seiten vor sich haben mit Kriterien und dann in dem Moment auch überlegen müssen: Der fällt ja unter die Kriterien. - Also, der wurde mit keiner Silbe mal darauf hingewiesen, dass da noch eine andere

Stelle außer dem BAMF auf ihn zukommen könnte.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Nein, also, ich kann natürlich jetzt nicht ausschließen, dass ein Entscheider mal was gesagt hat. Aber definitiv: Es war Weisungslage, die beiden Sachen strikt voneinander zu trennen. Die Entscheider sollten das nicht tun.

**Andrea Lindholz** (CDU/CSU): Ja, also, das ist mir klar, dass Sie nicht immer jeden Entscheider jetzt kontrollieren können. Mir geht es um das große -

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Nein, also definitiv - -

**Andrea Lindholz** (CDU/CSU): - Ganze, dass man sich unterhalten hat: Wie geht man in der Regel in solchen Fällen vor? - Hatten BND-Mitarbeiter irgendwie Zugriff auf Datenbanken oder Aktenbestände des Bundesamtes?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Nein, nein. Die haben die Anhörungsprotokolle bekommen und, wie gesagt, im Einzelfall, wenn relevante Unterlagen drin waren, Kopien davon, aber keinen Zugriff auf die komplette Akte oder die Datenbank, also MARiS, unser elektronisches Aktensystem.

**Andrea Lindholz** (CDU/CSU): Hat man da mal seitens der HBW nachgefragt, ob man so was haben könnte? Oder war das von Anfang an klar, dass das nicht - - Auch im Laufe der Zeit; Sie waren ja doch, glaube ich, neun Jahre, wenn ich es jetzt richtig weiß -

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Zehn.

**Andrea Lindholz** (CDU/CSU): - zehn Jahre -, damit betraut. Hat es da mal zu irgendeiner Zeit verstärkte Nachfragen gegeben, ob man da was ändern kann?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Na, wir haben irgendwann mal, nachdem wir die elektronische Akte eingeführt hatten, dann auch mal diese Weitergabe von Papier abgestellt, und der Kollege hat die Anhörungsprotokolle dann elektronisch bekommen, -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Andrea Lindholz** (CDU/CSU): Aber dann auch das gleiche - -

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** - aber keinen Zugriff auf die komplette Akte.

**Andrea Lindholz** (CDU/CSU): Zu den rechtlichen Aspekten habe ich auch noch eine Frage. Sie kennen ja den Diskussionsstand ganz gut, was überhaupt die Frage angeht: Müssen Sie überhaupt da Auskünfte erteilen und Daten übermitteln? Sie haben vorhin ja auch ausgeführt, dass Sie die Rechtsgrundlage im BND-Gesetz sehen und das Asylverfahrensgesetz das an dieser Stelle nicht überlagert. Ich unterstelle das jetzt einfach mal als korrekt.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ja.

**Andrea Lindholz** (CDU/CSU): Diese Listen, die Sie da bekommen haben, diese Montagsliste und dieser Kriterienkatalog, halten Sie das für eine ausreichende Grundlage, um dann auch den § 8 BND-Gesetz anwenden zu können?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Also, wir haben das entsprechend geprüft. Der BND hat sein Übermittlungersuchen auf den § 8 Absatz 3 gestützt. Wir haben uns mit dieser Argumentation auseinandergesetzt und sind zu dem Ergebnis gekommen, dass wir auf der Basis die Daten übermitteln können, ja.

**Andrea Lindholz** (CDU/CSU): Da geht es ja auch immer speziell um diese einzelfallbezogene, nicht generelle Übermittlung. Waren dieser Kriterienkatalog und die Montagsliste so ausgestaltet, dass man wirklich nicht von dieser Generalität sprechen konnte - dann müsste ich ja daran zweifeln -, sondern dass das wirklich auch so einzelfallbezogen möglich ist, dass Sie eben auch als Juristin sagen - ich meine, wir haben immer mehrere Juristen, mehrere Meinungen -, jetzt Sie ganz persönlich, wenn Sie sich die Rechtsgrundlagen anschauen, dass Sie gesagt haben, ja, auch aus Ihrer Sicht reicht das? Jetzt mal unabhängig davon, was im Anweisungsschreiben des BMI drinsteht.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Also, ich denke, mit den Einschränkungen, die wir vorgenommen haben, ist es möglich, den § 8 Absatz 3 heranzuziehen und diese Voraussetzungen auch zu bejahen, ja. Sonst hätten wir es nicht gemacht.

**Andrea Lindholz** (CDU/CSU): Welche - - Können Sie mir das noch ein bisschen - -

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ja, also Einzelfall, was Sie jetzt erwähnt hatten.

**Andrea Lindholz** (CDU/CSU): Genau.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Dadurch, dass wir bestimmte Herkunftsländer nur genommen haben, dass wir bei den Listen zum Beispiel nur Erstantragsteller genommen haben, auch nur Erstantragsteller, die schon angehört worden sind, bestimmte Altersgruppen aussortiert haben. Also, wir haben eben nicht pauschal alles aus einem Land, sondern wir haben bestimmte Voraussetzungen eingebaut, um den Personenbestand sozusagen abzubauen und einzuschränken.

**Andrea Lindholz** (CDU/CSU): Also, man hat nicht mal gesagt: „Wir nehmen jetzt immer und grundsätzlich alle aus dem Iran“ zum Beispiel?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Also, das waren diese zwei Sonderaktionen, an die ich mich erinnern kann, mal, wie gesagt, der Iran und Somalia meiner Erinnerung nach. Aber das waren zeitlich befristete Aktionen aus einem ganz bestimmten Anlass. Und diese Montagslisten, das ist ja ein laufendes Verfahren; das ist über längere Zeit so gelaufen, und da hatten wir diese Vorauswahl eben getroffen, um den Personenkreis einzuschränken und diese Einzelfallbezogenheit herzustellen.

**Andrea Lindholz** (CDU/CSU): Sie haben - - Ich glaube, es war der Iran. Ich suche nämlich gerade die Stelle hier. Ich finde es jetzt aktuell nicht. Es war der Iran. Das war dieses Dreivierteljahr, was Sie vorhin dargestellt haben.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ja, ein paar Monate. Ich weiß nicht genau, ja.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Andrea Lindholz** (CDU/CSU): Und da hat man wirklich gesagt: „Immer dann, wenn jemand aus dem Iran kommt“, -

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Also, -

**Andrea Lindholz** (CDU/CSU): - als Kriterium.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** - meiner Erinnerung nach auch abgeschichtet um bestimmte Altersgruppen. Und ich weiß - - ich bin mir jetzt auch nicht ganz sicher, ob weibliche Antragstellerinnen mit dabei waren oder ob man nur die männlichen Antragsteller hatte. Aber da war für diesen beschränkten Zeitraum keine weitere Einschränkung da. Also Altersgruppen und Iran.

**Andrea Lindholz** (CDU/CSU): Und wer hat das festgelegt, dass das so zu erfolgen hat?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Also, das Ersuchen kam vom BND. Wir haben das aufgrund dieser Sondersituation dann überprüft und haben uns dafür entschieden, dem Ersuchen stattzugeben.

**Andrea Lindholz** (CDU/CSU): Also, da stand drin: Die HBW bittet um Überlassung aller Anhörungsprotokolle von iranischen Asylbewerbern, welche ab 01.02.2004 einen Asylantrag gestellt haben.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ja.

**Andrea Lindholz** (CDU/CSU): Ohne weitere Einschränkung.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ja. Aber, wie gesagt, die Altersgruppeneinschränkung, die haben wir dann vorgenommen, sinnvollerweise, weil Minderjährige und Ältere macht keinen Sinn. Und dann war das eine Sonderaktion, die über ein paar Monate gelaufen ist. Aber das ist richtig; das war keine weitere Einschränkung. Aber immer Erstantragsteller, also nie Folgeantragsteller oder so, sondern Erstantragsteller war meiner Meinung oder meiner Erinnerung nach auch bei diesen Sonderaktionen.

**Andrea Lindholz** (CDU/CSU): Wissen Sie überhaupt nicht mehr, was diese besondere Sonderlage war?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Nein.

**Andrea Lindholz** (CDU/CSU): Weil ich stelle mir vor, wenn man eigentlich sagt: „Okay, das muss ja doch sehr einzelfallbezogen sein. Die Kriterien, die wir haben, die sind auch normalerweise geeignet; hier rücke ich ja jetzt etwas davon ab“, dass ich doch dann eigentlich nur sage: Machen wir doch nur, wenn es ein besonderes Interesse daran geben kann.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Also, wie gesagt, bei Somalia habe ich in Erinnerung, dass das im Zusammenhang mit dem Einsatz der Bundeswehr und mit den Piraten war. Beim Iran muss ich echt passen. Ich weiß es nicht mehr.

**Andrea Lindholz** (CDU/CSU): Gut. - Ja, dann können wir erst mal zurückgeben. Ich mache das dann noch in der zweiten Runde. Ich muss erst mal wieder sortieren.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Wunderbar. Ganz herzlichen Dank. - Dann kommen wir jetzt zur zweiten Runde. Die zweite Runde beginnt auch wieder die Fraktion Die Linke und Frau Kollegin Renner.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Danke. - Frau Leistner-Rocca, hatten die Mitarbeiter des BND im BAMF Zugangsberechtigung?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Also, der Kollege, der eine Kollege, der die Clearingstelle war sozusagen, ja.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Und die Kollegen der HBW, wenn die zum Beispiel in eine Außenstelle wollten, in eine Liegenschaft, haben sich dort angemeldet als was?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Die haben sich angemeldet als die Kollegen von der HBW und sind dann immer an der Pforte in Empfang genommen worden und in den Besprechungsraum oder wo - -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Martina Renner (DIE LINKE):** Und Kollegen von ausländischen Nachrichtendiensten sind als was ins BAMF gekommen? Oder gab es gar nicht den Fall?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Also, wie gesagt, meines Wissens nein. Gab es nicht. Ich wüsste von keinem Besuch von Kollegen eines ausländischen Dienstes. Wir hatten einmal eine Fortbildungsveranstaltung, bei der Kollegen - aber ich weiß jetzt auch nicht - - es waren US-Kollegen, aber von welcher Behörde, weiß ich nicht mehr. Die waren einmal bei uns zu einer Fortbildungsveranstaltung. Es war ein Vortrag unter der Überschrift „al-Qaida“.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Sie wissen aber nicht mehr, von was die kamen.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Nein, sorry.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Seit wann wissen Sie denn, dass der Partner der HBW die DIA war?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Also, DIA habe ich jetzt im Zusammenhang mit dem Untersuchungsausschuss das erste Mal zur Kenntnis genommen.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Vorher wussten Sie das nicht?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Nein, ich wusste nicht einmal, was DIA ist, muss ich ehrlich gestehen.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Haben Sie denn mittlerweile mal nachgesehen, was das ist?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ich oute mich jetzt: Nein.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Also, wenn ich in dieser Stelle wäre, wo ich jahrelang Daten weitergegeben habe, wo mittlerweile in Rede steht, dass diese an die DIA gegangen sind und diese eigenständig Befragungen durchgeführt hat, würde ich mich mal informieren, wer da sozusagen an der - - sozusagen der eigentliche, möglicherweise,

Spiritus Rector dieser ganzen Zusammenarbeit war.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Also, ich weiß auch nicht, ob ich das überhaupt rausbekommen könnte, wer der Spiritus Rector dieser Zusammenarbeit war. Das sind ja BND-interne Vorgänge, mit wem die mit welchem Ziel und welchen gemeinsamen Aktionen zusammenarbeiten. Ich glaube nicht, dass das so öffentlich zu verbreiten ist. Es ist ein US-Nachrichtendienst, das ist klar, aber - -

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ein militärischer Nachrichtendienst.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Also, ich - -

**Martina Renner (DIE LINKE):** Was könnte der für ein Interesse haben an den Daten der Flüchtlinge?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Das kann ich Ihnen echt nicht sagen. Ich weiß es nicht.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ein militärischer Nachrichtendienst, dem nachgesagt wird, dass er sehr robuste Verhörmethoden durchführt.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Also, die hatten ja keinen Zugang zu unseren Asylbewerbern.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Doch. Genau darum geht es ja.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Also, ich - -

**Martina Renner (DIE LINKE):** Das hat ja die Mitarbeiterin, die Leiterin der Hauptstelle Befragungswesen, gesagt, dass die DIA in den Befragungen saß und auch gelegentlich Befragungen alleine durchgeführt hat und in Befragungen mit der HBW zum Teil das Wort geführt hat, in einer Sprache, die der Mitarbeiter der HBW nicht verstanden hat.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ja, aber dazu kann ich Ihnen wirklich nichts sagen, tut mir leid. Ich weiß es nicht.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Martina Renner** (DIE LINKE): Aber Sie sind ein Stück weit dafür mitverantwortlich, dass das überhaupt stattfinden konnte.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Das kommt jetzt darauf an, wie Sie den Begriff „verantwortlich“ definieren.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Ja.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Wir hatten, wir haben Datenübermittlungsregelungen, die wir erfüllt haben. Wir haben im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben und im Rahmen unserer Aufgaben Daten übermittelt an einen deutschen Nachrichtendienst, und ich glaube nicht, dass es erfolgreich gewesen wäre, wenn wir versucht hätten, zu hinterfragen oder zu bestimmen gar, was diese deutschen Nachrichtendienste mit unseren Daten machen und wie die weiterarbeiten.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Hätte der deutsche Nachrichtendienst Sie informieren müssen, dass er die Daten weitergibt an die DIA?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Das sehe ich jetzt nicht. Nein.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Hätte der deutsche Nachrichtendienst Sie informieren müssen, dass an den Befragungen auch die DIA teilnimmt?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ich wüsste nicht, auf welcher Basis. Nein.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Wir haben ein Dokument aus dem Jahr 2009, ein Schreiben des Bundesamtes an das BMI. Ausgangspunkt war die Berichterstattung in der *taz* und der *FR* zur Zusammenarbeit des BAMF mit dem BND unter dem Stichwort „Hand in Hand“. Erinnern Sie sich vielleicht an den Vorgang?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ja.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Ja.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** In etwa.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Gut. - Danach hat man sicherlich mal hingesehen, was dort eigentlich stattfindet.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Wo?

**Martina Renner** (DIE LINKE): Ausgelöst - - In der HBW.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** In der H- -, mhm.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Es schreibt ein Herr Griesbeck.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Was - - Also, auswendig habe ich es jetzt nicht im Kopf. Was schreibt er?

**Martina Renner** (DIE LINKE): Na ja, dass die Zusammenarbeit des BAMF mit dem BND zurückgeht - - eine lange Tradition hat -

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ja.

**Martina Renner** (DIE LINKE): - und dass bis 93 ein Informationsaustausch mit dem BND, dem BfV und einem amerikanischen militärischen Nachrichtendienst stattgefunden hat.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Können Sie kurz die Fundstelle sagen?

**Martina Renner** (DIE LINKE): Ja, ich kann die Fundstelle sagen: MAT A BMI-2/5h\_1.pdf, Blatt 7.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Das war jetzt für alle hier sehr schnell.

(Heiterkeit)

**Martina Renner** (DIE LINKE): Genau. MAT A BMI-2/5h\_1.pdf, Blatt 7. - Also, das Thema militärischer Nachrichtendienst war offenbar nicht ganz unbekannt im BAMF. Und dann gibt es eben auch eine Ausführung auf Seite 3, wo es noch mal geht um: Wie kommen die Flüchtlinge eigentlich zum BND, Freiwilligkeitsprinzip usw. - Und da würde ich Sie gerne fragen, ob die



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Darstellung des Herrn Griesbeck an das BMI richtig ist. Zitat:

Die entspr. Fälle werden im BAMF zunächst für 1 Monat nicht entschieden. Der BND teilt dem BAMF mit, falls ein Asylbewerber der öffentlichen Berichterstattung nicht zu entnehmendes Wissen mitgeteilt hat. Da davon ausgegangen wird, dass eine Verbindung zu einem deutschen Nachrichtendienst für den Asylsuchenden nach Rückkehr in sein Herkunftsland eine Gefährdung darstellen kann, wird diese Kooperation als ein vom Asylsuchenden nicht zu vertretender Nachfluchtgrund gewertet und zieht in der weiteren Folge i.d.R. eine positive Entscheidung im Asylverfahren nach sich.

Ist es richtig, dass diese Fälle, die dem BND übergeben wurden, zunächst für einen Monat nicht entschieden wurden?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ja. Das habe ich ja schon mehrfach gesagt heute.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Genau.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Wir haben das einen Monat lang ruhen lassen.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Genau. - Ist es richtig, dass in den Fällen, wo der Asylbewerber Wissen, was nicht öffentlich zugänglich war, mitgeteilt hat, ein Nachfluchtgrund angenommen wurde, der in der Regel eine positive Entscheidung des Asylverfahrens nach sich zog?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Auch das habe ich jetzt schon ein paarmal gesagt.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ja, -

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Also, es gibt zwei Varianten.

**Martina Renner (DIE LINKE):** - Sie haben das bisher mehr als Ausnahmefall dargestellt.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Es war ja auch nicht so häufig. Also, wir hatten - - Wie gesagt, wir haben keine Listen geführt; aber in den Fällen, in denen wir allein aufgrund einer engeren Zusammenarbeit eines Antragstellers mit der HBW oder dem BND zu dem Ergebnis gekommen sind: Jetzt kann der Antragsteller sich auch nicht mehr für den Fall seiner Rückkehr darauf zurückziehen, zu sagen: „Ich wusste ja nicht, dass es ein Nachrichtendienst ist“, jetzt ist die Zusammenarbeit so eng, dass man ihm das vorwerfen kann: „Du hast mit einem ausländischen Nachrichtendienst gesprochen“, in dem Fall haben wir uns mit dem Nachfluchtgrund natürlich auseinandersetzen müssen, mit diesem Aspekt. Und in diesen Fällen - also, es hat ganz wenige Ausnahmefälle gegeben, wo wir dann gesagt haben: Und trotzdem erkennen wir nicht an -, wo es wirklich eine enge Zusammenarbeit gegeben hat, die hinausgegangen ist über eine erste lose Ansprache unter der Legende HBW, in den Fällen - aber, wie gesagt, das waren so Größenordnungen von vielleicht zehn im Jahr - haben wir dann einen Bescheid gemacht, einen Anerkennungsbescheid.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Zehn im Jahr.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ja.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Von?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Bitte?

**Martina Renner (DIE LINKE):** Zehn im Jahr von?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ja, so ungefähr.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Weil „in der Regel“ ist ja nicht „zehn im Jahr“.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ja, in der Regel in diesen Fällen.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Okay.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Also, nicht wahr, in diesen Fällen, in denen es zu einer engeren Zusammenarbeit gekommen ist und - das muss man ja auch dazu sagen - in denen das Bundesamt nicht ohnehin positiv entschieden hätte.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Also, es geht hier nur um die Fälle, in denen wir normalerweise abgelehnt hätten, dann aber vor Ablehnung den Nachfluchtgrund prüfen mussten. Und wenn wir dann zu dem Ergebnis gekommen sind, aufgrund dieses Nachfluchtgrundes ist jetzt aber eine Gefährdung nicht auszuschließen, dann haben wir anerkannt und das waren eben so round about - -

**Martina Renner (DIE LINKE):** Das heißt, es muss eine Rückmeldung der HBW gegeben haben: Wer hat nichtöffentliches Wissen preisgegeben? Bei wem haben wir uns eröffnet als Geheimdienst? Und wen versuchen wir als Quelle zu werben? - Diese drei Möglichkeiten stehen ja im Raum für dann sozusagen diese Möglichkeit, daraus einen Nachfluchtgrund zu konstruieren.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ja.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Also hat die HBW Ihnen ja das mitgeteilt.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ja, das war ja, wie gesagt, dieser Zeitraum, den wir sowieso immer abgewartet haben. Und in der Regel war es eben genau diese Formulierung: Der Antragsteller hat Wissen, das wir nicht den allgemein zugänglichen Quellen oder eigenen Quellen entnehmen können, preisgegeben. Er arbeitet mit uns zusammen, und deswegen besteht für den Fall der Rückkehr die Gefährdungslage.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Das wurde schriftlich mitgeteilt.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Das wurde uns schriftlich mitgeteilt.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Von wem?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Von dem Kollegen von der Clearingstelle.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Der hat dann die Fälle wann - einmal in der Woche? Einmal im Monat? - aufgelistet, bei denen das der Fall ist?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Nein, wie gesagt, bei zehn im Jahr - - Wenn so ein Fall -

**Martina Renner (DIE LINKE):** Gab es einen schriftlichen Vorgang?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** - vorlag, dann haben wir - - Also, das war mehr oder weniger immer die gleiche Formulierung: Herr XY hat sich bereit erklärt, hat Wissen weitergegeben, ist unserer Ansicht nach nicht auszuschließen, dass - -

**Martina Renner (DIE LINKE):** Gibt es für dieses Schreiben irgendeinen Namen?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Nein. Ja, Interventionsschreiben haben wir gesagt.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Interventionsschreiben. Die müssten sich ja noch finden.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ich nehme an, dass die sich noch finden. Aber die sind mit Sicherheit nichtöffentlich.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ja.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Das kriegen wir hin, -

(Heiterkeit)

**Martina Renner (DIE LINKE):** Das kriegen wir hin. Das ist unser kleinstes Problem.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** - und die weiteren Fragen müssten Sie in der nächsten Runde stellen.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Notfalls gehen wir ins Bundeskanzleramt.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Frau Kollegin, die weiteren Fragen müssten Sie in der nächsten Runde stellen, -

**Martina Renner (DIE LINKE):** Okay. - Schade.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** - weil die Zeit abgelaufen ist. - Wir kommen jetzt zu den Fragen der Union. Frau Kollegin Lindholz.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Andrea Lindholz** (CDU/CSU): Ich hätte noch mal eine Frage zu dieser Fallabwicklung beim Bundesamt immer dann, wenn BND-Fälle vorliegen. Wir haben da in den Unterlagen einen Vermerk gefunden vom 16.02.2011, in dem steht:

Vor dem Hintergrund der Abläufe im Fall

- alles dann geschwärzt -

wird den Vertretern des BND erörtert, dass generell bezüglich der Intervention der HBW nicht a priori ein Automatismus bestehen würde, weil diverse Aspekte der BAMF-Entscheidungspraxis berücksichtigt werden müssen.

Können Sie mir das noch mal erklären, wie das genau gemeint war? Wenn Sie möchten, können wir Ihnen das gerade auch vorlegen, die Stelle aus diesem - -

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ja, wäre vielleicht nicht schlecht.

(Der Zeugin werden Unterlagen vorgelegt)

- Ja, genau. Okay.

Welcher Fall das war, weiß ich jetzt natürlich auch nicht mehr, aber das hängt zusammen mit der Frage von eben: Nachfluchtgründe. Wir sind natürlich nicht davon ausgegangen, dass jede Ansprache der HBW bei einem Antragsteller automatisch zu Nachfluchtgründen führt, sondern wir haben uns den Fall genauer angesehen, haben dann aufgrund unserer Erkenntnisse zum jeweiligen Herkunftsland versucht, zu bewerten, ob - also wenn bekannt wird im Herkunftsland, dass ein Antragsteller zusammengearbeitet hat mit einer deutschen Sicherheitsbehörde - dann in diesem speziellen Herkunftsland für diesen speziellen Antragsteller wirklich die Gefahr einer politischen Verfolgung drohen würde. Ich habe in ein oder zwei Fällen - ich glaube, das war der Auslöser hier für diese Besprechung - - in ein, zwei, drei Fällen, genau weiß ich es nicht mehr, es auch verweigert; ich habe meine Zustimmung

dazu verweigert, dass wir einen positiven Bescheid machen allein aufgrund der Zusammenarbeit mit der HBW. Das war, glaube ich, der Auslöser, zu sagen, es ist kein Automatismus, sondern wir prüfen nach unseren Grundsätzen, ob ein Nachfluchtgrund vorliegt, ja oder nein.

**Andrea Lindholz** (CDU/CSU): Nur, wenn ich einen anerkannten Asylbewerber habe, dann habe ich ja im Prinzip das Problem gar nicht -

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Nein, dann haben Sie es nicht.

**Andrea Lindholz** (CDU/CSU): - als BAMF-Mitarbeiter, dass ich mir darum überhaupt noch Gedanken machen muss. Aber in allen anderen Fällen, wo ich weiß, dass ich wohl einen Ablehnungsbescheid erlassen müsste, kann ich doch streng genommen, wenn es so etwas wie diese Nachfluchtgründe gibt und ich weiß, dass der BND oder die HBW diese Person gerade aufgrund bestimmter Umstände befragt, eigentlich guten Gewissens dann gar nicht mein Verfahren im normalen Modus weiterlaufen lassen, weil ich möglicherweise mit meiner Prüfung schneller am Ende bin als die HBW mit ihrer Befragung. Also muss ich doch theoretisch diese Fälle dann liegen lassen, wenn ich die Möglichkeit der Nachfluchtgründe ausreichend berücksichtigen will.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Noch mal: Wir haben vier Wochen gewartet - ohnehin immer. Wir haben den BND oder die HBW gebeten, uns innerhalb dieser vier Wochen mitzuteilen, ob es sich hier um eine Person handelt, die für die HBW von Interesse ist. Wenn HBW uns gesagt hat: „Nein, ist nicht von Interesse“, hat sich die Problematik sowieso erledigt. Wenn HBW gesagt hat: „Der ist für uns von Interesse, der arbeitet mit uns zusammen, der ist bereit, mit uns zusammenzuarbeiten“, dann haben wir unter dem Gesichtspunkt der Nachfluchtgründe das überprüft.

**Andrea Lindholz** (CDU/CSU): Aber das kann ich doch möglicherweise gar nicht so schnell wissen. Vielleicht verstehe ich es auch falsch oder sehe ich es falsch, aber wenn BND oder HBW - - Aber vielleicht ist so was nach einer Befragung von HBW erledigt gewesen, und dann hätten die





## Nur zur dienstlichen Verwendung

gleich sagen können: Ja, es bestehen Nachfluchtgründe oder nicht. - Aber ich stelle es mir so vor, dass ich die Person vielleicht nicht nur einmal befrage, sondern dass ich sie vielleicht zweimal, dreimal oder viermal befrage. Aus den aktuellen Ereignissen im Asylrecht wissen wir, dass die Fälle nirgendwo sonderlich schnell, ich sage das jetzt mal so, bearbeitet werden, und dann ist mir doch dann eigentlich klar, dass das möglicherweise nicht mit einer Befragung einhergeht. Wenn ich dann Nachfluchtgründe möglicherweise nicht schon nach der ersten Befragung durch die HBW vorliegen habe, sondern vielleicht erst durch die dritte, vierte, fünfte oder sechste Befragung, dann müsste ich doch theoretisch abwarten, bis die fertig sind zum Schutz, sage ich jetzt mal, desjenigen, den wir da befragen, bevor ich wiederum mein Asylverfahren beim BAMF abschließe. Oder kann ich sofort nach der ersten Befragung schon beurteilen: „Gibt es da Nachfluchtgründe, oder gibt es die nicht?“?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Sie haben es selber gesagt: Beim Bundesamt dauert es ja auch eine Weile. Also, wenn die HBW gesagt hat: „Wir befragen da noch mal und ein zweites Mal oder ein drittes Mal“, und nach der dritten Befragung erst zu dem Ergebnis gekommen ist, dass das eine interessante und gewinnbringende Zusammenarbeit werden könnte, dann haben die uns das natürlich auch noch mitgeteilt. Das ist klar.

**Andrea Lindholz (CDU/CSU):** Aber dann ist es doch so: Ich kann es mir aus der Praxis heraus, wenn ich zwei Behörden sehe, die nebeneinanderher arbeiten, nicht so vorstellen, dass es praktisch völlig isoliert und separat die ganze Zeit vor sich hinläuft, sondern gerade in diesen Fällen, von denen wir jetzt gerade sprechen, muss es doch so gewesen sein, dass ich zwischendurch mal irgendwie eine Rückmeldung gebe oder so und sage: Wie ist denn der Stand bei euch, wie ist denn der Stand bei uns? - Ansonsten kann ich doch so einen Fall aus meiner Sicht sachgerecht überhaupt nicht bis zum Ende bearbeiten.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Also, das sind nicht so die Details. Ich muss versuchen, mich zu erinnern, wie das abgelaufen ist. Wenn die HBW

uns zurückgemeldet hat, dann haben die sich in der Regel festgelegt: „Es ist interessant“ oder „Es ist nicht interessant“. Wenn die im Einzelfall mal gesagt haben: „Wir brauchen noch Zeit, wir wollen den noch ein zweites oder drittes Mal befragen, bevor wir plus oder minus melden können“, dann müsste diese Information - ich versuche das jetzt zu rekonstruieren - bei uns im Sicherheitsreferat angekommen sein, weil wir waren ja der direkte Ansprechpartner. Dann kann es durchaus sein, dass meine Mitarbeiter bei der Außenstelle nachgehakt haben und gesagt haben: Wartet mit dem Fall noch mal. - Das will ich nicht ausschließen, aber in aller Regel - - Das war ja unser Interesse, weil wir ja unsere Verfahren abwickeln wollten auch so schnell wie möglich; das ist ja das Ansinnen an das Bundesamt gewesen.

Wir haben darauf gedrängt, dass wir innerhalb der vier Wochen eine positive oder negative Rückmeldung bekommen. Das hat in aller Regel auch funktioniert. Wenn im Einzelfall die Kollegen mal gesagt haben: „Wir wollen den noch mal hören, wir sind uns noch nicht sicher“, dann kann es schon auch so gewesen sein, dass die Kollegen dann in der Außenstelle Bescheid gesagt haben. Aber unser Fenster war immer - und das war vereinbart -, uns nach Möglichkeit innerhalb dieser vier Wochen definitiv zu sagen: ja oder nein.

**Andrea Lindholz (CDU/CSU):** Ich habe auch überhaupt keinen Zweifel daran, dass man nicht auch versucht hat, so wie Sie das geschildert haben, das wirklich isoliert voneinander zu betrachten. Daran habe ich überhaupt keinen Zweifel. Ich habe mir nur die einzelne Fallgestaltung jetzt mal überlegt und denke halt doch, dass es bei diesem Fall - kein klarer Asylgrund plus in Deutschland, trotzdem Befragung durch den BND und HBW - so was gegeben haben muss wie einen regelmäßigen Austausch, weil ich ansonsten denjenigen, den ich da befrage, hinterher ja vielleicht auch einem Risiko aussetzen würde, wenn ich nach unseren rechtlichen Regelungen gehe und sage: Ablehnung, Zurückweisung, auf Wiedersehen. - Und die Nachfluchtgründe kennen wir ja nicht, wenn ich nicht bis zum Abschluss warte.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Also, deswegen haben wir ja auch diese Unterscheidung gehabt, eine einmalige, vielleicht auch eine zweimalige Ansprache durch die HBW, bei der dem Antragsteller noch nicht klar gewesen sein muss, dass er mit einer deutschen Sicherheitsbehörde, mit einem deutschen Nachrichtendienst spricht. Das war jetzt für uns - zumindest in den meisten Herkunftsländern - nicht die Schwelle, zu sagen: „Das ist jetzt ein Nachfluchtgrund“, weil man dem Antragsteller ja nicht vorwerfen kann, dass er wissentlich mit einem fremden Nachrichtendienst gesprochen hat. Aber wenn HBW uns signalisiert hat: „Das wird aller Voraussicht nach eine intensivere Zusammenarbeit; der ist bereit, sich mit uns auszutauschen, Wissen preiszugeben, das eben jetzt nicht diesen öffentlich zugänglichen Quellen entspricht“, dann sind wir in aller Regel davon ausgegangen, dass wir diese Nachfluchtgründe zumindest prüfen müssen. Und dann kommt es eben darauf an: Aus welchem Herkunftsland? Wie ist das System dort? Wie ist das strafrechtliche, das strafprozessuale System dort? Droht dem was bei Rückkehr, ja oder nein? - Und in diesen wenigen Fällen, in denen die Fallkonstellation so war, dass wir gesagt haben: „Aus asylrechtlichen Gründen würden wir eigentlich ablehnen, aber jetzt haben wir diesen Aspekt der Zusammenarbeit mit einem deutschen Nachrichtendienst, deswegen sehen wir einen Nachfluchtgrund als gegeben an“, in diesen wenigen Fällen - wie gesagt, so zehn, fünfzehn im Jahr - haben wir dann einen Anerkennungsbescheid gemacht, um genau diese Gefahr auszuschließen.

**Andrea Lindholz (CDU/CSU):** Sind diese Fälle dann immer von den gleichen Entscheidern, die den Fall am Anfang auch angenommen haben, bearbeitet worden, oder ist die Person dann an - - Gab es dafür bestimmte Mitarbeiter beim Bundesamt, die dann ausschließlich diese Fälle, die ja in die eine oder andere Richtung hätten ausgehen können, entschieden haben, oder hat das der ganz normale Entscheider gemacht?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Also, wenn es ein normaler Anerkennungsbescheid war, weil die Kollegen in den Außenstellen sagten, das ist ohnehin eine Anerkennung, dann ist der in der

Außenstelle gemacht worden. Wenn es jetzt ein sogenannter Interventionsfall war, wo wir sagen, es gibt als einzigen Anerkennungsgrund nur diesen Nachfluchtgrund der Zusammenarbeit, dann ist der Bescheid bei uns in der Zentrale gemacht worden.

**Andrea Lindholz (CDU/CSU):** Und da gab es dann eins, zwei, drei, fünf, zehn - -

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Da gab es in der Regel einen Mitarbeiter, der das gemacht hat. Aber wie gesagt, bei zehn Fällen im Jahr ist das kein Problem.

**Andrea Lindholz (CDU/CSU):** Okay. - Danke.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Herzlichen Dank. - Dann kommen wir jetzt zur nächsten Fraktion, nämlich zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege Ströbele.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, danke. - Frau Leistner-Rocca, die Asylbewerber kamen zunächst ins BAMF oder in eine Außenstelle und haben da ihren Antrag - - oder standen da zur Befragung zur Verfügung?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Die Asylantragsteller sind verpflichtet, ihren Antrag in einer Außenstelle zu stellen. Also, die gehen in die Außenstelle und stellen dort ihren Antrag.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und wenn jetzt dieser Vorgang von Ihnen weitergegeben worden ist und der Bundesnachrichtendienst oder die HBW haben Interesse daran, wohin kamen die dann, wenn die noch mal befragt werden sollten?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Wohin kam wer? Die Kollegen von der HBW?

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Nein, wohin kamen dann die Asylbewerber? Wo fand diese Besprechung statt?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Das weiß ich nicht.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Also mit Sicherheit - -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wurden die wieder an die Stelle, wo sie den Antrag gestellt haben, hinbestellt?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Also nicht ins Bundesamt, weil, wie gesagt, die Trennung der beiden Verfahren - -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ins Bundesamt sowieso nicht, aber in die Außenstelle?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Na ja, gut, das ist ja auch Bundesamt. Also, wenn Sie jetzt die Außenstellen meinen, da hat es auf keinen Fall stattgefunden.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wissen Sie ganz genau?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Also da bin ich mir sehr sicher.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wie kam jetzt der Mitarbeiter von HBW dazu, zu sagen: „Ich möchte mich mit Ihnen treffen“? Haben die da einen Brief geschickt, haben die die irgendwo vorgeladen?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Also, das ist das, was ich vorhin auch schon mal sagte: Das kann ich Ihnen so nicht beantworten. Das müssten Sie die Kollegin fragen, ob die jetzt da angerufen haben, ob die vorbeigegangen sind, ob die geschrieben haben.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben die denn eine Telefonnummer von denen gehabt? Das müssten Sie doch wissen. Haben die auch eine Telefonnummer weitergegeben?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Telefonnummern von Antragstellern?

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Nein.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie sollen sie denn dann anrufen?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Das war jetzt ein Beispiel. Ich meine, wenn -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie, war ein Beispiel?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** - ein Antragsteller noch in einer Aufnahmeeinrichtung zum Beispiel zu wohnen verpflichtet ist, dann dürfte es nicht schwer sein, die Telefonnummer der Aufnahmeeinrichtung herauszukriegen. Aber ich kann Ihnen die Details, wie die HBW die Leute angesprochen hat, wirklich nicht schildern. Ich kann Ihnen das nicht beschreiben.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kann es auch sein, dass die doch von Mitarbeitern Ihrer Dienststelle oder sogar auf Ihre Dienststelle, auf die Außenstelle noch mal hergebeten worden sind und man gesagt hat: „Hier ist jetzt noch ein Herr oder eine Dame dabei, die will auch noch ein paar Fragen stellen“?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Also, ich will nicht hoffen, dass es stattgefunden hat. Nein, es wäre regelwidrig, sage ich jetzt mal, gewesen. Ich glaube es auch nicht, nein.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist Ihnen nie, nie, nie - - irgendwas davon gehört, dass so was stattgefunden hat?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Nein.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also die HBW-Leute sind nie bei Ihnen, in irgendeiner Einrichtung vom BAMF - Hauptamt, Nebenamt, Außenstelle -, in Erscheinung getreten?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Dass die mal in der Außenstelle waren, um sich zu einem Einzelfall noch mal mit unserem Kollegen zu besprechen, das ist schon der Fall gewesen. Aber unser Interesse - noch mal: unser Interesse - war ganz klipp und klar: Die Antragsteller dürfen nicht den Eindruck gewinnen, dass die Befragung durch die HBW Einfluss hat auf ihr Asylverfahren. Und deswegen wäre jetzt eine Befragung durch die HBW in unseren Räumen total kontraproduktiv gewesen, weil ich kann keinem Antragsteller, keinem Asylbewerber erklären, dass er jetzt zwar in die Außenstelle des Bundesamtes muss, aber dort eine Anhörung stattfindet, die mit seinem Asylverfahren nichts zu tun hat. Also, es war ganz klipp und klar: Das muss getrennt sein. Und die Befragungen der HBW müssen auch räumlich getrennt vom Bundesamt stattfinden.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und Sie wissen keinen Fall, wie das dann gelaufen ist?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Die Ansprache?

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wurden die in ein Café bestellt, oder wurden sie in ihrer Wohnung aufgesucht oder in der - - Das wissen Sie alles nicht?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Nein.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In den Jahrzehnten Ihrer Tätigkeit nie gehört?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Nein. Wir waren ja auch nicht dabei.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, aber vielleicht haben Sie es erfahren?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Nein.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nie?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Nein.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und jetzt, wenn das jetzt weiterging, kamen die zusammen, also der Mann oder die Frau von HBW, und haben mit dem Asylbewerber gesprochen. Sie haben - glaube ich - vorhin am Anfang gemeint, beim ersten Treffen brauchten die noch nicht zu sagen, wo sie herkommen oder von welchem Amt sie sind.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Also, so haben uns die Kollegen von der HBW das beschrieben. Das war ja auch Sinn dieser Legende, dass man zum Schutz der Antragsteller nicht gleich am Anfang sagt: Ich bin übrigens Nachrichtendienst, ich bin Sicherheitsbehörde. - Wie das im Einzelnen - - wie die sich vorgestellt haben oder so, also, das sind die Dinge, die wir wirklich nicht wissen.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kann es sein, dass die gesagt haben: „Wir kommen vom BAMF“ oder „von der Außenstelle“?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Das will ich jetzt nicht hoffen, nein.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie das denn mal geklärt?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Na ja, dadurch, dass wir nicht dabei waren - -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie sagen, beim ersten Mal wurde es überhaupt nicht gesagt. Die müssen doch sagen, wo sie herkommen, -

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ja, klar, aber - -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - wie sie an das Protokoll gekommen sind, wie sie überhaupt von dem Asylbewerber erfahren haben. Die müssen doch irgendeine Erklärung dazu abgeben, wenn Sie sagen, in der ersten Besprechung - - Ich habe mir das bisher immer so vorgestellt: Da saß dann noch einer vom BAMF dabei.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Nein. Definitiv nein.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, bei der ersten Besprechung haben die nicht gesagt, wer sie sind, sondern haben nur gesagt: „Guten Tag, mein Name ist Y, wir hätten gern ein paar Fragen an Sie“?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Also, wie die sich vorgestellt haben, wie die Befragung abgelaufen ist, ich denke mal, das haben Sie die Kollegin vorher schon gefragt. Wir waren nicht dabei. Ganz bewusst, definitiv: Wir waren nicht dabei. Wie die das im Einzelfall gemacht haben, ob sie es immer nach dem gleichen Schema gemacht haben, ob es unterschiedlich war, je nachdem, mit wem sie es zu tun hatten - ich weiß es definitiv nicht.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und dann sollten sie beim nächsten Gespräch sagen: „Wir kommen von einem Nachrichtendienst“?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Also zu irgendeinem Zeitpunkt, nehme ich an. Wenn die Bereitschaft zur Zusammenarbeit da war und wenn der BND gemerkt hat, dass es sich um einen interessanten - - um eine Person handelt, die interessante Informationen weitergeben kann, nehme ich an, dass das dann irgendwann mal klar war.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was heißt „irgendwann“? Nach zwei Jahren oder so?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Das weiß ich nicht. Das müssen Sie wirklich die Kollegin fragen. Ich kann es Ihnen, Herr Ströbele, nicht sagen.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben doch gesagt: Die mussten wissen. - Also denen musste das, dass sie damit ein Risiko eingehen, vielleicht - - Die mussten ja zumindest beim zweiten Gespräch darüber informiert werden, -

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ob das beim zweiten jetzt - -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - dass sie jetzt mit einem Nachrichtendienst reden.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ob beim zweiten oder dritten oder vierten Gespräch, das weiß ich nicht. Für uns war - -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kann es auch sein, dass sie es nie gesagt haben?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Kann auch sein, aber das dürften dann nicht die Fälle gewesen sein, in denen sich wirklich eine Zusammenarbeit entwickelt hat, weil für uns - - Für die Prüfung der Nachfluchtgründe war das Kriterium ausschlaggebend: Jetzt kann man dem Asylbewerber vorwerfen, dass er bewusst, wissentlich und willentlich mit einem fremden Nachrichtendienst zusammengearbeitet hat.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): War denn HBW Ihrer Kenntnis nach von außen erkennbar, dass das Mitarbeiter des Bundesnachrichtendienstes sind? Sie sagen: Bei Ihnen in der Behörde war es bekannt, dass - -

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Für wen erkennbar? Für den Antragsteller?

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, zum Beispiel. Die haben ja auch Niederlassungen gehabt zum Beispiel. Waren Sie mal da am Hohenzollerndamm in Berlin?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Nein.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein? Da war nur das Fernsehen.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ja, das habe ich gesehen, aber ich war da selber nicht.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das haben Sie gesehen? Hat es Sie gefreut?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Nein.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Nein.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und was stand draußen dran?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Das weiß ich gar nicht mehr.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Amt.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Also, das muss ich ehrlich sagen, das weiß ich nicht.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Stelle. - Und so ein Asylbewerber aus dem Irak, weiß der dann, was das ist?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Wie gesagt, in einem frühen Stadium dieser Ansprache sollte er es ja auch nicht wissen, zu seinem Schutz. Und ab wann er es dann gewusst hat und was er gewusst hat und so - -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also Sie gingen davon aus: Das haben die auch immer brav eingehalten und haben immer gesagt - - Das haben wir anders gehört.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Was haben die brav eingehalten?

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dass die sich überhaupt nie geoutet haben, bis ganz zuletzt vielleicht, bis sie die Leute selber als Agenten eingesetzt haben.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Also, wie gesagt, wann die sich geoutet haben und wie die sich geoutet haben, weiß ich nicht. Wir waren angewiesen auf die Informationen des BND, und wenn der BND uns gesagt hat: „Jetzt ist es so weit, dass wir ein Stadium oder eine Intensität der Zusammenarbeit erreicht haben, dass wir davon ausgehen müssen, es wäre jetzt für den Antragsteller

zu Hause gefährlich, weil vorwerfbar“, dann haben wir die Nachfluchtgründe geprüft.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie mal von dem Fall „Curveball“ gehört?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ja.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gelesen?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ja.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was haben Sie da gelesen?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ach du grüne Neune, was habe ich da gelesen? Der hat Informationen an den BND gegeben - -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war ein Asylbewerber, -

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ja, das war ein Asylbewerber. Das war ein Iraker.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - der bei Ihnen im Amt war.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ja. Das war ein Iraker, der dann auch anerkannt worden ist.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Der ist auch anerkannt worden von uns, soweit ich das weiß.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist jetzt vielleicht nicht so entscheidend, sondern der - - Damit ist er ja nicht berühmt geworden.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Er ist, glaube ich, berühmt geworden damit, dass Informationen, die er dem BND gegeben hat, dann auch weitergegeben worden sind vom BND.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Hat Sie das gewundert?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Es hat mich nicht gefreut, also ich fand es nicht toll. Gewundert? - Ich habe vorhin schon mal gesagt, wir wussten natürlich, dass der BND mit ausländischen Diensten zusammenarbeitet, aber die Details kennen wir nicht.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In dem Zusammenhang ist ja genau - - Der hat ja selber auch berichtet später, wie das abgelaufen ist, auch beim BAMF, und hat gesagt, dass er einen - - zunächst ein Mitarbeiter des Bundesnachrichtendienstes dabei gewesen, er hätte das aber nicht gewusst, bis er sich dann gemeldet hat, und dann seien nachher Amerikaner dabei gewesen. - Haben Sie gesagt: „Kann doch nicht sein?“, oder was haben Sie dazu gedacht? „War ganz normal, war immer so“?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Na ja, das, was Sie jetzt beschrieben haben, habe ich irgendwann mal gehört. Den Wahrheitsgehalt kann ich nicht überprüfen. Wie gesagt, dass der BND mit ausländischen Nachrichtendiensten zusammenarbeitet, ist uns klar; das wussten wir, das weiß jeder, aber wie genau - -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie sind die Verantwortliche, die Sicherheitsverantwortliche, die Juristin, die darauf achten soll, dass das alles nach Recht und Gesetz geht. Und Sie hat das gar nicht interessiert?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Natürlich hat mich das interessiert. Aber das, -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie sind der Sache auch nicht nachgegangen?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** - was wir im Amt oder - - Die Grundsätze, denen wir verpflichtet sind, das sind die Grundsätze aus dem Asylverfahrensgesetz, aus dem BND-Gesetz. Ich bin nicht in der Position, dem BND vorzuschreiben, was er dann darf oder nicht. Da gibt es Kontrollgremien,

die das überprüfen müssen, aber das ist, denke ich, nicht die Aufgabe des Bundesamtes.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber auch diese Nachfragen - - Das Ganze war ja schon 2004 oder vor 2003 und dann bis 2004.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Na gut, virulent geworden ist es später.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, genau. Und das hat Sie nie dazu bewogen, mal in Ihrer Behörde nachzufragen: „Kann das denn überhaupt sein, dass so was passiert?“? Nur Ihren Anteil, nicht, was der Bundesnachrichtendienst da alles gemacht hat, sondern in Ihrer Behörde, dass Sie der Frage mal nachgegangen sind aufgrund von Zeitungsmeldungen und gesagt haben - -

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Welcher Frage? Was der BND mit ausländischen Diensten macht? Oder welcher Frage?

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Dass die sogar Zugang haben, dass die sogar - - Das ist Ihnen ja auch schon gerade vorgehalten worden und ist hier auch schon offen besprochen worden.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Also, soweit ich weiß, hat der BND das selber dann ja auch irgendwann eingestellt. Natürlich haben wir uns darüber unterhalten, aber, wie gesagt - -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mit wem haben Sie sich darüber unterhalten?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Also, es ist - - BND hat irgendwann mal mitgeteilt, dass die Zusammenarbeit mit ausländischen Diensten irgendwie neu geregelt worden ist. Aber diese Details - wer, mit wem, was, warum, wie lange usw. -, die sind mit uns ja nicht erörtert worden. Und ich hätte vermutlich auch keinen Erfolg gehabt, wenn ich da insistiert und nachgefragt hätte, weil das BND-Interna sind. Wir haben natürlich uns auch im Amt darüber unterhalten;



## Nur zur dienstlichen Verwendung

das ist ganz klar. Aber ich hätte jetzt keine Möglichkeit gesehen, aufgrund dieses Vorganges zu sagen: Die rechtlichen Vorgaben, die wir haben aus dem BND-Gesetz, die erfüllen wir jetzt nicht mehr.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber hatten Sie nicht vielleicht Anlass zu sagen - mindestens zu *sagen* -: „Lieber Mitarbeiter, ich bin hier die Chefin und ich bin hier die Juristin, der US-Geheimdienst hat hier drinnen nichts zu suchen und hat auch bei den Befragungen nichts zu suchen“, wenn Sie so was lesen in der Zeitung?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca**: Ja, aber die haben ja auch - - Bei unseren Interviews waren die ja nicht dabei. Das ist ja völlig ausgeschlossen gewesen. Bei uns im Bundesamt waren die nicht. Die waren bei keiner Anhörung dabei, nichts. Die haben auch von uns keine Informationen bekommen. Unser Verfahren hat sich wirklich auf das Asylverfahren beschränkt und auf die geschilderte Zusammenarbeit mit dem BND. Und darauf haben wir geachtet.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg**: Gut. - Jetzt schaue ich mal in die Runde: Frau Kollegin Mittag.

**Susanne Mittag** (SPD): Ich habe nur noch wenige abschließende Fragen. - Gab es auch Personaltausch oder, sagen wir mal, Bewerbungen vom Bundesamt für Verfassungsschutz oder BND in Ihre Behörde hinein?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca**: Bewerbungen, also für - -

**Susanne Mittag** (SPD): Für - in Anführungsstrichen - normale Stellen. Wir haben ja schon von mehreren Ämtern gehört: Da wird immer mal hin- und hergewechselt. Kann ja auch ein attraktiver Posten sein, dass ein Mitarbeiter vom BND oder Bundesverfassungsschutz - -

**Zeugin Renate Leistner-Rocca**: Einer meiner Mitarbeiter ist mal zum Verfassungsschutz gewechselt.

**Susanne Mittag** (SPD): Also eher weg, nicht dazugekommen?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca**: Ist weg, ja.

**Susanne Mittag** (SPD): Sie hatten da ja auch einen BND-Mitarbeiter. In welchem Rahmen hatte der denn Zugriff auf BAMF-Akten?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca**: Also, Sie meinen jetzt den Kollegen von der Clearingstelle?

**Susanne Mittag** (SPD): Ja.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca**: Überhaupt nicht. Der hat von uns die Anhörungsprotokolle bekommen und hatte - - Also, im Einzelfall, wenn noch interessante Dokumente da waren, dann hat er davon Kopien bekommen, aber er hat nie komplette Akten bekommen und hat auch keinen Zugang zu unserem elektronischen IT-gestützten Aktensystem.

**Susanne Mittag** (SPD): Aber mit den zuständigen Sachbearbeitern hätte er sich ja mal austauschen können, wenn es Nachfragen gibt oder so?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca**: Ja. Mit den zuständigen Kollegen im Sicherheitsreferat hat er sich unter Umständen schon ausgetauscht zu irgendwelchen konkreten Fragen, aber nicht so, dass er jetzt komplette Akten bekommen hätte.

**Susanne Mittag** (SPD): Also nicht zu den aktenhaltenden Sachbearbeitern?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca**: Bitte?

**Susanne Mittag** (SPD): Also er hätte keinen Kontakt aufnehmen können zu den aktenhaltenden Sachbearbeitern?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca**: Jetzt zu den Kollegen in den Außenstellen oder eben dann bei uns?

**Susanne Mittag** (SPD): Wer so Zugang zu den Akten hätte.





## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ja, natürlich hätte er sich mit den Kollegen austauschen können, weil im Rahmen dieser elektronischen Akte auch meine Mitarbeiter Zugriff auf die elektronische Akte hatten. Aber es gab ja diese Vorschriften: Was wird weitergegeben, was wird nicht weitergegeben? - Die Mitarbeiter im Sicherheitsreferat sind alle verpflichtet, also die wissen, was sie dürfen oder was sie nicht dürfen.

**Susanne Mittag (SPD):** Und „weitergeben“ bedeutet auch „nicht reingucken lassen“?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Na ja, die Anhörungsprotokolle werden weitergegeben. Das kriegt er - oder hat er bekommen.

**Susanne Mittag (SPD):** Aber ich meine, man kann ja auch, wenn die Akten alle digitalisiert sind und man hat dann noch irgendwie Klärungsbedarf - - Dann bezog sich das darauf, dass man dann auch nicht sozusagen in die digitalisierte Akte reingucken darf? Ging die Anordnung so weit?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Also, der Kollege hat keinen Zugriff auf diese Akten gehabt, auf unser Aktenverwaltungssystem. Wenn er was wissen wollte, wenn er noch irgendwelchen Informationsbedarf hatte, dann musste er sich an die Mitarbeiter im Sicherheitsreferat wenden. Die mussten überprüfen, ob das möglich ist, und haben eben dann unter Umständen noch mal ein Blatt aus der Akte geschickt, je nachdem.

**Susanne Mittag (SPD):** Gut. - Es kam hier ja schon ein paarmal ins Gespräch, in welchem Rahmen sich HBW an Spielregeln hält. Sie hatten da ja so eine gewisse Vereinbarung. Haben Sie mal irgendwann von Mitarbeitern oder so mitgekriegt, dass es da so einen negativen Rücklauf von Antragstellern gab - das zog sich ja manchmal ein bisschen hin -, dass mal der eine oder andere Antragsteller noch mal Kontakt aufgenommen hat mit seinem Sachbearbeiter und gesagt hat: „Was waren das denn für Leute?“ oder „Was sollte das denn werden?“?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ich glaube, das hat es in Einzelfällen gegeben, auch, wie gesagt, von Anwälten, die sich zwischendurch mal erkundigt haben, was das war, ob wir davon wussten. Die Informationen, die wir hatten, die haben wir dann natürlich auch weitergegeben, sprich, wir haben die Anwälte darüber informiert, dass aufgrund bestimmter Sachverhalte die Informationen an die HBW<sup>2</sup> weitergegangen sind und dass es möglicherweise die HBW<sup>2</sup> war, die jetzt den Kandidaten angesprochen hat. Und die Anwälte wussten aber auch immer, dass das nichts mit dem Asylverfahren zu tun hat.

**Susanne Mittag (SPD):** Kam denn da auch mal so ein Rücklauf, dass da bei dem Antragsteller sozusagen der Eindruck entstanden war, da wird auf diese Art und Weise Druck aufgebaut? Also nicht nur: „Wer war das?“, sondern dass sie sich, ja, nicht beschwert haben, aber, sagen wir mal, darauf hingewiesen haben: Jetzt wird versucht, auf diese Art und Weise - ich soll was sagen - auf das Verfahren - -

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Also, so kann ich mich nicht daran erinnern. Es kamen wohl Rückfragen: „Hat das jetzt was mit meinem Asylverfahren zu tun?“, aber mit dem Impetus: „Da versucht einer, mich mehr oder weniger zu zwingen und mich zu drängen“, kann ich mich jetzt nicht erinnern, das nicht. Also, es gab Rückfragen: „Wer ist das, und hat das was mit meinem Asylverfahren zu tun?“, und dann haben wir natürlich die gleiche Erklärung abgegeben, um die wir auch immer die HBW gebeten hatten.

**Susanne Mittag (SPD):** Wurden dann die Rückfragen auch mit dem BND rückgekoppelt, also dass es Rückfragen gab?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Also in Einzelfällen ja. Da kann ich mich erinnern an ein, zwei Fälle, wo wir dann uns auch noch mal - - Weil es für uns ja auch wichtig war. Also, wenn so Nachfragen kamen: „Hat das was mit unserem Asylverfahren zu tun?“, dann haben wir uns natürlich auch überlegt: Wieso stellt der jetzt diese Frage? Wie hat HBW sich geäußert? - Aber das waren

2) Protokoll korrigiert, siehe Anlage 1.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

vielleicht zwei, drei Fälle in den zehn Jahren, wo wir dann halt auch immer wieder intensiv darauf hingewiesen haben: Die Trennung der Verfahren muss auch beim Asylbewerber ankommen; darauf müsst ihr achten.

**Susanne Mittag (SPD):** Das wird dann wahrscheinlich rückgekoppelt worden sein zur Leiterin von HBW?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Sowohl an den Kollegen von der Clearingstelle als auch an die Leiterin der HBW.

**Susanne Mittag (SPD):** Haben Sie mit ihr auch mal darüber gesprochen?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ja, das war bei diesen jährlichen Treffen auch Thema.

**Susanne Mittag (SPD):** Hatten Sie da mitbekommen, dass sie an solchen Befragungen gar nicht teilgenommen hatte? War Ihnen das bekannt?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Nein.

**Susanne Mittag (SPD):** Sind Sie davon ausgegangen, dass sie mal bei solchen Befragungen teilgenommen hat?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ach Gott, darüber, muss ich ehrlich sagen, habe ich mir nie Gedanken gemacht, ob sie da dabei ist oder ob sie die Leute nur - in Anführungszeichen - anleitet.

**Susanne Mittag (SPD):** Haben Sie mal bei eigenen Befragungen - - also selber durchgeführt?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Bei unseren Anhörungen?

**Susanne Mittag (SPD):** Ja.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ja, ganz am Anfang. Ja.

**Susanne Mittag (SPD):** Ist es nicht notwendig, zwischendurch mal teilzunehmen, alleine auch, dass man - ich denke mal, Sie sind auch Beurteilungsvorgesetzte - weiß, wie so was läuft?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ich hatte ja die Einzelentscheider nicht zu beurteilen. Ich habe an Anhörungen teilgenommen in meiner Zeit als Länderbereichsleiterin, wo Entscheider meine Mitarbeiter waren. Da musste ich das machen; da habe ich an Anhörungen teilgenommen und habe mir auch Bescheide durchgelesen. Aber in der Gruppe, um die es jetzt geht - - wir haben ja keine Anhörungen gemacht und keine Bescheide. Also insofern war das jetzt ein Themenbereich, der für mich mit dem Blick - weil Sie jetzt sagen Beurteilungen - nicht von Interesse war. Dann sind die Anhörungen ja auch außen gemacht worden. Ich sitze in Nürnberg, und die Anhörungen werden in den Außenstellen gemacht.

**Susanne Mittag (SPD):** Gut, das wäre es dann erstmal. Danke schön.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ganz herzlichen Dank. - Dann kommen wir zur nächsten Fragerunde. Hier beginnt wieder die Fraktion Die Linke. Frau Kollegin Renner.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Danke, Herr Vorsitzender. - Ich habe eine Nachfrage zu den Dingen, die jetzt gerade Kollegin Mittag erfragt hat. Wenn sich Anwälte gemeldet hatten mit Fragen, vielleicht auch Beschwerden zu Vernehmungen durch die HBW bei ihren Mandaten, dann haben Sie in dem Antwortschreiben aber geschrieben: Wir können das aufklären. Das war der Bundesnachrichtendienst auf Rechtsgrundlage XY, der sich bei Ihrem Mandanten gemeldet hat.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Also, in diesen wenigen Fällen, die da passiert sind, wo ein Anwalt sich gemeldet hat, haben wir auf die Grundsätze aufmerksam gemacht, die wir mit der HBW abgesprochen hatten: Es ist freiwillig, es hat mit dem Asylverfahren nichts zu tun usw.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Sie haben aber dann dem Anwalt geschrieben: „Es handelt sich um die Hauptstelle Befragungswesen“?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Also, wenn wir es im Einzelfall gewusst haben, müsste das so gewesen sein, ja. Wie gesagt - -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Martina Renner** (DIE LINKE): Auch dazu gibt es ja Schriftwechsel.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ich kann es Ihnen jetzt nicht - - Das sind jetzt Fälle, die kann ich wahrscheinlich an einer Hand abzählen. Es ist auch viel telefonisch gelaufen. Also, ich kann mich an zwei, drei Telefonate erinnern, die ich mit Anwälten geführt habe. Schriftlich habe ich jetzt nichts vor Augen. Anwälte waren ja häufig auch bekannt bei uns, oder man kannte sich, und die haben dann da angerufen und haben nachgefragt, oder sie konnten es selber schon einordnen.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Aber Sie haben dann schon mit offenen Karten gegenüber den Anwälten gespielt?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ja, klar. Die Befragung durch die HBW ist ja jetzt auch nichts, was wir verheimlichen mussten. Wir haben die Daten weitergegeben im Einzelfall, in wenigen Einzelfällen, und das wussten die Anwälte auch. Das mussten wir auch nicht geheim halten.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Und die wussten auch, dass es nur Tarnstelle des Bundesnachrichtendienstes ist?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Das wiederum weiß ich jetzt nicht.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Das wäre ja für den Asylanwalt möglicherweise von Relevanz gewesen, dass sein Mandat Kontakt mit einem deutschen Nachrichtendienst hat.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Das kann ich Ihnen jetzt nicht sagen. Also, wir haben uns an die Legende gehalten, solange sie aufrechtgehalten worden ist. Wir haben das von uns aus nicht offengelegt.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Ich würde Ihnen jetzt gerne ein Dokument vorhalten, und zwar ist das der Kriterienkatalog für die Informationsübermittlung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge an das Bundesamt für Verfassungsschutz, und Sie dann fragen, ob dieser Kriterienkatalog identisch ist mit dem Kriterienkatalog,

der bei Ihnen vorlag zur Auswahl der Flüchtlinge, deren Unterlagen an die HBW übergeben wurden. Der ist aus Februar 2013. Das ist MAT A BMI-2/5h\_1.pdf, Blatt 189.

(Der Zeugin werden  
Unterlagen vorgelegt)

Sie kennen ja bestimmt den Kriterienkatalog?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ja. - Also, meiner Erinnerung nach sind die nicht identisch. Aber ich muss noch mal reingucken.

(Die Zeugin blättert in den  
ihr vorgelegten Unterlagen)

Nein, nein.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Der ist anders?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Der ist anders, ja. Der ist sehr viel detaillierter. Jetzt weiß ich es auch wieder. Da sind diese - - Zum Beispiel die Gruppierungen, was ich jetzt hier sehe, sind schon runtergebrochen auf Herkunftsländer: Welche Gruppierungen gibt es in welchen Herkunftsländern? - Also, der schaut ganz anders aus. HBW hatte meiner Erinnerung nach so zwei, zweieinhalb Seiten.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Okay. - Dann könnte es sich möglicherweise um den hier handeln.

(Abg. Martina Renner (DIE  
LINKE) hält Unterlagen  
hoch)

Ich habe aber noch eine Frage zu dem Kriterienkatalog des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Wurden dort auch Befragungen durchgeführt auf Grundlage dieses Kriterienkatalogs?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ja.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Gab es da auch so etwas wie Interventionsfälle?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Gab es auch, ja.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Martina Renner (DIE LINKE):** Unter diesen Organisationen, die hier aufgeführt sind - das ist ja aus 2013 -, sind natürlich eine hohe Anzahl islamistischer, dschihadistischer Organisationen. Ist denn auszuschließen, dass, wenn Quellenwerbung in dem Bereich stattgefunden hat, im Nachgang diesen Personen dann ein Asylstatus zugesprochen wurde?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Reden wir jetzt vom BND?

**Martina Renner (DIE LINKE):** Wir reden von beiden. Also, wir reden davon, dass offenbar das Interessensprofil wenigstens von BfV nachweislich über die Gruppierungen, die hier aufgeführt sind, sich schwerpunktmäßig auf dschihadistische Organisationen konzentriert hat. Jetzt sagten Sie vorhin: Wer mit dem Geheimdienst zusammenarbeitet, könnte möglicherweise Nachfluchtgründe generieren und hat dann eine Anerkennung bekommen. - Ich frage mich gerade, ob jemand, der bei al-Nusra aus Syrien ist oder so was, dann möglicherweise auf diesem Weg, weil er sich als Quelle zur Verfügung gestellt hat, in Deutschland eine Anerkennung als Flüchtling bekommen hat.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Also, es geht bei diesen Kriterienkatalogen ja jetzt zunächst darum, dass BND - ich bleibe jetzt mal beim BND, weil das auch Untersuchungsgegenstand ist - Informationen für sich erschließt. Die Frage, ob daraus eine Gefährdung erwächst, ist ja eine andere. Ich habe ja auch schon gesagt, dass wir - und das war vorhin auch in diesem einen Dokument - die HBW und genauso auch den Verfassungsschutz immer darauf aufmerksam gemacht haben: Es kann keinen Automatismus geben. - Das heißt, die Zusammenarbeit mit einer Sicherheitsbehörde führt nicht automatisch dazu, dass ein Asylbewerber dann auch einen positiven Bescheid bekommt, weil wir Nachfluchtgründe unterstellen.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ich frage deswegen: Ich war vormals Mitglied im NSU-Untersuchungsausschuss und habe dort gelernt, wie man in der militanten neonazistischen Szene als Geheimdienst den Bock zum Gärtner gemacht

hat. Ich frage mich, ob das bei diesen Befragungen mit bestimmten Personen hier möglicherweise auch der Fall ist, wenn ich hier sehe, dass das Interesse auf al-Qaida und Ähnliches gefallen ist. Das war von vorneherein ausgeschlossen, dass solche Leute, weil sie befragt werden, weil sie kooperieren, weil sie sich als Quellen werben lassen, dann in Deutschland als politisch Verfolgte anerkannt werden?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Es hängt vom Einzelfall ab. Ich kann jetzt nicht sagen, es ist von vorneherein immer ausgeschlossen gewesen, sondern - - Also, wenn jetzt jemand angibt, er war im Libanon Mitglied irgendeiner Organisation oder in Syrien Mitglied einer Organisation, dann muss das jetzt nicht automatisch dazu führen, dass er politische Verfolgung vom Staat zu erwarten hat - ja? Also für uns ist das Kriterium: politische Verfolgung durch den Staat oder staatsähnliche Organisationen. Und bei manchen Organisationen oder Mitgliedschaft in einzelnen Organisationen konnten wir ohne Weiteres davon ausgehen, dass das jetzt nicht unbedingt zu politischer Verfolgung führt, sodass wir allein schon aus dem Grund keine Anerkennung gemacht haben - machen mussten. Wir haben auch - - Das war eben dieser Hinweis an die HBW: Es gibt diesen Automatismus nicht. - Das heißt, wenn Gründe vorliegen, die zwingend zu einem Ausschluss vom Asylrecht führen, sicherheitsrelevante Gründe, dann gibt es auch keine Anerkennung.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Weil in diesem anderen Dokument, das ich Ihnen erst vorgehalten habe, ja „in der Regel“ stand, und ich würde jetzt gerne wissen - genau -: Erinnern Sie Ausnahmefälle, bei denen Sie dann auf ein Interventionschreiben hin tatsächlich verweigert haben, dass der Person ein Aufenthalt zugesprochen wird, weil von dieser Person eine Sicherheitsgefährdung für die Bundesrepublik Deutschland ausgeht? Erinnern Sie solche Fälle?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ich erinnere mich an einen Fall auf alle Fälle - das war jetzt aber auch ein HBW-Fall -, in dem ich das verweigert habe. Es war jetzt aber nicht unbedingt mit dem Fokus Gefahr für die Sicherheit Deutschlands, sondern es war in diesem Einzelfall jemand, der



## Nur zur dienstlichen Verwendung

sich selber bezichtigt hatte, was wir dann auch eruiert hatten, schwere Straftaten begangen zu haben, aus politischen Gründen angeblich. Der Ausschlussgrund war - was war es? - § 60 Absatz 8 damals noch - - Aufenthaltsgesetz gegriffen hat. Und der Fall war meiner Erinnerung nach auch Auslöser für die Diskussion, die dann zu dieser Formulierung geführt hat: Wir haben darauf hingewiesen, dass es keinen Automatismus geben kann.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Wenn Sie sich noch mal - Sie haben das ja eben gesehen - das Profil des BfV angesehen haben mit den Ländern, die hier von Interesse sind, ist das ungefähr identisch mit dem Profil des Bundesnachrichtendienstes, was die Länderinteressen angeht?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Was die Länder, also die Herkunftsländer - - Ich habe es jetzt nur überflogen.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Sie können das gerne noch mal haben.

(Der Zeugin werden  
Unterlagen vorgelegt)

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Auswendig kann ich es Ihnen sowieso jetzt nicht sagen. Also, der BND hatte seinen Hauptfokus auf die Länder, in denen jetzt also Bundeswehr eingesetzt war zum Beispiel, also das war ein Kriterium. Das zweite Kriterium waren natürlich jetzt so Länder, die unter außenpolitischen oder sicherheitspolitischen Aspekten von Interesse waren wie Irak etc. Also, der BND hat sich in der Regel nicht für Afrika zum Beispiel interessiert, aber die hatten Irak, Iran, Afghanistan. Das war in Afghanistan sowieso auch wegen der Bundeswehr.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Es meldet sich die Bundesregierung. - Herr Akmann.

**MR Torsten Akmann (BMI):** Ich wollte nur sagen, dass die Aussagen der Zeugin zur Zusammenarbeit mit dem BfV ohne Anerkennung einer Rechtspflicht erfolgen, weil das nicht Untersuchungsgegenstand ist.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. Herzlichen Dank.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Gut. - Dann würde mich wirklich noch mal interessieren, wenn Sie jetzt die Länder des BfV haben, ob das ungefähr die Länder sind, auf die auch das Interesse des BND gefallen ist.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Also ich kann es auswendig schlicht und einfach nicht sagen. Wie gesagt, beim BND war ein wesentliches Kriterium: Länder, in denen Bundeswehreinsetzung ist, und dann waren es Länder, bei denen also offensichtlich sicherheitsrelevante Interessen waren. Das war eben Irak, Iran, da war teilweise dann auch China mit dabei, es waren teilweise auch Westbalkan-Staaten dabei. Ich glaube, der Balkan fehlt hier komplett - -

(Die Zeugin blättert in den  
ihr vorgelegten Unterlagen)

**Martina Renner (DIE LINKE):** Nein, nein, Serbien ist dabei, Bosnien-Herzegowina. - Dann würde ich fragen: Gab es auch - -

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Identisch sind die meiner Meinung nach von den Herkunftsländern her nicht.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Okay. - Hier werden ja auch die Organisationen aufgeführt und die Nachrichtendienste in den Ländern, auf die ein besonderes Augenmerk gelegt werden soll, ob die Asylsuchenden dazu Auskunft geben können. Die Liste der Nachrichtendienste ist übrigens länger als die Liste der Gruppierungen, auf die man achten soll, hier in diesem Papier. Gab es so eine Liste der Organisationen und auch Nachrichtendienste, die der BND übergeben hat, auf die man achten soll bei Befragungen, ob - -

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Nein, vom BND hatten wir lediglich diese zwei Seiten oder eineinhalb nur. Und wie gesagt, der BND hat das also bewusst allgemein gehalten, um zu vermeiden, dass er jeden Monat nachjustieren muss.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Martina Renner (DIE LINKE):** Genau. Beim Allgemeinen -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Jetzt müssten wir - -

**Martina Renner (DIE LINKE):** - das ist die letzte Frage - sind wir jetzt am richtigen Stichpunkt. Sie kennen ja § 8 BND-Gesetz in Verbindung mit § 18 Bundesverfassungsschutzgesetz, der ja vorsieht, dass es keine Regelübermittlung geben darf, sondern nur Spontanübermittlung. Finden Sie, dass es sich bei der Übermittlung von Daten auf Grundlage dieser zwei Seiten, die Sie eben als allgemein bezeichnet hatten, um eine Spontanübermittlung handelt, oder ist das nicht mehr eine Regelabfrage?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Also, Regelabfrage ist es meiner Meinung nach nicht, denn beschrieben sind Kriterien mit Bezug zu bestimmten Herkunftsländern. Und die Kriterien schließen ja schon einen großen Personenkreis aus, also, wir orientieren uns im Rahmen dieser Kriterienkataloge ja nicht allein am Herkunftsland, sondern daran, dass ein oder zwei dieser Kriterien erfüllt sind. Und das ist dann der Einzelfall.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Und das ist die Spontanübermittlung?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Spontanübermittlung: Meinen Sie jetzt § 8 Absatz 1, oder was?

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ja.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Nein. Wir haben für uns als Rechtsgrundlage für die Datenweitergabe identifiziert § 8 Absatz 3. § 8 Absatz 1 bezieht sich ja sehr auf - also, ich habe meinen Gesetzestext da - das G-10-Gesetz etc. Das haben wir eigentlich - - Wir haben § 8 Absatz 1 immer mit erwähnt, auch in unseren Dienstanweisungen, weil er eben eine Rechtsgrundlage im Einzelfall gewesen wäre. Aber diese Übermittlung aufgrund des Kriterienkataloges: Wir haben den Kriterienkatalog so definiert, dass wir sagen: Das ist das Ersuchen des BND und das ist § 8 Absatz 3, und diesem Ersuchen entsprechen wir,

indem wir zu diesen Kriterien die Daten übermitteln.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Genau. - Da hätte ich dann noch Fragen zu, aber jetzt ist meine Zeit um.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Genau. - Die Union hat, wenn ich das richtig verstanden habe, keine weiteren Fragen mehr in öffentlicher Sitzung. - Bündnis90/Die Grünen, Fragen in öffentlicher Sitzung?

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich habe nur noch eine Frage im Anschluss an das, was Sie zuletzt gefragt worden sind. Wenn Sie da „Amt für Befragungswesen“ oder „Stelle für Befragungswesen“ genannt haben, wussten dann die Anwälte, was das ist?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ich will nicht ausschließen, dass es der eine oder andere wusste. Also von uns nicht. Wir haben - -

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Was haben die denn dann - - Die wollten ja wissen: Was sind das für Leute? Wo kommen die her, wenn die nicht von Ihnen sind? - Haben Sie dann gesagt: „Das ist ein Geheimdienst“ oder „Das ist der Bundesnachrichtendienst“?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Also, die Hauptstelle für Befragungswesen - - Die Legende war meiner Erinnerung nach: eine Sicherheitsbehörde im Bereich des Bundeskanzleramtes.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und das haben Sie denen so gesagt?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** So haben wir das weitergegeben.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Weil das war ja eigentlich eine ganz geheime Geschichte, bis das dann rauskam und im Fernsehen kam, wie Sie es ja offenbar auch gesehen haben. Dann wurde das Amt ja aufgelöst. Das wissen Sie ja?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ja. 2013 war es oder so.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil die Deckung nicht mehr klappte.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Auch, weil wohl zum damaligen Zeitpunkt die Anzahl der Fälle zurückgegangen ist. Also, ich glaube, der Prozess, die Außenstellen der HBW einzuschmelzen, hat schon vorher begonnen. Aber das sind die Interna, die müssten Sie - -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nein, es wurde ja ganz abgeschafft.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ja, es wurde dann ganz abgeschafft, -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und inzwischen - -

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** - aber ob das jetzt organisatorische Gründe hatte? Ich habe nur mitbekommen, dass schon in den Jahren vorher die Anzahl der Außenstellen der HBW reduziert worden ist.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nein, das interessiert mich ja jetzt nicht, nur, ob das eine wahrheitsgemäße Auskunft war, die man auch einordnen konnte, was das ist. Ich stelle mir vor, wenn Sie schon dem Anwalt das so sagen: „Hauptstelle für Befragungswesen“, was soll da so ein Iraker oder Iraner oder Afghane mit so einer netten Bezeichnung „Hauptstelle für Befragungswesen“ anfangen? Weiß der dann, was das ist?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ja, das ist ja gerade der Punkt gewesen, dass wir zum Schutz der Antragsteller davon ausgegangen sind, dass die Antragsteller es zu Beginn eben nicht wussten, -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht zu Beginn, irgendwann.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** - damit man ihnen eben nicht vorwerfen kann, sie haben bewusst - - Ja, irgendwann - -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, wenn der Anwalt sich gemeldet hat. Der hat sich ja nicht gleich zu Beginn gemeldet wahrscheinlich.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Nein. Sie dürfen sich das jetzt auch nicht so vorstellen, dass in jedem zweiten Fall dann ein Anwalt sich gemeldet hat. Das waren Fälle, wie gesagt, die kann ich in all den Jahren wahrscheinlich an beiden Händen abzählen. Aber solange die Entscheidung auf politischer Ebene war und lautete, die Legende ist: „HBW - Sicherheitsbehörde im Bereich des Bundeskanzleramtes“, haben wir die natürlich auch verwendet.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Herzlichen Dank. - Dann frage ich die Fraktion der SPD: Gibt es noch Fragen im öffentlichen Teil? - Nein. - Frau Kollegin Renner, gibt es noch Fragen? - Bitte schön.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Was wissen Sie denn, warum man die HBW aufgelöst hat?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Also, wie gesagt, das ist - - Ein Teil wahrscheinlich aus internen Gründen, aus internen organisatorischen Gründen. Und dann nehme ich schon an, dass irgendwann diese Offenlegung, HBW ist gleich BND, auch mit ein Anlass dazu war.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Waren Sie in dieser Endphase der HBW beteiligt: „Wie geht es danach weiter? Machen wir eine neue Tarnfirma auf?“?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Also, das war jetzt genau der Zeitpunkt - wenn ich mich recht entsinne, Ende 2013 -, wo ich dann die Funktion gewechselt habe. An den Diskussionen „Wie geht es weiter?“ oder „Geht es überhaupt weiter?“ war ich nicht mehr beteiligt.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Es gab ja noch ein anderes Thema neben der Enttarnung. Es gab Presseberichte, die gesagt haben: Die Daten, die durch die HBW erhoben wurden bei den Asylsuchenden, sind geeignet, um im geheimen Krieg - also im Einsatz von militärischen



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Drohnen zur Erfassung von Zielen für extra-legale Hinrichtungen - eingesetzt zu werden. -  
Kennen Sie diese Diskussion?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ich kenne die Diskussion, ja, aber - - also die Details natürlich nicht, weil sich solche Daten allenfalls aus der Befragung der HBW hätten ergeben können. Und damit, wie gesagt, hatten wir nichts zu tun.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Wir hatten jetzt letztens den Drohnenpiloten Brandon Bryant hier als Zeuge, der gesagt hat, eine Mobilfunknummer reicht, um ein Ziel zu identifizieren, weil die Drohne selbst einen Geräteanbau hat, mit dem man sich dann auf diese Mobilfunknummer einloggen kann und die Rakete auf das Ziel senden kann. War das Teil der Diskussion, dass Mobilfunknummern reichen zur Zielerfassung für eine bewaffnete Drohne?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Also, mit uns sicherlich nicht. BND-intern wahrscheinlich schon, aber zum Bundesamt hat es jetzt eher keinen Bezug. Wir sind an derartigen Diskussionen nicht beteiligt gewesen.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Sie haben aber die Unterlagen und die Personen dem BND überlassen, die möglicherweise Gegenstand solcher Operationen waren.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Also, wir haben die Anhörungsprotokolle an die HBW gegeben.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ja, genau.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Aber ob jetzt da Telefonnummern drin waren, bezweifle ich, weil, wie gesagt, unsere Anhörungsprotokolle ja - - oder unsere Anhörungen nicht dazu dienten, Informationen zu erlangen, die für den BND eventuell von Interesse sind, sondern wir haben uns mit dem Aspekt der erlittenen oder drohenden politischen Verfolgung auseinandergesetzt. Ich kann mir nicht vorstellen, dass da Telefonnummern geflossen sein sollten. Das hat mit der Frage der politischen Verfolgung jetzt eher wenig zu tun. Also, mir ist kein solcher Fall in Erinnerung.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Wird in diesen Befragungen bei Ihnen, bei den Anhörungen, danach gefragt, ob es Personen gibt, die, wenn es keine Dokumente gibt - Haftbefehl oder Ähnliches -, die Verfolgungsgeschichte bestätigen können?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Sie meinen jetzt Zeugen?

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ja.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Zeugenvernehmungen gibt es bei uns in aller Regel nicht. Die Anhörungen - - Also, ein Antragsteller schildert sein Verfolgungsschicksal, was er erlitten hat, beziehungsweise, was für uns ja das Wichtigere ist, was er befürchtet, wenn er wieder nach Hause muss. Er legt Unterlagen vor, die er dazu hat, beziehungsweise beschreibt den Sachverhalt. Die Entscheider gehen mit dem Hintergrund ihrer Herkunftsländerkenntnisse dran. Im Einzelfall kann man auch recherchieren. Was bei uns immer wieder mal gemacht wird, sind Anfragen an das Auswärtige Amt zu bestimmten Ereignissen, ob die so wie vom Antragsteller geschildert auch stattgefunden haben. Wir befragen unter Umständen auch Amnesty oder wer auch immer uns als Informationsquelle sinnvoll erscheint. Aufgrund dieser zusammengetragenen Informationen mit dem Herkunftsländerwissen wird dann entschieden. Zeugenvernehmungen: Kann ich mich nicht - - Also, ich kann mich an eine erinnern, aber das ist schon ewig her, und das war in einem Widerrufsverfahren.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Also man macht keine Angaben zu Referenzpersonen im Herkunftsland oder Ähnliches?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Nein, nein.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Wenn Sie das jetzt heute hören: Wir haben in der Befragung zur HBW auch erfahren, dass die DIA - aber auch die HBW selbst - zum Beispiel von den zu Befragenden Geodaten erfragt hat durch Vorlage von Satellitenbildern und Landkarten, auf denen Markierungen vorgenommen werden mussten und Ähnliches - alles natürlich auch möglicherweise





## Nur zur dienstlichen Verwendung

im Zusammenhang mit Geheimkrieg von Interesse. Wenn Sie hören, dass eben das, was in der Presse 2013 stand, als Möglichkeit, dass hinter dieser Kooperation mit einem militärischen Geheimdienst, der DIA, eben auch die Beteiligung an illegalen Militäraktionen steht, haben Sie sich nicht im Nachhinein jetzt noch mal gefragt: Was haben wir all die Jahre in der Zusammenarbeit mit der HBW gemacht, möglicherweise indirekt unterstützt? Was ist mein Anteil daran?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Was soll ich Ihnen jetzt sagen?

**Martina Renner (DIE LINKE):** Es gibt Tausende zivile Opfer von Drohnenkriegen, Tausende.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Wollen Sie jetzt von mir hören, dass ich ein wahnsinnig schlechtes Gewissen habe? - Also, ich weiß ehrlich nicht, was ich jetzt darauf antworten soll. Natürlich - -

**Martina Renner (DIE LINKE):** Sie müssen das auch nicht. Aber ich frage Sie, ob Sie sich darüber Gedanken gemacht haben.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Natürlich macht man sich Gedanken darüber; das ist ja ganz klar. Aber ich kann nur noch mal sagen: In der damaligen Situation, als ich zuständig war, als wir diese Anfragen bekommen haben und uns überlegt haben, ob wir eine ausreichende Rechtsgrundlage haben, ob wir die Daten weitergeben können, da hätte ich keine Möglichkeit gesehen, zu sagen: Wir verweigern die Datenweitergabe. - Jetzt im Nachhinein ist man schlauer. Im Nachhinein kann man sich das auch ganz persönlich irgendwie anders vorstellen unter Umständen; aber von der Aufgabenerfüllung her, was damals eben meine Verpflichtung war, sehe ich jetzt persönlich nicht, dass wir es hätten anders machen können in der damaligen Situation. Aber das ist jetzt ein privates Statement. Das hat jetzt eigentlich mit dem Untersuchungsgegenstand nicht wirklich was zu tun.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Wir fragen ja auch nach Ihren Wahrnehmungen und nach Ihrem Wissen. Also, das kann man schon auch vor

einem Untersuchungsausschuss vortragen. Das ist kein Problem.

Ich wollte Ihnen noch eins sagen: Das BMI ist mittlerweile auch nicht mehr ganz so sicher, wie das mit der Rechtsgrundlage aussieht. Es gibt eine Drucksache des Deutschen Bundestages unter 18/5935 vom 02.09.2015 - also ziemlich aktuell -, da geht es um die Evaluation zum Artikel 9 Änderungsgesetz Bundesverfassungsschutzgesetz. Unter Punkt 4.6.2 unter „Empirische Ergebnisse“ geht es einmal um die Rechtsgrundlage der Übermittlung von Daten aus dem BAMF an das BfV und dann eben auch zur Frage, ob entsprechende Rechtsgrundlage für den BND vorliegt.

(MR Torsten Akmann  
(BMI) meldet sich)

- Herr Akmann, kann ich zu Ende reden? - Und da heißt es dann:

Eine entsprechende Regelung zur Übermittlung von Informationen durch das BAMF an den BND existiert im BNDG nicht.

Das schreibt das BMI.

Durch das Gesetz zur Änderung des Bundesverfassungsschutzgesetzes vom 7. Dezember 2011 wurde der bisherigen Regelung der Satz 4 hinzugefügt, der vorsieht, dass die Zuständigkeit und das Verfahren für die Entscheidung des BAMF zu Übermittlungen nach Satz 1 in einer Dienstvorschrift zu regeln sind, die der Zustimmung des BMI bedarf.

Also, man stellt fest, man braucht jetzt eine Dienstvorschrift usw. Die wird dann ja auch am 01.12.2013 erlassen, bestand aber vorher nicht.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** 2013?

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Wollen wir eben noch die Frage stellen lassen und dann Herr Akmann?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Martina Renner (DIE LINKE):** 2012, Entschuldigung; genau. - Sie sagen ja, Sie waren sich immer sicher, dass das BND-Gesetz trägt.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ja.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Und solange Sie im Amt waren, war die Rechtsauffassung des BMI auch immer, dass das BND-Gesetz trägt?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Das ist mein Kenntnisstand, ja.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Jetzt würde ich aber gerne Herrn Akmann dazu hören, weil - -

**MR Torsten Akmann (BMI):** Es ist immer noch so. Es ist nicht so, dass das BMI jetzt anderer Auffassung ist, wie Sie es hier eigentlich falsch sagen. Und es ist auch nicht so, dass Sie hier die Meinung des BMI darstellen. Das ist ja ein Gutachten eines Instituts; das wissen Sie doch. Das haben Sie jetzt aber nicht gesagt und haben Sie verschwiegen.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ja, im Auftrag der Bundesregierung.

**MR Torsten Akmann (BMI):** Genau. Und wenn Sie dann auch diesen zweiten Absatz zitieren, sehen Sie, dass wir durchaus eine Rechtsgrundlage im BND-Gesetz sehen, nämlich § 8 Absatz 1 und § 8 Absatz 3 und das in Verbindung mit § 8 Absatz 4 Asylverfahrensgesetz. Das ist nach wie vor die Auffassung der Bundesregierung.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Gut. Das ist ja noch mal schön zu hören. Vielleicht gibt es ja eine Nachfolgeorganisation, die weiterhin so was macht, dann steht das ja weiter im Raum, dass da möglicherweise auch Daten weitergegeben werden an Dritte - ohne Grundlage; die sehen wir nämlich immer noch nicht.

Selbst wenn die Grundlagen zur Weitergabe an den BND bestehen, ist die nächste Frage: Wie würden Sie denn heute die Frage beurteilen, ob die Daten an die DIA hätten weitergegeben werden dürfen? Es sind ja Ihre Daten gewesen. Sie können ja jetzt nicht sagen: Es waren ja Daten des

BND. - Sie müssen das ja vor dem Hintergrund betrachten, dass es Ihre Daten waren, als BAMF.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ja, aber die Datenweitergabe BND an andere Stellen - egal an wen -, das ist vom BND zu prüfen. Also, es gibt ja - - Wir überprüfen, ob wir eine Rechtsgrundlage haben für die Weitergabe von Daten des Bundesamtes an den BND. Und der BND prüft, ob er eine Rechtsgrundlage hat für die Datenweitergabe an andere Stellen. Also, das zu überprüfen - -

**Martina Renner (DIE LINKE):** Fühlen Sie sich vom BND getäuscht, dass er Ihnen nicht gesagt hat, dass die DIA am Tisch sitzt?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Also, ich würde mich dann getäuscht fühlen, wenn der BND jetzt absolut keine Rechtsgrundlage hätte und das einfach so gemacht hätte. Aber ich nehme an, dass es im BND-Gesetz entsprechende Regelungen gibt zur Datenweitergabe auch an ausländische oder an andere Behörden. Aber wie gesagt, es ist nicht unsere Aufgabe, zu prüfen: Was macht der BND mit diesen Daten weiter, darf er das? - Ich bin verantwortlich dafür, dass das Bundesamt nur die Daten weitergibt, die es aufgrund einer Rechtsgrundlage weitergeben darf. Und das haben wir geprüft. Wir sind zu einer bestimmten Auffassung gelangt, die ist von der Amtsleitung bestätigt, die ist meines Wissens auch - vielen Dank, Herr Akmann, diesen aktuellen Bericht kenne ich ja nicht, für die Ergänzung - vom BMI gestützt. Dafür trage ich die Verantwortung. Das haben wir so eingehalten.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Jetzt muss ich auf die Uhr gucken.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Nur noch eine Frage. - Es ging ja nicht nur um die Übergabe von Daten, sondern auch von Menschen an den amerikanischen Militäргеheimdienst DIA, der eigenständig Befragungen durchgeführt hat. Wie beurteilen Sie denn das heute? Es geht ja um Menschen im Endeffekt, die ja mit ihren Hoffnungen nach Deutschland gekommen sind und dann am Schluss an einem Tisch saßen mit einem amerikanischen Militäргеheimdienst und sie nicht



## Nur zur dienstlichen Verwendung

wussten, wer ihnen gegenüber sitzt, und sich natürlich willig in das Verfahren eingelassen haben, weil sie gedacht haben, es gehört zu dem Prozedere in Deutschland, um hier das Recht auf Asyl zu bekommen. Also, Sie als BAMF-Mitarbeiterin, wie sehen Sie das heute?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Also, ich sehe, dass wir - was ich heute schon mehrfach gesagt habe - sehr stark darauf gedrängt haben, dass den Asylbewerbern klar ist, dass ihre eventuelle Zusammenarbeit mit einer Sicherheitsbehörde nichts mit ihrem Asylverfahren zu tun hat. Ich sehe, dass wir uns aus unserer Sicht an die Datenübermittlungsvorschriften gehalten haben. Und ich sehe, dass wir keinen Einfluss hätten nehmen können auf das, was der BND tut. Also ich - - Und der Rest ist einfach meine private Meinung.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Okay.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Herzlichen Dank. - Ich hätte jetzt auch noch ganz viele Nachfragen, ob Fragen nach Sicherheit und anderen Dingen nicht auch sinnvoll sind, aber ich spare mir das, weil wir, glaube ich, ja weitestgehend schon am Ende der Fragerunden sind. - Ich gebe dem Kollegen von Notz das Wort. Sonst haben, glaube ich, keine Fraktionen mehr Nachfragen in öffentlicher Sitzung.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und ich habe auch nur eine Frage. - Frau Leistner-Rocca, ohne Anerkennung einer Rechtspflicht: Bei all den Millionen von Flüchtlingen heute, wer macht das denn jetzt?

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Jetzt die Datenweitergabe oder auch Datenübermittlung? Ich glaube, das hat sich auch geändert und ist - -

**MR Torsten Akmann (BMI):** Es ist nicht Untersuchungsgegenstand, was heute ist.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ach so. Es wäre aber trotzdem total interessant.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Deswegen war wohl die Frage ohne Anerkennung einer Rechtspflicht gestellt, aber die Antwort sollte wohl -

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich habe es versucht!

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** - ohne Anerkennung einer Rechtspflicht sein.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Ich könnte es Ihnen auch nicht im Detail sagen.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Das wäre sowohl interessant für das BAMF als auch, wer ebendiese Befragungen jetzt durchführt. Da Herr Akmann da so drauf anspringt, habe ich eine grundsätzliche Idee, wer das sein könnte. - Vielen Dank.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Herzlichen Dank. - Ich sehe, dass es keine weiteren Fragen mehr im öffentlichen Teil gibt. Wenn das so ist, dann frage ich in die Runde, ob es die Notwendigkeit gibt, Fragen in nichtöffentlicher Sitzung zu stellen. - Das ist nicht der Fall, denn Sie haben sehr umfangreich geantwortet und ich glaube, aus unserer Sicht, wenn ich mal für alle sprechen darf, die Dinge berichtet und erzählt, die Sie erlebt und mitbekommen haben. Von daher darf ich mich ganz herzlich bei Ihnen bedanken.

Das Protokoll wird Ihnen nach Fertigstellung zugesandt. Sie haben dann - ich hatte es ja ganz am Anfang der Zeugenvernehmung gesagt - 14 Tage Zeit, etwaige Korrekturen oder Berichtigungen vorzunehmen und uns dann das Protokoll zurückzusenden.

Ich darf mich herzlich bei Ihnen bedanken. Wir sind damit am Ende Ihrer Zeugenvernehmung. Sie brauchen sich auch nicht mehr bereitzuhalten für eine nichtöffentliche Befragung. Sie haben jetzt frei. Danke schön. Ich wünsche Ihnen einen schönen Nachmittag und danke Ihnen, dass Sie bei uns waren.

**Zeugin Renate Leistner-Rocca:** Danke schön.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ich bitte, jetzt den Zeugen Karl in den Sitzungssaal zu geleiten. Ich würde sagen, bis dahin machen wir eine kurze Pause.

(Unterbrechung von  
13.59 bis 14.21 Uhr)



## Nur zur dienstlichen Verwendung

### Vernehmung des Zeugen Albert Karl

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ich darf nun unseren Zeugen Herrn Albert Karl begrüßen. Ich stelle fest: Der Zeuge ist ordnungsgemäß geladen. Herr Karl, Sie haben die Ladung am 18. November erhalten. Ganz herzlichen Dank, dass Sie meiner Ladung gefolgt sind und uns heute für diese Zeugenvernehmung zur Verfügung stehen. Seien Sie begrüßt.

Ich habe Sie darauf hinzuweisen, dass die Bundstagsverwaltung eine Tonbandaufnahme der Sitzung fertigt. Diese dient ausschließlich dem Zweck, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Aufnahme wird nach Erstellung des Protokolls gelöscht.

Das Protokoll dieser Anhörung wird Ihnen nach Fertigstellung zugestellt. Sie haben, falls dies gewünscht ist, die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen. - Gibt es hierzu Fragen Ihrerseits?

**Zeuge Albert Karl:** Nein, Herr Vorsitzender.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Danke schön. - Vor Ihrer Anhörung habe ich Sie zunächst zu belehren. Herr Karl, Sie sind als Zeuge geladen. Als Zeuge sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht. Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen diese Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.

Nach § 22 Absatz 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Absatz 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde,

einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Dies betrifft neben Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit gegebenenfalls auch Disziplinarverfahren.

Sollten Teile Ihrer Aussagen aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuftem Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen Beschluss nach § 14 oder 15 des Untersuchungsausschussgesetzes fassen kann und die Sitzung dann in nichtöffentlicher Form oder eingestufte Form fortsetzen kann, sodass Sie auf die Fragen dann antworten können. - Gibt es hierzu Fragen?

**Zeuge Albert Karl:** Nein.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen darf ich Ihnen kurz den geplanten Ablauf darstellen: Eingangs habe ich Sie zur Person zu befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie nach § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen, also ein sogenanntes Eingangsstatement abzugeben, ohne dabei von Fragen der Ausschussmitglieder unterbrochen zu werden. Danach werde ich Sie befragen. Anschließend erhalten die Mitglieder des Ausschusses die Gelegenheit, Fragen zu stellen; das geht dann nach dem Stärkeverhältnis eine Fraktion nach der anderen. - Haben Sie hierzu Fragen?

**Zeuge Albert Karl:** Nein.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Herzlichen Dank. - Ich darf Sie dann bitten, sich dem Ausschuss mit Namen, Alter, Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift vorzustellen.

**Zeuge Albert Karl:** Mein Name ist Albert Karl. Ich bin 53 Jahre alt, bin Beamter, Diplom-Politologe, und meine ladungsfähige Anschrift ist das Bundeskanzleramt in 11012 Berlin. Seit August



## Nur zur dienstlichen Verwendung

2013, genau seit Anfang August 2013, leite ich im Bundeskanzleramt das Referat 603.<sup>3</sup>

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ganz herzlichen Dank. - Jetzt möchte ich Sie fragen: Wollen Sie von der Gelegenheit Gebrauch machen, ein Eingangsstatement abzugeben und zum Sachverhalt in Gänze vorzutragen?

**Zeuge Albert Karl:** Nein, ich würde gern Ihre Fragen beantworten.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Gut. Dann kommen wir zu den Fragen. Da würde ich zu Anfang gerne etwas mehr über Ihre Ausbildung wissen. Was haben Sie genau gemacht? Sie hatten es ja schon angedeutet, aber wie ist das verlaufen: Studium? Nach dem Studium, wie ist es weitergegangen? Sie sind ja wahrscheinlich nicht direkt ins Bundeskanzleramt - oder doch?

**Zeuge Albert Karl:** Ich denke, es ist von der Chronologie her besser, von hinten her anzufangen. Wie gesagt, seit 5. August 2013 leite ich das Referat 603 im Bundeskanzleramt. Davor habe ich fünf Jahre lang im BND den Stab, den sogenannten Stab einer Abteilung, geleitet, die sich mit der Auswertung von Technik und Wissenschaft befasst hat, Proliferation, Massenvernichtungswaffen. Davor, also von 2003 bis 2008, war ich bereits im Bundeskanzleramt als Referent in der Abteilung 6 und davor im Bundesnachrichtendienst, wo ich ursprünglich 1985 angefangen habe als Bürosachbearbeiter und im Laufe der Zeit verschiedene Stationen in zwei Abteilungen durchlaufen habe. Ich habe von 1987 bis 1991 nebenher studiert.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Haben Sie Wehrdienst geleistet?

**Zeuge Albert Karl:** Ja. Ich war vier Jahre bei der Bundeswehr.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Wenn Sie vier Jahre waren als SaZ 4, in welchem Bereich waren Sie da?

**Zeuge Albert Karl:** Ich war in der Nachschubtruppe, zuletzt Zugführer.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. Also mit ELoKa oder vergleichbaren Dingen hatten Sie nichts zu tun?

**Zeuge Albert Karl:** Keine Berührung, nein.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Gut. - Dann komme ich direkt zur Thematik der Selektoren. Was Selektoren sind, ist Ihnen bekannt?

**Zeuge Albert Karl:** Ja, das sind Telekommunikationsmerkmale, mit denen die Erfassung gesteuert wird. Das sind in der Regel Ziffernfolgen, die für die Erfassung gesteuert werden und aufbereitet werden, also zum Beispiel Telefonnummern oder E-Mail-Adressen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Können das auch andere Begriffe sein?

**Zeuge Albert Karl:** Ich habe Ihre Frage nicht verstanden. Welche Begriffe meinen Sie? Andere Arten von Telekommunikationsmerkmalen?

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Zum Beispiel das Wort „Attentat“, wäre das ein Selektor, oder „Bombe“? „Bombe“ scheint nicht so gut geeignet zu sein, hat mal ein Zeuge hier gesagt.

**Zeuge Albert Karl:** Ja, das sind im Prinzip dann inhaltliche Suchbegriffe. Also Selektoren, Telekommunikationsmerkmale wären formale Suchbegriffe; „Bombe“ oder „Attentat“ wären insofern inhaltliche Suchbegriffe.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. Also es gibt beides?

**Zeuge Albert Karl:** Beides, ja.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Werden die in unterschiedlichen Dateien gepflegt?

**Zeuge Albert Karl:** Das kann ich Ihnen nicht sagen. Das weiß ich nicht. Mir ist nur eine Datei für

3) Protokoll korrigiert, siehe Anlage 2.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

die Steuerung von formellen Suchbegriffen bekannt.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Formelle waren jetzt die - -

**Zeuge Albert Karl:** Waren die Ziffernfolgen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Die nicht-inhaltlichen?

**Zeuge Albert Karl:** Die nichtinhaltlichen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Und da gibt es nur eine Ihres Wissens, oder gibt es da mehrere Dateien?

**Zeuge Albert Karl:** Meines Wissens nach eine große Datei, -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Eine große Datei, wo man dann quasi durch - -

**Zeuge Albert Karl:** - die unterteilt ist in verschiedene Sektoren.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** In verschiedene - - Bitte was?

**Zeuge Albert Karl:** Sektoren, in verschiedene - -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Sektoren. Was sind Sektoren?

**Zeuge Albert Karl:** Das sind verschiedene wohl Aufteilungen innerhalb der Datei, -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay.

**Zeuge Albert Karl:** - die letztendlich die Dateistruktur - -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Könnte so ein Sektor auch inhaltliche Selektoren sein?

**Zeuge Albert Karl:** Das weiß ich nicht.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Wissen Sie nicht.

**Zeuge Albert Karl:** Nein.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. Dann will da auch gar nicht weiter nachbohren. Weil das wäre interessant, ob die inhaltlichen Selektoren in anderen Dateien aufgeführt sind. Okay. - Das Aufgabenprofil der Bundesregierung, APB, das sagt Ihnen auch was?

**Zeuge Albert Karl:** Ja.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay.

(Christian Flisek (SPD):  
Kennen Sie das?)

- Genau. Kennen Sie das? Haben Sie es gelesen?

**Zeuge Albert Karl:** Ja, ich habe es gelesen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. - Wie geht das einher mit der Auswahl der Selektoren? Wie funktioniert so was? Ich habe da das APB, ich habe da Selektoren: Wie kriegt man das überein? Das muss ja passen. So verstehe ich das als Laie. Also, die Selektoren sollten irgendwie sich erklären anhand des APB.

**Zeuge Albert Karl:** Der nachrichtendienstliche Produktionsprozess - letztendlich sind beides ja Teile des nachrichtendienstlichen Produktionsprozesses, der nachrichtendienstlichen Informationsgewinnung - stellt sich insofern dar, dass am Produktende das Produkt steht des BND. Das ist die Berichterstattung des BND bzw. die Berichterstattung und die Unterrichtung der Bundesregierung, der Ressorts und, je nachdem, auch der zuständigen Behörden. Für die Erstellung dieses Produkts ist der Geschäftsbereich 2 bzw. die Auswertung des BND zuständig, und dort setzt letztendlich auch das Auftragsprofil der Bundesregierung an. Die Auswertung steht in Kontakt mit der Abteilung TA bzw. mit den Abteilungen, die nachrichtendienstliche Informationen beschaffen, sofern sie nicht in die jeweilige Abteilung integriert sind. Und was die Selektoren betrifft, definiert die Auswertung gegenüber der Abteilung TA den Informationsbedarf. Der wird dort - - In der Abteilung TA wird der Informa-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

tionsbedarf dann letztendlich generiert, wird umgesetzt durch die Nachrichtensachbearbeiter, die dann Kenntnis haben über entsprechende Zugänge technischer Art.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Wie arbeitet Ihr Referat 603 mit dem Referat 605 zusammen?

**Zeuge Albert Karl:** Wir unterrichten uns gegenseitig über die Produkte, die der BND erstellt. Mein Referat ist für die Produkte des BND zu den Themen Proliferation, Massenvernichtungswaffen, Trägertechnologie und Unterstützung des BND im Rahmen der Exportkontrolle sowie zu den Produkten des BND im Bereich „Cyber“ zuständig. Das heißt also, für diesen relativ speziellen, thematisch speziellen Fachbereich macht mein Referat die Qualitätskontrolle. Letztendlich, was die Einordnung der Thematik in den Bereich Gesamtlage angeht, wofür 605 zuständig ist, erfolgt eine enge Abstimmung zwischen 603 und 605.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** 605, könnte man doch auch sagen, ist die Geschäftsstelle für das APB - oder?

**Zeuge Albert Karl:** Ja, 605 ist die Geschäftsstelle für das APB.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Und das APB ist der Rahmen für den BND.

**Zeuge Albert Karl:** Für den BND. Die Orientierung für die Produkte - -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Die bitte was?

**Zeuge Albert Karl:** Die Orientierung für die Produkte, -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Orientierung.

**Zeuge Albert Karl:** - die der BND zu liefern hat.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Was heißt „Orientierung“? Ist das so ein grober Anhalt?

**Zeuge Albert Karl:** Nein. Es ist im Prinzip sehr, sehr detailliert. Es definiert die Aufgaben, die Themen, zu denen der BND nachrichtendienstliche Informationen einschließlich der Bewertung aus dem Ausland zu generieren hat.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Würden Sie da „Weisung“ auch zu sagen? Ist das wie eine Weisung?

**Zeuge Albert Karl:** Es ist eine Umsetzung des Auftrages für den BND, -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Und der Auftrag - -

**Zeuge Albert Karl:** - des gesetzlichen Auftrags, -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Des gesetzlichen - -

**Zeuge Albert Karl:** - der in § 1 Absatz 2 BND-Gesetz. Dazu dient das APB.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. Ist das zwingend für den BND? Oder ist das, sagen wir mal, ein „So könnte es sein; aber wir können es auch anders; solange wir im gesetzlichen Auftrag bleiben, ist es für uns - -

**Zeuge Albert Karl:** Also, „zwingend“ ist schon eine Frage - - Letztendlich, zwingend wäre, wenn eine Nichterfüllung sanktioniert würde.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Na ja, man könnte ja sagen - -

**Zeuge Albert Karl:** Also, wenn der BND keine Zugänge hat, dann kann er keine Information generieren, zwangsläufig; aber es ist natürlich eine Zielvorgabe für den BND, seine Mittel, die er zur Verfügung hat im Rahmen des gesetzlichen Auftrages - - um Informationen dahin gehend zu gewinnen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Sonst könnte man ja sagen: Im APB steht: „Macht technische Aufklärung in Syrien!“, und da sagt man sich: „Och, da machen wir lieber in Frankreich, ist





## Nur zur dienstlichen Verwendung

auch Ausland, ist vom gesetzlichen Rahmen gedeckt. Was schert uns das APB?“ Wäre das ein Verstoß, oder wäre das - - Wie würden Sie das bewerten?

**Zeuge Albert Karl:** Das wäre natürlich auch eine Frage der Zielerreichung, die man auch an den BND stellt bzw. - - Insofern ist das APB schon eine klare, definierende Vorgabe.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ich frage so ein bisschen vor dem Hintergrund, weil ja auch die Bewertung unserer Vertrauensperson, der sich die Selektoren angeschaut hat, in dem öffentlichen, zugänglichen Teil ja auch sagt, dass das APB dem BND Prioritäten vorgäbe.

**Zeuge Albert Karl:** Ja.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Das ist ja was anderes - nicht? Also, „Prioritäten“ heißt ja: Das sollte an erster Stelle gemacht werden; aber alles andere können wir auch machen, Hauptsache, es ist im gesetzlichen Rahmen.

**Zeuge Albert Karl:** Darauf würde auch die Fach- und Dienstaufsicht achten, dass die Prioritäten entsprechend APB eingehalten werden. Dazu - -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Also Sie jetzt in dem Fall.

**Zeuge Albert Karl:** Ja, für den Bereich meiner Zuständigkeit: Massenvernichtungswaffen und Trägertechnologie. Das heißt also, wenn der BND Berichterstattung nur liefern würde zu irgendwelchen Drittländern oder - wie soll ich sagen? - Dinge, die nicht umsetzbar sind für ... (akustisch unverständlich), dann müsste ich einschreiten, oder wenn Berichte nicht hinreichend genug präzise wären - also, das Maß für die Zielerreichung, für die Qualitätserreichung wäre dann das APB - oder wenn eine einseitige Behandlung von Themen erkennbar würde, die nicht in der Priorität des APB wäre.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Aber es ist nicht linke und rechte Grenze, sondern es ist ein Wunsch, den man erfüllen muss oder soll, sonst ist Dienst- und Fachaufsicht gefragt; -

**Zeuge Albert Karl:** Ja.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** - aber es ist nicht, sagen wir mal: Die linke und rechte Grenze ist im Grunde das Gesetz, und das APB ist so wie der Wunschzettel.

**Zeuge Albert Karl:** Ja, natürlich. Es ist die eindeutige Schranke. Und das APB ist die Orientierung für die Linie, die der BND zu erfüllen hat.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay.

**Zeuge Albert Karl:** Und es ist für den BND selbst natürlich auch eine Orientierung für den Einsatz seiner Ressourcen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. - Und dann: Die Zeugen Vorbeck und, ich glaube, Heiß war es auch - ich hoffe, es war nicht gestern in der anderen Veranstaltung, wo Herr Heiß war - haben uns von der sogenannten kurzfristigen Auftragssteuerung berichtet. Was ist das denn jetzt wieder?

**Zeuge Albert Karl:** Na, eine kurzfristige Auftragssteuerung spielt der Tatsache natürlich Rechnung, dass sich kurzfristig auch Lageveränderungen ergeben können, dass in irgendeinem Land ein Putsch oder so ausbricht, und zu dem müsste dann der BND berichten. Das wäre dann eine Schwerpunktverlagerung, die ad hoc erreicht werden müsste; denn sonst wäre die Berichterstattung des BND dann nicht flexibel und agil genug.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Und im Bereich der technischen Aufklärung, kann man da so flexibel reagieren? Wie macht man das?

**Zeuge Albert Karl:** Wie die technische Aufklärung im Detail darauf reagieren kann, ist mir nicht bekannt, welche konkreten Maßnahmen dann getroffen würden. Denkbar wäre, dass meinetwegen dann Antennen andere Satelliten aufpassen. Das ist das, was mir als Nächstes einfiele dazu.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Hatten Sie mit der HBW zu tun? Sagt Ihnen das was?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Albert Karl:** Ja, die HBW sagt mir was. Aber mit der HBW selbst als Institution hatte ich nichts zu tun; aber sie gehörte letztendlich von der Informationsgewinnung her auch zum Zuständigkeitsbereich des Referates.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Warum haben Sie dann damit nichts zu tun gehabt?

**Zeuge Albert Karl:** Also, ich habe das alleine auf die Institution bezogen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. Also, Sie waren nie - -

**Zeuge Albert Karl:** Also, ich war nie in der Einrichtung.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay.

**Zeuge Albert Karl:** Ich kenne die Gebäude nicht, die Infrastruktur. So hatte ich Ihre Frage verstanden.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Was haben die denn gemacht?

**Zeuge Albert Karl:** Bitte?

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Was hat die denn gemacht, die HBW?

**Zeuge Albert Karl:** Die Hauptstelle für Befragungswesen hat Asylanten und Flüchtlinge befragt zu Themen, die im Auftragsprofil der Bundesregierung lagen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. - Und über was hat die dann Asylsuchende befragt beispielsweise?

**Zeuge Albert Karl:** In erster Linie zu - - oder überhaupt zu Themen, zu denen die Asylsuchenden, Flüchtlinge Auskunft geben konnten, also zu -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Brotpreis, Wetter?

**Zeuge Albert Karl:** - Lagen in den Herkunftsländern, also zu Themen einerseits, zu denen die Befragten Bezug hatten, und die natürlich dann im Aufklärungsinteresse des BND lagen. Also sehr plastisch: politische Lage oder wirtschaftliche Lage, Versorgungslage, Lage der Opposition, also Dinge, mit denen die Befragten dann jeweils wirklich, soweit feststellbar, Berührung haben konnten.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der HBW haben das auch nicht alleine gemacht, sondern gemeinsam mit Partnerdiensten - richtig?

**Zeuge Albert Karl:** Soweit mir bekannt war, waren Partnerdienste bei dem Befragungswesen mit integriert; aber es gab einen Bericht des BND, soweit ich erinnere, aus dem hervorging, dass nicht immer Partner bei den Befragungen mit anwesend waren. Diese Befragungen wurden auch vom BND durchgeführt, und die Erkenntnisse wurden dann teilweise an die Partner weitergegeben.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Also, es waren nicht immer Partner dabei. Ich hätte umgekehrt gefragt: Waren auch mal Partner dabei und nicht nur immer der BND? Okay.

**Zeuge Albert Karl:** Also, ich weiß nicht - -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Was für ein Bericht war das denn, den Sie gerade erwähnten?

**Zeuge Albert Karl:** Also, wir haben im Zusammenhang mit der Diskussion um die HBW - - Im Zusammenhang mit den Veröffentlichungen zur HBW wurde von uns noch mal ein Gesamtbericht der HBW, über die HBW, über die Tätigkeit der HBW angefordert.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Jetzt muss ich mal ganz kurz in Richtung von Herrn Wolff fragen: Das meint jetzt aber nicht die Chronologie, dieses historische Booklet da? Was ist das für ein Bericht?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**RD Philipp Wolff (BK):** Ich gehe davon aus, da geht es jetzt eher um die Beantwortung parlamentarischer Fragen, die -

**Zeuge Albert Karl:** Genau, in dem Zusammenhang.

**RD Philipp Wolff (BK):** - jeweils eine Rolle gespielt haben, die auch - -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. - Wenn da ein darüber hinausgehender Bericht wäre,-

**Zeuge Albert Karl:** Nein.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** - könnte ich mir vorstellen, dass den der Ausschuss gerne hätte. Okay. Also, es geht mir jetzt nicht um das Historische.

**Zeuge Albert Karl:** Ja. Es war im Zeitraum Oktober/November 2013.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay, den Zeitraum kann ich mir erklären.

**Zeuge Albert Karl:** Ja.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. - Diese gemeinsamen Befragungen, hat man da vonseiten des Bundeskanzleramts mal näher draufgeguckt, wie die stattfinden, wie das funktioniert, wer denn die Partner sind, die da befragen, gemeinsam und sogar alleine, habe ich gehört? Da wäre noch nicht mal immer der BND dabei gewesen.

**Zeuge Albert Karl:** Ich kann zu dem Punkt nur den Zeitraum überblicken, der meine Zuständigkeit angeht, also vom August 2013 etwa bis eben heute. Also, was davor lag, weiß ich nicht.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Und wie war es in dem Zeitraum, den Sie überblicken können?

**Zeuge Albert Karl:** In dem Zeitraum, wie gesagt, haben wir uns durch die parlamentarischen Fragen und das, was der BND da zugeliefert hat, Auskünfte eingeholt und haben uns dann damit befasst. Ich erinnere mich auch, dass der BND unter Legende natürlich befragt hat, dass auch

die integrierten Partner unter der Legende HBW befragt haben.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Konnten die alle so gut Deutsch, akzentfrei?

**Zeuge Albert Karl:** Das kann ich nicht be- - Vermutlich, -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Oder haben die das dann auf Englisch gesagt?

**Zeuge Albert Karl:** - weil es sonst auffällig gewesen wäre. Aber definitiv weiß ich es nicht, aus eigener Anschauung.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. - Und die Legende war jetzt wie? HBW?

**Zeuge Albert Karl:** Hauptstelle für Befragungswesen, -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Genau.

**Zeuge Albert Karl:** - mit einer eigenen Außenstelle bzw. mit einem eigenen Gebäude, einer eigenen Infrastruktur.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Und dann haben wir immer wieder gehört von Zeugen, da hätte man noch ergänzt - nach meiner Meinung hätte das eigentlich ausgereicht, wenn man sagt: „Wir kommen von der Hauptstelle für Befragungswesen“ - - dann hätte man immer ergänzt: im Auftrag des Kanzleramts. - Ich hoffe, ich habe das jetzt richtig wiedergegeben.

**Zeuge Albert Karl:** Das sagt mir nichts. Das kenne ich nicht.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Mir sagt es auch nichts. Ich finde es auch nicht besonders pfiffig, sage ich ganz ehrlich. Aber gut.

**Zeuge Albert Karl:** Nein, also, es wäre - - Ja, ich fand es auch. Wenn es - - dann wäre es wirklich nicht pfiffig.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Vielleicht stand es ja auf der Visitenkarte sogar drauf.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Albert Karl:** Ich habe auch nie eine Visitenkarte der HBW gesehen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ja. Aber gut. Aber das ist Ihnen so in Ihrer Dienstzeit nie durchgedrungen, wie die da auftreten, was die machen.

**Zeuge Albert Karl:** Nein, nein.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Nein. - Wie viele Befrager dort im Einsatz waren, wissen Sie das, wie groß die HBW war, HBW intern plus dann vielleicht sogar, wenn Sie es wüssten, wie viele Partner denn da rumliefen mit unterschiedlichen Flaggen?

**Zeuge Albert Karl:** Mir sind Größenordnungen erinnerlich mit dem letzten Stand von insgesamt 40, wobei wohl nur 15 oder ein Dutzend Befrager, deutsche Befrager, zur HBW gehörten. Die Anzahl der Partnerbefrager ist mir nicht erinnerlich. Ich denke, es waren weniger.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Die, die für Partnerdienste gefragt haben, hatten die die deutsche Nationalität?

**Zeuge Albert Karl:** Das weiß ich nicht.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. Also, könnten das auch Deutsche gewesen sein, die im Auftrag des Partnerdienstes gehandelt haben?

**Zeuge Albert Karl:** Nein, das halte ich für ausgeschlossen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Gibt alles im Leben. - Okay, aber da können Sie nichts zu sagen.

**Zeuge Albert Karl:** Nein, ich kann dazu nichts sagen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Hat es da regelmäßig Berichte gegeben, die dort erstellt worden sind, im Sinne von: „Das und das kriegen wir so raus; deswegen rechtfertigt sich so eine Tarneinrichtung“?

**Zeuge Albert Karl:** Das kann ich Ihnen nicht sagen, in welcher Abfolge Berichte erstellt wurden; dazu war die Zeit meiner Befassung damit zu kurz.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Da ist keiner erstellt worden. Und bei der Beantwortung der parlamentarischen Anfragen sind Ihnen auch keine Berichte aus vergangener Zeit unter die Hände gekommen?

**Zeuge Albert Karl:** Nein, nein.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Wäre so was üblich gewesen?

**Zeuge Albert Karl:** Wenn ich für meine anderen - - für die Bereiche, die ich in - - zum Beispiel Proliferation, würde ich solche Bericht einfordern im Rahmen der Fach- und Dienstaufsicht.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Also, Sie würden solche einfordern.

**Zeuge Albert Karl:** Ja.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ich meine, muss ja nicht monatlich kommen, -

**Zeuge Albert Karl:** Es muss ja nicht.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** - aber ich sage mal so grob.

**Zeuge Albert Karl:** Aber mir sind sie nicht bekannt.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Also, die Institution war ja schon einige Zeit in Betrieb. Da könnte man ja mal erwarten, dass es irgendwo auch alleine im Sinne des Controllings, im Sinne von „Lohnt sich das Ganze?“, mal ein gewisses Berichtswesen gibt, wo man dran feststellen kann, das lohnt sich oder lohnt sich nicht.

**Zeuge Albert Karl:** Uns wurde bekannt, dass die HBW - - Man muss dazu sagen, das heutige Wissen, was ich über die HBW habe - - einfach aus im Wesentlichen auch im Zusammenhang mit der Aufarbeitung der parlamentarischen Fragen



## Nur zur dienstlichen Verwendung

und der vom BND erstellten Berichte stammt. Demnach war die HBW BND-intern schon seit längerem wohl einer Effizienzkontrolle unterzogen worden, einfach auch aus Gründen der Aktualität, aus Gründen des Zeitverzuges, der teilweise eben entstand. Weil für nachrichtendienstliche Berichterstattung ist die Frage „aktuelle Zeit“ ein immer wichtigeres Kriterium. Und wenn ein Asylsuchender oder ein Flüchtling längere Zeit schon das Land verlassen hat oder aus seiner ursprünglich interessanten Tätigkeit weg ist, dann ist der Ertrag vielleicht geringer.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. - Dass diese ganze Aktion da sensibel ist, war Ihnen das mal aufgefallen, so mit den gemeinsamen - - mit den Partnerdiensten da Sachen zu machen?

**Zeuge Albert Karl:** Ja. Das ist eine - - Doch, natürlich ist alles, was mit nachrichtendienstlichen Zusammenhängen, mit Zusammenarbeit mit Partnern zu tun hat, per se sensibel.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Muss ja nicht prinzipiell verkehrt sein; das will ich damit nicht sagen.

**Zeuge Albert Karl:** Nein.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Nur, -

**Zeuge Albert Karl:** Nur, das verdient besondere Beachtung.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** - woran drückt sich diese Sensibilität hier im Konkreten aus, und wo war das Problem, aus Ihrer Sicht, dass man das mit Partnern gemacht hat, zum Beispiel NSA, CIA oder anderen?

**Zeuge Albert Karl:** Also, die Tatsache, dass man es mit Partnern macht und dass man mit ausländischen Nachrichtendiensten zusammenarbeitet, ist per se Zweck der nachrichtendienstlichen Kooperation und Informationsgewinnung. Worauf zu achten ist, ist eben das Wie, dass es im Rahmen der gesetzlichen Befugnisse erfolgt, dass es auch vom Tatsächlichen her im Rahmen der nachrichtendienstlichen Vorgehensweise erfolgt, dass die Informationsübergabe an ausländische

Dienste dokumentiert wird, dass sie den gesetzlichen Vorgaben entspricht etc.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Hatte man die Sorge, dass auch ausländische Nachrichtendienste, wenn sie denn allein befragen, ohne dass einer von der HBW, also vom BND, dabei war, dass die da alles richtig machen? Man konnte es ja gar nicht wissen. War das so ein Grund, wo man vielleicht im November 2013 sagte: „Das lassen wir besser“?

**Zeuge Albert Karl:** Ich hatte damals, soweit ich erinnere, einen Bericht gelesen, aus dem hervorging, dass bei den Befragungen durch ausländische Partner wohl nicht immer ein Mitarbeiter oder Mitarbeiter des BND anwesend seien. Und alleine aufgrund eben der Tatsache, dass es sich um eine Legendeneinrichtung des BND handelt unter deutscher Leitung, dass die Abdeckung durch ausländische Befrager unter HBW erfolgt - - macht es für mich nur zwingend notwendig - in der damaligen Betrachtung -, dass auch BND-Befrager bei den Befragungen durch ausländische Partner mit anwesend sind.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Wer hatte diesen Bericht damals erstellt, den Sie gelesen haben?

**Zeuge Albert Karl:** Der BND, der Leitungsstab.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. - Ich suche den gerade. Haben wir den? Ich sehe den nämlich nicht.

**RD Philipp Wolff (BK):** Also, soweit mir erinnerlich, gibt es mehrere Stellen auch in den Akten, woraus das hervorgeht. Ich kann jetzt nicht sagen, welche - -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Nicht Stellen. Diesen Bericht, den suche ich. Oder verwechseln Sie das jetzt mit der *Süddeutschen* vom 19. November 2013 unter der Überschrift „Deutsche Behörde horcht Asylbewerber aus“? Weil Sie haben ja dann am 25. November 2013 - das müssten ja Sie gewesen sein - per E-Mail eine Weisung er-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

teilt, dass ab sofort Befragungen nur noch im Beisein von BND-Angehörigen durchgeführt werden können.

**Zeuge Albert Karl:** Ja.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Dann war der Bericht vielleicht auch die *Süddeutsche*?

**Zeuge Albert Karl:** Ist mir nicht erinnerlich.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay.

**Zeuge Albert Karl:** Also, ich weiß, dass ich gelesen habe und dass das - - im Prinzip, um sicherzugehen bzw. um auszuschließen, dass keine Befragungen ohne Anwesenheit eines BND-Mitarbeiters durchgeführt werden. Deshalb erging diese Weisung, in jedem Fall dafür zu sorgen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Weil ich frage mich jetzt - -

**Zeuge Albert Karl:** Was jetzt der konkrete Auslöser - - Ob das die *Süddeutsche* war oder ein Bericht des BND war, ist mir, wenn Sie jetzt so fragen, nicht erinnerlich; aber ich weiß, es gab Anlass, darüber diese Weisung zu erteilen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Sagen wir mal so: Ich mache mir ja Gedanken, warum Sie am 25. November diese Weisung erteilt haben, weil ich ja immer prinzipiell davon ausgehe: Was staatliche Behörden machen, ist rechtmäßig, und das ist auch alles gut abgeprüft, da gibt es rechtliche Grundlagen für, und wenn da was nicht richtig läuft, dann prüft man das, und dann überlegt man, dann entscheidet man, dann korrigiert man. Und wenn Sie jetzt gesagt haben: „Da gibt es einen Bericht“, dann fände ich das interessant, weil in dem Bericht ja möglicherweise dieser Prozess des Überlegens sich niedergeschlagen hat oder hätte. Wenn da jetzt die *Süddeutsche* der Auslöser ist - so qualitativ hochwertig und exzellent, wie ich die *Süddeutsche* halte -, erwarte ich natürlich, dass trotzdem eine Bundesbehörde oder ein Amt oder was auch immer sich über einen Zeitungsbericht hinaus Gedanken macht, ob sie handelt, und zum Beispiel eine Praxis, die

anscheinend längere Zeit gelaufen ist, dementsprechend einstellt. Und deswegen frage ich mich: Was war denn die Grundlage? War man da so sensibel und hatte gedacht: „Oh, überall kann eine Mine im Minenfeld verborgen sein“, „Alles, was passiert, machen wir besser - - da hören wir auf, weil alles irgendwie vielleicht ein Problem darstellen könnte“? Oder war gerade diese Sache problematisch? Was war problematisch daran, dass da Partner mit agierten? Also, prinzipiell - -

**Zeuge Albert Karl:** Also, es war nicht problematisch, dass Partner agierten, sondern dass gegebenenfalls Partner ohne gleichzeitige Anwesenheit von BND-Mitarbeitern befragen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Und irgendwie so eine Art Autoritätsfunktion - HBW klingt ja ziemlich offiziell - - Wenn die auch noch sagten, sie kämen von der HBW, und vielleicht auch noch akzentfrei Deutsch sprächen, dann glaubte man das ja auch noch. Und dann treten die hier mit staatlicher Autorität auf und sind es gar nicht. Stimmt, das kann man eigentlich nicht dulden. Wie lange hat das denn stattgefunden, bevor Sie die Reißleine am 25. November gezogen haben?

**Zeuge Albert Karl:** Das kann ich Ihnen nicht beantworten.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Aber seitdem Sie da waren in der Funktion, was ja dann nicht so lange vorher war, war das so; seit den paar Monaten. Sie haben es dann nicht - - In der Zeit ist es nicht zum ersten Mal aufgetreten.

**Zeuge Albert Karl:** Nein.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. Nun gut.

**Zeuge Albert Karl:** Also, für mich war das wirklich im November wohl erstmalig der Anlass, das zu tun.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Und dann haben Sie gesagt: Das lassen wir jetzt. - Haben Sie dann weiter nachgebohrt, haben mal gefragt:



## Nur zur dienstlichen Verwendung

„Wie viele sind da eigentlich von Partnerdienstlern im Einsatz? Was machen die? Ist da mal irgendwas schiefgelaufen, wo die nächste Tretmine uns über den Weg läuft?“, -

**Zeuge Albert Karl:** Nein.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** - oder haben Sie gesagt: „Gestoppt, meine Dienst- und Fachaufsicht erfüllt; was da jetzt kommt, war ja vor meiner Zeit“?

**Zeuge Albert Karl:** Nein, dieser Erlass war ja nicht isoliert von der Gesamtentwicklung. Im Nachgang erfolgte ja dann letztendlich auch der Beschluss des BND - ich denke, es war so zwei Monate später -, dann eben diese Einrichtung als solche aufzugeben.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. - Wissen Sie irgendwas, was da an Output rausgekommen ist aus der HBW und insbesondere aus der Zusammenarbeit mit den Partnerdiensten?

**Zeuge Albert Karl:** Mir sind keine konkreten Zahlen erinnerlich, wie viele Meldungen seitens des BND erstellt wurden. Mir ist erinnerlich: Eine Zahl von circa 60 Prozent wurde wohl auch mit den Partnern geteilt.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Teilten die auch mit uns, also wenn die alleine befragt haben? Vielleicht haben die es ja pfiffig gemacht. Haben die uns dann auch das abgegeben, oder haben die gesagt: „Wieder nichts dabei gewesen“?

**Zeuge Albert Karl:** Ich kann es nicht dokumentiert nachvollziehen; -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay.

**Zeuge Albert Karl:** - aber ich gehe davon aus.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Kann das irgendeiner nachvollziehen?

**Zeuge Albert Karl:** Die Befragungen wurden ja auch unter fachlicher Aufsicht des BND zumindest vor- und nachbereitet.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Kann das irgendeiner nachvollziehen, oder - - Weil ich sage mal: Im Rahmen der Dienst- und Fachaufsicht muss man ja nicht jeden Tag dabeistehen; aber wenn es dann brisant wird, dann will man ja mal sich was zeigen lassen - nicht?

**Zeuge Albert Karl:** Ich gehe davon - -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Bei wem? Wer hat die Berichte? Wer hat die Erkenntnisse? Wer ist derjenige, der da was hat?

**Zeuge Albert Karl:** Der BND letztendlich -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Na ja, aber konkreter.

**Zeuge Albert Karl:** - und dann konkreter das zuständige Referat seinerzeit.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. Und da müssten entsprechende Berichte etc. auch sein.

**Zeuge Albert Karl:** Auch sein, ja.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay.

**Zeuge Albert Karl:** Ja. Die von dort - - Weil das ja Bearbeitungsprozess letztendlich dann im BND ist, ist das die Stelle, die die Informationen generiert, auch entsprechend umgesetzt, dokumentiert und an die Auswertung als Bedarfsträger weitergibt.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Gut. Das soll es für mich erst mal gewesen sein. - Dann kommen wir jetzt zu den Fragen der Fraktionen. Und ich habe es schon mehrmals in letzter Zeit gesagt: Wenn Sie andere Getränke brauchen, eine Pause oder sonst irgendwas, geben Sie mir ein Signal; dann machen wir auch mal eine kurze Pause.

**Zeuge Albert Karl:** Danke, ich bin gut versorgt.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ja, der Abend ist noch lang. Sie werden sich an meine Worte erinnern.

**Zeuge Albert Karl:** Ja.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Frau Kollegin Renner beginnt mit ihren Fragen.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ja, danke, Herr Vorsitzender. - Herr Karl, ich habe erst mal so eine ganz grundsätzliche Frage. Uns begegnet das immer wieder, dass Mitarbeiter im Bundeskanzleramt, die mit der Fach- und Rechtsaufsicht auch des Bundesnachrichtendienstes betraut sind, selbst auch mal Stationen im BND hatten, und andersherum eben gibt es den Weg auch, also zurück aus dem Bundeskanzleramt in den BND, wie so eine Art Drehtür, hat man das Gefühl, dass ein bestimmtes Personal immer wieder in ein und dieselben Funktionen geschaufelt wird - ja? Und da schließt sich für mich eben so ein bisschen die Frage an: Funktioniert denn dann wirklich Aufsicht und Kontrolle? Weil man ja doch biografisch sich die Sichtweise und möglicherweise auch die etwas windigen Gesetzeskonstruktionen des BND hat irgendwann zu eigen machen müssen. Also, wir kennen ja mittlerweile hier absurdeste Dinge wie Funktionsträgertheorie, Weltraumtheorie und Ähnliches. Und dann sitzt man plötzlich an der Stelle im Bundeskanzleramt, wo man das kontrollieren soll und möglicherweise ja auch brechen muss mit solchen Vorstellungen. Wie geht das überein?

**Zeuge Albert Karl:** Also, ich denke, das geht sehr gut überein. Sie würden sagen: Muss er ja sagen; -

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ja, müssen Sie jetzt sagen.

**Zeuge Albert Karl:** - der hat das ja schon zweimal durchlebt. - Nein, es ist natürlich so, dass man die Kenntnisse aus dem BND mitbringt und die Struktur kennt. Das heißt also, man hat rein objektiv einen Informationsvorsprung. Und letztendlich, wenn man dann wieder in den BND zurückkommt, hat man auch im Prinzip das Wissen im Gepäck, dass man sagt, man weiß, was die Bedarfsträger brauchen und möchten. Ich denke, dass die Kontrolle dadurch wirklich auch effektiv ist letztendlich. Man darf ja nicht vergessen: Ich bin Beamter, und ich diene dem Land und nicht einer Behörde.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Na ja.

**Zeuge Albert Karl:** Und letztendlich trägt die Fach- und Dienstaufsicht ja auch dazu bei, die Behörde weiterzuentwickeln, zu begleiten und tatsächlich darauf zu achten, dass die Handlungen rechtmäßig sind, zweckmäßig sind. Dazu gibt es ja auch entsprechende Grundsätze. Und es ist durchaus nicht unbedingt - wie soll ich sagen? - ein Bonus, wenn man dann aus dem Bundeskanzleramt, aus der Fach- und Dienstaufsicht, wo man teilweise wirklich sehr hart kontrolliert hat - - dass man dann im BND dann unbedingt willkommen ist, also eine Förderung erfährt.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Na ja, aber - - Also, ich sage mal so: Vielleicht legt man sich eben auch nicht so gerne an mit bestimmten Strukturen, aus denen man selbst stammt, und wenn - - Also, ich sage mal so: Wir haben ja mittlerweile Anhaltspunkte nicht nur in diesem Ausschuss, sondern auch in anderen Gremien des Hauses, dass es ein gehöriges Maß an Eigenleben des BND gegeben hat. Vielleicht macht man sich ja auch bestimmte Dinge zu eigen. Ich will einfach sagen: Ich bin einfach immer wieder verblüfft, dass zum Beispiel ein bestimmter Sprachgebrauch auch in der Aufsichtsbehörde durchgängig benutzt wird, der eigentlich originärer Geheimdienstsprache ist - ja? Zum Beispiel diese ganzen Sachen: nachrichtendienstlicher Produktionsprozess, Kunden und Produkte, man muss vom Produktende reden. Eine Sprache, wo es um Grundrechtseingriffe geht, also, wo es um Befugnisse geht irgendwie, in elementare Grundrechte der Bürger und Bürgerinnen einzu- - werden verkleistert, so als würde man Autos verkaufen, als ginge es um Kunden und Produkte - ja? Und diese Sprache, die kenne ich vom BND. Also, wir haben hier hundertmal gehört: Da werden irgendwie Meldungen ins Töpfchen gelegt und vom Kunden abgeholt, und ähnliche schöne Bilder hatten wir hier schon - ja? Und Sie sprachen jetzt auch so von diesen Produkten und Kunden. Und ich finde, als Rechts- und Fachaufsicht muss man sich - - Ich glaube, es geht weder um Produkte bei Datenverarbeitung noch um Kunden bei ANDs - ja? So, und das ist ein bestimmtes - - Ich finde, damit macht sich eine bestimmte Arbeitsweise deutlich, die wahrscheinlich schwieriger zu ändern ist als Gesetze.





## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Albert Karl:** Dazu würde ich auch gerne noch was sagen: Die Kategorie „sich anlegen“ ist nicht Kategorie in der Fach- und Dienstaufsicht zwischen einer Behörde und dem vorgesetzten Ressort. Das ist eine Frage - wie soll ich sagen? - des Privaten. Das ist auch nicht Kategorie meiner Aufgabe, und es ist auch nicht Kategorie einer Hierarchie im Bundeskanzleramt, wo Sie auch Vorgesetzte haben. Und, wie gesagt: Ich bin auch Beamter, der seinem Land dient und nicht der Behörde.

Zu dem Thema Produkte: Das ist auch eine Anlehnung an natürlich vermutlich ein Controllingverfahren. Natürlich, Produkt des BND ist die Berichterstattung und ist die Unterrichtung der Bundesregierung und der Ressorts nach § 12 BND-Gesetz. Und zu dem Thema Kunde: Ich denke, dass ich das Wort nicht verwendet habe, sondern von Abnehmer gesprochen habe. Das ist im Prinzip die objektivierte Form -

**Martina Renner (DIE LINKE):** Des Kunden.

**Zeuge Albert Karl:** - der Stelle, wo Informationen landen und verarbeitet werden.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Kunden oder Abnehmer, ich würde es DIA, NSA oder CIA nennen - ja? Das tut mir dann also - - Für mich sind es weder Kunden noch Abnehmer. - Ich komme aber gerne auch auf die HBW zu sprechen, gerade weil wir heute Morgen Frau Leistner-Rocca vom BAMF hier hatten und da gerade eben auch in dem Thema drinstecken; der Kollege Vorsitzende hat ja auch dazu gefragt. - Sie sagten, diese Befragungen seien ja dokumentiert, und man konnte sich dann auch einen Eindruck machen. Das lag Ihnen wirklich vor, auch die Befragung der DIA lagen Ihnen vor.

**Zeuge Albert Karl:** Nein, die lagen mir nicht vor.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Die lagen Ihnen nicht vor.

**Zeuge Albert Karl:** Nein.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Lagen Ihnen die Befragungen der HBW vor?

**Zeuge Albert Karl:** Nein.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Auch nicht. - Wie macht man sich dann als Rechts- und Fachaufsicht einen Eindruck davon, was in diesen Befragungen erfragt wird, wenn einem die nicht vorliegen?

**Zeuge Albert Karl:** Die Details, die inhaltlichen Details zu den Befragungen waren nicht Gegenstand der Fach- und Dienstaufsicht, sondern der Gesamtrahmen dafür, wie diese Befragungen stattfinden, dass es also diese Einrichtung gibt, welche Rechtsgrundlage für die Informationsübermittlung es gibt, dass es eine Dokumentation gibt, aber nicht die Einzelfälle für einzelne Befragungen.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Es gab ja dann in 2013 eben auch Berichterstattung zu der Arbeit der HBW in Kooperation mit dem Partner, die ja auch nahegelegt hat, dass die Daten, die dort von den Flüchtlingen erfragt wurden, geeignet sind, um Zielerfassungen im Drohnenkrieg vorzunehmen. Hätte man sich nicht an der Stelle zum Inhalt der Befragungen interessieren müssen?

**Zeuge Albert Karl:** An der Stelle ja. Aber erstens gibt es wohl Analysen, dass Telefonnummern zum Beispiel ungeeignet sind. Zweitens wurde auch berichtet - und da wurde nachgefragt -, die Meldungen über Ortsangaben wurden jeweils bereinigt, sodass sie nicht punktgenau - - sondern grobe Angaben, meinerwegen „500 Meter südlich des Sees“. Das heißt also, sie wurden geografisch unkenntlich gemacht.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Also, zu der Frage, ob Telefonnummern von Mobilfunkgeräten geeignet sind, hat Brandon Bryant, Drohnenpilot, hier als Zeuge das Gegenteil ausgesagt. Aber ich will das noch mal ein bisschen allgemeiner fragen: Welche Erkenntnisse hatten Sie denn, warum ausgerechnet die DIA Kooperationspartner des BND bei diesen Befragungen war?

**Zeuge Albert Karl:** Es erschloss sich mir, dass im Prinzip ähnliche Aufklärungsinteressen wie beim BND, also Lage, wirtschaftliche Lage, politische Lage - -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Martina Renner** (DIE LINKE): Ist der BND ein militärischer Nachrichtendienst?

**Zeuge Albert Karl:** Pardon?

**Martina Renner** (DIE LINKE): Ist der BND ein militärischer Nachrichtendienst?

**Zeuge Albert Karl:** Nein.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Nein. - Ist die DIA ein militärischer Nachrichtendienst?

**Zeuge Albert Karl:** Ja.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Ja. Also, ähnliche Interessen sind ja nicht sehr naheliegend, außer der BND ist auch ein militärischer Nachrichtendienst, und da reden zu wenige drüber.

**Zeuge Albert Karl:** Also, der BND ist der Auslandsnachrichtendienst der Bundesrepublik Deutschland. Im Ausland mögen die Nachrichtendienste entsprechend andere Funktionen haben.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Und welches Interesse hatte genau die DIA in der Kooperation mit dem Bundesnachrichtendienst?

**Zeuge Albert Karl:** Welche konkreten - -

**Martina Renner** (DIE LINKE): Es sind ja Daten weitergegeben worden an die DIA, und es sind ja auch Personen der DIA zur Befragung überlassen worden. Und das muss ja rechtlich beurteilt worden sein von Ihnen.

**Zeuge Albert Karl:** Ich kenne das Informationsprofil der DIA für die Befragungen nicht.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Ist schlecht.

**Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:** Das wäre dann so weit - - Dann kommen wir zur nächsten Fraktion. Das wäre die SPD.

**Christian Flisek** (SPD): Danke, Frau Vorsitzende. - Hallo, Herr Karl!

**Zeuge Albert Karl:** Hallo!

**Christian Flisek** (SPD): Ich würde ganz gerne mal mit Ihnen direkt eine E-Mail von Ihnen besprechen wollen, nämlich vom 25. November 2013 an leitung-leiter@bnd.bund.de. Und unter anderem ist dann auch der Zeuge Heiß in CC gesetzt. Da geht es um die HBW und die Befragungen. Ich lese das jetzt mal hier nicht vor, aber darin sagen Sie also - - erteilen Sie unmissverständlich die Weisung, dass ab sofort sicherzustellen ist, dass Befragungen nur noch im Beisein von BND-Angehörigen durchzuführen sind. Was war der für Sie ausschlaggebende Sachverhalt, dass diese - - Also, erst einmal: Diese E-Mail ist von Ihnen, glaube ich - nicht?

**Zeuge Albert Karl:** Also, ich denke mich jetzt, wo Sie es jetzt so vorlesen - -

**Christian Flisek** (SPD): Ja, also es ist unterschrieben „Mit freundlichen Grüßen Albert Karl, Bundeskanzleramt, Referatsleiter 603“.

**Zeuge Albert Karl:** Ja.

**Christian Flisek** (SPD): So. Was war der Sachverhalt, auf dessen Grundlage Sie diese Weisung erteilt hatten?

**Zeuge Albert Karl:** Der Vorsitzende hatte vorhin ja schon auf diesen Sachverhalt angesprochen. Aus welchem Bericht nun der Auslöser dafür konkret stammt, kann ich nicht nachvollziehen. Also, ich kann jetzt nicht mehr sagen: Das war der Bericht von so und so, von dem Datum. Aber jedenfalls wurde der Sachverhalt thematisiert. Und aufgrund der Struktur, dass es sich um eine deutsche Legendeneinrichtung handelt, eine Legendeneinrichtung des BND, dass die Befragungen unter Legende HBW durchgeführt wurden, dass der BND fachliche und organisatorische Leitung hatte, die Befragungen vor- und nachbereitet hat, war es nur zwangsläufig notwendig, dass auch BND-Angehörige bei den Befragungen teilnehmen, oder anders ausgedrückt: dass ausländische Partner nicht ohne BND-Beteiligung befragen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Christian Flisek (SPD):** Ja, jetzt ist das ja ein bisschen spät, November 2013, das ist ja quasi kurz vor Auflösung. Das bedeutet im Prinzip: Über Jahre hinweg offensichtlich, scheinbar war das anders.

**Zeuge Albert Karl:** Das kann ich nicht beantworten, weil - -

**Christian Flisek (SPD):** Dann fokussieren Sie noch mal den Sachverhalt: Was ist Ihnen zur Kenntnis da gelangt, nachdem Sie sagen: „Jetzt müssen wir eingreifen“?

**Zeuge Albert Karl:** Uns ist zur Kenntnis gelangt aus dem Bericht offenbar, dass nicht immer BND-Angehörige bei den Befragungen der Partner beteiligt waren.

**Christian Flisek (SPD):** Gut. - Sind Ihnen da Quantitäten benannt worden, wie oft das der Fall war?

**Zeuge Albert Karl:** Nein.

**Christian Flisek (SPD):** Aber Ihnen ist bekannt geworden, dass es Fälle gab, wo eben BND-Mitarbeiter nicht dabei waren.

**Zeuge Albert Karl:** Ja.

**Christian Flisek (SPD):** Und ist Ihnen gesagt worden, warum das nicht der Fall war? Bevor Sie die Weisung erteilt haben, haben Sie da mal eine Rücksprache gehalten mit denjenigen, die das betrifft, warum es zu dieser Praxis gekommen ist?

**Zeuge Albert Karl:** Nein.

**Christian Flisek (SPD):** Wieso nicht? Das wäre - - Also jetzt mal ganz einfach gefragt, wäre das Erste, was ich gemacht habe, bevor ich sozusagen ex cathedra eine Weisung erteile: Im Rahmen der Sachverhaltsaufklärung rufe ich da mal an, die Leiterin, und sage: Hören Sie mal, scheinbar gibt es bei Ihnen öfters mal Befragungen, ohne dass BND-Mitarbeiter dabei sind. Wie oft kommt das vor? Wer veranlasst das? Warum ist das so?

**Zeuge Albert Karl:** Wir haben - - Die Weisung wurde erteilt, um in jedem Fall sicherzustellen, nachdem bekannt wurde, dass nicht immer BND-Befragter mit anwesend waren, dass tatsächlich zumindest künftig immer BND-Befragungen unabhängig von dem, was in der Vergangenheit war - -

**Christian Flisek (SPD):** Richtig. Ja. Also bis zum letzten Satz wäre ich jetzt voll mit Ihnen gegangen. Ich finde die Weisung auch super. Also, ich bin ja nicht gegen diese Weisung. Im Gegenteil, ich finde die völlig korrekt. Da sind wir völlig nah beieinander. Nur jetzt der letzte Satz, der hat mir jetzt wieder ein bisschen Stirnrunzeln gebracht, so nach dem Motto: Ich erteile da mal eine Weisung; aber eigentlich ist mir irgendwie wurscht, was in der Vergangenheit war.

**Zeuge Albert Karl:** Nein. Nein, das waren die mir bekannten Umstände, sprich also: Dass der BND berichtet hat: „Es sind nicht immer Befragter des BND mit anwesend“, war ausreichend genug, war hinreichend Grund, diese Weisung zu erlassen, ohne nachzufragen.

**Christian Flisek (SPD):** Ich will Ihnen jetzt nicht zu nahe treten, Herr Karl, aber ist das wirklich so, dass also jetzt aus der Sicht der Aufsichtsbehörde die Information dann ausreicht: „Das war wohl mal irgendwie nicht so, und deswegen erteile ich jetzt die Weisung“? Ich meine, ich sage ganz offen, also ich würde dann wissen wollen: Wie oft war das denn der Fall? Warum ist das so? Gab es da Kapazitätsprobleme? Haben die nicht genügend Personal gehabt? Oder sind da irgendwelche Spielchen gespielt worden, so, dass die Amerikaner mal gesagt haben: „Hier, guckt mal den Asylbewerber, hier den da, den wollen wir mal lieber alleine befragen“? Also, ich hätte schon Interesse gehabt, das mal irgendwie in Erfahrung zu bringen, unabhängig davon, dass ich jetzt folgerichtig sage: Ab sofort ist das abzustellen.

**Zeuge Albert Karl:** Natürlich. In dem damaligen Zeitraum und um dieses Datum 25. November herum lief ja bereits schon eine - wie soll ich sagen? - Aufarbeitung dessen, was die HBW macht, -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Christian Flisek (SPD):** Ja.

**Zeuge Albert Karl:** - durch die parlamentarischen Anfragen, durch das, was wir danach gemacht haben. Zu dem Punkt haben wir halt dann in dem Augenblick nicht gezielt nachgefragt, weil ja wichtig war, zu regeln, dass Befrager mit anwesend waren. Wir haben nachgefragt zu der Effizienzkontrolle, wir haben nachgefragt zu den Anzahlen der Befragungen, wir haben nachgefragt zu den gesetzlichen Grundlagen etc.

**Christian Flisek (SPD):** Ich frage mal anders, Herr Karl: Der zeitliche Kontext, November 2013 - - Ich meine, wir ordnen das hier immer so ein bisschen ein. Das ist jetzt - - Im Sommer 2013 kam der Herr Snowden hoch mit seinen Enthüllungen. Und dann irgendwie so - ich glaube, Oktober war das - - hatte dann die Frau Bundeskanzlerin ihren berühmten Satz gesagt, dass das mit dem Ausspähen unter Freunden irgendwie so gar nicht gut sei. Und im November, Ende November wird dann diese Weisung erteilt; also quasi fast zwei Jahre her, ein bisschen mehr als zwei Jahre jetzt. Könnte das so sein, dass man vielleicht im Kanzleramt, auch vielleicht ohne dass man es jetzt positiv wusste - - aber diese Praxis gegebenenfalls eine Zeit lang hingenommen hätte - auch wenn man es positiv gewusst hätte -, und aber ausgehend von dieser neuen politischen Situation - Snowden, Äußerungen der Kanzlerin, vielleicht erhöhte Sensibilität in Bezug auf diese ganze Grundthematik - jetzt gesagt hat: „Jetzt drehen wir mal so ein bisschen die Schrauben schärfer und sichern uns ab, und dann erteilen wir halt eine Weisung jetzt mal“? Ist das Spekulation, was ich da gerade mache?

**Zeuge Albert Karl:** Das ist, an mich gerichtet, spekulativ.

**Christian Flisek (SPD):** Das bedeutet auch umgekehrt: Ihnen ist vor dieser Weisung und der unmittelbar die Weisung auslösenden Information, die Sie bekommen haben, nicht positiv bekannt gewesen, dass es dort Befragungen ohne BND-Mitarbeiter gibt.

**Zeuge Albert Karl:** Nein.

**Christian Flisek (SPD):** Und können Sie ausschließen, dass es irgendetwas anders im Bundeskanzleramt gewusst hat?

**Zeuge Albert Karl:** So etwas kann ich nicht ausschließen.

**Christian Flisek (SPD):** Haben Sie aber auch niemanden dazu befragt, anlässlich Ihrer Weisung.

**Zeuge Albert Karl:** Nein.

**Christian Flisek (SPD):** Also, die Weisung ist schon ein bisschen monolithisch - nicht? Die steht da so ein bisschen sehr - -

**Zeuge Albert Karl:** Ich habe mit meinen Mitarbeitern gesprochen, bevor wir die Weisung erteilt haben.

**Christian Flisek (SPD):** Na ja. Ich meine, wir lernen hier alle, wie so große politiknahe Behörden funktionieren. Und mein Eindruck ist jetzt so ein bisschen - - Wie gesagt: Die Weisung ist ja völlig richtig inhaltlich. Ich frage mich nur sozusagen: Wie ist die einzuordnen? Also, dass man irgendwie überhaupt nicht dann mal nachfasst: Wie ist denn die Praxis gewesen? Wie oft kam das denn vor - ich meine, in einer Zeit, wo es parlamentarische Anfrage gerade nur so hagelt und wir von allen hören, wie sehr sie beschäftigt sind, diese Anfragen zu beantworten -, nicht?

**Zeuge Albert Karl:** Das war auch mit ein Grund: -

**Christian Flisek (SPD):** Ja.

**Zeuge Albert Karl:** - Es hagelte parlamentarische Anfragen.

**Christian Flisek (SPD):** Ja, ja. Aber da sind Sie nicht tiefer eingestiegen?

**Zeuge Albert Karl:** Natürlich. Ich habe mit meinem Abteilungsleiter gesprochen, bevor die Weisung rausging, und sagte ihm: -

**Christian Flisek (SPD):** Das war der Herr Heiß.

**Zeuge Albert Karl:** - ja, Herr Heiß -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Christian Flisek** (SPD): Von Herrn Heiß.

**Zeuge Albert Karl:** - Das kann ja nicht sein, unter den gegebenen Umständen, unter den Konstrukten, die ich geschildert habe, dass bei den Befragungen kein BND-Mitarbeiter vorhanden ist, anwesend ist. So die Umstände - -

**Christian Flisek** (SPD): Jetzt mal umgekehrt gefragt - verlassen wir mal die Ausforschung - -

**Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:**  
Herr Wolff hat sich da gemeldet.

**Christian Flisek** (SPD): Ah, Herr Wolff.

**RD Philipp Wolff** (BK): Überhaupt keine hindernde Unterbrechung, sondern hoffentlich eher förderlich: Weil vorhin die Frage nach diesem Bericht auch auftauchte, der auch Grundlage der Weisung ist, weil wir das jetzt hier in den Akten auch noch mal identifiziert haben: Der ist vom selben Tag wie die Weisung. Also, auch das nur noch mal, warum das so ein Monolith ist.

**Christian Flisek** (SPD): Stante pede kam die dann.

**RD Philipp Wolff** (BK): Also, ich wollte nur einfach darauf hinweisen, weil ich vorhin gesagt habe; Es sind mehrere Textstellen. - Es gibt ganz konkret diese eine Textstelle MAT A BK-2/8f, Seite 39 ff. Das ist genau das Bezugsdokument wohl.

**Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:**  
Danke. - Herr Flisek.

**Christian Flisek** (SPD): Ja. Vielleicht jetzt nur zum Herrn Wolff, also auch außerhalb der Zeit, wenn es dann eben - - Das macht mich halt noch um so etwas skeptischer. Weil, wenn man sozusagen den Bericht am selben Tag bekommt und den dann sieht und sagt: „Jetzt gleich die Weisung raus!“ - - dass man das dann sozusagen auf sich beruhen lässt, sagt: Das ist jetzt mal abgeschlossen, da fragen wir gar nicht nach, wie war denn die Praxis, wie war denn da die Praxis. Und, ich sage mal proaktiv, für den Fall, dass vielleicht genau zu diesem Thema der Kollege

Ströbele oder wer auch immer mal eine parlamentarische Anfrage stellt, - ja? - - dass man da irgendwie gewappnet ist, bevor dann irgendwelche Leute wieder sagen: Das haben wir alles vergessen. Ja? Also, gut.

**Zeuge Albert Karl:** Also, wie der weitere Bearbeitungsprozess dann im Detail war, welche Überlegungen sich danach angeschlossen haben - - Ich denke auch, dass wir das auch vorgesehen hatten für einen Jour fixe; aber das kann ich jetzt auch nicht mehr einordnen, Herr Abgeordneter, zeitlich.

**Christian Flisek** (SPD): Gut. Also, dass die Weisung in irgendeinem kausalen Verhältnis - -

**Zeuge Albert Karl:** - - dass wir da natürlich nachsetzen, weil normalerweise hält man damit da natürlich, wenn man so was erhält, auch nach. Aber es gab ja weitere Befassungen mit der HBW, die letztendlich dann auch zu deren Auflösung führten.

**Christian Flisek** (SPD): Was, vermuten Sie denn, könnten die Gründe gewesen sein, dass Befragungen ohne BND-Angehörige stattgefunden haben bei der - -

**Zeuge Albert Karl:** Es wären letztendlich Vermutungen, die wir aber nicht dokumentiert wiederfinden.

**Christian Flisek** (SPD): Nein, dokumentiert braucht - - Ist ja auch eine mündliche Befragung. Was vermuten Sie? Was könnte der Grund gewesen sein?

**Zeuge Albert Karl:** Es gibt Gründe, die da natürlich naheliegend sind, aber - -

**Christian Flisek** (SPD): Ja, welche sind das?

**Zeuge Albert Karl:** Zum Beispiel Personalmangel -

**Christian Flisek** (SPD): Engpass.

**Zeuge Albert Karl:** - oder Krankheitsfall. Engpass ja.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Christian Flisek (SPD):** Gibt es noch weitere, die Sie vermuten können?

**Zeuge Albert Karl:** Nein.

**Christian Flisek (SPD):** Dann frage ich mal andersrum: Hatten Sie in Bezug auf die Befragungsstelle jemals einen Verdacht, dass Informationen, die dort erhoben werden, gegebenenfalls auch an andere Dienste weitergegeben werden können, um beispielsweise tödliche Drohneneinsätze zu unterstützen?

**Zeuge Albert Karl:** Nein.

**Christian Flisek (SPD):** Nie? Keinen Verdacht?

**Zeuge Albert Karl:** Nein, keinen Verdacht.

**Christian Flisek (SPD):** Das heißt umgekehrt: Diese Stelle - jetzt mal aus Ihrer Sicht, aus Ihrer Perspektive als Aufsichtsbehörde -, was hatte die für einen Zweck?

**Zeuge Albert Karl:** Der Zweck war, Informationen aus den jeweiligen Herkunftsländern zu generieren bzw. sich darüber zu informieren, über die Lage in Krisengebieten, die militärische Lage, Lage der Opposition, Versorgungslage, wirtschaftliche Verhältnisse.

**Christian Flisek (SPD):** Allgemein politische Berichterstattung.

**Zeuge Albert Karl:** Allgemeine politische Berichterstattung oder - -

**Christian Flisek (SPD):** Ist Ihnen jemals bekannt gewesen, dass über diese Informationsebene hinausgehend eventuell mal der eine oder andere Befragte auch so interessant war, weil er eine entsprechende persönliche Vorgeschichte hatte, dass er eventuell für weitergehende Informationen brauchbar war?

**Zeuge Albert Karl:** Ja.

**Christian Flisek (SPD):** Ja, und auf welcher Ebene jenseits der politischen Berichterstattung bewegen wir uns da?

**Zeuge Albert Karl:** Sie sprechen vermutlich auf den Fall Massenvernichtungswaffen im Irak an.

**Christian Flisek (SPD):** Ja. Ich habe da jetzt keine konkrete Vorstellung erst mal, aber - -

**Zeuge Albert Karl:** Ja.

**Christian Flisek (SPD):** Ja, also können Sie dazu was ausführen?

**Zeuge Albert Karl:** Es gab mal eine durch die Medien gehende Berichterstattung zu Curveball, der möglicherweise Informationen zu irakischen Massenvernichtungswaffen gehabt haben soll.

**Christian Flisek (SPD):** Und außerhalb von Curveball ist Ihnen sonst nichts bekannt geworden?

**Zeuge Albert Karl:** Nein, nein.

**Christian Flisek (SPD):** Nicht auf der Ebene der Aufsichtsbehörde.

**Zeuge Albert Karl:** Nein, nein.

**Christian Flisek (SPD):** Hat man jemals mal eine Veranlassung gesehen, sich diese Hauptstelle aus Sicht der Aufsichtsbehörde näher anzuschauen? Oder anders gesprochen: Wie fand die Kontrolle Ihrerseits dort statt? Wie war das organisiert?

**Zeuge Albert Karl:** Ich kann nur den Zeitraum überblicken meiner eigenen Zuständigkeit für den Bereich, und der war etwas länger nur als 100 Tage und im Wesentlichen auch eben mit anderen Themen behaftet. Grundsätzlich lässt man sich über die - - wird man unterrichtet vonseiten des BND über die Themen, in dessen Zuständigkeit man sich bewegt, -

**Christian Flisek (SPD):** Wer im BND hat Ihnen berichtet über die - -

**Zeuge Albert Karl:** - bzw. im Zuge der Presseberichterstattung wurde von unserer Seite nachgefragt. Im Zuge der parlamentarischen Anfragen dazu hat der BND die Antworten geliefert.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Christian Flisek** (SPD): Also auch eher alles reaktiv dann so.

**Zeuge Albert Karl:** Zunächst reaktiv, ja.

**Christian Flisek** (SPD): Wer beim BND hat Ihnen in Bezug auf die Befragungsstelle berichtet?

**Zeuge Albert Karl:** Pardon, ich hatte die Frage nicht - -

**Christian Flisek** (SPD): Also: Wer beim BND hat in Bezug auf die Befragungsstelle dem Kanzleramt berichtet?

**Zeuge Albert Karl:** Soweit ich erinnere, waren das Schreiben, die vom Leitungsstab übersandt wurden.

**Christian Flisek** (SPD): Also vom Präsidenten selbst dann.

**Zeuge Albert Karl:** Für mich war der Ansprechpartner der Leitungsstab. Also, ich - - Grundsätzlich in dem Zuständigkeitsbereich ist generell der Ansprechpartner der Leitungsstab.

**Christian Flisek** (SPD): Ist Ihnen bekannt, Herr Karl, dass bei der Datenweitergabe an andere Dienste man so was wie einen Disclaimer zugefügt hat, so nach dem Motto - ich sage jetzt mal ein bisschen überspitzt -: „Ihr dürft damit keine bösen Dinge machen“?

**Zeuge Albert Karl:** Nein, Herr Abgeordneter, das ist mir nicht bekannt.

**Christian Flisek** (SPD): Ist Ihnen nicht bekannt.

**Zeuge Albert Karl:** Ist mir nicht bekannt.

**Christian Flisek** (SPD): Ist Ihnen bekannt, dass die Hauptstelle für Befragungswesen, wenn sie Befragungen durchgeführt hat - - Wir haben ja hier schon herausgearbeitet, dass man da nicht als BND aufgetreten ist, sondern dass man das so eingekleidet hat, man sei eine Stelle im Geschäftsbereich des Bundeskanzleramtes.

**Zeuge Albert Karl:** Mir ist nur bekannt, dass die Befragungen unter der Legende „Hauptstelle für Befragungswesen“ durchgeführt wurden, mit entsprechenden Ausweisen.

**Christian Flisek** (SPD): Ja, wir hatten die Leiterin dieser Stelle befragt, was denn gewesen war, wenn da mal irgendwie jemand auf die Idee kam und gesagt hat: „Ja, für wen und was fragt ihr denn?“ - Hauptstelle für Befragungswesen klingt ja super -, „Für wen und was fragt ihr denn?“ Offensichtlich ist das ja auch vorgekommen, weil sonst hätte sie keine Erklärung dafür haben müssen. Und dann hieß es: Wir erklären das den Leuten dann so, dass wir eben so eine Behörde im Geschäftsbereich des Bundeskanzleramtes sind.

**Zeuge Albert Karl:** Nein, mir ist die Praxis nicht bekannt.

**Christian Flisek** (SPD): Ist mein Eindruck falsch, wenn ich sage, dass diese Hauptstelle für Befragungswesen ein ziemlich freies Leben führte und sich eigentlich irgendwie so recht keiner darum gekümmert hat, was da passiert?

**Zeuge Albert Karl:** Das kann ich so nicht beantworten.

**Christian Flisek** (SPD): Wie weit war das denn dann von Ihrer Weisung entfernt bis zur Auflösung der Hauptstelle für Befragungswesen?

**Zeuge Albert Karl:** Ich denke, das waren knapp zwei Monate, -

**Christian Flisek** (SPD): Später.

**Zeuge Albert Karl:** - bzw. die Weisung dazu war später.

**Christian Flisek** (SPD): Und war Ihnen bei der Erteilung der Weisung schon bekannt, dass die Stelle aufgelöst werden wird?

**Zeuge Albert Karl:** An das konkrete Datum bezüglich der Planungen zur Auflösung kann ich mich nicht erinnern. Ich weiß auch nicht, ob das vorher oder - - Rein von der Zuordnung muss das später gewesen sein.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Christian Flisek (SPD):** Mit dem Auflösungsprozess waren Sie nicht befasst und betraut?

**Zeuge Albert Karl:** Mit dem Auflösungsprozess nein.

**Christian Flisek (SPD):** Wer hatte das im Kanzleramt in den Händen?

**Zeuge Albert Karl:** Die Zuständigkeit lag natürlich in meinem Referat; aber ich habe Ihre Frage konkret auf den Prozess, auf die Abwägungsfrage im Einzelnen - -

**Christian Flisek (SPD):** Ja, die Abwicklung wird ja eher beim BND stattfinden, -

**Zeuge Albert Karl:** - - unmittelbar im BND, ja natürlich.

**Christian Flisek (SPD):** - weil die HBW dem BND zugeteilt war; aber irgendwo muss ja auch das - - Ich meine, da werden Sie ja irgendwie eingebunden sein, oder?

**Zeuge Albert Karl:** Mir wurde bekannt, dass es den Vorschlag gab, die Hauptstelle für Befragungswesen aufzulösen aufgrund des BND-internen Controllings. Man hat offenbar festgestellt, dass die Ergebnisse wohl sowohl quantitativ als auch inhaltlich nachgelassen hatten, dass ohnehin die Legende HBW an und für sich aufgrund der Thematisierung in der Öffentlichkeit nicht mehr tragfähig war und dass es mehrere Faktoren waren letztendlich, die dann zu der Auflösung führten bzw. dann zu einer Umstrukturierung des gesamten Befragungswesens.

**Christian Flisek (SPD):** Aber - -

**Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:** Dann wären die Minuten rum.

**Christian Flisek (SPD):** Eine Frage nur noch. - Das alles ist Ihnen da bei der konkreten - - in dem Moment, als die Weisung erteilt wurde, nicht bekannt gewesen?

**Zeuge Albert Karl:** Nein.

**Christian Flisek (SPD):** Wissen Sie, ich frage das deswegen - das ist das Letzte -, weil irgendwie jetzt zwar natürlich hier der konkrete Fall auch sehr interessant ist, aber für mich natürlich sich auch die Frage stellt: Wie kommuniziert Aufsichtsbehörde mit der zu beaufsichtigenden Behörde? Und wenn Sie im November, Ende November 2013 da so eine Weisung erteilen, würde ich jetzt irgendwie davon ausgehen, ganz normal, dass dann irgendwie die Rückmeldung kommt: Ach, in zwei Monaten machen wir den Laden eh dicht.

**Zeuge Albert Karl:** Nein, das war nicht im Zusammenhang, sondern der konkrete Auslöser war eben, sicherzustellen, dass bei den Befragungen BND-Angehörige mit anwesend sind. Das war der Auslöser.

**Christian Flisek (SPD):** Okay. Erst einmal herzlichen Dank.

**Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:** Dann geht es weiter mit Bündnis 90/Die Grünen. Herr von Notz.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, ich habe mir jetzt diese - - Ich knüpfe gleich daran an; dann würde ich aber gerne zu einem anderen Thema Sie befragen. - Aber in dieser Mail, auf die Bezug genommen wird, vom 25.11.2013 und dem dazugehörigen Schreiben, da steht ja dieser Satz etwas lapidar drin - das ist nicht eingestuft; das können wir vorlesen -:

In der Vergangenheit sind Befragungen durch Partnerbefrager auch ohne Teilnahme eines BND-Befragers erfolgt, jedoch unter enger organisatorischer und inhaltlicher Aufsicht des BND im Vor- und Nachgang.

Zitat Ende. - Der kommt so unvermittelt daher in diesem Bericht. Also, wie ist das denn dazu gekommen? Haben Sie das gerüchteweise vorher gehört, dass die da alleine befragen, und haben Sie da mal konkret nachgefragt, oder wie war das?





## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Albert Karl:** Dürfte ich das Dokument bitte noch mal sehen?

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, selbstverständlich.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt)

Meine Frage ist im Grunde ganz schlicht: Hat das eine Vorgeschichte?

**Zeuge Albert Karl:** Ich denke, die Vorgeschichte und unsere - - Soweit ich erinnere, war die Vorgeschichte bzw. der Grund, warum dieses Hintergrundpapier zur HBW angefordert wurde, auch im Kontext der parlamentarischen Anfragen, wo von unserer Seite noch mal nachgefragt wurde, wie sich denn der aktuelle Sachstand der Arbeitsweise der HBW darstellt.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Trotzdem: Dass die das so beichten, so einfach da unter II., also mir kommt das komisch vor, also so, als hätte man da konkret nachgefragt. - Es hat ja in der Zeit irgendwie den Besuch eines *Tagesschau*-Rechercheteams da am Hohenzollerndamm gegeben. Wissen Sie das Datum?

**Zeuge Albert Karl:** Nein, ist mir nicht Erinnerungswürdig.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Könnte es sein, dass das in dem Zusammenhang erfolgt ist, also dass es gar keine parlamentarische Anfrage war, sondern einfach der Umstand, dass da so ein Kamerateam auf einmal in der HBW stand?

**Zeuge Albert Karl:** Das ist mir nicht mehr konkret Erinnerungswürdig.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Herr Karl, ich will erst mal mit Ihnen sozusagen über aktuelle Sachen reden. Es gibt ja in Ihrer beruflichen Laufbahn mit unserem Themengebiet einige Überschneidungen, und ich würde gern möglichst aktuell anfangen, und zwar mit Selektoren. Haben Sie mit Selektoren zu tun?

**Zeuge Albert Karl:** Also, ich habe selbst mit Selektoren in meiner Arbeit nicht zu tun, aber mit der Thematik, die Selektoren betrifft, ja.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mit der Thematik. Also, Sie suchen nicht selbst welche aus, meinen Sie damit.

**Zeuge Albert Karl:** Nein, ich suche nicht selbst welche aus.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut, das beruhigt ja schon mal. Aber Sie wissen, wovon ich rede.

**Zeuge Albert Karl:** Ja.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Wir fragen uns sozusagen, was für Selektoren so die letzten Jahre vom BND gesteuert wurden, und vielleicht können Sie uns da mal ein paar Kriterien nennen. Also, mich würde vor allen Dingen erst mal interessieren: Wer wählt überhaupt Selektoren aus in der täglichen Praxis? Also, wie kommt ein Selektor in die Systeme des Bundesnachrichtendienstes?

**Zeuge Albert Karl:** Das sind Fragen, die sehr stark auch die Methodik betreffen. Und ich denke, man müsste das in nichtöffentlicher Sitzung - -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber im nichtöffentlichen Teil können Sie mir erzählen, wer das entscheidet, wie?

**Zeuge Albert Karl:** Soweit ich Kenntnis darüber habe.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und ist das denn so, dass sich die Selektoren mit dem Auftragsprofil sozusagen decken müssen? Oder müssen die dem entsprechen? Oder hat der Bundesnachrichtendienst da einen Ermessensspielraum, der darüber hinausgeht, der sagt: „Ja, gut, da gibt es so ein Auftragsprofil; aber wir haben natürlich noch mal unsere eigene Sicht der Dinge“? Also, wie ist das?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Albert Karl:** Grundsätzlich dienen die Selektoren dazu, über die Inhalte - - also Informationen zu gewinnen zu den Themen, die im Auftragsprofil der Bundesregierung stehen.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Klar. Aber kann ein Selektor - -

**Zeuge Albert Karl:** Das ist keine - wie soll ich sagen? - Eins-zu-eins-Spiegung des APB.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber wäre sozusagen ein mittelbares Konstrukt möglich? Ich sage mal, ich möchte etwas über Afghanistan rausfinden, und dafür höre ich jemanden in der österreichischen Botschaft in der Schweiz ab, der mit dem Bereich Afghanistan zu tun hat. Ist das vorstellbar?

**Zeuge Albert Karl:** Nein. Theoretisch wäre - -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Würde man sagen: „Ja gut, der BND arbeitet im Sinne der Aufklärung in Afghanistan; das geht in Ordnung“?

**Zeuge Albert Karl:** Wenn ein Dritter Interesse hätte über das Wetter, dann würde er vielleicht auch meine Telefonate interessant finden, wenn ich mit meinen Eltern spreche. Also, insofern rein ohne Länderspezifika, theoretisch ja.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und ginge das denn rechtlich?

**Zeuge Albert Karl:** Ich denke, ja.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie meinen Sie, Sie denken? Also, glauben Sie, dass das rechtlich zulässig ist, wenn man - das war jetzt frei gewählt; ich habe kein konkretes Beispiel, aber ich nehme das jetzt mal - die österreichische Botschaft in der Schweiz - das ist so praktisch, weil die meisten Leute da Deutsch sprechen - - Wenn man die abhören würde, wäre das ein legitimes Aufklärungsziel, rechtlich, für den Bundesnachrichtendienst?

**Zeuge Albert Karl:** Ja.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha.

**Zeuge Albert Karl:** Rechtlich.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Rechtlich. - Und was ist so mit Gesandtschaftsrecht und der Subsidiarität von nachrichtendienstlicher Aufklärung und solchen Sachen?

**Zeuge Albert Karl:** Wenn man - - Das müsste man im konkreten Einzelfall dann prüfen. Ich bin selbst nicht Jurist.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Machen das - - Prüfen die Selektoren im Bundeskanzleramt oder im Bundesnachrichtendienst - - Also, sagen final die Juristen, ob die geschaltet werden oder nicht?

**Zeuge Albert Karl:** Hinsichtlich der rechtlichen Einordnung erfolgt auch eine rechtliche Prüfung.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bei jedem einzelnen Selektor?

**Zeuge Albert Karl:** Nicht bei jedem einzelnen Selektor bzw. - -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Reden wir vom Präsens, oder reden wir in der Vergangenheit, Herr Karl? Also, ich meine nicht, wie das heute ist. Das darf ich Sie gar nicht fragen; sonst meldet sich gleich wieder Herr Wolff und sagt: Das liegt außerhalb des Untersuchungszeitraums. - Wenn heute das alles in Ordnung wäre, Herr Karl, Sie dürften es gar nicht sagen.

**Zeuge Albert Karl:** Ich dürfte es gar nicht sagen.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, genau. Also, uns interessiert der Untersuchungszeitraum, das heißt also bis 2014. Also, wie war das in der Vergangenheit? Wer hat diese Selektoren nach welchen Kriterien geprüft?

**Zeuge Albert Karl:** Wie das im Einzelnen stattgefunden hat - - muss ich davon ausgehen, dass es in der Abteilung TA stattgefunden hat.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und hat das Bundeskanzleramt das irgendwie kontrolliert, wie das ablief, oder hat man einfach gedacht: „Mensch, wir kriegen da immer super Meldungen; das wird schon alles seine Ordnung haben“?

**Zeuge Albert Karl:** Solange - - Das Bundeskanzleramt hat sicherlich nachgefragt, wenn entsprechende Berichte des BND darüber eingegangen sind.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und hat das Bundeskanzleramt in einer Zeit, die Sie erinnern, die in unserem Untersuchungszeitraum liegt, mal nachgefragt, oder hat es da Diskussionen gegeben: „Ist da irgendwas nicht ganz so gut gelaufen?“?

**Zeuge Albert Karl:** Beziehen Sie Ihre Frage nach wie vor auf die rechtliche Prüfung?

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich sage mal: auf rechtliche Diskussionen und auf ein tatsächliches Ereignis, nämlich das Jahr 2013 und die Diskussionen, die es da gab.

**Zeuge Albert Karl:** Die rechtliche Einordnung hat im Nachbarreferat stattgefunden, Referat 601.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber es gab ja irgendwie nach Snowden große Diskussionen im BND und wohl auch im Bundeskanzleramt, ob man das, was man macht, eigentlich machen darf und Abhören unter Freunden - - wollte ich jetzt nicht so stichwortmäßig abfragen. Ich dachte, vielleicht können Sie einen Teil der Geschichte einfach selbst erzählen.

**Zeuge Albert Karl:** Über die Verwendung von Selektoren im Zusammenhang mit - - Über die Praxis der Verwendung von Selektoren habe ich im Rahmen meiner Tätigkeit erst relativ spät erfahren.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): „Relativ spät“ heißt?

**Zeuge Albert Karl:** Mit der Aufarbeitung der Sachfragen im Zusammenhang mit parlamentarischen Anfragen, mit der Aufarbeitung der aktuellen Selektorenthematik. Das heißt also, vorher war im Rahmen meiner Zuständigkeit das Thema „Bearbeitung von Selektoren“ - - für meinen Zuständigkeitsbereich.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): War jemand anders zuständig im Bundeskanzleramt für die Fragen „Selektoren“?

**Zeuge Albert Karl:** Persönlich vor meiner Zeit, ja.

**Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:**  
Herr von Notz - -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ganz kurz.

**Zeuge Albert Karl:** Ich habe ja im August 2013 das Referat erst übernommen.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und das war ja die heiße und interessante Zeit. Da müssen Sie ja gekommen sein, und da war das das große Thema.

**Zeuge Albert Karl:** Da war das auch das große Thema.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut.

**Zeuge Albert Karl:** Allerdings, Sachverhalte, die eben -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vor Ihrer Zeit lagen.

**Zeuge Albert Karl:** - vor meiner Zeit berührten.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber trotzdem: Über Ihre interessante Anfangszeit werde ich dann, wenn ich wieder acht Minuten habe, so in ungefähr zwei Stunden, noch mal nachfragen.

**Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:**  
Die CDU/CSU. Herr Wendt fängt an.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Marian Wendt** (CDU/CSU): Ja, Frau Vorsitzende, vielen Dank. - Herr Karl, guten Tag!

**Zeuge Albert Karl:** Guten Tag!

**Marian Wendt** (CDU/CSU): Die Geschichte der HBW dürfte Ihnen sicherlich ein Stück weit bekannt sein. Die ist 1958 gegründet worden, damals um Personen, die aus der Zone, würde man vielleicht sagen zu Bonner Zeiten, kamen, zu interviewen, zu prüfen, um Informationen zu gewinnen über die Lage in der DDR, über Kontakte, und gegebenenfalls auch mal festzustellen, ob mit diesem Strom der Migranten, der ja vor 1961 besonders stark war, insbesondere im Sommer 61, auch zu schauen: „Was sind das für Personen, die dort kommen?“ Würden Sie so unterschreiben, oder?

**Zeuge Albert Karl:** Das kann ich so nicht unterschreiben, weil ich mich mit dem Zeitraum nicht befasst habe.

**Marian Wendt** (CDU/CSU): Okay. Aber das war die - - Klar, ich habe da auch nicht gelebt; aber wir lesen ja ein wenig in die Bücher.

**Zeuge Albert Karl:** Der Auslöser war ja in der Begründung, ja.

**Marian Wendt** (CDU/CSU): Wir lesen ja in der Begründung der Gründung der HBW - denn in Ihre Zeit fällt ja dann auch die Auflösung der HBW - - Später kam dann ein neues Auf-

**Zeuge Albert Karl:** Also, die Gründung war vor meiner Geburt und - -

**Marian Wendt** (CDU/CSU): Genau. Aber wir wissen ja, dass es dafür eine Begründung gab. Die ist auch schriftlich festgehalten. Wir hatten uns darüber ja schon unterhalten. Und später kam es dann zu verändernden Aufgabenprofilen. Die DDR war dann nicht mehr die DDR, sondern Teil der Bundesrepublik. Es kamen aber auch Spätaussiedler zum Beispiel aus der ehemaligen Russischen Föderation dazu, wo man auch Informationen, Erkenntnisse sammeln wollte, gegebenenfalls nachrichtendienstliche Kontakte: „Wo ha-

ben Waffenverkäufe stattgefunden, OK-Kriminalitäten?“ , gegebenenfalls auch, die auch im Spätaussiedlerbereich ja stattgefunden haben hätten können. Da wurden Informationen gewonnen. Und jetzt haben wir eine neue Situation. Deswegen ist eigentlich der Punkt, wo ich gerne Ihre Einschätzung haben möchte, dass ja viele Menschen zu uns kommen, vordergründig aus humanitären Schutzgründen, weil sie suchen ja Hilfe, sie fliehen vor Krieg und Terror; das ist richtig. Und da sind wir auch offen, sie entsprechend aufzunehmen. Aber es gibt ja auch Personen, die gegebenenfalls diesen Strom nutzen wollen, um auch Terror oder Unfrieden in unserem Land zu stiften und die gegebenenfalls durch solche Befragungen auch mit identifiziert werden könnten. Halten Sie es deswegen für gut oder so sehr sinnvoll, dass man die HBW im letzten Jahr aufgelöst hat, vor diesem Hintergrund der aktuellen Situation einfach?

**Zeuge Albert Karl:** Ich meine, die aktuelle Situation und die Umstrukturierung des Befragungswesens dahin gehend ist nicht Untersuchungsgegenstand.

(Lachen bei der SPD, der LINKEN und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Marian Wendt** (CDU/CSU): Dann fragen wir anders: Die Auflösung hat ja 2014 stattgefunden, und davor wurden ja Informationen gewonnen, weil auch vor 2014 Migranten nach Deutschland gekommen sind.

**Zeuge Albert Karl:** Ja.

**Marian Wendt** (CDU/CSU): Da haben wir Informationen über die gewonnen, über auch Situationen vor Ort gegebenenfalls, durch die entsprechende Befragung. Wie wurden die denn danach, nach der Auflösung der HBW, gewonnen, diese Informationen? Wurde da rein auf nachrichtendienstliche Kräfte vor Ort in den Ländern gesetzt, oder hat man gesagt: „Das macht jetzt der Inlandsnachrichtendienst in den Unterkünften“? Oder wie hat man dann den Kontakt zu einreisenden Migranten, die um Asyl bitten, aufgebaut und Erkenntnisse gewinnen können?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Albert Karl:** Man hat die Inlandsbefragung - - Beziehungsweise Ziel der Umstrukturierung nach dem Januar 2014 war, näher an die Herkunftsländer und die Informationen für die Flüchtlinge heranzukommen, bzw. man hat also die Befragungen dann ins Ausland verlagert.

**Marian Wendt (CDU/CSU):** Und wodurch hat man die - - Was heißt eine Befragung „ins Ausland verlagert“?

**Zeuge Albert Karl:** Also, man hat versucht, Informationen durch Befragungen von Flüchtlingen vor Ort zu gewinnen.

**Marian Wendt (CDU/CSU):** Okay. - Herr Wolff meldet sich, glaube ich.

**RD Philipp Wolff (BK):** Ich weise den Zeugen auch insofern darauf hin, dass die aktuelle Gestaltung nicht Untersuchungsgegenstand ist.

**Marian Wendt (CDU/CSU):** Gut. Uns geht es nur darum, jetzt festzustellen - - weil wir glauben als Unionsfraktion in gewissen Teilen, dass die HBW gar keine so schlechte Einrichtung war, auch vor dem Hintergrund der aktuellen oder seit Jahren anstehenden Situation. Könnten Sie mir sagen, wer die Entscheidung konkret traf, die HBW aufzulösen? Gab es da einen Erlass, eine Verfügung? Das sind ja organisatorische Dinge, so eine Behörde oder so eine Stelle abzuwickeln.

**Zeuge Albert Karl:** Soweit ich erinnere, war es im Januar 2014 eine Entscheidung des Präsidenten, des BND-Präsidenten.

**Marian Wendt (CDU/CSU):** Des BND-Präsidenten, okay. - Inwieweit waren Sie da als Kanzleramt beteiligt, als Fachaufsichtsbehörde? Haben Sie da Stellung zu genommen? Haben Sie das eventuell aus politischen Gründen auch gewünscht oder haben da unterstützend gewirkt?

**Zeuge Albert Karl:** Soweit ich erinnere, sind wir, ist das Bundeskanzleramt teilweise auch mündlich darüber informiert worden, dass eben eine Effizienzkontrolle der HBW und des Befragungs-

wesens durchgeführt wurde und dass man aufgrund der Sachverhalte dann beschlossen hat, eben die HBW aufzulösen.

**Marian Wendt (CDU/CSU):** Okay. - Und inwieweit waren Sie da konkret eingebunden, Sie, also als Herr Karl oder als Mitarbeiter Kanzleramt?

**Zeuge Albert Karl:** Durch Berichte des BND, aus denen die Frage der Effizienzkontrolle thematisiert wurde, und dann auch wohl durch ein Gespräch oder auch ein Gespräch mit Herrn Heiß, meinem Abteilungsleiter.

**Marian Wendt (CDU/CSU):** Und fanden Sie es aus Ihrer fachlichen Sicht - - Konnten Sie dem Vorschlag unumwoben folgen oder der Bitte des Präsidenten BND folgen, diese aufzulösen, oder hatten Sie eventuell Bedenken? Ich möchte da vielleicht hinzufügen, dass es ja auch zu Reaktionen kam bei den ausländischen Partnern. Und ich darf vielleicht aus einer E-Mail zitieren, wo von „Schock, Trauer und Verärgerung“ die Rede ist und dass auch die Partner berichteten, dass sich das generell auf künftige ND-Operationen auswirken dürfte. Also, wie haben Sie das vor diesem Hintergrund auch der Kooperation mit anderen ANDs bewertet?

**Zeuge Albert Karl:** Im Zuge der Effizienzkontrolle, was ja auch nichts anderes ist als Controlling, wurde der Sachverhalt bestimmt abgewogen letztendlich; aber Ziel und damit Entscheidung war auch, entsprechende Ressourcen dann auch entsprechend einzusetzen, um höherwertige Informationen zu gewinnen. Das war Folge dann auch der Entscheidung des Präsidenten des BND. Und ich muss davon ausgehen, dass auch die Frage der Kontakte mit den ausländischen Nachrichtendiensten dort einbezogen wurde, weil das einfach - - Es gab keinen Anlass, daran zu zweifeln.

**Marian Wendt (CDU/CSU):** Sie sagen, man hat diese controllerische Effizienzmaßnahme - - oder aus diesen Gründen wurde das geschlossen. Wann hat man da mit einer Überprüfung dieser HBW begonnen aus Ihrer Sicht? Also, man macht ja in der Regel einen - - Man sagt: „Jetzt prüfen wir mal die Effizienz einer Behörde“, man setzt



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Rechnungsprüfer ein oder ähnliche Methoden, macht dann Zählungen, Ergebnisse. Das dauert ja einen gewissen Zeitraum. Wann hat man sich erstmalig nach Ihren Informationen darüber Gedanken gemacht, die HBW einem solchen Controllingprozess zu unterziehen?

**Zeuge Albert Karl:** Ich kann nicht überblicken, wann tatsächlich dieser Controllingprozess eingesetzt hat, ob es dazu ein Fixdatum gibt. Mir ist nur erinnerlich, eben als Zeitraum: seit längerem.

**Marian Wendt (CDU/CSU):** Also, weit vor 2013.

**Zeuge Albert Karl:** Weit vor 2013.

**Marian Wendt (CDU/CSU):** Also, bei 2011 könnte das gewesen sein - 2010, 2011.

**Zeuge Albert Karl:** Das kann ich Ihnen nicht sagen.

**Marian Wendt (CDU/CSU):** Okay. - Weil die Frage ist natürlich, ob das in direktem Zusammenhang mit den Snowden-Entwicklungen war und wirklich eher eine fachliche Frage war, diese Stelle aufzulösen, sondern doch eher eine des politischen Drucks.

**Zeuge Albert Karl:** Nein, allein aufgrund ebender Tatsache, dass auch wohl Statistiken über die Zahl der Befragungen vor 2013, weit vor 2013, vorgelegt wurden, musste ich davon ausgehen, dass es wirklich einen längeren Zeitraum umfasst. Und soweit ich selbst erinnere, war die Frage des Befragungswesens, der Effizienz, auch schon vorher Diskussionsthema, zumindest im BND.

**Marian Wendt (CDU/CSU):** Okay.

**Zeuge Albert Karl:** Also, das heißt, es war - - Die Frage „Befragungswesen“ als Instrument zur Gewinnung von aktuellen nachrichtendienstlichen Informationen war wohl schon vorher Thema.

**Marian Wendt (CDU/CSU):** Okay. Gut. - Dann habe ich dazu erst mal keine Fragen zur Auflösung der HBW. Danke. - Ich gebe zurück an die

Vorsitzende, und die erteilt das Wort erneut. - Danke Ihnen.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Gut, dann habe ich noch mal, anknüpfend - - Wir gehen noch mal schnell weg von der HBW. Was Sie dem Kollegen von Notz gerade erzählt haben, das war ja ganz spannend. Sie scheinen im Rahmen Ihrer Position, also im Rahmen der Rechtsaufsicht, für die Selektoren zuständig zu sein. Habe ich das jetzt richtig entnommen Ihren Antworten?

**Zeuge Albert Karl:** Die juristische Prüfung von juristischen Fragen für die Tätigkeit des BND erfolgt im Referat 601, die Rechtsaufsicht.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Und darunter fällt letztlich auch diese Kontrolle dieser Selektoren, und von daher obliegt Ihnen in diesem Falle - oder Ihrem Referat - auch die Rechts- und Fachaufsicht in diesem Zusammenhang?

**Zeuge Albert Karl:** Seit März 2013 ist Referat 603 auch für die technische Aufklärung zuständig im Rahmen der Fach- und Dienstaufsicht. Das bezieht sich allerdings auf die tatsächliche technische Aufklärung, und die rechtliche Würdigung erfolgt im Nachbarreferat.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Habe ich jetzt nicht verstanden. Noch mal: Das Rechtliche beurteilen Sie und - -

**Zeuge Albert Karl:** Nein, das Rechtliche beurteilt Referat 601, rechtliche Fragen.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Und was beurteilen Sie dann? Sie schauen: Passt das in das Auftragsprofil, ja oder nein?

**Zeuge Albert Karl:** Wir sehen: Passt das in das Auftragsprofil? Sind die technischen Maßnahmen berührt? Sind Fragen der Kooperation berührt? Wird mit anderen Behörden zusammengearbeitet? Etc.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Okay. Und das heißt, Sie kriegen das gegenwärtig - - Sie kriegen das vorgelegt, dann gucken Sie: Passt das alles?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Albert Karl:** Ja.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Dann wird das im Nachbarreferat noch mal rechtlich geprüft, und dann spiegeln Sie das zurück zum BND und sagen: Top, die Sache läuft.

**Zeuge Albert Karl:** Genau, so ist der Produktionsprozess. Oder wir stellen dann die Fragen letztendlich auch. Wenn sich im Nachbarreferat dann rechtliche Fragen ergeben, würden wir das als federführendes Referat dann aber an den BND zurückspiegeln. Wir würden die Fragen dann aufgreifen, diskutieren mit den Kolleginnen und Kollegen und geben das dann allerdings unter einer Hand dann zurück.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Okay. Na, das ist ja doch mal ganz spannend. - Dann noch mal daran anknüpfend ebenfalls: Was der Herr von Notz bei Ihnen ansprach, noch mal mit Blick auf diese kleine Fallgestaltung, die Sie hatten: Auftragsprofil BND. BND ist ja ein nationaler Nachrichtendienst. Und ich hatte Sie schon richtig verstanden, dass natürlich auch ein nationaler Nachrichtendienst schauen kann, was auch europäische Nachbarländer „treiben“ - in Anführungszeichen. Also, nehmen wir mal an, man würde jetzt einen französischen Dschihadisten haben, dann würde das unter Umständen auch mit in das Auftragsprofil des BND fallen?

**Zeuge Albert Karl:** Die Aufklärung von europäischen Nachbarn und europäischen Staaten ist nicht Aufklärungsprofil des BND, sehr wohl aber der Phänomenbereich Terrorismus.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Na ja gut, der Terrorismus macht ja nun gerade auch innerhalb der europäischen Grenzen nicht halt.

**Zeuge Albert Karl:** Ja.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Also fällt das dann doch wieder rein - nicht?

**Zeuge Albert Karl:** Ja.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): In Thüringen zum Beispiel! - Heiterkeit)

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** In Thüringen gibt es so was auch, Herr Dr. Hahn, aber mit Sicherheit. Jetzt, wo wir keine V-Leute mehr haben, umso schlimmer. - Also, das heißt, der wird im nationalen Interesse tätig und kann natürlich auch über die nationale Grenze hinweg auch in europäisches Gebiet aufklärungsmäßig eindringen, um zu schauen, wenn beispielsweise da ein Dschihadist - Stichwort „Terror“ - in Frankreich ist. Selbstverständlich geht das dann auch Richtung Frankreich.

**Zeuge Albert Karl:** Aber nicht die Ausforschung von Frankreich, wo der Erkenntnisgewinn über Frankreich ist.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Nein, nein, es geht ja um Erkenntnisse zu dieser einen konkreten Person, diesem Dschihadisten.

**Zeuge Albert Karl:** Ja, einem Dschihadisten.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Und wenn der französischer Staatsangehöriger ist, dann steht ja da das Dschihadist-Sein im Vordergrund -

**Zeuge Albert Karl:** Genau.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** - und nicht, dass er französischer Staatsbürger ist.

**Zeuge Albert Karl:** Ja.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Genauso ist es. - Dann würde ich noch mal - - Dann würde die Kollegin noch mal zur HBW fragen.

**Andrea Lindholz (CDU/CSU):** Ja, da würde ich gerne noch mal einen Schritt zurückgehen, und zwar zur Auflösung sozusagen. Sie haben vorhin gesagt, man hat es auf - - Wie haben Sie es genannt? Effizienzkontrolle, Sie haben eine Effizienzkontrolle gemacht. Oder man hat eine Effizienzkontrolle gemacht. Also, das Projekt HBW lief ja eine ganze Zeit vorher auch schon. Und ich



## Nur zur dienstlichen Verwendung

weiß, dass Sie jetzt dann erst, glaube ich, seit 2013 dann -

**Zeuge Albert Karl:** August, ja.

**Andrea Lindholz (CDU/CSU):** - August - damit befasst waren. Trotzdem, wenn man so den Auflösungsprozess mitbekommt, dann kann man doch vielleicht auch ein Stück weit in die Vergangenheit schauen. Gab es da in der Vergangenheit keine Kontrollmechanismen? Und wo hat man jetzt genau festgestellt, dass sich das jetzt nicht mehr lohnt im Vergleich zu früher und man es jetzt auflöst?

Weil ich mir denke, da sind doch eigentlich auch vielleicht sogar wichtige Erkenntnisse bei den Befragungen auch für die Sicherheit rausgekommen. Und ich stelle mir jetzt die Frage: Warum hat man das denn dann überhaupt über so einen langen Zeitraum gemacht, wenn es doch nicht so wertvoll war? Und zum anderen: Lässt man diese Erkenntnisse jetzt sozusagen verfallen? Schaut man jetzt nicht mehr danach, wie man möglicherweise an die Informationen drankommt, die ja auch für uns durchaus wichtig sein können?

**Zeuge Albert Karl:** Letztendlich ist die Gewinnung nachrichtendienstlicher Erkenntnisse oder Informationen immer in gewisser Weise auch einer Effizienzkontrolle unterworfen, weil die Informationen, die von den beschaffenden Stellen beschafft werden, letztendlich auch durch den Auswerter bewertet werden. Das ist ein Sachverhalt, der ständig läuft. Ab wann konkret die Effizienzkontrolle der HBW eingesetzt hat, welche Kriterien und Maßstäbe dann letztendlich dafür herangezogen wurden, ist mir nicht bekannt. Ich kann nur eben den Zeitraum überblicken bzw. die Berichterstattung, die mir im Rahmen meiner Zuständigkeit dann zugänglich gemacht wurde.

**Andrea Lindholz (CDU/CSU):** Also, Sie können gar nichts dazu sagen, ob vorher schon irgendwann mal solche Überprüfungen stattgefunden haben oder Kontrollen.

**Zeuge Albert Karl:** Konkret nicht. Wie ich Ihrem Kollegen geantwortet habe, war allerdings so die

Frage „Wertung Befragungswesen“ schon seit längerem Diskussionsgegenstand im BND.

**Andrea Lindholz (CDU/CSU):** Okay.

**Zeuge Albert Karl:** Oder ob man die Ressourcen nicht -

**Andrea Lindholz (CDU/CSU):** Anders.

**Zeuge Albert Karl:** - anders einsetzen könnte, um höherwertige Informationen zu bekommen, weil die Ressourcen halt auch nicht unendlich sind.

**Andrea Lindholz (CDU/CSU):** Also, gehen wir jetzt heute zum Beispiel davon aus, dass man effizienter an ähnliche Informationen kommen kann und dieses Instrumentarium auch in anderer Weise nicht mehr benötigt.

**Zeuge Albert Karl:** Ich wurde gerade von Herrn Wolff - -

**Andrea Lindholz (CDU/CSU):** Aber das ist doch relativ allgemein - oder? Also, ich meine, wir haben ja heute schon gehört, dass es angeblich eine Nachfolgeorganisation wie die HBW nicht geben soll. Deswegen kann ich doch die globale Frage stellen, ob man der Meinung ist, dass man diese Erkenntnisse auch auf andere Weise erzielt, ohne dass ich jetzt dann ganz konkret nachfrage, wo und wer und wie.

**RD Philipp Wolff (BK):** Das ist jetzt natürlich dann eher die persönliche Meinung des Zeugen, ob er das für sinnvoll erachtet oder nicht.

**Andrea Lindholz (CDU/CSU):** Ja, das kann man - - Bei so einem Auflösungsprozess, glaube ich, ist es immer eine persönliche Frage, ob ich glaube, dass die Kontrollergebnisse ausreichend sind oder nicht. Es hat immer auch was mit einer persönlichen Wertung zu tun.

**Zeuge Albert Karl:** Ja, gut, aber es hat letztendlich dann auch - -

**Andrea Lindholz (CDU/CSU):** Also, wenn Sie sagen, Sie wollen es nicht bewerten, dann können





## Nur zur dienstlichen Verwendung

Sie natürlich auch sagen: „Ich will es nicht bewerten“, aber - -

**Zeuge Albert Karl:** Ich kann es so nicht bewerten, weil letztendlich es - - Grundsätzlich gibt es ja auch andere Größen und Kriterien, letztendlich Verfügbarkeit von Ressourcen, Geldmitteln usw.

**Andrea Lindholz (CDU/CSU):** Gut. - Ja, vielleicht noch eine abschließende Frage von mir zu der Befragung durch andere Nachrichtendienste oder generell noch mal zu - - Ich weiß nicht, inwieweit Sie noch Kenntnis haben auch zu der Befragung, wann, wo und wie Asylbewerber befragt worden sind zum einen durch den BND, aber auch durch andere Nachrichtendienste. Hat es immer in den gleichen Räumen stattgefunden? Gab es dafür eine Stelle?

**Zeuge Albert Karl:** Das kann ich Ihnen nicht mit Sicherheit sagen. Das wurde aus den letzten mir vorliegenden Berichten entnehmen [sic!]. Das kann ich Ihnen nicht hundertprozentig beantworten.

**Andrea Lindholz (CDU/CSU):** Zu den Kriterien, die man angesetzt hat, zu diesem Kriterienkatalog und der Frage, welche Kriterien man angewendet hat, ob man das immer sehr einzelfallbezogen gemacht hat oder manchmal auch mehr pauschal: Können Sie mir dazu was sagen?

**Zeuge Albert Karl:** Das generelle Kriterium waren das Bedarfsprofil oder das Auftragsprofil der Bundesregierung bzw. Einzelanfragen, die auch von der Auswertung an die Befrager gestellt wurden, die aber allerdings letztendlich auch nur das Auftragsprofil gespiegelt haben, vorwiegend eben Krisengebiete, Situationen in Krisengebieten, politische, militärische, wirtschaftliche Lage.

**Andrea Lindholz (CDU/CSU):** Und war das dann im Hinblick auf die Personen, die man ausgesucht hat, wo man gesagt hat: „Ja, diese oder jene Person will ich dann doch mal seitens des BND befragen“, sodass man das, ich sage mal, auf den Einzelfall bezogen gesehen hat? Oder hieß es da vielleicht auch mal: „Wir nehmen jetzt eine bestimmte Gruppe, und die befragen wir jetzt grundsätzlich“?

**Zeuge Albert Karl:** Ich denke, dass der BND vom BAMF Vorinformationen zu - meinetwegen - dem Beruf von potenziell zu Befragenden erhalten hat und daran, anhand dieser Kriterien, eine gewisse Auswahl getroffen hat, also auf den Einzelfall bezogen.

**Andrea Lindholz (CDU/CSU):** Gut. - Und die Mitarbeiter des BND - ich weiß nicht, ob das heute jetzt schon mal gefragt worden ist -, als was haben die sich denn ausgegeben? Als Mitarbeiter der HBW oder als Mitarbeiter welcher Stelle? Ich habe heute Morgen schon mal an die Frau Leister-Rocca, die es natürlich nicht beantworten konnte, die Frage gestellt. Ich stelle mir jetzt immer vor, ich bin der Asylbewerber, werde erst vom BAMF befragt, und dann wendet sich irgendwann mal irgendwer irgendwie an mich. Wie kann ich mir denn das vorstellen? Wie läuft denn so was ab?

**Zeuge Albert Karl:** Wie das genau abläuft oder abgelaufen ist, kann ich Ihnen nicht sagen. Mir ist nur bekannt, dass die Befragungen unter „Hauptstelle für Befragungswesen“ durchgeführt wurden, dass diejenigen, die die Befragten befragt haben, über Ausweise der Hauptstelle für Befragungswesen verfügt haben.

**Andrea Lindholz (CDU/CSU):** Können Sie was dazu sagen, wie die sich vorgestellt haben bei den Asylbewerbern?

**Zeuge Albert Karl:** Nein, kann ich nicht. Ich weiß nicht, wie sich die einzelnen Befrager konkret vorgestellt haben.

**Andrea Lindholz (CDU/CSU):** Und was man da - -

**Zeuge Albert Karl:** Aber es wurde die Legende „HBW“ offenbar verwendet - und nicht „Nachrichtendienst“ oder „Bundesnachrichtendienst“.

**Andrea Lindholz (CDU/CSU):** Und wissen Sie was darüber, ob man den Asylbewerbern gesagt hat, ob sie Angaben machen müssen oder nicht und wem gegenüber sie was sagen müssen oder nicht?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Albert Karl:** Es wurde dokumentiert, dass die Befragungen stets freiwillig waren.

**Andrea Lindholz (CDU/CSU):** Das ist schriftlich dokumentiert worden? In jedem einzelnen Fall hat der - - Gut. Also, dann gibt es doch darüber eine Dokumentation, dass jeder Asylbewerber - -

**Zeuge Albert Karl:** Es wurde dort dokumentiert, dass die Asylbewerber freiwillig befragt werden und dass sie volljährig sein müssen.

(Hans-Christian Ströbele  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-  
NEN): Haben sie das selber  
aufgeschrieben?)

**Andrea Lindholz (CDU/CSU):** Und haben die das in einer Art Protokoll festgehalten, die Befrager? Oder hat der Asylbewerber das unterschrieben, dass er weiß, dass er gerade darüber belehrt worden ist? Oder wie hat man es gemacht?

**Zeuge Albert Karl:** Das kann ich Ihnen im Detail nicht beantworten. Das weiß ich nicht.

**Andrea Lindholz (CDU/CSU):** Gut. Das war es dann auch. - Ja, also, wenn wir noch Zeit haben, kannst du noch nachhaken.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Dann würde ich noch mal nachhaken. - Herr Karl, also, ich habe ja jetzt verstanden, dass Sie als Rechts- und Fachaufsicht an so einem Gespräch nicht teilgenommen haben. Aber es gibt ja diese Protokolle dieser Gespräche. Und wurden Ihnen diese Protokolle vorgelegt als Rechts- und Fachaufsicht?

**Zeuge Albert Karl:** Nein.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Auch nicht. Also, die haben Sie noch nie gesehen.

**Zeuge Albert Karl:** Nein.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Das hat der BND angefertigt, und jetzt gehen Sie davon aus, dass es da ein Kreuzchen oder ein Kästchen gibt - „freiwillig“, „volljährig“ -, das dann da war usw.

**Zeuge Albert Karl:** Ja, davon musste ich ausgehen. Ja.

(Dr. André Hahn (DIE  
LINKE): „Musste ich  
ausgehen“!)

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Gut. Aber gesehen haben Sie das noch nicht.

**Zeuge Albert Karl:** Nein, nicht dann.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Okay. - Und bei dieser integrierten Befragung sind Sie ja derjenige gewesen, der dann angeordnet hat, man soll das - weiß ich nicht - sich genauer ansehen, wer das ist usw. usf. Welche Fälle waren Ihnen denn da bekannt, wo diese integrierte Befragung ja letztlich nicht gelungen war?

**Zeuge Albert Karl:** Mir waren keine konkreten Fälle bekannt. Mir waren keine konkreten Einzelfälle bekannt, sondern lediglich der Bericht des BND.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Ja, aber dann haben Sie ja trotzdem Weisungen gegeben zu dieser integrierten Befragung. Sie müssen ja irgendeinen Anlass gehabt haben.

**Zeuge Albert Karl:** Weil - - Der Anlass waren die bereits geschilderten Umstände: Legende des BND, Tarnausweise des BND. Und deshalb war es zwingend erforderlich - - Und damit auch Informationserhebung in Deutschland durch ausländische Staaten. Und es war Grund dafür, zu sagen: Es muss bei den Befragungen zwingend auch ein Angehöriger des BND mit dabei sein.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Und das waren also rechtliche Gründe, die Sie bewogen haben, das so anzuweisen. Und das haben Sie in Ihrem Referat entschieden oder gespiegelt in dem Referat, wo da ein Jurist saß, wo Sie da noch mal nachgefragt haben: „Wie sieht das aus? Passt das so?“?

**Zeuge Albert Karl:** In dem Fall war das einfach auch eine Entscheidung allein von den Rahmen-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

bedingungen her. Eine Prüfung durch das Nachbarreferat hat nicht stattgefunden. Es wurde mit meinen Vorgesetzten erörtert.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Okay. - Wissen Sie, wie die Partnerdienste dann darauf reagiert haben?

**Zeuge Albert Karl:** Nein, ist mir nicht erinnerlich im Konkreten.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Der BND hat auch nicht noch mal - - Sie hatten nicht nachgefragt; der hat das nicht noch mal rückgekoppelt. Ich meine, das scheint ja dann schon eine wesentliche Änderung unter Umständen zu sein. Ich war heute Morgen nicht da. Ich weiß nicht, ob das Einzelfälle waren, ob das oft vorgekommen ist. Das lässt sich jetzt Ihrem Bericht auch nicht entnehmen.

**Zeuge Albert Karl:** Also, mir ist nur erinnerlich, dass die Partner informiert worden sind. Aber mir wurden keine - wie soll ich sagen? - Informationen zur Kenntnis gebracht, die von uns aus irgendeine Reaktion - - Also, es war nicht hinreichend auffällig, um uns darüber zu informieren oder zu remonstrieren oder wie auch immer.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Okay. Aber Sie haben das jetzt nicht zum Anlass genommen, noch mal eine hausinterne Weisung zu schreiben, noch mal zu erklären: -

**Zeuge Albert Karl:** Nein, nein.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** - Wer muss dabei sein? Worauf muss geachtet werden? Welche Belehrung? Das lief alles so weiter. Der einzige Satz war das, was Sie in dieser ... (akustisch unverständlich) hatten.

**Zeuge Albert Karl:** Genau, genau. Das war der Auslöser dafür.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Na ja, gut. - Dann, Herr Vorsitzender, sind wir durch.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ganz herzlichen Dank. - Dann kommen wir zur Fraktion

von Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege von Notz. - Nein, Herr Kollege Ströbele.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja. - Herr Karl, haben Sie sich mal damit beschäftigt, ob es für das Alleinlassen von Mitarbeitern von US-Geheimdiensten bei den Befragungen in Deutschland von Asylbewerbern eine rechtliche Grundlage gibt? Ist da eine vorstellbar? Also, ich habe auch mal ins BND-Gesetz geguckt: Da steht eigentlich nicht drin, dass man bestimmte Aufgaben in Deutschland auch ausländischen Partnerorganisationen überlassen soll oder darf.

**Zeuge Albert Karl:** Nein, ich habe mich nach der Weisung, dem, was ich vom BND bekommen habe, nicht gesondert damit auseinandergesetzt.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Haben Sie sich nicht?

**Zeuge Albert Karl:** Nein.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Aber es ist doch wichtig, also: Ist da was Rechtswidriges passiert oder nicht? Oder war das nur, weil die jetzt nicht mehr genug Leute haben oder so?

**Zeuge Albert Karl:** Die Befragungen bzw. das Mittel zur Gewinnung von Informationen ist auf Grundlage des BND-Gesetzes erfolgt. Auch die - -

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, wo steht denn da im BND-Gesetz was drin?

**Zeuge Albert Karl:** In § 1 Absatz 2: Zur Gewinnung von Informationen „über das Ausland, die von außen- und sicherheitspolitischer Bedeutung ... sind ...“. Und die Übermittlung der Informationen an den ausländischen Partner findet ihre Rechtsgrundlage in § 9 BND-Gesetz.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, aber dass jetzt ein ausländischer Dienst in Deutschland Aufgaben des Bundesnachrichtendienstes übernimmt: Steht da nicht, dass das zulässig ist.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Albert Karl:** Nein, nein.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Steht da nicht.

**Zeuge Albert Karl:** Nein.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, also war es rechtswidrig. Haben Sie dann - - War es rechtswidrig?

**Zeuge Albert Karl:** Das kann ich so nicht beantworten.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie nicht? Ja, wenn es keine Rechtsgrundlage gibt im BND-Gesetz, wo war die dann?

**Zeuge Albert Karl:** Die Befragungen durch ausländische Dienste sind zumindest fachlich und organisatorisch durch den BND begleitet worden, -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, wenn keiner dabei war.

**Zeuge Albert Karl:** - zumindest, soweit ich den Berichten entnehme, vor- und nachbereitet worden.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vor- und nachbereitet.

**Zeuge Albert Karl:** Ja.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber die waren da alleine und haben das alleine gemacht. Das halten Sie für gedeckt vom BND-Gesetz?

**Zeuge Albert Karl:** Davon musste ich ausgehen, ja, -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha.

**Zeuge Albert Karl:** - dass die Befragung in der Konstruktion so, wie sie angelegt war, rechtmäßig war.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dass sie rechtmäßig war. Und haben Sie das damals geprüft und kamen zu dem Ergebnis, oder war Ihnen das egal?

**Zeuge Albert Karl:** Nein, deshalb gab es ja auch die Weisung vom 25. November, um ganz - -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil das rechtswidrig war, deshalb haben Sie die Weisung gemacht, das zu lassen.

**Zeuge Albert Karl:** Für mich in der Auslösung waren sofort die geschilderten Umstände der Auslöser dafür.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha, also nicht die Rechtswidrigkeit?

**Zeuge Albert Karl:** Das war nicht der Auslöser für meine konkrete Entscheidung.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie hielten es ja für rechtmäßig. Das sagen Sie hier allen Ernstes. Sie als immer noch im Amt befindlicher aufsichtsführender Mitarbeiter des Bundeskanzleramts - ja?

**Zeuge Albert Karl:** Ich habe mich nicht mit der rechtlichen Prüfung befasst.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie nicht. Muss man das nicht, wenn man von so was hört?

**Zeuge Albert Karl:** Für mich war es in dem Fall nicht erforderlich. Deshalb habe ich die Weisung so aufgrund der Rahmenbedingungen erteilt.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eine ganz andere Frage: Sie waren auch mit der Beantwortung von Parlamentsanfragen befasst.

**Zeuge Albert Karl:** Ja.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Gab es da auch Anfragen, mit denen Sie befasst waren, wo es um die Frage ging, ob Informationen an ausländische Dienste weitergegeben



## Nur zur dienstlichen Verwendung

werden dürfen, die dann zum Einsatz von Drohnen - etwa bei so Aktionen wie „Capture or kill“ - gebraucht werden oder missbraucht werden können? Haben Sie mal mit solchen Fragen zu tun gehabt? Ich hatte mehrere dazu gestellt.

**Zeuge Albert Karl:** Bitte?

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich hatte selber mehrere dazu gestellt. Erinnern Sie sich?

**Zeuge Albert Karl:** Die Frage - - Ich erinnere mich an eine Vielzahl von Anfragen, Herr Abgeordneter, von Ihnen.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

**Zeuge Albert Karl:** Die Frage „Drohnenkrieg“ wurde federführend in einem anderen Referat behandelt.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Federführend in Ihrem Referat?

**Zeuge Albert Karl:** Nein, in einem anderen Referat: 604.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach so.

**Zeuge Albert Karl:** 604 war dafür zuständig.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie haben sich da auch mit befasst?

**Zeuge Albert Karl:** Ja, aber damit befasst, soweit Themen aus meinem Zuständigkeitsbereich dann da eine Rolle gespielt haben. Aber ich kann mich nicht konkret an eine Teilfrage der Anfragen erinnern, mit der mein Referat befasst war - aber nicht in der Frage „Drohnenkrieg“ per se.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dass Informationen für den Einsatz von Drohnen oder andere Einsätze, für solche Aktionen benutzt oder missbraucht werden können - da waren Sie nicht mit befasst?

**Zeuge Albert Karl:** Der Themenbereich „Übermittlung von Informationen zum potenziellen Zweck Drohnenkrieg“ ist nicht Zuständigkeitsbereich von 603.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. Das war ein anderes Referat.

**Zeuge Albert Karl:** Ja.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. Da müssen wir dann - - Welches Referat war das?

**Zeuge Albert Karl:** 604.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 604. Die waren jetzt für Drohneinsätze - -

**Zeuge Albert Karl:** Ja.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Fragen danach. Okay. Da müssen wir vielleicht da mal der Frage nachgehen. - Letzte Frage zu dem, was der Kollege von Notz Sie ja auch schon gefragt hat: zu den Selektoren. Im Jahr 2013 - so habe ich Sie verstanden - waren Sie für Selektoren zuständig.

**Zeuge Albert Karl:** Am 5. August 2013 habe ich das Referat 603 übernommen -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

**Zeuge Albert Karl:** - und damit auch die Zuständigkeit für allgemein technische Aufklärung.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Ist Ihnen da mal das Problem untergekommen, dass Selektoren - Sie haben ja vorhin mit dem Kollegen schon zum Inhalt von Selektoren eine Befragung gehabt - benutzt worden sind, die befreundete Partnerländer in Europa betreffen? Waren Sie da mal mit befasst?

**Zeuge Albert Karl:** Nein, nein. Mein heutiger Kenntnisstand, der sich dazu ergibt, war erst weit



## Nur zur dienstlichen Verwendung

nach 2013 über die Verwendung von Selektoren, -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hatte ich ja nicht gefragt.

**Zeuge Albert Karl:** - die europäische Partner betreffen.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hatte ich nicht gefragt, sondern ob überhaupt der heutige Kenntnisstand - - Heute wissen wir alle mehr.

**Zeuge Albert Karl:** Nein, ich war damals nicht befasst damit.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nie?

**Zeuge Albert Karl:** Nein.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie nie was von gehört, dass es da ein Problem geben könnte oder so was?

**Zeuge Albert Karl:** Nein.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auch nicht im Oktober?

**Zeuge Albert Karl:** Im Oktober - -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 2013.

**Zeuge Albert Karl:** Nein. Nein.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer war denn mit so einer Frage beschäftigt, wenn es darum ging, um solche Selektoren, in Ihrem - - im Bundeskanzleramt damals?

**Zeuge Albert Karl:** Grundsätzlich die Abteilung 6.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 6.

**Zeuge Albert Karl:** Ja.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und?

**Zeuge Albert Karl:** Aber ich persönlich nicht.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach so. Andere. Können Sie die noch sagen? Also, die Namen, oder Abkürzungen gibt es da, glaube ich, nicht im Kanzleramt.

**Zeuge Albert Karl:** Ich gehe davon aus, dass der Abteilungsleiter 6 informiert war.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Abteilungsleiter.

**Zeuge Albert Karl:** Ja. Aber ich weiß nicht konkret, welche Personen informiert waren.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Chef des Kanzleramts damals?

**Zeuge Albert Karl:** Das kann ich nicht sagen, Herr Abgeordneter. Ich kann nur ausschließen, dass ich im Oktober 2013 darüber informiert war.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das können Sie ausschließen?

**Zeuge Albert Karl:** Ja.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Danke.

(Dr. Konstantin von Notz  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben wir noch  
Zeit?)

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Wenn es eine Frage ist, aber jetzt eine echte, dann geht das noch. Sonst nächste Runde.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was heißt „eine echte“?

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ja, nicht eine, die in mehreren Nachfragen sich ausdifferenziert, dann zwar unheimlich viele Erkenntnisse



## Nur zur dienstlichen Verwendung

dadurch vielleicht bringt, aber die Zeit in Anspruch nimmt.

(Christian Flisek (SPD):  
Ohne Anerkennung einer  
Zeit!)

- Ohne Anerkennung einer Zeit.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie in dieser Zeit, in der Sie diese Sache da übernommen haben, Selektoren, am 5. August 2013 - schlechtes Timing, darf ich mal sagen -, da mit Herrn Heiß über diese Problematik auch gesprochen?

**Zeuge Albert Karl:** Nein.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Zwischen Ihnen war das kein Thema?

**Zeuge Albert Karl:** Nein.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mit wem - letzte Frage - haben Sie denn darüber gesprochen?

**Zeuge Albert Karl:** Mit niemandem.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha.

**Zeuge Albert Karl:** Es gab keinen Anlass.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es gab keinen Anlass?

**Zeuge Albert Karl:** Nein, damals war ich mit der Selektorenfrage nicht befasst.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, ab August 2013.

**Zeuge Albert Karl:** Ab August 2013, erinnere ich mich sehr gut, war der Hauptbestandteil meiner Aufgabe Bearbeitung parlamentarischer Anfragen.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da frage ich gleich nach.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** So, das war die eine Frage. - Wer zuckt von der SPD, wer möchte? - Herr Kollege Flisek.

**Christian Flisek** (SPD): Herr Karl, jetzt noch mal zum Thema HBW. Wie muss ich mir das beim Kanzleramt dann vorstellen in Ihrem Referat oder in der Abteilung, Unterabteilung, wie auch immer: Gibt es da einen Aktenbestand zur HBW? Also, wenn Sie da so eine Weisung machen, eine E-Mail: Haben Sie da einen Aktenbestand zum Komplex HBW? Vielleicht noch von Ihren Vorgängern?

**Zeuge Albert Karl:** Ja. In der Regel gibt es dazu Aktenbestände zu Sachverhalten, ja.

**Christian Flisek** (SPD): Was stand da drin?

**Zeuge Albert Karl:** Das kann ich Ihnen nicht sagen, weil ich den Aktenbestand zur HBW nicht umfänglich kenne. Ich kenne die Berichte des BND, die im Zuge der damals aktuell aufgearbeiteten Presseberichterstattung und parlamentarischen Anfragen zur Verfügung gestellt wurden.

**Christian Flisek** (SPD): Sie wissen, worauf ich hinauswill - nicht? Ich finde das total komisch. Noch mal: So eine Weisung und dann irgendwie - - Man fragt nicht nach; man sichtet den vorhandenen Aktenbestand nicht.

**Zeuge Albert Karl:** Wir haben ja nachgefragt - das sehen Sie ja auch aus der Bezugnahme - und haben uns den aktuellen Sachverhalt schildern lassen. Und ich musste davon ausgehen, dass die Antwort des BND umfassend ist: zur Tätigkeit der HBW, zu der Art und Weise, zur Methodik, zur Informationsgewinnung, zu Kooperationen mit den Partnern.

**Christian Flisek** (SPD): Ich frage Sie jetzt mal wirklich ketzerisch: Glauben Sie, dass so eine Art der Kontrolle ausreichend ist? Ohne dass ich jetzt einen persönlichen Vorwurf machen will. Ich frage jetzt in Bezug auf die Systematik des gesamten Kontrollmechanismus.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Albert Karl:** Der Einzelfall HBW, denke ich, spiegelt nicht den Gesamtkomplex Fach- und Dienstaufsicht wider.

**Christian Flisek (SPD):** Dann können wir auch über Selektoren reden. Das ist richtig.

**Zeuge Albert Karl:** Ja, vielleicht hätte man in dem konkreten Fall auch nachfragen können.

**Christian Flisek (SPD):** Warum tut man das nicht? Aus Zeitgründen?

**Zeuge Albert Karl:** Unter anderem aus Zeitgründen, aus Aktualitätsgründen, aufgrund der Einschätzung, dass die zur Verfügung stehenden Informationen ausreichend sind, aufgrund der Einschätzung und des Grundsatzes, dass an und für sich die Behörde BND ja auch eigene Verantwortlichkeiten, Zuständigkeiten hat, dass im Prinzip Fach- und Dienstaufsicht auch nicht dazu da ist, letztendlich die Behörde zu übernehmen. Aber in dem - - Sie haben Recht, man hätte auch vielleicht nachfragen können.

**Christian Flisek (SPD):** Ja, wie ist da die Philosophie im Kanzleramt? Wann fragt man nach? Wann fragt man nicht nach? Entscheiden Sie das nach eigenem pflichtgemäßem Ermessen?

**Zeuge Albert Karl:** Zunächst als in der Sache zuständiger Referatsleiter für Sachverhalte prüfe ich die Vorgänge, gebe sie gegebenenfalls auch in die Hierarchie, erörtere mit meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, mit meinen Vorgesetzten, orientiere mich auch an den Grundsätzen zur Fach- und Dienstaufsicht, die das BMI erlassen hat, an der Geschäftsordnung der Bundesregierung. Das sind alles so Orientierungspunkte, die auch Einfluss auf die tägliche Arbeit haben.

**Christian Flisek (SPD):** Ihr direkter Vorgesetzter ist in dem Fall der Herr Heiß.

**Zeuge Albert Karl:** Ja.

**Christian Flisek (SPD):** Noch mal: Die Weisung, haben Sie da mit ihm gesprochen? Oder kam die Weisung vom Herrn Heiß: „Erteilen Sie eine Weisung!“? Oder wie lief das?

**Zeuge Albert Karl:** Wie der konkrete Weg war, ist mir nicht mehr erinnerlich. Aber ich erinnere, dass ich mit Herrn Heiß darüber gesprochen habe. Über derartige Weisungen wird der Abteilungsleiter informiert.

**Christian Flisek (SPD):** Wissen Sie, ob der Abteilungsleiter das dann noch weiter hochträgt?

**Zeuge Albert Karl:** Das weiß ich nicht.

**Christian Flisek (SPD):** Welche Erfahrung haben Sie überhaupt mit Ihrer Arbeit im Bundeskanzleramt zu der Frage, wie eng die politische Leitung des Kanzleramtes in die Koordinierung der Dienste eingebunden ist?

**Zeuge Albert Karl:** Das weiß ich nicht. Das kann ich - -

**Christian Flisek (SPD):** Da wissen Sie gar nichts zu?

**Zeuge Albert Karl:** Das ist auch nicht Gegenstand des - - ist auch nicht Untersuchungsgegenstand, soweit ich jetzt weiß.

**Christian Flisek (SPD):** Oh, doch, doch. Das ist schon Untersuchungsgegenstand. Natürlich.

**Zeuge Albert Karl:** Wir schreiben auch Vorlagen an die Hausleitung natürlich dazu.

**Christian Flisek (SPD):** An die Hausleitung heißt: an den Chef BK?

**Zeuge Albert Karl:** Ja. In Einzelfällen.

**Christian Flisek (SPD):** Wenn Ihnen Ihr Vorgesetzter das sagt, dann schreiben Sie direkt - -

**Zeuge Albert Karl:** Oder wenn ich es vorschlage.

**Christian Flisek (SPD):** Oder wenn Sie es vorschlagen.

**Zeuge Albert Karl:** Ja.





## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Christian Flisek (SPD):** Sie schlagen es dann aber dem Herrn Heiß vor, und der ist dann damit einverstanden. Und dann können Sie eine Vorlage direkt an den Chef BK - -

**Zeuge Albert Karl:** Beziehungsweise ich fertige schon die Vorlage aus.

**Christian Flisek (SPD):** Wie oft kommt das vor?

**Zeuge Albert Karl:** Das kann ich Ihnen nicht sagen.

**Christian Flisek (SPD):** Was sind das für Themen? Sind das noch schwierigere Themen als das, was wir jetzt hier so erörtern?

**Zeuge Albert Karl:** Nein, das sind Themen, die relevant sind, die möglicherweise politisch relevant sind.

**Christian Flisek (SPD):** Sie können das vorschlagen?

**Zeuge Albert Karl:** Ja, aus meinem Zuständigkeitsbereich.

**Christian Flisek (SPD):** Jetzt mal abstrakt gesprochen: Wann sagen Sie als Referatsleiter in Ihrem Bereich - ohne jetzt einen konkreten Fall zu nennen -: „Ich schlage jetzt dem Herrn Heiß vor: Hier will ich eine Vorlage an den Chef BK schreiben“?

**Zeuge Albert Karl:** Ein Beispiel wäre, wenn es die Zusammenarbeit mit anderen Ressorts betrifft, wenn es politisch wichtig - - Es kann keine allgemeine Definition dafür, die den BND betrifft als Gesamtbehörde - -

**Christian Flisek (SPD):** Gibt es denn umgekehrt eine Vorgabe vom Chef BK, die da heißt: „Darüber will ich Bescheid wissen, wenn so was vorliegt“? Kriterien, Richtlinien, Regeln, an denen man sich orientieren kann?

**Zeuge Albert Karl:** Ist nicht schriftlich dokumentiert, soweit ich weiß.

**Christian Flisek (SPD):** Welche Rolle spielt denn der Herr Fritsche in dem Ganzen? Der ist ja sozusagen da noch mal so dazwischengeschoben.

**Zeuge Albert Karl:** Der Herr Fritsche ist der Staatssekretär und Beauftragte für den Nachrichtendienst des Bundes, der im Prinzip auch der Hauptadressat dann auch der Vorlagen ist.

**Christian Flisek (SPD):** Der?

**Zeuge Albert Karl:** Hauptadressat der Vorlagen. Der Staatssekretär Fritsche wird umfänglich unterrichtet.

**Christian Flisek (SPD):** Und er entscheidet dann noch mal, was gegebenenfalls weitergeht an den Chef BK?

**Zeuge Albert Karl:** Unter Umständen macht er das im Einzelfall.

**Christian Flisek (SPD):** Jetzt mal ganz praktisch gesprochen, jetzt so letztes Jahr: Wie oft haben Sie unmittelbar an den Chef BK - - Oder ist das eher so, dass Sie direkt an Herrn Fritsche berichten?

**Zeuge Albert Karl:** Zunächst berichte ich direkt an Herrn Fritsche.

(Dr. André Hahn (DIE  
LINKE): Nicht an  
Herrn Heiß?)

**Christian Flisek (SPD):** In Abstimmung mit Herrn Heiß, so habe ich das schon verstanden.

**Zeuge Albert Karl:** Ja, die Hierarchie sieht ja vor, über den - -

**Christian Flisek (SPD):** Nein, das habe ich schon richtig verstanden. - Ist der Herr Fritsche so was wie eine Firewall? Ich frage mal so. Ist ja neu geschaffen worden, die Funktion - nicht? -, um sozusagen den politischen Leitungsstab schön zu trennen.

**Zeuge Albert Karl:** Die Frage kann ich nicht beantworten, Herr Abgeordneter.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Christian Flisek (SPD):** Müssen Sie auch nicht. Da mache ich Ihnen noch nicht mal einen Vorwurf, dass Sie das nicht beantworten. Aber so ein bisschen der Eindruck bleibt.

Noch mal zurück zu der Befragung. Ich stelle mir jetzt mal die Frage - der Kollege Ströbele hat das gerade so ein bisschen noch mal angesprochen mit der Rechtsgrundlage -: Wenn im Hoheitsbereich der Bundesrepublik Deutschland, ich sage mal, Grundrechtseingriffe stattfinden, jetzt kann man sich die Frage stellen: Welcher Qualität ist jetzt ein Grundrechtseingriff bei einer Datenerhebung gegenüber Asylbewerbern und Flüchtlingen?

Aber mal grundsätzlich. Ich sage jetzt mal einen Grund - - Also, es wird auf jeden Fall hoheitliche Tätigkeit ausgeübt. Hängen wir es vielleicht gar nicht so hoch wie einen Grundrechtseingriff. Wir bezeichnen das mal als Ausübung hoheitlicher Tätigkeit im Bereich der Bundesrepublik Deutschland. Und jetzt erfahren Sie, dass offensichtlich in der Vergangenheit in diesem Hoheitsbereich eine solche Tätigkeit ausgeübt worden ist durch Ausländer, und zwar ohne dass irgendwie unmittelbar eine Kontrollmöglichkeit deutscher Beamter gegeben war. Das war ja sozusagen auch der Grund für Ihre Weisung. Wie würden Sie das rechtlich bewerten, dass es so überhaupt diesen Zustand gab? Würden Sie das mit einem Rechtswidrigkeitsverdikt versehen? Würden Sie sagen: Das ist - - Oder würden Sie sagen: „Das ist einfach nicht - - Das ist geringer; das ist nicht opportun oder so“? Oder würden Sie sagen: „Eigentlich geht das gar nicht“?

Also, ich sage mal: Leute, die auf der Payroll der USA stehen, im weitesten Sinne jetzt mal, und auch in einen anderen Pflichtenkreis in Bezug auf ihre Anstellung und Ernennung eingebunden sind, als dies bei typischen Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes der Fall ist, bei Beamten, so wie wir das kennen, die aber dann im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik hoheitliche Tätigkeit ausüben: Wie bewerten Sie das?

**Zeuge Albert Karl:** Sie haben in Anlehnung an die Tätigkeiten die Praxis der HBW in dem Fall konstruiert. Ich müsste tatsächlich hergehen und

das im Einzelfall auch rechtlich prüfen lassen. Weil ich selbst nicht Jurist bin, würde ich das durch einen Juristen prüfen lassen.

**Christian Flisek (SPD):** Ich frage jetzt noch mal einen Schritt weiter: Wie wäre denn das Verhalten desjenigen deutschen Beamten zu beurteilen, der das angewiesen hat oder - fragen wir andersrum - der es sozusagen geduldet hat, dass es diesen Zustand gab, wissentlich, dass es nur durch US-Amerikaner ausgeübt wird? Wie wäre dessen Verhalten zu beurteilen - sei es aktive Anordnung, sei es passive Duldung?

**Zeuge Albert Karl:** Das müsste einer gesonderten Würdigung unterzogen werden.

**Christian Flisek (SPD):** Ich habe das akustisch nicht verstanden, Herr Karl.

**Zeuge Albert Karl:** Das müsste einer gesonderten rechtlichen Prüfung unterzogen werden. Ich könnte Ihnen - -

**Christian Flisek (SPD):** Ich kann das nachvollziehen, wenn Sie sagen: Das ist jetzt komplex, das kann ich jetzt sozusagen mir nicht aus dem Ärmel schütteln.

**Zeuge Albert Karl:** Ja, das ist komplex, und ich kann es nicht aus dem Ärmel schütteln.

**Christian Flisek (SPD):** Jetzt umgekehrt die Frage: Haben Sie keine Veranlassung gehabt, das zu prüfen, angesichts Ihrer Weisung und angesichts wohl der Möglichkeit, dass über einen längeren Zeitraum dieser Zustand so angehalten hat?

**Zeuge Albert Karl:** Mit der Weisung war für mich - -

**Christian Flisek (SPD):** Haben Sie diesen Zustand für die Zukunft abgestellt.

**Zeuge Albert Karl:** Ja.

**Christian Flisek (SPD):** Klar. Da sind wir zusammen. - Aber was ist sozusagen mit der Frage, ob eigentlich das, was ich gerade versucht habe zu beschreiben - - Das ist ja kein Zufall gewesen,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

dass die Amerikaner da irgendwie mehrfach alleine Befragungen durchgeführt haben. Der Punkt war ja der: Wie ist es dazu gekommen? Wer hat dafür die Verantwortlichkeit getragen?

Und wenn ich sage: „Ich will einen Zustand abstellen“, dann mache ich das erst mal ad hoc mit einer Weisung. Aber ich muss ja auch irgendwo sicherstellen, dass sozusagen eventuell ein Denkfehler in den Köpfen der Leute, die solche Entscheidungen treffen, nicht wieder zu neuen weiteren Entscheidungen führt, die ich eventuell dann wieder mit Weisungen abstellen muss. Das kann ja alles ganz unangenehm werden.

**Zeuge Albert Karl:** Natürlich. Die - - Oder meine seinerzeitige Weisung bezog sich ja auf die aktuellen Umstände und war Teil eines Prozesses, der letztendlich stattgefunden hat. Ich habe das dann nicht mehr weiterverfolgt.

**Christian Flisek (SPD):** Haben Sie es nicht mehr weiter verfolgt, oder hat man Ihnen das gesagt: „Herr Karl, verfolgen Sie das nicht weiter; das interessiert uns nicht“?

**Zeuge Albert Karl:** Diese Anweisung habe ich nicht bekommen. Das kann ich nicht - -

**Christian Flisek (SPD):** Haben Sie da in diesem Kontext eine Weisung bekommen, da mal jetzt irgendwie kurzen Prozess zu machen und zu sagen - -

**Zeuge Albert Karl:** Nein.

**Christian Flisek (SPD):** Das haben Sie allein entschieden, wie mit diesem Fall umzugehen ist?

**Zeuge Albert Karl:** Ich habe diese Weisung herausgegeben, dass zukünftig -

**Christian Flisek (SPD):** Ja, Herr Karl - -

**Zeuge Albert Karl:** - Mitarbeiter des BND dabei sein müssen, und habe das auch mit der Abteilungsleitung erörtert. Das ist nicht alleine - -

**Christian Flisek (SPD):** Jetzt frage ich mal ganz offen an Sie gerichtet: Das, was ich hier gerade

sozusagen ausbreite, dass man eventuell noch mal zurückschaut, wer hat das zu verantworten, halten Sie das für an den Haaren herbeigezogen, -

**Zeuge Albert Karl:** Nein.

**Christian Flisek (SPD):** - dass man diese Frage stellt?

**Zeuge Albert Karl:** Nein, das halte ich nicht für an den Haaren herbeigezogen.

(Dr. André Hahn  
(DIE LINKE):  
Disziplinarverfahren!)

**Christian Flisek (SPD):** - Na, ich würde jetzt gar nicht mit der - - Aber dass man zumindest mal fragt, prüft - ja? Man muss ja jetzt nicht gleich mit der dicken Keule kommen. Ich meine, ein gewisses kollegiales Verhältnis - davon gehe ich auch aus - besteht im Verhältnis zwischen Kanzleramt und BND, insbesondere weil es ja auch Personalwechsel gibt.

**Zeuge Albert Karl:** Aber das hat - - Das ist nicht - - hat ja darauf keinen Einfluss. Für mich zählen nur die Informationen.

**Christian Flisek (SPD):** Ja, lassen Sie jetzt mal meinen letzten Satz weg. Aber wenn Sie sagen, das ist nicht an den Haaren herbeigezogen, dass man - - Wenn Sie mir jetzt eine plausible Antwort einfach noch mal geben, warum man das dann jetzt hier nicht tut. Ist das wirklich - - Sind das Kapazitätsprobleme? Wir stehen vor einer Reform der Geheimdienstkontrolle. Das wissen Sie ja auch. Ich meine, dieses Parlament muss sich die Frage stellen, wie unsere Kontrolle in diesem Hause funktioniert. Und natürlich stellen wir uns auch die Frage grundsätzlich: Wie funktioniert die Aufsicht?

**Zeuge Albert Karl:** Ja, natürlich fragt die Fach- und Dienstaufsicht nach, wenn Anlass gegeben wird, nachzufragen. Es wäre in dem Fall isoliert für sich Anlass gewesen, nachzufragen. Aber es war Gegenstand eines sich bereits ausbreitenden Prozesses gewesen - der letztendlich dann zur



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Schließung der HBW führte. In einem anderen Fall würde nachgefragt werden.

**Christian Flisek (SPD):** Aber von dem Sie zu dem Zeitpunkt der Weisung nicht gewusst haben, dass der kommen wird?

**Zeuge Albert Karl:** Nein, zu dem Zeitpunkt der Weisung wusste ich es eben nicht. Aber für mich war - -

**Christian Flisek (SPD):** Verstehen Sie, da habe ich jetzt so ein bisschen logischen Widerspruch, -

**Zeuge Albert Karl:** Ja, ich weiß.

**Christian Flisek (SPD):** - dass da nicht eine E-Mail zumindest existiert an den Herrn Heiß oder dass Sie mir jetzt sagen: Da habe ich mit dem Herrn Heiß ein Gespräch geführt: „Müssen wir da tiefer reingehen?“, und dann kam irgendwie der Herr Heiß und hat gesagt: „Kommen Sie, Herr Karl, ich habe irgendwie die Glocken läuten gehört; in zwei Wochen ist die Bude dicht oder in zwei Monaten.“ - Irgendwie so. Das wäre jetzt für mich plausibel. Aber dazu höre ich nichts, weil Sie ja auch hier die Wahrheit sagen. Offensichtlich gibt es dazu auch nichts. Und das stellt halt Fragen - - Also, da gibt es Fragen bei mir, warum das so ist.

**Zeuge Albert Karl:** Ich kann Ihnen nur vielleicht ja auch die persönliche Situation schildern, dass einfach damals eine erhebliche Anzahl von parlamentarischen Anfragen - - dass wir diesen Fall HBW hatten usw. Und für mich war es evident, diesen erkennbaren Mangel zunächst abzustellen. Und dann hat sich eben der Prozess entwickelt, und es wurde zu dem Punkt nicht mehr weiter nachgefragt.

**Christian Flisek (SPD):** Okay.

**Zeuge Albert Karl:** Aber grundsätzlich würde man es tun.

**Christian Flisek (SPD):** Gut, Herr Karl. - Vielen Dank.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ganz herzlichen Dank. Fast eine Punktlandung, um wenige Sekunden. - Dann kommen wir jetzt zur nächsten Runde. Es beginnt die Fraktion Die Linke, Frau Kollegin Renner.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Nein, jetzt mache ich erst mal!)

- Oder Herr Kollege Hahn.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Karl, würden Sie vielleicht noch mal ganz kurz sagen, was denn der Unterschied in der Aufgabenstruktur ist zwischen Herrn Fritsche und Herrn Heiß? Könnten Sie das noch mal - - Was machen die anderes oder Besonderes, jeder in seinem Tätigkeitsfeld?

**Zeuge Albert Karl:** Dürfte ich mich kurz mit Herrn Wolff beraten?

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Was bitte?

**Zeuge Albert Karl:** Darf ich mich kurz mit Herrn Wolff beraten, Herr Vorsitzender?

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ja, klar. Wir halten die Zeit auch an.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Darf ich mal fragen, warum? Ich meine, er muss doch wissen, was seine beiden Vorgesetzten für eine Aufgabe haben.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Einfach, weil er das wünscht.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Ja, er kann einen Rechtsanwalt haben, aber nicht Beratungen mit der Bundesregierung.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Doch.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Wo steht denn das?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Kann er über die Reichweite seiner Aussagegenehmigung jederzeit machen.

(Der Zeuge berät sich mit  
RD Philipp Wolff (BK))

**Zeuge Albert Karl:** Gut. - Also, Staatssekretär Fritsche ist der Beauftragte für die Nachrichtendienste des Bundes. Rein funktional hat der Staatssekretär natürlich auch eine koordinierende Funktion in Richtung der Zusammenarbeit Nachrichtendienste des Bundes, das heißt also, auch mit dem BMI, mit dem BMVg als jeweils vorgesetzte Ressorts des BfVs bzw. des MAD. Die Funktion von Abteilungsleiter 6 konzentriert sich darauf, dass er zum einen der Stellvertreter von Herrn Fritsche ist, und zweitens auf die Leitung und Führung der Abteilung 6 und damit auch im Wesentlichen auf die Fach- und Dienstaufsicht über den Bundesnachrichtendienst.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Nun haben wir ja die Kollegen, die ich gerade genannt habe, auch schon gehört. Und irgendwie habe ich da ein ganz komisches Gefühl. Also, der Geheimdienstbeauftragte ist über wesentliche Dinge nicht informiert, nicht über Listen, nicht über Pannen, nicht über Deutsche, die erfasst werden mit Selektoren. Der Abteilungsleiter ist nicht informiert, kennt von allem nichts, nicht nach oben gemeldet. Der Referatsleiter sagt, Sie sind über bestimmte Dinge gar nicht informiert. Sie waren noch nicht so lange da - trotzdem. Dann haben Sie gesagt, Sie haben keine Zeit gehabt, zu viele parlamentarische Anfragen; vielleicht hätten Sie auch zu wenig nachgefragt, war vorhin so eine Formulierung. Ist das in Ihren Augen - das frage ich Sie jetzt - tatsächlich eine wirksame Dienst- und Fachaufsicht, die da ausgeübt wird über die Dienste und insbesondere jetzt hier über den BND? Würden Sie das als wirksame Fach- und Dienstaufsicht bezeichnen?

**Zeuge Albert Karl:** Herr Abgeordneter, ich kann Ihnen nur sagen zu der Praxis der Ausübung meiner Fach- und Dienstaufsicht, der Praxis, wonach ich mich richte: Das sind die von mir genannten Grundsätze für Fach- und Dienstaufsicht. Und in den konkreten Fällen hat es auch immer damit zu

tun, ob es Anlass gibt, nachzufragen. Anlass dann, wenn der Bundesnachricht- -

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Wenn irgendwas in der Zeitung steht.

**Zeuge Albert Karl:** Ein Anlass, um nachzufragen, sind Berichte des Bundesnachrichtendienstes zum Beispiel.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Oder Zeitungsartikel.

**Zeuge Albert Karl:** Oder Zeitungsartikel, unter Umständen auch Zeitungsartikel. Auch parlamentarische Anfragen.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Ja, kann denn eine Dienstaufsicht so funktionieren, dass Sie warten, dass ein Zeitungsartikel kommt, und dann rufen Sie mal an: „Schreibt mir mal dazu was auf!“, oder es kommt ein Bericht, und da kommt Ihnen irgendwas komisch vor?

**Zeuge Albert Karl:** Nein, Herr Abgeordneter - -

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Muss eine Dienst- und Fachaufsicht nicht auch von sich aus tätig werden?

**Zeuge Albert Karl:** Herr Abgeordneter, das habe ich so nicht gesagt, sondern ich sagte: Es *kann* einer der Anlässe sein. - Generell ist es so, dass wir mit den thematischen Bereichen, für die wir zuständig sind oder bzw. - ich spreche jetzt dann in meinem Fall vom Referat 603 - dass man mit den Bereichen ständig Berichterstattung bekommt. Wir führen Gespräche mit den Abteilungsleitern, sogenannte Jour-fixe-Gespräche, aus denen sich Anlass ergibt für Fragen aus Vorgängen heraus, die der Bundesnachrichtendienst an uns heranträgt, nach unter Umständen - -

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Also Sie haben Ihr Referat immer vollkommen im Griff gehabt?

**Zeuge Albert Karl:** Bitte?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Sie hatten Ihr Referat da vollkommen im Griff, keine Schwierigkeiten, keine Probleme?

**Zeuge Albert Karl:** Ja.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Aha. Gut. Keine Probleme mit Selektoren, hat es nie gegeben?

**Zeuge Albert Karl:** Ich habe mein Referat immer im Griff gehabt.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Könnten Sie noch mal erklären, wie das stattfindet, diese Kontrolle der Selektoren? Sie haben vorhin gesagt, für die juristische Prüfung wäre jemand anderes zuständig.

**Zeuge Albert Karl:** Ja.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Das hören wir ja auch immer wieder. Aber Sie seien dafür zuständig gewesen, zu prüfen, ob es dem Auftragsprofil des BND oder Auftragsprofil der Bundesregierung für den BND entspricht. Können Sie noch mal sagen, wie Sie das - - wie das abläuft? Ich habe das noch nicht ganz verstanden. Wird Ihnen da jeder einzelne Selektor vorgelegt? Nehmen Sie nur jeden tausendsten und gucken mal, ob das stimmt, oder jeden fünfhundertsten oder - -

**Zeuge Albert Karl:** Nein, das wird uns nicht vorgelegt.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Sondern? Wie prüfen Sie denn das dann, ob die Selektoren dem Auftragsprofil entsprechen, wenn sie Ihnen gar nicht vorgelegt werden?

**Zeuge Albert Karl:** Unsere Kontrolle bezieht sich in der aktiven Tätigkeit des BND - in der Vergangenheit - nicht auf die Prüfung einzelner Selektoren. Wie das in Zukunft ausgestaltet wird, ist nicht Gegenstand des Untersuchungsausschusses.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Was haben Sie dann denn geprüft, ob das, was der BND steuert - - Wie haben Sie das geprüft, ob das dem Auftragsprofil entsprach?

**Zeuge Albert Karl:** Ich habe - -

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Haben Sie gefragt: „Macht ihr das alles ordentlich?“, und wenn die gesagt haben: „Ja“ - -

**Zeuge Albert Karl:** Ich hatte zum Zeitpunkt der Übernahme des Referats keinen Ansatzpunkt, um nachzufragen.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Sie haben doch vorhin gesagt, Sie sind für die Prüfung zuständig, ob das dem Auftragsprofil entspricht. Und ich frage Sie: Wie haben Sie das geprüft? - Und jetzt sagen Sie mir: Ich hatte keinen Anlass. - Also haben Sie es nicht geprüft?

**Zeuge Albert Karl:** Zum damaligen Zeitpunkt nein.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Dann haben Sie vorhin gesagt, oder die Frage war gestellt worden nach der kurzfristigen Auftragssteuerung. Wie sah denn das praktisch aus? Also: Sagt das Bundeskanzleramt: „Frau Merkel fliegt in 14 Tagen nach Paris; sucht uns mal raus, was der Außenminister so gerade in Vorbereitung telefoniert, und stellt das mal rein“? - Läuft das so, -

**Zeuge Albert Karl:** Nein.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** oder wie kann ich mir das praktisch vorstellen?

**Zeuge Albert Karl:** Nein, eine kurzfristige Auftragssteuerung funktioniert zum Beispiel im Fall eines Putsches so, dass die - -

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Ja, den Putsch haben wir vorhin schon gehabt.

**Zeuge Albert Karl:** Ja.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Ich habe jetzt ein anderes Beispiel genannt.

**Zeuge Albert Karl:** Für den Fall des Fluges der Kanzlerin nach Paris würden wir - - Frankreich ist nicht, oder europäische Partner sind nicht Aufklärungsziel des Bundesnachrichtendienstes.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. André Hahn** (DIE LINKE): Sind oder waren?

**Zeuge Albert Karl:** Sehr wohl würden wir zu Themen nachfragen, die aktuell behandelt werden würden, zum Beispiel Terrorismus: Was sind Erkenntnisse zum Terrorismus?

**Dr. André Hahn** (DIE LINKE): Aber ich beschreibe ja das, was in den Medien stand. Sie können das ja im Einzelnen hier nicht weiter ausführen sicherlich. Ich möchte nur wissen, wie Sie reagieren, wenn Sie den Auftrag kriegen, den französischen Außenminister auszuforschen. Sagen Sie dann: „Stopp! Hier ist genau die Grenze überschritten; mache ich nicht“?

**Zeuge Albert Karl:** Ja.

**Dr. André Hahn** (DIE LINKE): Und wie kommt dann so was rein in Listen, wenn es da drinstehen soll?

**Zeuge Albert Karl:** Ich habe Ihre Frage nicht - -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Zum Inhalt der Listen können wir natürlich hier nichts sagen.

**Dr. André Hahn** (DIE LINKE): Nein, nein, ich rede ja - - Das ist ja nur was - -

(Christian Flisek (SPD):  
Es ist ja ein theoretisches  
Beispiel!)

- Richtig.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Auf theoretische Beispiele kann der Zeuge natürlich sehr schwer antworten.

**Dr. André Hahn** (DIE LINKE): Wäre es denn aus Ihrer Sicht zulässig nach dem Auftragsprofil des Bundesnachrichtendienstes, wenn in dem, was dort gesteuert wird oder gesteuert worden ist, eine NATO-Botschaft in einem NATO-Land überwacht wird? Wäre das aus Ihrer Sicht konform mit dem Auftragsprofil der Bundesregierung für den BND?

**Zeuge Albert Karl:** Es ist nicht mit dem Auftragsprofil des Bundesnachrichtendienstes konform, europäische Partner aufzuklären.

(Christian Flisek (SPD):  
Fragen Sie noch mal, ob  
das auch schon vor dem  
Wort der Kanzlerin so war!)

**Dr. André Hahn** (DIE LINKE): Ja, aber die Frage - - Das ist ja klar. War das auch - - Ich kann die Frage ja gerne aufgreifen: Ist das jetzt so, oder war das auch schon so, als Sie das Amt übernommen haben?

**Zeuge Albert Karl:** Das war auch schon so, als ich das Amt übernommen habe.

**Dr. André Hahn** (DIE LINKE): Und was würden Sie sagen, wenn da in den Listen das nicht nur einmal, zweimal, zehnmal, fünfzigmal, hundertmal passiert, sondern noch viel mehr? Was haben Sie denn mit Ihrer Fachaufsicht dort gemacht und mit der Dienstaufsicht?

**Zeuge Albert Karl:** Ich hatte keinen Anlass nachzufragen, mir die Selektorenliste vorlegen zu lassen.

**Dr. André Hahn** (DIE LINKE): Wie soll ich denn das im Umkehrschluss verstehen, wenn Sie keinen Anlass hatten? Solange Sie nicht nachfragen, können die machen, was sie wollen in der Abteilung Aufklärung, oder wie? Ich möchte es gerne begreifen, wie Sie Ihre Aufsicht wahrnehmen, für die Sie dort bezahlt werden im Bundeskanzleramt.

**Zeuge Albert Karl:** Ich nehme meine Aufgabe insofern wahr, als ich im ständigen Kontakt mit dem BND bin, Berichte einfordere und auch anlassunabhängig beim BND nachfrage, wie der BND seine Aufgaben erledigt.

**Dr. André Hahn** (DIE LINKE): Sie fragen nach, und wenn die sagen: „Wir erledigen sie gut und getreu dem Profil“, dann ist das für Sie in Ordnung?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Albert Karl:** Die Antwort „gut“ wäre nicht die Antwort auf die Nachfrage, wie er sie, mit welcher Methodik, mit welchen - -

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Ja, effektiv und erfolgreich.

**Zeuge Albert Karl:** Effektiv, ja.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Ich sehe nicht, wie Sie in Ihrer Aufgabe irgendetwas tun, um herauszubekommen, was der BND wirklich macht. Das ist mein Problem, das ich mit dem habe, was Sie hier darstellen.

**Zeuge Albert Karl:** Ich kann das nur auf meinen Fall beziehen. Und das, was ich tue, bezieht sich auch auf das außerhalb des Zeitraums des Untersuchungsauftrages. Natürlich stellen wir vermehrt Anfragen. Natürlich hinterfragen wir die Tätigkeit des BND, auf welcher Rechtsgrundlage er tätig wird im Einzelfall.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Und dann glauben Sie dem, was Sie da an Antworten kriegen: „Alles auftragsprofilkonform, kein Problem“?

**Zeuge Albert Karl:** Nein. Das wird natürlich dann von Kolleginnen und Kollegen auch aus den Nachbarreferaten auch juristisch - -

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Ich rede nicht über das Nachbarreferat, ich rede über Sie.

**Zeuge Albert Karl:** Das ist auch keine Frage des Glaubens, sondern ob es weiter Grund gibt, nachzuforschen oder, wie in dem Fall, dann erkannte Fehler abzustellen, Weisungen zu erlassen entsprechend.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Wir müssten an der Stelle - -

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Aber nur, wenn irgendeine Panne passiert?

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** An der Stelle - -

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Ich habe eine Frage, um den Komplex vielleicht abzuschließen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ja, klar, kriegen wir hin. Gerne.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Wenn Sie eine Aufgabe neu übernommen haben - weil Sie immer über den Zeitraum sprechen hier -, ist es dann nicht normal, dass man sich mal anguckt: Was ist denn im letzten Jahr gewesen in der Aufsicht? Gab es irgendwelche Probleme, die bei mir wieder landen könnten? - Also, haben Sie das gemacht? Haben Sie mal geguckt, was in dem Jahr davor oder in den Monaten davor beim BND war und was Ihren Bereich berühren könnte? Haben Sie sich da informiert?

**Zeuge Albert Karl:** In Teilen und sukzessive, ja.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Kannten Sie vorhandene Probleme, dass Deutsche erfasst wurden, oder kannten Sie das nicht?

**Zeuge Albert Karl:** Das kannte ich zu dem Zeitpunkt nicht.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Das kannten Sie auch nicht.

**Zeuge Albert Karl:** Nein.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Okay. Ich muss jetzt erst mal - -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. Ganz herzlichen Dank. - Bevor wir zur nächsten Fraktion, der Fraktion der CDU/CSU kommen, müssen wir die Sitzung unterbrechen, weil zwei Fraktionen jetzt Fraktionssitzung haben. Ich kann nicht sagen, wie lange die Unterbrechung dauert, weil ich nicht weiß, wie lange die Fraktionssitzungen dauern. Ich habe so im Gefühl, die werden nicht ewig dauern, weil die Sachverhalte ja schon ohnehin alle auf dem Ticker stehen und schon erklärt sind. Von daher läuft das halt so in der Demokratie, dass wir jetzt das hören können, was die Presse schon verkündet hat. Und deswegen werden wir wahrscheinlich auch in absehbarer Zeit wieder da sein, in einer Stunde. Ich weiß





## Nur zur dienstlichen Verwendung

nicht, ob die Grünen auch eine Fraktionssitzung machen.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Von 17.30 bis 18 Uhr.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Sie haben 17.30 bis 18 Uhr?

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir haben 17.30 Uhr. Da Sie diese Ausführungen gerade machen, möchte ich anmerken, dass das Parlament ja entscheidet, wo das Militär hingeht. Insofern: Es könnte sein, dass es einen Augenblick bei uns dauert, weil wir dann doch nicht direkt -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ja, ist klar.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - an eine Presseerklärung von Frau Merkel uns gebunden sehen. Aber ich würde denken, dass wir um halb sieben hier gut weitermachen können.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ja, vermute ich auch. Eure Fraktionssitzung hatte ich eben zwar abgefragt, hatte ich aber noch keine Info gekriegt. Bei den Linken habe ich auch noch keine Info - da weiß ich es nicht -; aber ich vermute, auch die Fraktion Die Linke wird eine Fraktionssitzung machen.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Wir haben von 17 bis 18 Uhr Fraktionssitzung.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. - Also denke ich mir, wie es der Kollege von Notz gesagt hat, müssten wir ungefähr wieder weitermachen können. Bis dahin ist die Sitzung unterbrochen. - Danke schön.

(Unterbrechung von  
16.47 bis 18.37 Uhr)

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Die 76. Sitzung der 8. Wahlperiode wird fortgesetzt. Wir hatten aufgehört mit den Fragen der Fraktion Die Linke, würden jetzt zu Fragen der Fraktion der

CDU/CSU kommen. - Sie sind auch wieder fit? - Herr Zeuge?

**Zeuge Albert Karl:** Ach! - Ja.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Sie sind der Wichtigste hier.

**Zeuge Albert Karl:** Ja, ich bin fit; noch fit.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Super. Kann es losgehen?

**Zeuge Albert Karl:** Ja, gern.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Dann hat der Kollege Schipanski das Wort.

**Tankred Schipanski** (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Karl, noch einmal - der Kollege Hahn hat das ja gerade ein bisschen schon mit Ihnen erörtert - die Dienst- und Fachaufsicht. Sie hatten ja berichtet, dass Ihr Referat hier für die Dienst- und Fachaufsicht des BND ein ganzes Stück zuständig ist, eingebunden ist. Und vielleicht können Sie uns noch mal erläutern, wie das Ganze vonstattengeht. Gibt es da regelmäßige Leitungsrunden? Gibt es Mitarbeiterbesprechungen? Wie ist das organisiert?

**Zeuge Albert Karl:** Also, grundsätzlich werden wir, wird das Bundeskanzleramt schriftlich unterrichtet. Wenn schriftliche Unterrichtungen, Berichte des BND vorliegen und es gibt Anlass, nachzufragen, dann tun wir das, zum einen schriftlich, stellen die Fragen, die Bezug nehmen auf die Berichte. Bei komplexeren Sachverhalten laden wir zu Besprechungen ein, um uns Dinge erläutern zu lassen. Oder wir machen Kontrollbesuche vor Ort.

Es gibt - - Wenn uns der BND von sich aus unterrichtet, dann ist dieses Verfahren der Nachfrage eigentlich das gängige. Wenn wir aus der Berichterstattung, zum Beispiel, die an Ressorts gehen, Qualitätskontrollen machen, sehen, dass Berichte eventuell nicht zielführend geschrieben sind, dass möglicherweise der Adressat damit wenig umgehen kann, dann machen wir Qualitätskontrolle, machen regelmäßige Besprechungen mit



## Nur zur dienstlichen Verwendung

den Abteilungsleitern, für deren Thema wir fachlich zuständig sind, binden in der Regel auch den Leitungsstab des BND mit ein.

Adressat unserer Nachfragen an den BND ist grundsätzlich der Leitungsstab. Also, wir führen keine direkten Gespräche mit den Fachbereichen, sondern binden nach Möglichkeit immer den Leitungsstab mit ein, sodass auch die Leitung des BND informiert wird über unsere Fragen. Das hat auch für uns den Vorteil, dass wir einen Ansprechpartner haben und dass die Produkte oder die Antworten des BND dann auf unsere Nachfragen auch über den Leitungsstab gehen und dort noch mal gesichtet werden.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Also, das hört sich ja so an, dass das klar organisiert ist: Sie haben eine hierarchische Ordnung; Sie kommunizieren mit dem Leitungsstab. Und es ist einfach gut, dass Sie das noch mal ein Stück herausgearbeitet haben, weil das, glaube ich, in der Runde vorher nicht ganz so deutlich geworden ist, dass also auch regelmäßige Besprechungen stattfinden.

Diese Kontrollbesuche, von denen Sie sprachen: Ist das dann nur in Pullach oder Berlin-Pullach-Berlin oder auch in den Außenstellen?

**Zeuge Albert Karl:** Das ist auch in Außenstellen.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Und wie regelmäßig sind solche Besuche? Kann man das Pi mal Daumen sagen?

**Zeuge Albert Karl:** Nein. Es ist in der Regel anlassbezogen.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Anlassbezogen.

**Zeuge Albert Karl:** Ja.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Wenn so ein Bericht ist, dann gucken Sie noch mal nach, forschen nach. Und im Endeffekt, wenn jetzt Auffälligkeiten sind, um das mal so zu sagen: Sie geben das dann weiter zu Ihrem Abteilungsleiter 6 und dementsprechend - -

**Zeuge Albert Karl:** Da schreiben wir eine entsprechende Vorlage, unterrichten.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Okay. Und kriegen dann von oben noch mal Anweisung, wie sich zu verhalten ist, oder regelmäßige Diskussionsrunden finden noch mal statt.

**Zeuge Albert Karl:** Die Vorgesetzten erwarten natürlich auch, dass man schon Vorschläge zur Lösung unterbreitet bzw., wenn die Notwendigkeit besteht, Fragen zu stellen, dass wir die Fragen stellen und dann die Vorlage daraufhin erstellen, also, wenn das Problem oder der Sachverhalt dann von uns vorgeklärt wird, von den Referaten.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Also, es ist eine ganz klare Beamtenarbeit, wie man das in jeder Behörde auch normal kennt.

**Zeuge Albert Karl:** Ja.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Da gibt es also auch einen Dienstweg. Und ist es auch möglich oder ist es schon mal vorgekommen - Sie sind ja noch nicht so lange hier in der Rechts- und Fachaufsicht als Referatsleiter -, dass man auch außerhalb des Dienstweges sich an Sie wendet, den Leitungsstab eventuell übergeht und sich direkt mit irgendwelchen größeren Dingen an Sie wendet?

**Zeuge Albert Karl:** Ihrer Nachfrage - - in größeren Dingen: Nein. Da legen wir Wert drauf, dass wir Antwort vom Leitungsstab bekommen. Wenn es darum geht, rein fachliche Erläuterungen zu bekommen, meinetwegen zum Kaliber einer Munition, dann kann es durchaus sein, dass ein Fachexperte dann direkt uns anruft, aber nicht, um den Leitungsstab oder die Hierarchie zu umgehen. Das würden wir auch nicht akzeptieren für uns, für meinen Bereich gesprochen; das meine ich.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Okay. - Und gibt es klare Berichtspflichten vonseiten des BND, wo Sie jetzt als Referatsleiter sagen: „Also zu den und den Themen, da ist es notwendig,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

dass ich hier informiert werde. Da möchte ich einbezogen werden“? Gibt es so was?

**Zeuge Albert Karl:** So was gibt es im konkreten Fall, dass wir dann den BND anweisen, zu bestimmten Sachverhalten regelmäßig über den Fortgang Bericht zu erstatten. Das kann zum einen wiederum anlass-, entwicklungsbezogen sein, wenn sich neue Sachverhalte ergeben, oder dass wir bestimmte Sachen halt dann regelmäßig im zwei-, dreimonatigen Turnus in Fortgang erwarten.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Okay. Und das liegt ein Stückchen natürlich in Ihrem Ermessen. Aber zum anderen auch, wenn jetzt Ihr Abteilungsleiter sagt: „Also, zu dem und dem Thema erwarte ich von Ihnen, Herr Karl, dass da berichtet wird“, -

**Zeuge Albert Karl:** Dann natürlich auch.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** - dann geben Sie das entsprechend weiter, und dann - -

**Zeuge Albert Karl:** Ja.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Gut. Dann war das doch sehr klarstellend noch mal, wie die Fach- und Rechtsaufsicht letztlich bei Ihnen funktioniert. Und vonseiten der Union, Herr Vorsitzender, keine weiteren Fragen.

**Zeuge Albert Karl:** In der Regel werden dazu dann auch, zu diesen Gesprächen mit dem BND, noch Nachbarreferate hinzugezogen, zum Beispiel das Referat 601 zur rechtlichen Begutachtung und so. Also, je nachdem, welche anderen Bereiche noch thematisch betroffen sind, werden die auch hinzugezogen in der Abteilung 6. Das ist eine zusätzliche Kontrolle.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ganz herzlichen Dank. - Kommen wir zur nächsten Fraktion. Das ist die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Herr Kollege von Notz mit seinen Fragen.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Herr Karl, sozusagen „anlassbezogen“, sagen Sie eben auf den Kollegen Schipanski. Wie

oft war denn das Bundeskanzleramt dann in Pullach oder in Bad Aibling oder in Gablingen, um zu kontrollieren, wie die Dinge da vor sich gehen, sagen wir mal, in den letzten fünf Jahren?

**Zeuge Albert Karl:** Herr Abgeordneter, das kann ich Ihnen - - Die Anzahl kann ich Ihnen nicht sagen.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Einmal im Jahr? Einmal im Quartal? Zweimal die Woche? Alle fünfzehn Jahre einmal? - Ich weiß es auch nicht, deswegen - - Sie sind der Fachmann.

**Zeuge Albert Karl:** Ich kann es jetzt auf meine bisherige Verwendung beziehen. Vielleicht ist es dann auch ein Maß. Ich habe viermal eine Außenstelle besucht. Und ich war dreimal in Pullach. Und ich war des Öfteren auch hier in der Liegenschaft in Berlin.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Alles nach 2013, oder davor?

**Zeuge Albert Karl:** Nach 2013, nach August 2013.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Würden Sie mir zustimmen, wenn ich die These äußere, dass die Regelmäßigkeit der Kontrollbesuche durch Edward Snowdens Veröffentlichungen zugenommen hat vonseiten des Bundeskanzleramtes? - Weil es da so eine zeitliche Koinzidenz gibt?

**Zeuge Albert Karl:** Das kann ich nicht schlüssig beantworten, Herr Abgeordneter, weil mir der Vergleich letztendlich dann auch fehlt.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Verstehe.

**Zeuge Albert Karl:** Ich kann nur für mich selbst oder für meine Aufgabe sagen, dass durch Edward Snowden nicht unbedingt die Häufigkeit der Besuche deshalb gestiegen ist. Natürlich gab es durch die Aufarbeitung von Sachverhalten durchaus mehr Nachfragen. Aber ich denke, dass die Besuche, die ich Ihnen geschildert hätte,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

auch in der Häufigkeit durchaus so stattgefunden hätten.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Wir können da ja mal eine Anfrage stellen und uns das angucken, wie oft denn da Besuche vom Bundeskanzleramt gemacht wurden.

Aber jetzt möchte ich noch mal auf die Selektoren kommen. Denn Sie haben ja gesagt, wenn ich das richtig erinnere, dass Sie auf diese Stelle, auf das Referat - - und die Zuständigkeit für dieses Thema am 5. August 2013 bekommen haben. Und da frage ich mich sozusagen: Wie wurden Sie denn in die Problematik, dass es Probleme mit den Selektoren gibt - - wie wurden Sie denn darüber informiert? - Oder wurden Sie geholt, weil es Probleme mit Selektoren auch gab?

**Zeuge Albert Karl:** Nein. Das war nicht der Grund, warum ich ins Bundeskanzleramt gewechselt bin. Ich habe mich dort regulär auf eine Ausschreibung beworben.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Und wie kam dann sozusagen dieses Problem auf Sie zu? Womit mussten Sie sich befassen? Da, dieser August 2013 - - Ein paar Leute waren ja gerade in Amerika, kamen zurück, man diskutierte. Also, ich frage Sie mal ganz direkt, Herr Karl: Haben Sie was von Löschungen von Selektoren mitbekommen?

**Zeuge Albert Karl:** Nein.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Gar keine Löschungen?

**Zeuge Albert Karl:** Nein.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Im Jahr 2013 - nicht?

**Zeuge Albert Karl:** Nein.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Deaktivierungen?

**Zeuge Albert Karl:** Ist mir nicht rememberlich, Herr Abgeordneter.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Löschungen - sagen Sie nein. Deaktivierungen sind Ihnen nicht rememberlich?

**Zeuge Albert Karl:** Nein.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da gibt es eine Differenzierung.

**Zeuge Albert Karl:** Nicht in diesem Zeitraum.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In diesem Zeitraum. - Weder im August noch im Oktober noch im November ein Megaabgleich. Schon mal gehört so ein Wort: Megaabgleich?

**Zeuge Albert Karl:** Nein. Das höre ich zum ersten Mal.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie im Bundeskanzleramt nie gehört.

**Zeuge Albert Karl:** Nein.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gab es denn Diskussionen in dieser Zeit, was für Selektoren man steuern darf im BND und welche nicht?

**Zeuge Albert Karl:** In der Zeit nein, Herr Abgeordneter.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In welcher Zeit denn?

**Zeuge Albert Karl:** 2013. Wann ich genau mit der Frage der Steuerung von Selektoren befasst wurde, kann ich zeitlich nicht einordnen, Herr Abgeordneter. Ich muss auch vielleicht ergänzend dazu sagen, dass mit der Aufarbeitung der Sachverhalte aus zurückliegenden Zeiten und dem, was aktuell thematisiert wird, es mir schwerfällt natürlich, da eine zeitliche Grenze zu finden -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mhm.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Albert Karl:** - oder wann ich davon Kenntnis erfahren habe oder was ich aus meiner Erinnerung dazu sagen kann.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das verschwimmt alles.

**Zeuge Albert Karl:** Wenn Sie es so ausdrücken wollen.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So, so. - Also, vor diesem 5. August 2013 waren Sie womit genau beschäftigt? Helfen Sie mir noch mal.

**Zeuge Albert Karl:** Ich kann es Ihnen sogar genau sagen: Vom 15. Oktober 2008 bis dann 5. August 2013 habe ich den Stab einer Abteilung geleitet, der Abteilung TW.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Im BND?

**Zeuge Albert Karl:** Ja, im BND.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Im BND.

**Zeuge Albert Karl:** Ja.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und gab es da schon Diskussionen um Selektoren?

**Zeuge Albert Karl:** Nicht in dem - -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht in dem Stab?

**Zeuge Albert Karl:** Nein.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht bei Ihnen?

**Zeuge Albert Karl:** Nein, nein.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann kann ja gar nicht so viel verschwimmen bezüglich der Selektoren. Denn Sie waren

dann ja erst ab dem 5. August eigentlich mit Selektoren - -

**Zeuge Albert Karl:** Ja, natürlich. Aber was danach, und dann - - Was aktuell dann diese Selektorenproblematik anlangt: Das kann ich nicht einordnen, wann ich zum ersten Mal damit befasst wurde.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gibt es denn irgendwelche, sozusagen, Sachstände? Hat es die gegeben im Ende des Jahres 2013 - ich sage mal: im letzten Quartal, August, September, Oktober, November, Dezember 2013 - im Bundeskanzleramt zu Selektorenprüfungen, was für Selektoren darf man steuern? Das ist ja alles kompliziert und eine Abwägungsfrage, oder vielleicht auch nicht. Vielleicht gibt es da rechtliche Hürden oder so? Haben Sie da jemandem zugearbeitet? Denn Sie waren ja bei 603 irgendwie für die praktische Umsetzung verantwortlich. Da muss es doch Runden gegeben haben mit 601: Was dürfen wir machen, und was dürfen wir nicht machen? - Hat es da Runden gegeben?

**Zeuge Albert Karl:** Es gab Runden, in denen wir über technische Aufklärung des BND gesprochen haben, aber zu dem damaligen Zeitpunkt im Wesentlichen im Zusammenhang mit der Bearbeitung parlamentarischer Anfragen, mit dem, was der BND dazu geliefert hat.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, gut.

**Zeuge Albert Karl:** Aber eben zum damaligen Zeitpunkt - -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Klar. Aber da stellt man ja die Frage - - Also, die Realität ist dann ja nicht die Anfrage von Ströbele, -

**Zeuge Albert Karl:** Nein.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - sondern die Realität ist ja, was im BND passiert. Und man versucht, dass dann in, hoffentlich, die Antworten von Ströbele irgendwie



## Nur zur dienstlichen Verwendung

reinzubringen - hoffentlich! Und da ist ja die Frage: Wie wurde das diskutiert? Also, hat man gesagt: „All das, was da mit den Selektoren läuft, das läuft super“? Oder gab es da Probleme? Können Sie das erinnern?

**Zeuge Albert Karl:** In der damaligen Zeit lag der Schwerpunkt der Diskussion auf dem Thema des Datenaustausches und der Filterung von Erfassungen durch den BND.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Damals, 2013?

**Zeuge Albert Karl:** 2013. Und nicht -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sagen Sie, hat -

**Zeuge Albert Karl:** - das Thema der gesteuerten Selektoren oder die Prüfung dessen, welche Selektoren denn nun zulässig wären für die Steuerung. Mit Ausnahme -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war nicht so das Thema?

**Zeuge Albert Karl:** - des G-10-Bereiches; das war natürlich klar. Der G-10-Bereich war damals auch der Punkt, den wir dort auch intensiv beleuchtet haben.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber fiel denn der Begriff „Selektor“?

**Zeuge Albert Karl:** Nein, der Begriff „Selektor“ fiel nicht.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): „Telekommunikationsmerkmale“?

**Zeuge Albert Karl:** „Telekommunikationsmerkmale“ fiel natürlich, aber nicht in der - Pardon! -, sondern nur im sachlichen Zusammenhang mit technischer Aufklärung, als Fachbegriff.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hatten Sie da eigentlich ein krasses Déjà-vu, Herr Karl? Denn neun Jahre zuvor, am 27. Oktober 2004, waren Sie als Referent anwesend bei

einer - ich würde fast sagen: historischen - Zusammenkunft, bei der man die Zukunft der Fernmeldeaufklärung miteinander besprach, Referat 612 - nicht? Das waren Sie damals. Und da fällt der schöne Satz - - Ich kann irgendwie das Aktenzeichen nicht richtig lesen; warten Sie mal. - Haben wir ein Aktenzeichen? MAT A BND-17/3, und da ist es das Blatt 11; damit fängt das an. Und da steht auf Blatt 12 dann, wie ich finde, der für die Historie interessante Satz oder die Zusammenfassung - ich zitiere -:

In der Ergebniserörterung wurde festgehalten: In Fragen der Behandlung bzw. Selektion leitungsvermittelter „Transit“-Verkehre sowie der Ableitung von „Routineverkehren“ aus G 10 besteht kein Handlungsbedarf.

Und dann zweitens:

Handlungsbedarf besteht hinsichtlich der Darlegung des Vorhabens zur Überwachung paketvermittelter Verkehre gegenüber ...

- das ist geschwärzt -

und der G 10-Kommission. In der Diskussion wurden die Optionen „Erstellen eines Gutachtens durch Bundeskanzlerin“ und „Herbeiführen eines förmlichen Beschlusses der G 10-Kommission ausgeschlossen“. Eine Änderung des G 10-Gesetzes wäre nicht vermittelbar.

Da waren Sie anwesend. Erinnern Sie das?

**Zeuge Albert Karl:** Darf ich das Dokument bitte sehen?

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt)

Das ist insofern interessant, als diese historische Fehlentscheidung, die damals getroffen wurde im



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Jahr 2004, zu all den Problemen geführt hat, die dann im Jahr 2013 bei Ihnen auf dem Schreibtisch gelandet sind.

(Der Zeuge liest in den ihm  
zuvor vorgelegten  
Unterlagen)

**Zeuge Albert Karl:** Ich kann mich vage erinnern, dass ich an der Besprechung teilgenommen habe und auch den Vermerk dazu geschrieben habe.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Da ging es um die Kooperation mit der NSA und den Anfang der Paketvermittlungsfern-meldeaufklärung und wie man da die Erfassung organisiert. Und da hat man eigentlich gemerkt, man braucht eine Gesetzesgrundlage, eine Änderung des G-10-Gesetzes. Aber man hat sich entschieden, es nicht zu machen. Da waren Sie auch schon dabei.

**Zeuge Albert Karl:** Ich war damals Referent im Referat, -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja, Sie waren nicht - -

**Zeuge Albert Karl:** - natürlich, Sie wissen - -  
Aber ich war damals - -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - aber Sie waren Zeitzeuge.

**Zeuge Albert Karl:** Ja, als Zeitzeuge, wenn Sie so wollen.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

**Zeuge Albert Karl:** Aber man muss diese Zeitzeugenschaft auch wiederum in einen Rahmen einordnen. Ich war damals als Referent zuständig für den Themenbereich Proliferation. Und es war wohl ein Zwei-Mann-Referat damals mit dem Referatsleiter und einem Referenten und einem Sachbearbeiter. Und ich bin dann zu den Fragen der technischen Aufklärung, G 10 usw. nur mal hinzugezogen worden, um einen Vermerk zu

schreiben oder wenn der Referatsleiter nicht da war.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Aber die Operation „Eikonol“ sagt Ihnen was?

**Zeuge Albert Karl:** Der Begriff sagt mir im Nachhinein etwas.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): „Granat“? - Das kennen Sie nicht?

**Zeuge Albert Karl:** Davon - - Den Begriff habe ich gehört, aber erst relativ spät in meiner zweiten Verwendung, soweit ich erinnere.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In welchem Zeitraum war das?

**Zeuge Albert Karl:** Das kann ich Ihnen nicht explizit sagen.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also noch nicht 2004?

**Zeuge Albert Karl:** Nein, nein, das kann ich ausschließen.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eher 2008?

**Zeuge Albert Karl:** Das kann ich nicht einordnen, Herr Abgeordneter. Ist mir für meine erste Verwendungsperiode nicht erinnerlich.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Wir müssten jetzt zum Ende der Fragen kommen.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, wir haben ja viele Runden.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Genau. - Dann kommen wir jetzt zur Fraktion der SPD. - Herr Kollege Flisek hat keine Fragen mehr in öffentlicher Sitzung. Frau Kollegin Renner wäre jetzt mit der nächsten Fragerunde dran.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Martina Renner (DIE LINKE):** Nur damit wir das abschließen können: Diesen Begriff „Eikonale“ erinnern Sie aus der Verwendung im BND?

**Zeuge Albert Karl:** Nein.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Nein?

**Zeuge Albert Karl:** Aus meiner zweiten Verwendung im Bundeskanzleramt.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Okay. - Und wann haben Sie den dann gehört?

**Zeuge Albert Karl:** Das kann ich Ihnen nicht mit Datum sagen, auch nicht mal grob. Ich denke, es war nach 2014.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ich würde gern ein ganz anderes Thema mal aufrufen, was aber auch ganz ursächlich mit dem August oder dem Sommer 2013 zu tun hat und mit dem Sie auch in Ihrer Funktion dann befasst waren. Es wurden ja nicht nur viele Kleine Anfragen beantwortet, Sektoren inaktiv gestellt und irgendwie am Sonntag gearbeitet, sondern es gab auch Auswirkungen auf das sogenannte DOCPER-Verfahren -

**Zeuge Albert Karl:** Ja.

**Martina Renner (DIE LINKE):** - ich weiß nicht, ob ich es richtig ausspreche -, sogar in der Gestalt, dass ein Notenwechsel, der eigentlich für Dezember 2013 vorgesehen war, dann auf Frühjahr 2014 verschoben wurde. Ist das richtig?

**Zeuge Albert Karl:** Was den Zeitraum angeht, kann ich - - weiß ich nicht. Aber das muss in diesem - - Ich denke, die Einordnung ist so, von dem Dokument.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Und da gab es zwischen verschiedenen Beteiligten aus den Ministerien - AA, BMI, BMVg - Diskussionen zur Beurteilung von Contractors und insbesondere Contractors, die im Bereich von Analyse unterwegs waren?

**Zeuge Albert Karl:** Ja.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Könnten Sie darstellen, um was es da ging? Also, wo lag der Konflikt?

**Zeuge Albert Karl:** Ich denke, es ging in dem Zusammenhang nicht - - Ich weiß nicht, ob man von Konflikt sprechen kann, sondern es ging - - Unter Federführung des AA hat ja - - Die ist ja zuständig für den Notenwechsel mit den für US-Streitkräfte in Deutschland tätigen Unternehmen und deren Vergünstigung, die sich daraus ableiten lässt. Und die Frage, die damals in Zusammenhang mit potenzieller Spionage, Spionageabwehr gestellt wurde, war, inwieweit denn die Nachrichtendienste des Bundes dazu Erkenntnisse haben könnten. Und das war im Prinzip auch die Diskussion über die Beteiligung, welche Dienste zu beteiligen sind, wann und ob sie überhaupt vom Auftrag her Erkenntnisse haben könnten. Und deshalb - - Und ich denke, es gab da keinen Konflikt. Es ist nur die Diskussion hinsichtlich der Erkenntnislage und der Aufträge des - also in meinem Fall - Bundesnachrichtendienstes gegangen.

**Martina Renner (DIE LINKE):** BND und MAD und Bundesamt für Verfassungsschutz haben Erkenntnisse geliefert? Alle drei? Oder wer hat denn dann Erkenntnisse geliefert zur Beurteilung?

**Zeuge Albert Karl:** Die Frage war - - der Beteiligung der Dienste und die Abfrage dort vorliegender Erkenntnisse. Mir ist nicht erinnerlich, welche Erkenntnisse im Detail vom BfV zugeliefert worden wären an das Auswärtige Amt. Ich denke, mich erinnern zu können, dass der BND zu keiner Anfrage Erkenntnisse hatte.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Also, ob diese Contractors möglicherweise in Spionage verwickelt sind?

**Zeuge Albert Karl:** Ja, oder ob Erkenntnisse - - oder ob aus früherer Tätigkeit oder ob dort beim BND dazu Erkenntnisse vorlägen.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Wer hätte denn dem AA so eine Beurteilung geben können? Also,





## Nur zur dienstlichen Verwendung

wer wäre damals dazu in der Lage gewesen, das beurteilen zu können?

**Zeuge Albert Karl:** Na ja, sofern die Contractors Kooperationen oder auffällige Tätigkeiten im Ausland begangen hätten und das wäre dem BND zur Kenntnis gelangt, wäre es für das Ausland der BND gewesen.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Es gab ja zu dem Zeitpunkt dann auch Veröffentlichungen aus den Snowden-Dokumenten, die bestimmte Dinge sozusagen in die Diskussion gebracht haben, also Manipulation an Geräten und Ähnliches. Die Firma Booz Allen Hamilton hat natürlich eine große Rolle gespielt auch damals, glaube ich, bei diesem Notenwechsel - oder?

**Zeuge Albert Karl:** Ja, wurde des Öfteren, denke ich, angefragt.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Genau, die wurde des Öfteren angefragt. Aber man hatte dazu nichts seitens des BND?

**Zeuge Albert Karl:** Keine anfragerlevanten Erkenntnisse; soweit ich erinnere.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Und warum war das Verteidigungsministerium einbezogen?

**Zeuge Albert Karl:** Aufgrund des MAD, weil das BMVg ja Ressort des MAD ist. Und vermutlich, weil es sich um Tätigkeit für US-Streitkräfte handelte.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Hatten Sie selbst Bedenken, den Notenwechsel zu unterzeichnen? Also, hat Ihr Haus Bedenken geäußert, das Bundeskanzleramt?

**Zeuge Albert Karl:** Die Entscheidung darüber, ob der Notenwechsel zu unterzeichnen war oder die Vergünstigungen zu gewährleisten waren, das oblag dem Auswärtigen Amt. Das wurde im Kanzleramt nicht entschieden.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Waren die Dienste bei den Beratungen beteiligt?

**Zeuge Albert Karl:** Welche Beratungen meinen Sie, Frau Abgeordnete?

**Martina Renner (DIE LINKE):** Es gab ja Beratungen unter den Ministerien unter Federführung des AA.

**Zeuge Albert Karl:** Ressortbesprechungen, ja.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ja, genau. Da waren die Dienste auch beteiligt?

**Zeuge Albert Karl:** Soweit ich erinnere; zumindest der BND in einem Fall.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Dann hatten die Bundesländer auch gesagt, sie wollen sich besprechen mit dem AA. Wissen Sie noch, worum es da ging? - Sind sie heute mal nicht da. - Wissen Sie noch, warum die Bundesländer sich mit dem AA besprechen wollten?

**Zeuge Albert Karl:** Nein. Der konkrete Anlass ist mir nicht mehr Erinnerungswürdig.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Haben Sie selbst mal Vorschläge gemacht?

**Zeuge Albert Karl:** Nein.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Also, Vorschläge an Herrn Fritsche?

**Zeuge Albert Karl:** In welcher Form? - Vorschläge zum Verfahren selbst oder über die Beteiligung der Nachrichtendienste?

**Martina Renner (DIE LINKE):** Genau. Über die Beteiligung auch von Contractors seitens der USA, ja.

**Zeuge Albert Karl:** Also, wir haben Vorlagen geschrieben. Aber was die genauen Inhalte der Vorlagen waren, kann ich Ihnen nicht sagen. - Da es sich um Tätigkeit auf Bundesgebiet handelt, also für die hier in Deutschland stationierten Streitkräfte, sahen wir die Zuständigkeit des BND eingeschränkt, nämlich für potenzielle Erkenntnisse aus dem Ausland. Ich denke, das war der Tenor.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Martina Renner (DIE LINKE):** Hat das Bundeskanzleramt eine Unbedenklichkeitserklärung ausgestellt?

**Zeuge Albert Karl:** Nein.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Warum nicht?

**Zeuge Albert Karl:** Weil das Bundeskanzleramt nicht sämtliche Beurteilungsgrundlagen zur Verfügung hatte, und das Bundeskanzleramt bzw. Abteilung 6 eben nur für den Zuständigkeitsbereich des BND mit den Anfragen befasst war.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Hatten Sie das Gefühl, dass der BND keine Informationen hat oder Ihnen keine Information gibt?

**Zeuge Albert Karl:** Das Gefühl war nicht die Kategorie,-

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ja, ich weiß.

**Zeuge Albert Karl:** - sondern ich musste objektiv abfragen. Und vom Auftragsprofil her war es plausibel, dass der BND dann keine Erkenntnisse hat.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ist das noch mal später thematisiert worden? Gab es dann im Nachgang - - Also, es gab ja da eine fortlaufende Veröffentlichung von Snowden-Dokumenten, wo auch immer mehr hinsichtlich solcher auch Manipulation - Sie kennen diese Geschichte mit den Videokameras hier in Deutschland usw. - bekannt wurde. Hat man noch mal gesagt: „Wir müssen noch mal nachsteuern, korrigieren, noch mal neu überlegen“?

**Zeuge Albert Karl:** Wir haben die Anfragen weitergeleitet an den BND, haben sie genau gelesen und hatten keinen Anlass, da nachzufragen aus der Beantwortung des BND heraus.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Wird das heute immer noch so gesehen, was die Frage der Unbedenklichkeit angeht?

**Zeuge Albert Karl:** Heute ist nicht Gegenstand.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Heute ist nicht Gegenstand, ja. Aber wir müssen ja hier auch Schlussfolgerungen ziehen. Deswegen fragen wir ab und zu nach Heute.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Das wäre dann auch die letzte Frage.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Genau. Also, gab es noch mal eine Veränderung hinsichtlich - -

**Zeuge Albert Karl:** Das ist mir nicht erinnerlich, Frau Abgeordnete.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Keine? Also die können weiterhin so unter den auch Vorzügen agieren, die ihnen der Notenwechsel bietet?

**Zeuge Albert Karl:** Das Verfahren - -

**Martina Renner (DIE LINKE):** Bis 2013? Also bis zu diesem Zeitpunkt?

**Zeuge Albert Karl:** Das Verfahren wird fortgeführt.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Die Verhandlungen werden fortgeführt?

**Zeuge Albert Karl:** Das Verfahren.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Das Verfahren wird fortgeführt. - Okay. Wir müssten dann noch mal eine weitere - -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Herzlichen Dank. - Dann kommen wir zur Fraktion der CDU/CSU. Herr Kollege Schipanski.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Zeuge, Herr Kollege von Notz hat die Operation „Eikonol“ angesprochen, hatte ja darauf hingewiesen, dass Sie am 20. Oktober 2004 bei der Besprechung im Kanzleramt dabei waren. Nun war das ja ein recht komplizierter Inhalt - nicht? Es ging um G-10-Erfassung, Routineverkehre, Beifang. Wie war denn Ihr Referat letztlich - Sie waren damals Referent vielmehr gewesen - eingebunden? Waren Sie da in die



## Nur zur dienstlichen Verwendung

rechtliche Beurteilung dieser Komplexe eingebunden?

**Zeuge Albert Karl:** Nein. Ich - - Also, mein Referat, oder das das Referat, dem ich damals angehörte: Ja, auch. Aber ich nicht, weil das nicht meine thematische Zuständigkeit war. Und als Politikwissenschaftler ist es mit der rechtlichen Beurteilung schwer. Also, ich war nicht eingebunden, nicht konkret.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Also, Sie waren in diese komplizierten, komplexen Rechtsfragen überhaupt gar nicht eingebunden?

**Zeuge Albert Karl:** Nein, ich war in diese komplexen - -

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Bei „Eikon“ - -

**Zeuge Albert Karl:** Nein.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Gut. Dann muss ich dazu auch nicht weiter fragen. Danke, Herr Vorsitzender.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. - Dann wären wir jetzt bei der Fraktion von Bündnis 90/ Die Grünen. Herr Kollege Ströbele.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Herr Karl, stimmt das, dass Sie auch für Kontakte zum Bundestag, zum Parlament zuständig waren, nachdem Sie ins Kanzleramt gekommen waren, also Kontakte etwa mit dem Parlamentarischen Kontrollgremium?

**Zeuge Albert Karl:** Das damalige Referat, also mein zweites Referat - ich glaube, das war 612 -, war auch zuständig für die Kontakte zum Bundestag, zum Parlamentarischen Kontrollgremium, zur Vorbereitung - -

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und was muss man darunter verstehen? Also, haben Sie Vorlagen erarbeitet, Sprechzettel? Oder haben Sie Vorschläge gemacht, was zu berichten ist und was vielleicht nicht?

**Zeuge Albert Karl:** Also, auch das war nicht meine seinerzeitige Zuständigkeit. Das Referat hat letztendlich für das Bundeskanzleramt die Kommunikation übernommen, hat die Nachrichtendienste des Bundes beteiligt, hat die Vorbereitungsunterlagen für den Abteilungsleiter zusammengestellt. Also, wenn - - Inhaltlich wurden die Berichte nicht aufbereitet, also die Sprechzettel aus den anderen Häusern. Sofern Sprechzettel des BND verwendet wurden, wurde das an die zuständigen Referate zur Prüfung gegeben, soweit ich erinnere.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja. - Waren Sie dann - 2004, glaube ich, war das - auch beteiligt, vielleicht nicht als Entscheider, aber an Diskussionen und Vorlagen und Ähnlichem über die Frage, ob das Bundeskanzleramt für dieses Unternehmen, sage ich mal, „Eikon“ so eine Art Freibrief ausstellen soll?

**Zeuge Albert Karl:** Nein.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Wissen Sie davon?

**Zeuge Albert Karl:** Ich weiß nur, dass ich offenbar an der Besprechung teilgenommen habe. Aber an eine Vertiefung des Sachverhaltes kann ich mich nicht - -

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** An was für einer Besprechung haben Sie denn - - Also, was wurde bei der Besprechung dazu besprochen?

**Zeuge Albert Karl:** Na ja, mir ist nur erinnerlich eben dieser Vermerk. Aber wie die juristische Argumentationskette, wie die technischen Sachverhalte im Einzelnen dargelegt wurden, ist mir erstens nicht erinnerlich, und zweitens war ich damals ja nicht ständig mit der Thematik befasst. Das heißt also, ich war auch gar nicht im Fluss, gar nicht in dem Denkprozess, um Schlussfolgerungen usw. selbstständig treffen zu können.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, ja. - Ich will auf was ganz anderes hinaus. Kam so was häufiger vor, dass so ein Freibrief oder so ein Okay schriftlich mitgeteilt



## Nur zur dienstlichen Verwendung

worden ist - auch für Außenstehende -: „Das ist schon in Ordnung rechtlich, und aufgabenge-deckt“ und weiß ich was? Kam so was häufiger vor?

**Zeuge Albert Karl:** Das kann ich wirklich nicht beantworten, nicht schlüssig beantworten, weil letztendlich - -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich meine nur natürlich, was Sie wissen. Haben Sie jemals davon gehört?

**Zeuge Albert Karl:** Nein, nein.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nie?

**Zeuge Albert Karl:** Nein, Herr Abgeordneter.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es war das einzige Mal?

**Zeuge Albert Karl:** Ja.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): War ein einmaliger Vorgang?

**Zeuge Albert Karl:** Ich habe nur in dem einzigen Fall davon Kenntnis erlangt.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist ja auch ein außergewöhnlicher Vorgang, dass das Kanzleramt so eine Art, ich sage mal, Rechtsgutachten oder Rechtsfeststellung erteilt.

**Zeuge Albert Karl:** Ja.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Normalerweise machen das ja eigentlich andere wahrscheinlich. - Sind Sie oder einer bei Ihnen in der Umgebung, im Kanzleramt, eigentlich mal auf die Idee gekommen, wenn Sie schon für Kontakte auch mit dem Parlamentarischen Kontrollgremium zuständig waren, diesen ganzen Vorgang „Eikonol“, der den Bundesnachrichtendienst und das Kanzleramt ja über Jahre beschäftigt hat, muss man sagen - intensiv; ich komme gleich, nachher auf Einzelheiten noch -, mal dem

PKGr mitzuteilen? Wir finden dazu nichts in der Akte.

**Zeuge Albert Karl:** Also, ich kann ausschließen, dass ich seinerzeit auf die Idee gekommen wäre.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

**Zeuge Albert Karl:** Ich kann ausschließen, dass ich seinerzeit auf die Idee gekommen wäre; das kann ich ausschließen. Ob es jemand anders erörtert hat, das kann ich Ihnen nicht beantworten; das weiß ich nicht, Herr Abgeordneter.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Im Gesetz steht ja, dass die Bundesregierung und damit auch der BND verpflichtet sind, Vorgänge von besonderer Bedeutung mitzuteilen. War das ein Vorgang von besonderer Bedeutung Ihrer Einschätzung nach? Also, jahrelange Beschäftigung, Freibrief erteilen und so?

**Zeuge Albert Karl:** Das wäre meine Einschätzung; aber das ist nicht meine Kenntnis, Herr Abgeordneter.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht Ihre Kenntnis. - Ja, und Ihre Einschätzung?

**Zeuge Albert Karl:** Ich könnte nur sagen aus der heutigen Kenntnis heraus oder - - Ich will ungern mutmaßen; aber ich gehe davon aus, dass man es heute tun würde.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. Damals nicht, aber heute.

**Zeuge Albert Karl:** Aber, wie gesagt, das ist -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Heute ist es auch noch interessant; aber damals wäre es vielleicht noch interessanter gewesen.

**Zeuge Albert Karl:** - eine persönliche Einschätzung.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, okay. - Haben Sie denn mal davon erfahren, das sei jetzt nicht nur ein Freibrief und jahrelange Beschäftigung, sondern dass sogar intern mal eine Untersuchung gemacht worden ist, ob es da Schwachstellen gibt bei diesem ganzen Unternehmen „Eikonol“? Haben Sie da mal von gehört, Schwachstellenbericht, dass so was erstellt worden ist?

**Zeuge Albert Karl:** Nein, Schwachstellenbericht in dem Zusammenhang - - noch nicht gehört.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie nicht gehört?

**Zeuge Albert Karl:** Nein.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist ja dann irgendwann eingestellt worden; wir wollen jetzt auf die Daten gar nicht eingehen. Erinnern Sie noch, warum? Also, nach Jahren, muss man ja sagen, nachdem das jahrelang praktiziert worden ist. Also, der Freibrief hat durchaus Wirkung gehabt.

**Zeuge Albert Karl:** Nein, Herr Abgeordneter, ich erinnere nicht, warum es eingestellt wurde.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein?

**Zeuge Albert Karl:** Ich weiß, dass es eingestellt wurde; aber die konkreten Auslöser dafür sind mir nicht rememberlich.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Erinnern Sie sich daran, mal was gelesen zu haben oder gehört zu haben im Bundeskanzleramt, dass man gesagt hat - - also, dass man beim BND sogar aufgeschrieben hat: „Um Himmels willen“ - - das sind jetzt meine Worte, aber sinngemäß: „Um Himmels willen! Da darf das Parlamentarische Kontrollgremium, da darf die G-10-Kommission nichts von erfahren, -

**Zeuge Albert Karl:** Nein.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - sonst kriegen wir Ärger, oder sonst gibt es ein Moratorium oder irgend so was, -

**Zeuge Albert Karl:** Nein.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - sonst geben die uns keine Genehmigung mehr“?

**Zeuge Albert Karl:** Nein, Herr Abgeordneter.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da wissen Sie nichts von?

**Zeuge Albert Karl:** Nein.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das würde Sie überraschen, wenn das so wäre?

(Der Zeuge nickt)

- Aha. - Sie haben vorhin, glaube ich, mal in so einer Nebenbemerkung gesagt - - Als wir mit den Selektoren anfangen, haben Sie gesagt: Selektoren, ja, so formal zwar zuständig oder so; aber da hätten Sie sich nicht mit beschäftigt, sondern mit Problemen - wenn ich das richtig im Gedächtnis habe - bei der Filterung, da seien Sie beschäftigt gewesen.

**Zeuge Albert Karl:** Das war dann im Zusammenhang mit - - Relativ kurz nach der Übernahme des Referates war natürlich im Zusammenhang mit dem Austausch von Daten mit einem ausländischen Nachrichtendienst die Frage gestellt worden: Ja, welche Daten werden denn weitergegeben, welche Erfassungen? Wird das geprüft? - Und da war halt die Frage dieses mehrstufigen Filterverfahrens, das beim BND angewendet wird, zur Filterung von Erfassungen vor Weiterleitungen an den ausländischen Nachrichtendienst.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Das müssten wir dann in der nächsten Runde weiter klären.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Noch eine Frage.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Eine Frage.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gab es denn da ein Problem, also dass die Filterung vielleicht nicht - - War die fraglich, dass die vielleicht nicht richtig funktioniert oder Fehlerquellen hatte oder so was? Oder warum haben Sie sich damit befasst?

**Zeuge Albert Karl:** Mit der Filterung vor Weitergabe von Informationen an sich. Das heißt also: Macht der BND eine Filterung, und wie sieht diese Filterung aus?

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, und: Wie sicher ist sie?

**Zeuge Albert Karl:** Und: Wie sicher ist die Filterung?

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay, gut. - Dann kommen wir zur nächsten Fraktion, zur Fraktion der SPD. Gibt es noch Fragen? - Keine Fragen im öffentlichen Teil. Dann sind wir bei der Fraktion Die Linke. Frau Kollegin Renner.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Herr Karl, ich will noch mal ganz kurz bei dem DOCPER-Verfahren bleiben - Herr Akmann könnte, glaube ich, da auch ganz viel zu beitragen -, weil Sie ja vorhin gesagt haben: Nein, so einen richtigen Konflikt gab es nicht - vielleicht ist „Konflikt“ eben auch das falsche Wort -, aber eben schon eine intensive Diskussion.

Ich möchte Ihnen gerne vorhalten ein Schreiben von Ihnen vom 23. Januar 2014 in MAT A BK-1/4t.pdf Blatt 194 ff., hier die Seiten 3 und 4. Es geht es eben darum - - Sie schreiben da in einer Stellungnahme:

Das AA strebt, aufgrund der politischen Bedeutung des Verfahrens im Zusammenhang mit der NSA-Affäre, die Zustimmung der Ressorts und des BKAmts zur weiteren Gestaltung des Verfahrens zur Erteilung von Ausnahmegenehmigungen an US-Firmen an.

Und dann sagen Sie:

Eine Fortsetzung des bisherigen Verfahrens sollte überdacht werden. Auch eine Beteiligung am Verfahren durch Abfrage der bei den Diensten vorliegenden ND-Erkenntnisse lässt keine abschließende Beurteilung der Vertrauenswürdigkeit der betroffenen US-Unternehmen und deren Tätigkeiten zu. ... Weitere Handlungsoptionen wären zunächst noch zu prüfen, wie z.B. eine verstärkte Zusammenarbeit mit deutschen Behörden oder die Bitte an die USA, diese privatisierten analytischen Dienstleistungen künftig wieder durch US-Streitkräfte wahrnehmen zu lassen.

Sie schließen mit dem Satz:

Von einer Mitzeichnung ist deshalb zunächst abzusehen.

Das ist ja schon eine klare Aussage.

**Zeuge Albert Karl:** Ja.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Genau. - Und war diese nur darin begründet, dass Sie sagen: „Wir haben vom BND keine Unterlagen bekommen und können deswegen unsere Beurteilungskompetenz nicht ausüben“? Oder hatten Sie tatsächlich auch Bedenken gegenüber den Kontraktoren?

**Zeuge Albert Karl:** Nein, ich hatte keine Bedenken gegenüber den Kontraktoren, sondern meinen Bedenken lag an und für sich zugrunde, dass das Auswärtige Amt eigentlich eine Mitzeichnung verlangt hätte auf einer Grundlage einer absolut dichten Erkenntnislage bei den Diensten, was aber möglicherweise gar nicht der Fall ist, dass die Dienste über alle, sämtliche Informationen verfügen über die Tätigkeit der angefragten Kontraktoren weltweit.

Und insofern waren darin meine Bedenken begründet, weil es letztlich nicht, was den BND angeht, zu seinem Auftrag gehört. Und selbst wenn, ist es keine Gewähr dafür, dass der BND auch tatsächlich hundertprozentig alle Erkenntnisse darüber vorliegen hat. Und deshalb schien es uns nicht möglich, diese quasi Freizeichnung



## Nur zur dienstlichen Verwendung

allein für diesen Bereich BND zu übernehmen. Und deshalb war es eben im Verfahren weiter so, dass wir abgefragt haben, genau haben prüfen lassen und die Erkenntnisse des BND dann dem AA als Entscheider übermittelt haben und das federführende Ressort zu entscheiden hat.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Sie wollten nicht mitzeichnen, und Sie wollten auch keine Unbedenklichkeitserklärung abgeben?

**Zeuge Albert Karl:** Nein, genau, weil - -

**Martina Renner (DIE LINKE):** Beides nicht?

**Zeuge Albert Karl:** Einfach deshalb, weil wir ja diesen Vorgang nicht hundertprozentig überblicken konnten.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Und das ist bis zum Ende dieser Verhandlungen so geblieben?

**Zeuge Albert Karl:** So geblieben, ja.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Das BKA hat nicht mitgezeichnet und keine Unbedenklichkeitserklärung gegeben?

**Zeuge Albert Karl:** Ja.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Das AA hat das dann allein verantwortet?

**Zeuge Albert Karl:** Ja.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Und das ist bis heute auch so, dass - - Der Einsatz der Kontraktoren ist immer noch auf dieser Grundlage bis heute geregelt?

**Zeuge Albert Karl:** Für unseren Bereich hat sich keine Änderung ergeben.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Gibt es denn heute hinsichtlich des BND eine Anforderung, dass man sich zu solchen Fragen schlaumacht?

**Zeuge Albert Karl:** Das ist nicht Gegenstand.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Man wusste damals nicht viel. Weiß man heute mehr? Also, nimmt man das Thema „Geheimdienstliche Spionage“ nach Markus R. und Ähnlichem ein bisschen ernster?

**Zeuge Albert Karl:** Das hat man - - Nachrichtendienstliche oder, wie Sie sagen, geheimdienstliche - - nimmt man natürlich - - hat man immer schon ernst genommen.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ja. - Aber ernster, meine ich. Nimmt man es heute ernster?

**Zeuge Albert Karl:** Ich weiß nicht, ob hier der Komparativ angebracht ist, weil es ist ernst per se.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Man war immer schon - - Spielte das auch mal im Bundeskanzleramt in einer anderen Hinsicht eine Rolle? Also, gab es irgendwann Anzeichen dafür, dass man selbst überwacht wird durch die Amerikaner? - Gab es nicht?

**Zeuge Albert Karl:** Mir sind keine Anzeichen innerlich oder bekannt.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Auch nicht, als bekannt wurde, dass das Handy der Kanzlerin abgehört wurde? Hat man sich da mal gefragt, welche Telefonanschlüsse im Bundeskanzleramt und so auf der Liste sind?

**Zeuge Albert Karl:** Das ist nicht die Zuständigkeit der Abteilung 6.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Nein. Aber, ich meine, wenn ich in einer Behörde arbeite - -

**Zeuge Albert Karl:** Natürlich macht man - - Ich denke, es gehört dazu, dass man sich darüber Gedanken macht.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ja. - Und ich nehme an, dass Ihre Abteilung ja sich Gedanken machen dürfte, dass sie eher in das sozusagen Auftragsprofil der NSA passt als andere Teile des Bundeskanzleramtes, weil Sie sich mit dem BND beschäftigen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Albert Karl:** Das wäre Spekulation. Es können auch andere Abteilungen von Interesse sein.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Klar; aber hat man - - Gibt es so etwas, -

**Zeuge Albert Karl:** Nein, ich hatte keine - - Mir sind keine Anzeichen dafür bekannt.

**Martina Renner (DIE LINKE):** - dass man zum Beispiel gesagt hat, man muss jetzt verstärkt auf Kommunikationssicherheit setzen: „Wir haben Hinweise, dass von den Dächern der Botschaften Mobilfunk abgehört wird“ oder so etwas?

**Zeuge Albert Karl:** Nicht anders als zuvor auch.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Gab es nie?

**Zeuge Albert Karl:** Also, für meinen Bereich kann ich nur -

**Martina Renner (DIE LINKE):** In 2013 keine Veränderung?

**Zeuge Albert Karl:** - wiederholen, dass wir uns entsprechend sensitiv verhalten haben, und man hat natürlich - wie soll man sagen? - noch mal genau hingeschaut; aber, wie gesagt, das war nicht direkt mein Zuständigkeitsbereich. Deshalb - -

**Martina Renner (DIE LINKE):** Die *Süddeutsche Zeitung* und Wikileaks haben ja unlängst eine Liste mit NSA-Selektoren veröffentlicht; das Kanzleramt rätselt noch ein bisschen darüber, ob die Liste echt ist. Aber haben Sie mal mittlerweile überlegt, ob Sie selbst Spionageziel sind?

**Zeuge Albert Karl:** Das hatte ich schon länger überlegt, ob ich nicht selbst auch Spionageziel sein könnte - generell, auch in den Vorverwendungen.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ja. - Also gibt da es auch keine Veränderung?

**Zeuge Albert Karl:** Also - - Nein, mein Verhalten - -

**Martina Renner (DIE LINKE):** Gibt es keine Sensibilisierung?

**Zeuge Albert Karl:** Ich bin, denke ich, sensibilisiert genug, auch aufgrund des Vorlaufes natürlich, was meine Person angeht. Danach hatten Sie gefragt.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Gut. - Also, ich denke ja immer, wenn sich solche Anhaltspunkte verdichten, durch diese NSA-Selektoren - da ist ja eine Vielzahl von Telefonnummern des Bundeskanzleramtes gelistet -, durch das Überwachen des Handys der Kanzlerin, durch andere Vorgänge - - Also, Sie wissen ja auch: Wir haben hier diese Frage diskutiert, ob es sozusagen auch Abhörungen von Kanzleramtsmitarbeitern im Zusammenhang mit ihren Kontakten zu Journalisten gegeben hat und Ähnliches. Sie sagen: „Hier gibt es keine Sensibilitätserhöhung“? - Also, ich versuche das immer mir so zu ergründen. Weil man sagt: „Das machen sowieso alle; ist ja vollkommen okay. Wir machen das ja bei den Amerikanern auch, und gleiches Recht für alle“, oder warum ist man da so gelassen?

**Zeuge Albert Karl:** Ich denke nicht, dass man - -

**Martina Renner (DIE LINKE):** Weil das ist ja in Deutschland ein Straftatbestand. Also, es ist ja hier nicht einfach eine - -

**Zeuge Albert Karl:** Ich denke nicht, dass man gelassen ist, Frau Abgeordnete, weil letztendlich ein Thema - - „Sichere Regierungskommunikation“ ist generell Thema, die Frage der Verbesserung und Abwehr von potenziellen Hackingangriffen, Verbesserung Sprechdisziplin, Krypto-Handys etc. etc.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Wir müssten dann wechseln.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Okay.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Das Thema Krypto-Handys diskutieren wir sicherlich am besten noch mal in der Obleuterunde. - Wenn aufseiten der SPD keine neuen Fragen in öffentlicher Sitzung sind, kämen wir jetzt wieder zur





## Nur zur dienstlichen Verwendung

Fraktion von Bündnis 90. - Nein, die Union hätte ich fragen müssen; Entschuldigung. Bei der Union waren aber auch keine Fragen mehr in öffentlicher Sitzung - oder? Doch? - Anscheinend doch, okay. Herr Kollege.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Vielleicht darf ich das noch kurz - - Herr Zeuge, nun, ich war etwas verwirrt von Ihrer Antwort, was den Kontakt zum Parlamentarischen Kontrollgremium angeht. Sie waren dann als Referent der zuständige Mitarbeiter, der hätte das melden müssen an dieses Kontrollgremium?

**Zeuge Albert Karl:** Nein, nein.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Nein?

**Zeuge Albert Karl:** Nein, das war - -

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Nein. - Sie hatten da keine Zuständigkeit dann?

**Zeuge Albert Karl:** Das war im Prinzip auch - - der Kontaktstelle Parlamentarisches Kontrollgremium, -

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Genau; aber das lag nicht in Ihrem Tätigkeitsbereich.

**Zeuge Albert Karl:** - Sekretariat, Bundeskanzleramt, Referat - -

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Ja, ja. - Und dann auch noch mal aufgeworfen zu den sogenannten Filtern, diesen DAFIS-Filtern; das ist ja eine zentrale Frage auch in der Operation „Eikonol“ gewesen. Nun sagten Sie ja vorhin, mit den rechtlichen Dingen waren Sie jetzt nicht betraut. Waren Sie denn dann mit dieser Filterfrage betraut bei diesem Projekt?

**Zeuge Albert Karl:** Nein. Ich war damals in meiner ersten Verwendung nicht für die Sachverhalte zuständig, die mit technischer Aufklärung zu tun haben, nur vertretungsweise. Ich hatte damals - - Mein Schwerpunkt war damals Proliferation Massenvernichtungswaffen etc.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Okay. - Also, das, was jetzt über die Filter erzählt wurde, was da rausgekommen ist, diese Stufen, da waren Sie gar nicht zuständig für diesen Bereich?

**Zeuge Albert Karl:** Nein. Da war ich nicht zuständig, nein.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Gut. - Dann haben wir das noch mal klargestellt. - Ach so, dann vielleicht auch noch mal zur Klarstellung, weil es jetzt um Sensibilisierung ging und Wachsamkeit mit Dingen: Zuständig für die Spionageabwehr ist das?

**Zeuge Albert Karl:** Bundesamt für Verfassungsschutz.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Für Verfassungsschutz. - Das liegt also auch weder bei Ihnen noch beim BND.

**Zeuge Albert Karl:** Nein, nein.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Gut. - Dann haben wir das auch richtig verstanden.

**Zeuge Albert Karl:** Ja.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Gut. - Danke schön.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Herzlichen Dank. - Herr Kollege von Notz.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, zum Bundesamt für Verfassungsschutz, da kommen wir noch.

**Zeuge Albert Karl:** Aber nicht mit mir.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Nicht mit Ihnen heute, nein. Aber darauf weist der Kollege völlig zu Recht hin: Da muss man wirklich noch mal scharf draufgucken. - Sagen Sie bezüglich des PKGr: Haben Sie Vorlagen mal geschrieben fürs PKGr?

**Zeuge Albert Karl:** Für das PKGr?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Für die Unterrichtung des PKGr, also - -

**Zeuge Albert Karl:** Nein.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein?

**Zeuge Albert Karl:** Ist mir nicht erinnerlich.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. - Ich wollte noch mal sozusagen auf die Selektoren zu sprechen kommen und das doch noch mal genau mir angucken, wie Sie damit zu tun gehabt haben ab dem August 2013. Und deswegen: Sie haben gesagt, es hat Gespräche über den Einsatz von Selektoren gegeben. War das nach den Snowden-Veröffentlichungen?

**Zeuge Albert Karl:** Gespräche über die Verwendung von Selektoren - - war rein zeitlich nach den Veröffentlichungen von Snowden oder sind mir da bekannt geworden.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und im Zusammenhang?

**Zeuge Albert Karl:** Aber nicht im - - Ich denke, den Zusammenhang -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das müssen Sie noch mal deutlich sagen.

**Zeuge Albert Karl:** - kann ich nicht direkt herstellen dazu.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

**Zeuge Albert Karl:** Ich denke, den Zusammenhang über die Verwendung von Selektoren nicht direkt mit den Veröffentlichungen von Snowden herstellen zu können.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber indirekt?

**Zeuge Albert Karl:** Aber aufgrund der Zusammenarbeit mit ausländischen Diensten war das

Thema Selektor irgendwann auch Thema. Zunächst, in der Phase meiner ersten Befassung, ging es nicht um die Verwendung von Selektoren oder die Frage, welche Selektoren konkret verwendet würden, sondern meine erste Erinnerung in Fragen der technischen Aufklärung und Zusammenarbeit mit ausländischen Staaten bei der technischen Aufklärung war das Thema Datenweitergabe.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Datenweitergabe.

**Zeuge Albert Karl:** Ja.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So. - Ab August 2013 hatten Sie damit zu tun.

**Zeuge Albert Karl:** Ja.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und bezüglich der Datenweitergabe - Metadaten, Rohdaten, ja? -, wie ist das denn? Hat es da Dokumentationen gegeben im Bundesnachrichtendienst bezüglich dieser Datenweitergaben? - War das Gesprächsthema, ob es Dokumentationen - -

**Zeuge Albert Karl:** Es war Gesprächsthema, auch ausgelöst wieder durch die Beantwortung parlamentarischer Anfragen, weil die Aufarbeitung oder auch das Beantworten parlamentarischer Anfragen in dem Zusammenhang oder nach Übernahme des Referats war im Prinzip auch die erste Phase, wo ich mit der technischen Aufklärung des BND überhaupt zu tun hatte -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

**Zeuge Albert Karl:** - im Vertieften.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja, klar.

**Zeuge Albert Karl:** Vieles davon bezieht sich natürlich auf Zeiträume vor meiner Zeit. Also kann ich nur -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das mag sein, Herr Karl.

**Zeuge Albert Karl:** - passiv wiedergeben, was - -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber das sagen Sie jetzt zum wiederholten Mal. Mich interessiert, was Sie in dieser Zeit ab August 2013 dazu gemacht haben in Ihrer Verwendung da im Bundeskanzleramt. Also, Metadatenweitergabe: Hat es Dokumentationen gegeben beim BND über diese Metadaten, die man an einen AND weitergeleitet hat?

**Zeuge Albert Karl:** Das kann ich nicht beantworten, ob es die gegeben hat.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hätte es die denn geben müssen?

**Zeuge Albert Karl:** Es hätte sie geben müssen. Ich denke, dass es auch einen Bericht dazu gibt, in dem der BND schreibt, dass es - - aber nicht, dass - - über die - - dass es - - Ich glaube nicht, dass jede einzelne Metadatenweitergabe dokumentiert wurde.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber? Was wurde denn dokumentiert?

**Zeuge Albert Karl:** Es wurde dokumentiert - - Ich kann Ihnen nicht aus meinem eigenen Wissen sagen, was konkret dokumentiert wurde, Herr Abgeordneter.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber, Herr Karl, Sie haben ja genau mit dieser heiklen Frage zu tun gehabt. Und das hat eine große Rolle gespielt bei der Frage, was man jetzt macht mit der doofen Situation. Und deswegen muss es ja irgendwie eine Feststellung gegeben haben: Was haben wir denn da dokumentiert? Reicht es? Oder müssen wir irgendwie Weltraumtheorie machen oder so? - Das muss ja eine Diskussion gewesen sein. Und jetzt können Sie sagen, 601 war für das Rechtliche zuständig und Sie für das Praktische; aber das eine lässt sich ja vom anderen am Ende des Tages nicht trennen. Also, deswegen: Was hat man gesagt? Ist in der Vergangenheit, vor Ihrer Zeit - - Und das

galt es ja damals zu beurteilen: ob die Praxis bis zu diesem Zeitpunkt in Ordnung war. War sie in Ordnung?

**Zeuge Albert Karl:** Dokumentiert - - Oder mir ist erinnerlich, dass in zwei Fällen Daten deutscher Staatsangehöriger weitergegeben wurden in einem Entführungsfall. Das war auch - -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, ich rede nicht - - Nein, nein, nein! Herr Karl, wir reden jetzt nicht über einzelne Meldungen oder irgendwie so was. Wir reden über Metadaten: Metadaten - ja? -, die Weitergabe von Metadaten, die Ausleitung von Metadaten an einen AND. Gibt es darüber Dokumentationen im Bundesnachrichtendienst, und hat das Bundeskanzleramt als Rechts- und Fachaufsicht nach dem August oder im August 2013 und danach sich das angeschaut?

**Zeuge Albert Karl:** Ich kann die Frage nicht beantworten, inwieweit die Datenweitergabe - - und in welcher Form die im BND dokumentiert ist.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): War das eine Frage, mit der Sie sich beschäftigt haben?

**Zeuge Albert Karl:** Die gesamte Frage der technischen Aufklärung beschäftigt uns nach wie vor.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie persönlich? Herr Karl, Sie sind Zeuge. Kann es sein, dass ich, wenn ich Unterlagen sehe und so, irgendwie im Zusammenhang mit Dokumentationen auf den Namen „Karl“ treffe?

**Zeuge Albert Karl:** Ja.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So. - Und was könnte da so stehen?

**Zeuge Albert Karl:** Wenn Sie ein konkretes Schriftstück haben, Herr Abgeordneter, dann wäre ich dankbar, wenn Sie mir es zeigen würden. Dann könnte ich es vielleicht auch - -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich würde gerne Ihre Erinnerung strapazieren; denn als Zeuge sitzen Sie hier.

**Zeuge Albert Karl:** Ja.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und deswegen interessiert mich: Waren Sie damit befasst? In was für Runden? Wer saß da noch dabei? Wie wurde das besprochen? Ist ja nicht so lange her. Wenn Sie mir jetzt sagen: „2004, „Eikonol“, „Eikanol“, „Granat“, was war das? Weiß ich nicht mehr genau“, okay. Aber diese Zeit, neue Stelle, Ultrachaos, da wird man ja wohl irgendeine Erinnerung dran haben.

**Zeuge Albert Karl:** Ja; aber ich habe keine konkrete Erinnerung, in welcher Form man sich über die Frage der Dokumentation der Datenweitergabe ausgetauscht hat.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Nur, gab es - - Die Frage: Gab es Dokumentationen im Bundesnachrichtendienst über die Weitergabe von Metadaten - - Das war eine Frage, die diskutiert wurde. Und jetzt - - Wenn Sie mir sagen: „Ich erinnere nicht, ob es die gab oder nicht“, okay. Aber - -

**Zeuge Albert Karl:** Ich erinnere - - Also, ich erinnere mich tatsächlich im Augenblick nicht daran, ob es - - inwieweit die Datenweitergabe konkret dokumentiert wurde und in welcher Form.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ah ja. - Also, die entscheidende Frage fürs Bundeskanzleramt, ob in der Vergangenheit rechtskonform agiert wurde oder rechtswidrig - - Diese Beantwortung dieser Frage im Hinblick auf diese heikle Entscheidung: „Wie macht man weiter?“, das können Sie nicht erinnern?

**Zeuge Albert Karl:** Aufgrund der Tatsache, dass es Angaben gibt über weitergegebene Metadaten, über eine Größenordnung, muss ich ja davon ausgehen, dass der BND den Austausch dokumentiert, auch in technischen Systemen.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie gehen davon aus.

**Zeuge Albert Karl:** Ja.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber jetzt sind Sie Fach- und Rechtsaufsicht; Sie müssen es prüfen. Also, Sie haben geprüft. Was war das Ergebnis? Gab es diese Dokumentationen oder nicht?

**Zeuge Albert Karl:** Ich muss davon ausgehen, dass der BND die Übersendung dokumentiert hat.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So. - Und haben Sie diese Dokumentation gesehen seinerzeit?

**Zeuge Albert Karl:** Nein.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein?

**Zeuge Albert Karl:** Ich hatte sie nicht. Ich hatte kein Schriftstück vor Augen, woraus hervorging: Es wurden so und so viele Datensätze übermittelt, so und so dokumentiert. - Daran kann ich mich nicht erinnern. Das mag es gegeben haben in der Vielzahl der Schriftstücke.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Wir müssten jetzt - -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ganz kurz noch; das ist ja wohl für alle eine wesentliche Frage.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Immer, immer.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, weiß ich nicht; aber in dem Fall vielleicht schon.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Nein, ich meine das ernst.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie solche Dokumentationsunterlagen angefordert als Bundeskanzleramt?

**Zeuge Albert Karl:** Nein. Ich habe nicht angefordert - -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist jemand aus dem Bundesnachrichtendienst gekommen - Herr Schindler - und hat gesagt: „Ich habe die hier dabei; hier liegen die. Ich kann das zeigen“?

**Zeuge Albert Karl:** Ist mir nicht erinnerlich.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hat der gesagt: „Wenn ihr mich jetzt nach Dokumentationen fragt, bin ich blank. Bitte fragt mich nicht. Lasst uns Weltraumtheorie machen“?

**Zeuge Albert Karl:** Mir hat er das nicht gesagt.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ihnen nicht?

**Zeuge Albert Karl:** Nein.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber wahrscheinlich jemand anders, ja.

**Zeuge Albert Karl:** Herr Schindler hat nicht mit mir gesprochen darüber.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich verstehe. - Ich frage da gleich weiter.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay, herzlichen Dank. - Es macht vielleicht Sinn - das können wir mal in der Obleserunde besprechen -, ob wir in einer Beratungssitzung uns mal die Reichweite von Dienst- und Fachaufsicht anschauen, weil ich glaube, hier bestehen unterschiedliche Ansichten über die Reichweite und die Durchführung von Dienst- und Fachaufsicht, und da gibt es eigentlich relativ klare Regeln. Vielleicht sollten wir die uns mal hier in einer Sitzung zu Gemüte führen. Mir scheint hier ein unterschiedliches Verständnis davon zu sein. Also, jetzt nicht auf dich bezogen - grundsätzlich.

Wir kommen jetzt zu den Fragen der Fraktion der SPD. Gibt es noch - - Im öffentlichen Teil gibt es keine. Dann kommen wir zu den Fragen der Fraktion Die Linke. Frau Kollegin Renner.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Ich bleibe noch mal bei den Contractors, aber ein bisschen in

eine andere Richtung. - 2013, als dieser Notenwechsel verschoben wird, ist vorausgegangen eine Reihe von Artikeln in *Süddeutscher, Spiegel* und *Zeit*, die sich mit den US-Firmen und ihren Tätigkeiten in der Bunderepublik beschäftigt haben. Da ging es auch immer wieder darum, dass eben darunter Tätigkeiten sind wie Intelligence Analyst, also Auswerter von nachrichtendienstlichem Material. Das hat zur Folge gehabt - das ist total beeindruckend -, dass es zu all den in den Artikeln erwähnten Firmen umfangliche Listen gegeben hat als Anlage „Überblick zum anstehenden Notenwechsel“ - vielleicht erinnern Sie sich -, wo immer der Zeitungsartikel erwähnt war - also, der Zeitungsartikel ist ganz klar der Auslöser -, dann der Firmenname, die Tätigkeit, die Erklärung der US-Seite und dann so etwas wahrscheinlich wie die wirkliche Tätigkeit. Also, es gibt die Erklärung der US-Seite und dann die Tätigkeit.

Man hat also immer - - Auf diese Artikel hin ist man aktiv geworden und hat solche Listen angelegt. Und da fragt man sich ja, warum man so viel Energie darauf verschwendet, zu ergründen, was diese Contractors machen. Ich habe da so eine Erklärung dafür, weil eben in der Aufgabenbeschreibung der Contractors gelegentlich eben auch steht: Der Contractor erstellt Entscheidungspräsentationen zur Bestimmung von Personen oder Regionen für die „Joint Targeting List“. Das ist eine Unterlage MAT A MAD-1/2h, Seite 38. Es geht also um Zielerfassung.

War das mit eine Überlegung bei der Frage, ob man Einverständnis- bzw. Unbedenklichkeitsklärung erteilt, dass man nicht ausschließen kann, dass die in Deutschland tätigen US-Kontraktoren etwas mit dem geheimen Krieg zu tun haben?

**Zeuge Albert Karl:** Die Prüfung durch den BND - und nur das kann ich überblicken - bezog sich auf das angefragte Unternehmen und die beim BND bekannten Erkenntnisse zum Unternehmen und seine Tätigkeit, also zur Tätigkeit des angefragten Unternehmens. Aber die Details der Auflistung - - Es war mir nicht erinnerlich, dass es Gegenstand der Überlegung war im Sinne Ihrer Frage.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Martina Renner** (DIE LINKE): Weil es fällt ja dann zusammen - - Also, ich sage mal, wir haben ja ganz am Anfang gefragt zur HBW - nicht? Was war der Grund für die Schließung? Da hieß es irgendwie, die Ergebnisse wurden geringer, oder die Enttarnung war das Problem. Aber es gibt ja eben diese dritte mögliche Erklärung, dass man eben auf den Trichter gekommen ist, dass dort Daten erfragt werden - Mobilfunknummern, Geodaten und Ähnliches -, die zur Zielerfassung geeignet sind. Es gab auch einen entsprechenden Presseartikel in der Zeit; ich glaube: Der Tod, der vom Himmel fällt.

Das wäre natürlich noch mal ein anderer Beweggrund, zu sagen: Wir müssen bestimmte Sachen in Zusammenarbeit einstellen, wenn wir uns möglicherweise an völkerrechtswidrigen Exekutionen beteiligen. - War das in 2013 Debatte im Zusammenhang der Kooperation, dass es solche Anhaltspunkte gab?

**Zeuge Albert Karl:** Nein, nicht für den Bereich, den ich überblicken kann oder den ich verfolgt hätte.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Auch nicht in den Runden, in denen Sie saßen?

**Zeuge Albert Karl:** Nein.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Weil, wie gesagt, bei diesen „Contractor Lists“ fällt eben auf, dass diese Frage „Joint Targeting List“ aufgeschrieben wird.

**Zeuge Albert Karl:** Nein.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Nein?

**Zeuge Albert Karl:** War nicht, genau.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Dann wären wir bei meiner letzten Frage, und das ist die HBW und ihre Kooperation mit der DIA als militärischem Geheimdienst, die wir natürlich - - Ich hatte Sie ja vorhin gefragt, welche Erklärung Sie dafür haben, warum es ausgerechnet die DIA ist. Und da hätte ich einen stillen Vorhalt, und zwar ist das aus der Akte MAT A BND-2 - - Und dann

kann ich das nicht lesen. - 2i, Anlage 01 bis 05, Ordner 358, die Seite 148. Das ist ein Schreiben des Bundesnachrichtendienstes an Sie. Und ich würde Sie bitten - das sind nur zwei Seiten -, das durchzulesen, und ich würde Sie gerne zu dem letzten Satz etwas fragen: ob Sie mir dazu etwas nähere Auskünfte machen können. Davon müsste ich abhängig machen, ob wir noch eine eingestufte Sitzung benötigen. - Das ist jetzt keine Anforderung - - Sie müssen - -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Antworten Sie taktisch sehr klug!

(Heiterkeit)

**Martina Renner** (DIE LINKE): Aber ich kann jetzt die Kollegen beruhigen: Ich glaube, es ist VS-V. Wir könnten das auch hier unter Ausschluss der Öffentlichkeit bewerkstelligen.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
und RD Philipp Wolff (BK)  
nehmen Einblick)

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Wenn es VS nicht und Geheim - -

**Martina Renner** (DIE LINKE): Es ist VS-V, also VS-Vertraulich. Dann können wir es hier machen - nicht?

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Also, ein Sich-Herannähern ist mit Sicherheit möglich. Ansonsten habe ich die MAT-Nummer noch nicht nachvollziehen können. Da sind wir gerade dabei.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Ja, ich auch nicht, weil ich nicht so richtig die Schrift des Mitarbeiters entziffern kann.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Aha.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Aber ich kann Ihnen den Zettel übergeben.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Herr Wolff darf, ohne den Zeugen zu beeinflussen, gern mal über die Schulter gucken.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Der letzte Satz, Herr Wolff, interessiert mich. Das ist so X aus Y, und ich würde gerne wissen, ob man zu Y was sagen kann. - Sehen Sie, mit den geschwärzten Akten kann man nicht wirklich arbeiten - nicht, Herr Karl? Jetzt hat man das Problem, das nicht verstehen zu können.

**Zeuge Albert Karl:** Ich bin bei Ihnen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Wollen Sie schon mal Ihre Frage stellen, Frau Kollegin Renner? Dann kann der Zeuge mit Hintergrund der Frage bewusst lesen.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Na ja, die Frage ist, ob zu diesem letzten Satz, es gibt X aus Y - - zu denen was gesagt werden könnte, ob er dazu Ausführungen machen kann. Dazu müssten wir - -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** In welcher Richtung? Dann kann er vielleicht - -

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ob er die benennen kann, ob er die beschreiben kann.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Aha.

**Zeuge Albert Karl:** Nein.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Nein?

**Zeuge Albert Karl:** Nein, ich kann das nicht beschreiben.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Okay. - Dann hat das auch keinen weiteren Sinn, mit Ihnen dann in eine eingestufte Sitzung zu gehen, wenn Sie die nicht benennen können.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Also, Sie können es grundsätzlich nicht?

**Zeuge Albert Karl:** Nein, ich kann es nicht.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Okay.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. - Nicht nur, weil es jetzt hier öffentlich ist, sondern Sie können es grundsätzlich nicht?

**Zeuge Albert Karl:** Nein, nein; grundsätzlich nicht.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Okay, danke.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Gut. - Von der Fraktion der CDU/CSU noch Fragen? - Nein. Von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen noch Fragen?

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, ich habe noch Fragen. - Okay, also, bei den Dokumentationen sind wir jetzt so weit, dass Sie nicht erinnern können - ich will das noch mal festhalten -, Dokumentationen bezüglich der Weiterleitungen von Metadaten gesehen zu haben.

**Zeuge Albert Karl:** Ja.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Aber eine Rolle hat das damals gespielt. Können Sie die Monate verifizieren? War das gleich am Anfang Ihrer Zeit? Oder war das mehr so im November?

**Zeuge Albert Karl:** Also, es war nicht zu Anfang meiner Zeit. Es muss -

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ende 2013.

**Zeuge Albert Karl:** - Ende des Jahres eher -

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Gewesen sein.

**Zeuge Albert Karl:** - gewesen sein.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Gut. - Und können Sie sich noch an den Spruch der Kanzlerin erinnern: „Ausspähen unter Freunden geht gar nicht“?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Albert Karl:** Ja.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hat das zu Diskussionen bei Ihnen geführt im Haus?

**Zeuge Albert Karl:** Ja.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nämlich? Was für Diskussionen? - Ich mache Ihnen mal einen Vorschlag: Wenn das gar nicht geht, halten wir uns eigentlich daran. - War das eine Diskussion?

**Zeuge Albert Karl:** Ja, war auch ein Schlagwort, das gefallen ist oder - -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - So, und haben Sie dann mal mit dem Bundesnachrichtendienst gesprochen, was der eigentlich so macht und wen der so überwacht und was für Selektoren man steuert?

**Zeuge Albert Karl:** Nein, zum damaligen Zeitpunkt nicht.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): „Zum damaligen Zeitpunkt“ heißt?

**Zeuge Albert Karl:** Ende 2014.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bis Ende 2014 war das keine Diskussion?

**Zeuge Albert Karl:** Nein.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Im Bundeskanzleramt?

**Zeuge Albert Karl:** Ich kann nur für das Referat 603 sprechen, Herr Abgeordneter.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber den Spruch hat Frau Merkel am 24. Oktober 2013 gemacht. Und Sie wollen mir sagen, Sie haben das dann ein Jahr zeitverzögert besprochen?

**Zeuge Albert Karl:** Es gab zu dem Zeitpunkt keinen Anlass, über die Verwendung von Selektoren

im BND - - das zu vertiefen, sondern der Schwerpunkt war, wie gesagt, der Informationsaustausch.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das ist halt die interessante Frage, ob das stimmt, was Sie gerade gesagt haben. Das würde ich noch einmal überdenken.

**Zeuge Albert Karl:** Also, wie gesagt, mir ist es nicht aktiv erinnerlich, in welchem Zusammenhang - -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): „Nicht aktiv erinnerlich“?

**Zeuge Albert Karl:** Nein. Mir ist es nicht erinnerlich, in welchem Zusammenhang, in welchen Vorgängen. Möglicherweise wurde dann auch nachgefragt.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielleicht ist es passiv erinnerlich? Ich will mal versuchen, Ihnen zu helfen.

**Zeuge Albert Karl:** Ja, das war eine Steilvorlage.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Also, nun gibt es ja irgendwie zwei Sorten offenbar - ich bin mir inzwischen gar nicht mehr so sicher, ob das so ist - von Selektoren, die der Bundesnachrichtendienst steuert: einmal solche des AND, eines AND der Five Eyes, und eigene. So, und jetzt erst mal die Frage: die der NSA. Man hat Edward Snowden. Man sieht, da fließen irgendwie Daten aus Deutschland in die USA. Bedenklich, bedenklich! Wo kommen die her, wo gehen die hin? Was beinhaltet das überhaupt? Große Diskussion: Was macht der Bundesnachrichtendienst? Was machen die NSA-Selektoren? Was für Metadaten werden da ausgeleitet? - So, und dann macht Frau Merkel im Oktober diesen Spruch. Was ist dann passiert?

**Zeuge Albert Karl:** Ja, man hat sich die Zusammenarbeit mit der NSA und wir haben uns die konkrete Zusammenarbeit des BND mit der NSA angesehen: In welchen Liegenschaften passiert das? Auf welchen Grundlagen passiert das?





## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und?

**Zeuge Albert Karl:** Abkommen? Inwieweit gibt es technische Verbindungen? Was ist der Aufklärungsfokus? Was sind die Themen der Aufklärung?

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und was waren die Themen der Aufklärung?

**Zeuge Albert Karl:** Es war der Einsatz, es ging über Aufklärung von Krisengebieten, es ging um Aufklärung von Gebieten, in denen deutsche Truppen stationiert sind, Afghanistan.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auch, ja. Aber ging es auch um europäische Partner? Hat man gesagt: Diese Selektoren - - Was steuern wir da eigentlich?

**Zeuge Albert Karl:** Die Frage der Steuerung europäischer Partner oder Ziele in europäischen Staaten oder das Einstellen von Telekommunikationsmerkmalen, die entsprechende Ziele in europäischen Staaten betreffen, waren erst zu einem späteren Zeitpunkt Gegenstand auch der Vorlagen, auch der Nachfragen. Und es wurde dann, soweit ich erinnere, sofort, als das Thema bekannt wurde, beim BND nachgefragt.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): „Später“ heißt 2014? Oder 2015?

**Zeuge Albert Karl:** Ich kann Ihnen den konkreten Zeitpunkt nicht nennen, wann ich meine erste Nachfrage gestellt habe, auch dazu. Wie gesagt, es fällt mir wirklich schwer, einzuordnen zu den einzelnen Sachverhalten, -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, uns auch. Uns auch! Und deswegen - -

**Zeuge Albert Karl:** - zu welchem Zeitpunkt ich tatsächlich Kenntnis davon bekommen habe.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Klar. - Nur, ich war nicht dabei, -

**Zeuge Albert Karl:** Aber ich war nicht - -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - und Sie sind Zeuge, und Sie müssen mir wahrheitsgemäß antworten - genau -, und wir versuchen, rauszufinden, wie es war. Und deswegen bitte ich Sie, Ihr Gedächtnis noch mal anzustrengen, sozusagen: Wann wurde diskutiert: Was steuert man da für Selektoren und für Telekommunikationsmerkmale? Wo fließen Daten ab? Das muss ja - ich helfe Ihnen mal - eine Diskussion gewesen sein im Zusammenhang mit einer *Spiegel*-Geschichte: Deutschland-Akte Snowden. Da fließen irgendwie Daten in die USA. Was sind das für Daten? Was machen wir da überhaupt?

**Zeuge Albert Karl:** Herr Abgeordneter, ich kann die Frage beim besten Willen nicht beantworten, wann die Diskussion eingesetzt hat.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da haben Sie eine Erinnerungslücke?

**Zeuge Albert Karl:** Ja.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha.

**Zeuge Albert Karl:** Wenn Sie vielleicht ein Aktenstück haben, um mir die Einordnung zu erleichtern?

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie mal Selektoren gesehen?

**Zeuge Albert Karl:** Telekommunikationsmerkmale, ja.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das meine ich.

**Zeuge Albert Karl:** Ja.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So Listen?

**Zeuge Albert Karl:** Ja.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was werden denn da für Bereiche abgefragt? Was kennen Sie denn da für Bereiche?

**Zeuge Albert Karl:** IMEI.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

**Zeuge Albert Karl:** E-Mail-Adresse, Telefonnummer. Im Wesentlichen, ja, sind die - -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Daten von einem Router?

**Zeuge Albert Karl:** Ist mir nicht erinnerlich.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. - IMEI hatten Sie gesagt.

**Zeuge Albert Karl:** Ja, hatte ich gesagt.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Fax?

**Zeuge Albert Karl:** Faxnummern.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Faxnummern, Kopfzeilen von Faxen?

**Zeuge Albert Karl:** Ja, genau.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha, so. - Aber um was für Themen geht es denn da so? Ich frage mal: Botschaften und Konsulate?

**Zeuge Albert Karl:** Das ist nicht Thema, sondern es wäre im Prinzip die Stelle, an der die Telekommunikationsmerkmale zugeordnet werden.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay, dann machen wir mal Zuordnungen zuerst. Also, zu Namen komme ich dann.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Darf ich mal eben ganz kurz fragen: Gibt es bei den anderen Fraktionen noch Fragen? Sonst könnten wir im öffentlichen Teil - - Sonst könnten wir bei der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bleiben, bis sie

durch sind. Dann unterbreche ich nicht jedes Mal.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Ich habe noch eine Frage, aber die kann ich auch ans Ende dieses Komplexes stellen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Frau Renner macht dann die Abschlussfrage. Dann kann der Kollege von Notz nämlich durchmachen; sonst unterbreche ich alle acht Minuten. Das ist ja auch dann unglücklich, wenn sonst keine Fragen mehr sind. Gut. Weiter geht es.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Botschaften und Konsulate, sind das zum Beispiel Telekommunikationsmerkmale?

**Zeuge Albert Karl:** Nein.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sondern?

**Zeuge Albert Karl:** Sondern das sind Teilnehmer.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

**Zeuge Albert Karl:** Teilnehmer.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Teilnehmer?

**Zeuge Albert Karl:** Teilnehmer, denen Telekommunikationsmerkmale zugeordnet werden.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Militär wäre dann auch ein Teilnehmer, oder müsste ich es da dann konkret machen?

**Zeuge Albert Karl:** Dann müsste man konkret nachfragen.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ah, ja. Und bei Botschaften, Kons- - Also, Dänische Botschaft in Österreich.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Albert Karl:** Die Dänische Botschaft in Österreich wäre ein Telekommunikationsteilnehmer.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ein Telekommunikationsteilnehmer. - Ein Militärunternehmen in den USA, eine Firma?

**Zeuge Albert Karl:** Wäre ein Telekommunikationsteilnehmer.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. - Eine Organisation, eine NGO, Oxfam, in den USA?

**Zeuge Albert Karl:** Wäre ein Telekommunikationsteilnehmer.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Ein Kommunikationsunternehmen in einem beliebigen Land wäre - -

**Zeuge Albert Karl:** In dem Kontext Telekommunikationsteilnehmer.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Ministerien. Französisches Verteidigungsministerium.

**Zeuge Albert Karl:** Wäre ein Telekommunikationsteilnehmer.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Teilnehmer. - So, sind das alles Telekommunikationsteilnehmer, auf die sich Selektoren bezogen haben? Ich meine jetzt nicht die spezifischen Teilnehmer, sondern ich meine diese Bereiche, damit ich Sie nicht in die Bredouille bringe. Ich könnte auch sonst einfach aus der Presse die Sachen einzeln abfragen, aber das erspare ich uns jetzt mal. Aber diese Bereiche, Firmen aus dem Militär, Ministerien, NGOs, das sind alles so - -

**Zeuge Albert Karl:** Telekommunikationsteilnehmer.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau, für Selektoren. - Und jetzt Länder,

die da betroffen sein können, Standorte. Die USA: Vorstellbar?

**Zeuge Albert Karl:** Vorstellbar als was?

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dass der BND dafür Selektoren steuert.

**Zeuge Albert Karl:** Die USA ist nicht Aufklärungsziel des BNDs.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist nicht Aufklärungsziel?

**Zeuge Albert Karl:** Die USA nicht.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Herr Wolff hat eine Anmerkung.

**RD Philipp Wolff** (BK): Ich will nur ganz generell den Zeugen darauf aufmerksam machen, dass ich natürlich davon ausgehe, dass das alles rein fiktiv ist, was der Abgeordnete von Notz vorträgt, dass er aber natürlich konkret keine Selektorentypen oder ganz konkrete Selektoren bestätigen oder negieren kann.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Wobei der Zeuge - - Also ich habe das, was ich gerade sage, aus der Presse. Darüber wurde ja viel geschrieben. Und sozusagen der Zeuge hat gesagt, er hat Selektoren gesehen, und ich würde jetzt gerne versuchen, abzugleichen, weil ich mich ja dem Problem annähern möchte, ob das, was damals festgestellt wurde, mit der Rechtslage kompatibel war. Dafür war er ja irgendwie mit verantwortlich. Also, es ist kein schönes Thema, für uns beide nicht, aber wir wollen es ja miteinander besprechen. - Herr Wolff hat da noch eine Meinung zu.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Das sehe ich nicht gut, wenn die Hand so halb hoch ist. Herr Wolff.

**RD Philipp Wolff** (BK): Entschuldigung. - Aber der Zeuge hat keine Aussagegenehmigung für die Bestätigung konkreter Selektoren oder Selektorentypen. Das wollte ich hier nur sagen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach so, für Selektorentypen nicht?

**RD Philipp Wolff** (BK): Wenn es um konkrete Länder geht zum Beispiel, natürlich nicht.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was heißt „natürlich nicht“? Das ist die Diskussion.

**RD Philipp Wolff** (BK): Richtig. Er hat dazu aber keine Aussagegenehmigung.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Zeitungen sind voll davon, dass Selektoren gesteuert wurden, bei denen es um Europa ging. Und dafür hat er keine Aussagegenehmigung?

**RD Philipp Wolff** (BK): Korrekt. Wenn es um die Bestätigung oder darum geht, zu sagen: „Nein, das war nicht“, „Das war“, dafür hat er keine Aussagegenehmigung. Das ist so korrekt, Herr von Notz.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, wenn ich ihn jetzt frage, Dänemark, Spanien, Frankreich, dann darf er das gar nicht beantworten?

**RD Philipp Wolff** (BK): Nein.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, okay. - Haben Sie in diesem Zusammenhang auch Filterungen besprochen - „Funkzionieren unsere Filter?“ -, zum Schutz von Grundrechtsträgern zum Beispiel?

**Zeuge Albert Karl:** Ja, die Art und Weise von Filtern, ja.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Da habe ich mal eine Frage, weil ich das technisch die ganze Zeit schon nicht verstehe. Wenn es jetzt Selektoren gäbe, die Deutschland steuert für, sagen wir mal, Botschaften in Deutschland von bösen Staaten, wo man sagt: „Na, das ist richtig, die muss man schön kontrollieren“, aber die haben ja normale Telefonnummern, so 49er-Nummern und so, weil die

sind ja in Deutschland, wie sorgt man eigentlich dafür, dass das nicht ausgefiltert wird durch DAFIS?

**Zeuge Albert Karl:** Durch ein technisches Filterverfahren, das die 0049 als Ländervorwahl erkennt.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber jetzt geht es mir ja gerade darum, jemanden mit einer 49-03-Nummer [sic!] zu bekommen, weil das für mich ein Aufklärungsziel ist. Wie Sorge ich dafür, dass DAFIS das nicht alles aussortiert? Also, über DAFIS hat der Präsident hier lang und breit in öffentlicher Sitzung erzählt. Das wäre ein ganz tolles Stufenverfahren. Hat er alles im Präsens erzählt. Also, ich glaube, für die Vergangenheit galt das nicht.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Herr Wolff.

**RD Philipp Wolff** (BK): Ich will Herrn von Notz nicht unterbrechen. Er kann natürlich erst zu Ende führen, danach hätte ich nur ganz gerne eingehakt, um zu sagen, dass natürlich die technischen Details dann, wie war die Frage, wie funktioniert das, dass man das rausbekommt, da hat der Zeuge in eingestufte Sitzung seine Aussage - -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber der Präsident durfte das hier in öffentlicher Sitzung, als - -

**RD Philipp Wolff** (BK): Nein. Der Präsident hat das abstrakt dargestellt. Er hat aber nicht genau dargestellt, wie das funktioniert, dass man das rausbekommt. Darauf wollte ich den Zeugen nur hinweisen.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben vorhin gesagt, die USA wären kein Aufklärungsziel. Kann es dann trotzdem sein, dass der Bundesnachrichtendienst Selektoren gesteuert hat, die Richtung USA gehen? Oder wäre das ausgeschlossen, rechtswidrig, problematisch? Wie ist das diskutiert worden?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Albert Karl:** Zu konkreten Telekommunikationsmerkmalen kann ich Ihnen keine Auskunft geben.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe nach gar keinem konkreten gefragt. Ich könnte nach einem konkreten fragen. Man hat viele in der Presse gelesen. Aber ich frage grundsätzlich. Ich kann die Frage auch weiter abstrahieren, wenn Ihnen das hilft.

**Zeuge Albert Karl:** Wenn ein Telekommunikationsmerkmal dem Bereich Terrorismus zum Beispiel zuzuordnen wäre.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann ist es so, wie der Kollege Schipanski vorhin gesagt hat: Wenn ein Franzose Dschihadist ist, dann steht das Dschihadistische im Vordergrund, nicht das Französische sozusagen. So habe ich den Kollegen verstanden. Ich mache mir das ausdrücklich nicht zu eigen.

**Zeuge Albert Karl:** Ja.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie würden sagen, Schipanski hat recht?

**Zeuge Albert Karl:** Dann ist es denkbar, ja.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. Guck mal, da findet mal jemand, dass du recht hast. - Aber für Deutsche gilt das nicht? Also, wenn ich einen deutschen Dschihadisten habe - er ist ja Grundrechtsträger und Dschihadist -, steht dann auch das Dschihadistische im Vordergrund oder das Deutsche? Oder könnte man sagen: Er ist Funktionsträger für den Dschihadismus, und deswegen spielt das Grundrecht nicht so eine Rolle? Oder wie hat man das damals diskutiert? Das ist eigentlich das, was mich interessiert. Und Sie sind da so verstockt.

**Zeuge Albert Karl:** Ja. Man muss die - - Nein, nicht verstockt. - Man muss die Auslandsaufklärung von der G-10-Aufklärung des BND unterscheiden.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Absolut. Jetzt habe ich den Deutschen als Beispiel genommen, aber wir können den Franzosen, den Amerikaner, den Österreicher oder wie auch immer nennen. Sie haben vorhin gesagt, die USA war nur ein Beispiel, braucht keinen Selektor mit den USA zu geben. Ein Beispiel steht nicht im Auftragsprofil der Bundesregierung drin. Trotzdem mag es Selektoren zu solchen Ländern geben. Ist das in Ordnung, oder ist das nicht in Ordnung?

**Zeuge Albert Karl:** Das ist in Ordnung.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist in Ordnung. - Also, wenn der Bundesnachrichtendienst - so ist das im Bundeskanzleramt damals diskutiert worden - Ziele steuert, die nicht im Auftragsprofil der Bundesregierung stehen, die befreundete Länder sind, die EU-Mitglieder sind, die SIGINT Seniors sind, die was weiß ich alles sind,

(Martina Renner (DIE LINKE): NATO!)

NATO-Länder, das war trotzdem okay, die zu steuern, diese Selektoren.

**Zeuge Albert Karl:** Das ist auch so nicht zu verstehen, weil es geht um eine konkrete Information. Es geht im konkreten Fall um Gewinnung von Informationen im gesetzlichen Auftrag und im Auftragsprofil des BND, und es geht nicht um Ausspähung von Partnern, befreundeten Staaten.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Sie würden sagen, man kann Selektoren bezüglich Ministerien in den USA, bezüglich Botschaften von Frankreich steuern, ohne den Merkel-Satz zu verletzen: Ausspähen unter Freunden, das geht gar nicht. - Das kriegt man unter einen Hut im Bundeskanzleramt. Und das hat man Ende 2013 im Bundeskanzleramt unter einen Hut gebracht?

**Zeuge Albert Karl:** Ich denke, man muss tatsächlich eben diese Unterscheidung treffen, dass man Freunde oder befreundete Staaten nicht ausspäht.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Würde ich auch sagen. Aber jetzt waren Sie ja für die praktische Anwendung zuständig. Und stimmte die Realität mit dem von Ihnen eben geäußerten Satz überein?

**Zeuge Albert Karl:** Dazu müsste ich Auskunft über die Selektoren geben. Das ist nicht von meiner Aussagegenehmigung abgedeckt.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist jetzt aber nicht sehr elegant. - Noch mal ganz anders, Herr Karl: Wer war denn damals an diesen Prozessen, diesen Diskussionen noch beteiligt? Sie sind ja da nicht der Hauptverantwortliche. Wer saß denn da in den Runden noch mit bei?

**Zeuge Albert Karl:** Es gab da keine großen Runden, sondern man hat zwischen den Referaten diskutiert.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Welchen Referaten?

**Zeuge Albert Karl:** Referat 601. Das für G 10 - -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 601, 603. Wer noch?

**Zeuge Albert Karl:** 603. Das waren schon die wesentlichen.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): War Herr Heiß beteiligt?

**Zeuge Albert Karl:** Es wurde auch in den Runden mit dem Abteilungsleiter darüber gesprochen.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): War der Präsident des BND beteiligt?

**Zeuge Albert Karl:** In den Runden dazu wurde zunächst im - -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer war denn von BND-Seite dabei, wenn der Präsident nicht dabei war?

**Zeuge Albert Karl:** Es wurde mit der - - mit Vertretern der Abteilung TA gesprochen.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): TA. Wer war das?

**Zeuge Albert Karl:** Der Abteilungsleiter.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie das Kürzel sagen?

**Zeuge Albert Karl:** P.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Pauland?

(Zuruf: Ja!)

- Den dürfen wir sogar nennen mit vollem Namen?

(Zuruf: Ja!)

Also Herr Pauland war bei diesen Runden dabei?

**Zeuge Albert Karl:** Nein, nicht immer. Es gab durchaus Besprechungen - -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): War Herr D. B. mal dabei?

**Zeuge Albert Karl:** Nicht immer.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht immer. Aber er war mal dabei?

**Zeuge Albert Karl:** Aber ich kann nicht sagen, wann genau in welchen - -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie sind ihm mehr als einmal begegnet in diesen Wochen?

**Zeuge Albert Karl:** Natürlich.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. Das ist doch interessant. - Und was hat Herr D. B. so erzählt in diesen Runden? Hat er mal erzählt, dass es einen Auftrag an Herrn Dr. T. gegeben hat, wo er irgendwie mal checkt,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

was überhaupt für Selektoren geprüft werden, dass man sich das mal anguckt?

**Zeuge Albert Karl:** Nein, das weiß ich nicht.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wissen Sie nicht? Wie meinen Sie das, Sie wissen das nicht? Ihnen sagt der Name Dr. T. nichts?

**Zeuge Albert Karl:** Nein. Erstens wusste ich nicht, welche Weisungen Herr Pauland gegeben hat, und ich kenne Dr. T. nicht oder kann das nicht zuordnen.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Müsste Herr Pauland eine Weisung gegeben haben, damit da überhaupt was passiert, oder könnte D. B. da selbst aktiv geworden sein?

**Zeuge Albert Karl:** Ich denke, dass der Abteilungsleiter eine entsprechende Weisung gegeben hat. Es kann auch sein, dass ein Unterabteilungsleiter selbst initiativ wird, Vorschläge macht.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn zum Beispiel der Abteilungsleiter nicht da ist? War das so?

**Zeuge Albert Karl:** Das weiß ich nicht.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wissen Sie nicht?

**Zeuge Albert Karl:** Nein, Herr Abgeordneter.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie nicht erinnern?

**Zeuge Albert Karl:** Ich weiß es nicht, Herr Abgeordneter, ob dem so war.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): War Herr W. K. bei diesen Runden dabei? W. K. - Wilhelm, Konrad. So heißt er nicht, aber so - -

**Zeuge Albert Karl:** Kenne ich nicht, nein.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Unterabteilungsleiter T1.

**Zeuge Albert Karl:** Der Name sagt mir nichts.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Aber D. B. sagt Ihnen was? Der war sozusagen in den Runden mit dem Bundeskanzleramt - -

**Zeuge Albert Karl:** Nein, nein.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sondern? Wo haben Sie den getroffen?

**Zeuge Albert Karl:** Irgendwann mal bei Besprechungen im - -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Irgendwann mal - -

**Zeuge Albert Karl:** Nein, Herr Abgeordneter, ich kann das nicht zeitlich zuordnen, wann ich in meiner Verwendung zum ersten Mal mit D. B. gesprochen habe, in welcher Runde das war.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Karl!

**Zeuge Albert Karl:** Es war nicht 2013.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht 2013?

**Zeuge Albert Karl:** Nein.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es gab keine Runde im Bundeskanzleramt im Jahr 2013, bei der Sie mit D. B. zusammensaßen? - Herr Wolff, da gibt es nun wirklich keinen Grund außer - -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Herr Wolff. Vielleicht hilft es.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na gut.

**RD Philipp Wolff** (BK): Es hilft möglicherweise wirklich, weil ich das Gefühl habe, es läuft



## Nur zur dienstlichen Verwendung

jetzt - -Ich kann ihm zum einen die Person bezeichnen, dann hilft man ihm schon weiter, W. K., das er es zuordnen kann. Und zum anderen glaube ich, dass es um einen Zeitraum geht, der nicht in den Untersuchungszeitraum fällt, so dass er das auch einordnen kann. Ich glaube, das wäre sehr hilfreich für ihn, weil ich jetzt nicht das Gefühl habe - - Da geht jetzt, glaube ich, einiges durcheinander.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie das Gefühl, dass ich vom März 2015 spreche, Herr Karl? Da spreche ich gar nicht von. Ich bin immer noch im Jahr 2013.

**Zeuge Albert Karl:** Herr Abgeordneter, ich kann es zeitlich nicht zuordnen genau mehr, wann welche Runde, welches Gespräch mit wem stattgefunden hat. Ich kann es tatsächlich nicht.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie würden Sie W. K. erklären?

**RD Philipp Wolff** (BK): Ich kann es ihm zuflüstern.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Machen Sie das.

(RD Philipp Wolff (BK)  
begibt sich zum Zeugen  
und spricht mit ihm)

Kennen Sie ihn, ja?

**Zeuge Albert Karl:** Ja. Also, ich kann die Person zuordnen.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Und?

**Zeuge Albert Karl:** Mit W. K.?

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und D. B. Mit den beiden, hatten Sie da mal eine Runde im Jahr - - Sie waren gerade frisch da, in dieser neuen Verantwortung 603, die Hütte brennt, und Sie sitzen mit denen zusammen und besprechen irgendwie, wie ist das mit

Datenabflüssen, wie beantworten wir die parlamentarische Frage XY.

**Zeuge Albert Karl:** Nein, Herr Abgeordneter, das ist mir nicht Erinnerung, dass ich 2013 mit D. B. und W. K. in einer Besprechung gewesen wäre.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein.

**Zeuge Albert Karl:** Außer es kann sein - - Jedenfalls ist es mir nicht Erinnerung. Auch nicht zu dem Thema, wie gehen wir damit um. Aus meiner Erinnerung heraus war der Zeitraum ab August bis Ende des Jahres, Anfang 2014 fast ausschließlich bei der Befassung mit der technischen Aufklärung im Zusammenhang mit der Aufarbeitung, Nachfragen zur technischen Aufklärung, zur Kooperation mit dem ausländischen Partner.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie die Arbeit unseres Untersuchungsausschusses die letzten Monate so ein bisschen verfolgt?

**Zeuge Albert Karl:** Ja.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie mitbekommen, dass D. B. und andere da im August irgendwie auf eigene Rechnung Zehntausende von Selektoren gelöscht haben wollen? Haben Sie das gelesen?

**Zeuge Albert Karl:** Gelöscht ist mir nicht Erinnerung.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich sage das immer, weil D. B. das so sagt. Das scheint nicht das richtige Vokabular zu sein, das viele Fragen aufwirft.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ich frage jetzt mal ganz kurz: Wie viele Fragen sind denn wohl noch an den Zeugen zu richten? Weil, ich habe so ein bisschen den Eindruck, das war ein ganz schön anstrengender Tag für den Zeugen, wenn ich das richtig von hier beurteile. Aber - -





## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also auf mich macht er einen blendenden Eindruck. Aber die Fürsorge - -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Deswegen frage ich einfach mal. Das entscheide ja auch nicht ich; das entscheidet der Zeuge. Deswegen frage ich mal: Sind Sie noch fit?

**Zeuge Albert Karl:** Ja.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. Aber ich habe es zumindest noch gehört, das Ja. Das ist schon mal gut.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Vorsitzender, ganz kurz über Subjektivität von Dingen: Wenn die Grünen mal 15 Minuten jemanden befragen, ihr fragt jedes Mal 27 Minuten.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ich frage auch erst nach 34.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das kommt einem dann sehr lange vor, wenn man immer nur Acht-Minuten-Blöcke von den Grünen gewohnt ist. Aber - -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Wie du sagst: Das ist subjektiv.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, das ist eine Perspektivenfrage. Tut manchmal gut.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Genieß das immer so, dass ich immer noch Minuten draufpacke, weil ich das so schön finde.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, sehr schön.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Also, los geht's.

(Christian Flisek (SPD):  
Frag!)

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wo waren wir?

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Es muss auch nicht mehr gefragt werden.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe gerade eine Frage gestellt, und dann hat mich der Vorsitzende in Fürsorge für Sie unterbrochen. Worum ging es gerade?

(Heiterkeit)

**Zeuge Albert Karl:** Es ging um die Frage der Löschung.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau, also die Deaktivierung. So fit ist der Zeuge. Jetzt ist es amtlich. So. - Also: Deaktivierung. Das haben Sie gelesen. Die wollen da auf eigene Rechnung - - Zwei Unterabteilungsleiter und ein paar Leute zusammen haben Zehntausende „gov“- , „diplo“- , „Bundesamt“-Selektoren gelöscht und haben das niemandem erzählt. Kam Ihnen das komisch vor?

**Zeuge Albert Karl:** Für den betreffenden Zeitraum - - Anders angefangen: Zu dem Zeitraum, in dem die Deaktivierung oder die Anweisung dafür gegeben wurde, war ich nicht informiert, sondern erst um vieles später, wenn nicht erst 2015.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Sie haben davon nichts erfahren?

**Zeuge Albert Karl:** Nein.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Im Jahr 2013 nicht, im Jahr 2014 nicht? Nichts?

**Zeuge Albert Karl:** Im Jahr 2013, kann ich nicht sagen. Kann ich mich nicht erinnern.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht erinnern?

**Zeuge Albert Karl:** Nein.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber dabei ist doch die Frage so interessant gewesen.

**Zeuge Albert Karl:** Ich weiß.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja.

**Zeuge Albert Karl:** Das war es auch für mich damals.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, und da liegt so eine gewisse Spannung dazwischen, zwischen diesem Umstand, dieser interessanten Frage, was für Selektoren steuern wir da eigentlich für die Amerikaner - ich beziehe mich jetzt mal nur auf die amerikanischen Selektoren -, und dem Umstand, dass das Bundeskanzleramt da gar nicht mehr nachgehakt hat, so als könnte man sich drauf verlassen, dass die da beim BND schon irgendwie selbst aktiv geworden sind. Also, kann es sein, dass Ihnen mal jemand gesagt hat, Herr Karl: „Brauchen Sie nicht mehr nachzufragen, wir kümmern uns hier intern um die Sache“?

**Zeuge Albert Karl:** Nein.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein? Hat der D. B. nicht mal so gesagt in der Runde oder so?

**Zeuge Albert Karl:** Nein.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und irgendwie anders? Hat Sie das - - „Da brauchen Sie sich keine Gedanken mehr drum zu machen.“

**Zeuge Albert Karl:** Ich kann mich auch nicht erinnern, dass ich im Jahr 2013 mit D. B. in einer Runde, wie Sie es bezeichnen, gesprochen hätte, Herr Abgeordneter.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, ist ja eine angenehme Gesprächsrunde, aber sie ist wenig ergiebig, Herr Karl, und Sie haben Wissenslücken an den ganz entschei-

denden Stellen. Das ist ausgesprochen bedauerlich. Und es bleiben Fragen. - Noch mal ein ganz anderes Thema. Sie haben am 11.12.2003 - - ging es darum, im Hinblick auf - -

**Zeuge Albert Karl:** Pardon, war das 2003?

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, das Datum stimmt nicht. Das Schreiben ist vom 20.01.2004. Das Problem ist, das ist eine ursprünglich Streng Geheim oder Geheim eingestufte Unterlage, die inzwischen runtergestuft ist, oder inzwischen ist sie sogar offen. Und es ging - - Betreff: Überwachung von Transitverkehren. Und da ging es um die Unterlagen, um die Diskussion zum sogenannten - -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Welche ist denn das? Dass wir die nachschlagen können.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das ist - -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Die von eben, dieses Dokument?

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. - Blatt 50, nein. Es müsste MAT A BND-17/3, BND-9/6, Tagebuchnummer 20/14, Streng Geheim - herabgestuft sein.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Danke.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bevor ich daraus zitiere, gucke ich mal rüber. - Es ist inzwischen ein offenes Dokument.

(Zuruf: Immer offen!)

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Mach mal schnell. Dann ist es durch.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. Also da geht es darum auf jeden Fall - und an den Vorgang könnten Sie sich gut erinnern -, dass man vom BND aus bittet, dass die Sachen aus dem Bundeskanzleramt bezüglich Überwachung von Transitverkehren und vor allen Dingen Freibrief, der Schriftverkehr dazu an den BND zurückgeschickt wird. Und ich stelle



## Nur zur dienstlichen Verwendung

mir das mal so vor: Sie haben dann die Akte genommen, haben die Sachen da rausgenommen und haben das tatsächlich zurück an den BND geschickt, den Vorgang. Können Sie sich daran erinnern?

**Zeuge Albert Karl:** Nein. Aber es ist so vorstellbar, aufgrund eben der - -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Und das ist die interessante Frage: Hat es das häufiger gegeben, dass der BND Akten, die im Bundeskanzleramt waren, zurückgefordert hat und man dann die Akten zurückgeschickt hat?

**Zeuge Albert Karl:** Ist mir nicht erinnerlich. Weiß ich nicht.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber dieser eine Fall ist Ihnen erinnerlich? Aber Sie sagen, es könnte so gewesen sein?

**Zeuge Albert Karl:** Zeigen Sie mir bitte auch das Dokument. Es fällt mir dann leichter, es einzuordnen, wenn ich es vor Augen habe.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das würde ich gerne. - Das ist in der Geheimschutzstelle. Das haben wir jetzt nicht da. Ich habe nur - - Ich guck mal ganz kurz. - Also, ich will mal sagen, warum ich das überhaupt frage: Einmal, weil ich den Vorgang selbst maximal kurios finde, aber wir haben bezüglich anderer Dinge auch keine Vorgänge im Bundeskanzleramt. Und könnte es sein, dass, bezüglich zum Beispiel der Diskussion um Selektoren, im Jahr 2013, 2014 im Bundeskanzleramt man Akten bezüglich dieser Diskussion einfach an den BND zurückgeschickt hat?

**Zeuge Albert Karl:** Ich kann mich an den Vorgang nicht erinnern. Es ist auch an sich nicht üblich. Ich kann mich nicht erinnern, Herr Abgeordneter.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich gebe vorerst ab.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. - Frau Kollegin Renner hatte auch noch eine Frage.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Ich habe eine Frage. Dieser Ausschuss hat zu Beginn seiner Arbeitsaufnahme einen Verfahrensbeschluss gefasst, den man so verkürzt als Löschmoraatorium bezeichnet. Es ging an alle Ministerien, die beteiligt sind, und die nachgeordneten Stellen, dass Akten, die im Zusammenhang mit dem Untersuchungsgegenstand stehen, tunlichst nicht in den Schredder gesteckt werden. Ist das bei Ihnen auch aufgeschlagen?

**Zeuge Albert Karl:** Ja.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Super. Das ist ja schon mal ein guter - - Wann? Zeitnah sicherlich.

**Zeuge Albert Karl:** Zeitnah.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Und dann haben Sie auch Veranlassungen getroffen, die Abteilungsleiter, oder - - was das Bundeskanzleramt angeht.

**Zeuge Albert Karl:** Ja, bzw. die Abteilung 6.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Haben Sie als Fach- und Dienstaufsicht auch Veranlassungen gegenüber dem BND getroffen, -

**Zeuge Albert Karl:** Hm.

**Martina Renner** (DIE LINKE): - dass das eingehalten wird, falls sie selbst nicht so drauf kommen?

**Zeuge Albert Karl:** Das war die Abteilung 6, aber nicht mein Referat, -

**Martina Renner** (DIE LINKE): Ah, das war wieder das andere Referat.

**Zeuge Albert Karl:** - weil dafür an und für sich zuständig war die Projektgruppe Untersuchungsausschuss bei uns.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Und hat das gut funktioniert?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Albert Karl:** Das kann ich nicht beurteilen. Also, für meinen Bereich hat es gut funktioniert, weil nichts gelöscht wurde.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Haben Sie denn mitbekommen, dass es im anderen Bereich nicht so gut funktioniert hat?

**Zeuge Albert Karl:** Nein.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ist das mal Thema gewesen, dass irgendetwas irgendwo gelöscht wurde?

**Zeuge Albert Karl:** Nein.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Gar nicht?

**Zeuge Albert Karl:** Nein.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Wir haben mehrere Vorgänge hier, die uns mittlerweile beschäftigen, wo wir davon ausgehen, dass es Löschungen gegeben hat im Bundesnachrichtendienst von E-Mails, von Back-ups, von allem Möglichen. Das würde dann im Bundeskanzleramt wo als Problematik aufschlagen? Nicht in Ihrem Referat?

**Zeuge Albert Karl:** Nein, in dem Zusammenhang würde es bei mir vermutlich nicht aufschlagen.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Und wo schlägt das auf?

**Zeuge Albert Karl:** Wenn es im Zusammenhang mit dem Untersuchungsausschuss wäre, -

**Martina Renner (DIE LINKE):** Bei Herrn Wolff?

**Zeuge Albert Karl:** - bei Herrn Wolff und seiner Projektgruppe.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Wenn es Fragen gibt im Zusammenhang mit dem Untersuchungsausschuss, dass man möglicherweise prüfen muss, ob Mitarbeiter im Bundesnachrichtendienst - ich sage jetzt etwas verkürzt - sich korrekt verhalten haben oder möglicherweise auch auf der anderen Seite Vorschriften missachtet haben, also zum Beispiel Dienstanordnungen zu

melden, wenn es wichtige Ereignisse gibt und Ähnliches, wo würde das im Bundeskanzleramt auflaufen?

**Zeuge Albert Karl:** Im Referat 602.

**Martina Renner (DIE LINKE):** 602. Die würden mit dienstrechtlichen Fragen sich beschäftigen?

**Zeuge Albert Karl:** Ja. Ja.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Okay. Sie hatten so etwas nicht. Also bei Ihnen keine Kenntnis zu dienstrechtlichen Vorgängen im Bundesnachrichtendienst.

**Zeuge Albert Karl:** Nein. Nein.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Dann habe ich nur noch eine abschließende Frage. Herr von Notz hat ja jetzt sehr lange gefragt zu diesen Selektorenüberprüfungen und -deaktivierungen in 2013 ff. betreffend der NSA-Selektoren und betreffend der eigenen Selektoren und der Problematik deutsche Interessen, europäische Interessen, ist USA ein Ziel, sind Regierungsstellen ein Ziel und Ähnliches mehr. Ich will gar nicht die Details fragen. Aber ist es vorstellbar, dass solche Entscheidungen, derartige Ziele zu steuern, seien es NSA-Selektoren oder BND-Selektoren, die möglicherweise - das untersuchen wir ja - europäische und deutsche Interessen verletzen, sich ohne G-10-Anordnung gegen deutsche Staatsbürger gerichtet haben, nicht dem Aufgabenprofil des BND entsprechen - das sind ja die drei wesentlichen Vorwürfe -, dass solche Entscheidungen, solche Selektoren zu steuern, allein in der Abteilung TA getroffen wurden? Sie beschäftigen sich ja viel mit der Abteilung TA. Ist das denkbar, dass solche Entscheidungen von solcher Tragweite allein in der Abteilung TA getroffen werden, wenn es so wäre, dass deutsche Bürger ohne G-10-Anordnung betroffen sind?

**Zeuge Albert Karl:** Nein. Also, die Betroffenheit deutscher - - Steuerung deutscher Bürger ohne G-10-Antrag, nein.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Könnte nicht allein die Abteilung TA entscheiden?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Albert Karl:** Das wäre G 10.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Die Entscheidung, Regierungsstellen in Europa außerhalb des Aufgabenprofils des BNDs zu überwachen, kann das alleine die Abteilung TA entscheiden?

**Zeuge Albert Karl:** Die Fragestellung ist sehr einfach, weil Sie im Prinzip ja - -

**Martina Renner (DIE LINKE):** Okay. Ja, das machen wir zum Schluss manchmal, weil wir ja auf des Pudels Kern hier kommen wollen.

**Zeuge Albert Karl:** Grundsätzlich ist die Abteilung TA zuständig für die Steuerung der Selektoren.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Genau. Und wenn unter den Selektoren sich eben - ich will jetzt gar nicht sagen, ob es US-amerikanische oder deutsche Selektoren waren - viele, viele befinden, die sich gegen europäische Regierungsstellen richten, kann das - - Also nicht ein Einzelner, wo man jetzt sagt, da hat der Dschihadist im französischen Außenministerium gearbeitet - Sie wissen jetzt, was ich meine, ja? -, -

**Zeuge Albert Karl:** Es wäre auch nicht - -

**Martina Renner (DIE LINKE):** - sondern viele, viele, viele, viele, wo man auch nicht eine einzelne Person, sondern vielleicht manchmal eine ganze Arbeitseinheit in einem Ministerium erfasst. Kann das die Abteilung TA alleine entscheiden, so was zu tun?

**Zeuge Albert Karl:** Da es politisch wesentlich ist, dürfte das die Abteilung TA nicht tun. Das müsste die - - Das wäre ein Fall, wo es mindestens die Leitung zur Kenntnis bekommen müsste.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Und könnte die Abteilung TA alleine entscheiden, dass man Ziele in den USA steuert, die sich auf internationale Organisationen oder Nichtregierungsorganisationen beziehen außerhalb des Aufgabenprofils des Bundesnachrichtendienstes?

**Zeuge Albert Karl:** Das ist eine sehr spekulative Frage, Frau Abgeordnete.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ja, wir sind jetzt in der Spekulationsrunde. Kann das die TA? Also, Sie kennen die Abteilung TA sehr gut, glaube ich.

**Zeuge Albert Karl:** Ich könnte jetzt mit einem Lächeln antworten: nicht gut genug.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ja, gut genug, genau.

**Zeuge Albert Karl:** Nicht gut genug.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Nicht gut genug. Okay. Aber ich glaube auch, gut genug, um zu wissen, warum wir das fragen. Gibt es ein Eigenleben der Abteilung TA?

**Zeuge Albert Karl:** Das ist eher eine philosophische Frage. Die Abteilung TA ist wie alle anderen Abteilungen Abteilung des BND.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Habe ich bis jetzt auch gedacht, ja.

**Zeuge Albert Karl:** Natürlich, die Sachverhalte, mit denen sich Abteilung TA befasst, sind komplex, anders als in anderen Abteilungen. Insofern ist vielleicht ein Unterschied gegeben. Aber ich würde es nicht als Eigenleben bezeichnen, weil letztendlich die Vorschriften, die Gesetze gelten auch für TA in gleicher Weise. Insofern - -

**Martina Renner (DIE LINKE):** Aber wichtig war mir noch mal, wenn es der Fall wäre - rein hypothetisch -, dass derartige Ziele, wie ich sie jetzt genannt habe, also deutsche Staatsbürger ohne G-10-Anordnung und Ähnliches, gesteuert wurden, dass das nicht ohne Wissen einer auch der TA vorgesetzten Stelle stattfinden kann. Gut. Also das ist für uns noch mal - -

**Zeuge Albert Karl:** Fälle von erheblicher Bedeutung müsste die Leitung genehmigen.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Okay. Danke.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ganz herzlichen Dank. - Herr Kollege von Notz.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ganz kurz zum Schluss noch mal: Ich habe das ja so verstanden, dass Sie jetzt da mit der 603 im Grunde die Qualitätskontrolle für das machen, was da bei der Fernmeldeaufklärung geschieht. Jetzt darf ich das ja nicht für den aktuellen Zustand, wo das bestimmt alles ganz super ist, nachfragen, aber sozusagen bis 2014 würde mich mal interessieren: Sie hatten ja früher einen Schwerpunkt Proliferation.

**Zeuge Albert Karl:** Der ist nach wie vor im Referat. Er ist nach wie vor ein wichtiger - -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nach wie vor. Der ist auch im Referat, aber nicht mehr Ihr Schwerpunkt, sondern Sie sind jetzt für alles zuständig.

**Zeuge Albert Karl:** Im Prinzip. Für sehr viele Dinge im BND, ja.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Wie teilt sich das denn so auf, jetzt prozentual, globaler Terrorismus? Wie viel Prozent der Selektoren betreffen Terrorismus?

**Zeuge Albert Karl:** Das kann ich Ihnen nicht sagen.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ungefähr.

**Zeuge Albert Karl:** Das kann ich Ihnen nicht sagen, Herr Abgeordneter.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sind das 2 Prozent oder 25?

**Zeuge Albert Karl:** Das kann ich Ihnen nicht sagen, wie sich die - -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Als derjenige, der die Qualitätskontrolle macht für die Selektoren der Fernmeldeaufklärung des Bundesnachrichtendienstes, können Sie mir nicht sagen, wie sich das zueinander verhält?

**Zeuge Albert Karl:** Ich kann Ihnen die prozentuale Aufteilung für einzelne Aufklärungs- -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es könnte sein, dass es 0,0 Prozent sind, globaler Terrorismus?

**Zeuge Albert Karl:** Das halte ich eher für ausgeschlossen -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie wissen es halt nicht?

**Zeuge Albert Karl:** - aufgrund der Prioritäten. Ja.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

**Zeuge Albert Karl:** Aber ich weiß nicht konkret prozentual.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Ich will es auch nicht konkret, sondern ich will es ungefähr haben.

**Zeuge Albert Karl:** Ich kann Ihnen keine konkreten - -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gehen wir in Ihren Fachbereich: Proliferation. Wie viel ungefähr?

**Zeuge Albert Karl:** Ich kann Ihnen zu keinem der Themen sagen, wie viel - - welcher Prozentanteil an Selektoren oder Telekommunikationsmerkmalen für die jeweiligen Gefahrenbereiche gesteuert wird.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wissen Sie, wie viele Selektoren gesteuert werden?

**Zeuge Albert Karl:** Mir ist die Zahl nicht bekannt oder erinnerlich.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ungefähr?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Albert Karl:** Nein, Herr Abgeordneter, das kann ich Ihnen nicht sagen, in welchem Bereich das liegt.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 700 000? 7 Millionen oder 7 Milliarden?

**Zeuge Albert Karl:** Ich kann die Frage nicht beantworten, Herr Abgeordneter.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich verstehe. Sie können mir nicht sagen, wie viele Selektoren gesteuert werden, und Sie können mir nicht sagen, wie die prozentuale Verteilung beim Aufklärungsprofil ist. Haben Sie das Gefühl, dass im Bundeskanzleramt heute da ein gutes Qualitätsmanagement gemacht wird? Können Sie nachts ruhig schlafen?

**Zeuge Albert Karl:** Ich weiß, worauf Sie hinauswollen, Herr Abgeordneter.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Sie wissen nicht, worauf ich hinauswill?

**Zeuge Albert Karl:** Doch, ich weiß schon.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

**Zeuge Albert Karl:** Ich arbeite, genauso wie ich Ihre Fragen beantworte, nach bestem Wissen und Gewissen.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das glaube ich gerne. Und dass die Dinge so laufen, wie sie sind, liegt ja auch nicht in Ihrer Organisationsverantwortung. Aber Sie sind Teil dieses Systems, und deswegen fragt man sich, ob es heute halt irgendwie besser geworden ist. Und wenn jetzt jemand, der für die Qualitätskontrolle verantwortlich ist, mir nicht ungefähre Sachen sagen kann zu diesen Dingen, bin ich zutiefst beunruhigt. Wir besprechen ja im Augenblick hier sozusagen, wie man gesetzliche Veränderungen in diesem Bereich macht und aus gutem Grund.

Wer entscheidet denn heute, heute oder noch im Untersuchungszeitraum - was ist das, März 2014?

Nein, März 2014 - - Wer entschied im März 2014, was für Selektoren eingestellt werden und welche nicht? Entscheiden das die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Nachrichtenbearbeitung und Nachrichtengewinnung? Entscheiden das die Referatsleiter, die Unterabteilungsleiter? Lässt sich Schindler jeden einzelnen Selektor vorlegen und sagt: „Das könnt ihr machen und das nicht“? Wie machen Sie das?

(Christian Flisek (SPD):  
Rhetorische Frage!)

**Zeuge Albert Karl:** Für die Einstellung von Telekommunikationsmerkmalen ist an und für sich der Nachrichtenbearbeiter zuständig.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Nachrichtenbearbeiter? Also, das wird immer noch auf der unteren Ebene entschieden, was steuere ich für ein Merkmal und was nicht?

**Zeuge Albert Karl:** Ja, gut, dem Voraus geht natürlich auch ein längerer Prozess, der - - wie so ein Telekommunikationsmerkmal letztendlich zustande kommt. Da gibt es verschiedene Möglichkeiten.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber wenn jetzt irgendjemand bei der technischen Aufklärung sagt, ich will jetzt die Hillary Clinton, die will ich jetzt, die quatscht viel zu Afghanistan, das interessiert mich jetzt, hillary.clinton@hotmail.com, wer sorgt dafür, dass das nicht passiert? Wer kontrolliert das?

**Zeuge Albert Karl:** Das müssten die Qualitätssicherungsstellen innerhalb der Abteilung TA.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber das Bundeskanzleramt hat keine Weisung erteilt oder irgendwas, wie das genau abzulaufen hat?

**Zeuge Albert Karl:** Nicht, wie der genaue Prozess abzulaufen hat. Dass eine Kontrolle stattfindet, ja.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber was für eine Kontrolle findet denn statt - beschreiben Sie mir das mal -, wenn jetzt



## Nur zur dienstlichen Verwendung

der von der Nachrichtengewinnung sagt, diesen Selektor „Hillary Clinton“ will ich einstellen?

**Zeuge Albert Karl:** Ich denke, dass der genaue Ablauf Gegenstand einer nichtöffentlichen Sitzung wäre.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie können ja sagen, gibt es ein Vieraugen-, ein Sechsaugenprinzip oder wie funktion- -

**Zeuge Albert Karl:** Es gibt im Prozessablauf mehrere Kontrollmechanismen. Zum einen - -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gibt es da eine Weisung, Herr Karl, vom Bundeskanzleramt?

**Zeuge Albert Karl:** Über den Verarbeitungsprozess? Nein.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Man fragt sich so ein bisschen bezüglich der Lernfähigkeit der Strukturen.

**Zeuge Albert Karl:** Man muss unterscheiden zwischen dem untersuchungsgegenständlichen Zeitraum und der Jetztzeit.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, für die Jetztzeit kann ich gar nichts. Wenn Herr Wolff bereit ist, den neuen Glanz des Bundesnachrichtendienstes hier vorzustellen, dass jetzt alles super läuft, dann muss er halt sagen, es darf über die Jetztzeit geredet werden. Dann allerdings auch über die Sachen, die nicht so toll sind. Aber das nehme ich jetzt überhaupt nicht, sondern ich kann nur fragen bis März 2014. Und gibt es in unserem Untersuchungszeitraum eine Anweisung, irgendwas, dass man verhindert, dass irgendwelche Nachrichtenbearbeiter oder -gewinner irgendwelche Selektoren einstellen, von denen man nachher feststellt, um Gottes Willen, was steuern wir da für ein Zeug?

**Zeuge Albert Karl:** Es gibt das BND-Gesetz.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das gab es ja schon immer. Und da hat es ja irgendwie - -

**Zeuge Albert Karl:** Es gibt das Gesetz zu Artikel 10.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, die gab es auch schon immer.

**Zeuge Albert Karl:** Natürlich gibt es einschlägige Vorschriften und - -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das Controlling hat halt versagt. Man musste Zehntausende, wenn nicht sogar deutlich mehr, Selektoren deaktivieren, weil man sie halt fälschlicherweise steuerte, weil es eben keine richtige Kontrolle gab. Und Sie können mir jetzt nicht erklären als jemand für das Controlling zuständig, wie das heute funktioniert, heute heißt.

**Zeuge Albert Karl:** Heute. März 2014.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): März 2014. Keine Anweisung. Nichts. Man hat einfach so weitergemacht?

**Zeuge Albert Karl:** Es gab keine Dienstvorschrift Signals Intelligence.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Verstehe.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Herzlichen Dank. - Wenn es keine Fragen mehr gibt, die im öffentlichen Teil gestellt werden können, und kein Bedarf besteht mehr an einer eingestuften Sitzung, was ich sehr langsam frage, um die Gelegenheit zu geben, da zu widersprechen, dann wären wir am Ende der Sitzung.

Herr Zeuge, ich darf mich ganz herzlich bei Ihnen bedanken, dass Sie sehr lange uns Rede und Antwort gestanden haben, auf viele, viele Fragen das gesagt haben, was Sie nach bestem Wissen und Gewissen gewusst haben, hoffe ich. Ich bedanke mich bei Ihnen.





## Nur zur dienstlichen Verwendung

Sobald das Protokoll fertig ist, wird Ihnen das Protokoll zugestellt. Nach zwei Wochen senden Sie es bitte spätestens zurück, wenn Sie Änderungen oder Korrektur vornehmen wollen.

Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend. Sie müssen sich jetzt nicht mehr bereithalten. Es findet keine eingestufte Sitzung mehr statt.

Damit ist die Sitzung geschlossen. Allen einen guten Heimweg und einen schönen Abend deutlich vor 24 Uhr. Die nächste Sitzung findet statt nächste Woche am Donnerstag. Bis dann. Tschüss!

(Schluss: 20:46 Uhr)

# **ANLAGE 1**

.....

**Gesendet:**

**An:**

**Betreff:**

Leistner-Kocca, Renate, GL'in 23 <[REDACTED]@bamf.bund.de>

Mittwoch, 16. Dezember 2015 14:27

PA25 1.Untersuchungsausschuss 18.WP Postfachaccount PA25

PA 25 - 5503

Sehr geehrte Frau [REDACTED] sehr geehrter Herr Georgii,

zu dem Protokoll meiner Zeugenvernehmung am 26.11.2015 habe ich 2 Anmerkungen; ich bin mir dabei allerdings nicht sicher, ob meine Aussage korrekt wiedergegeben wurde, und ich mich missverständlich ausgedrückt habe, oder ob meine Aussage im Protokoll nicht ganz richtig wiedergegeben ist. Es handelt sich um folgende Passagen:

S. 14, Spalte 2, Vorsitzender „Spielte die Entscheidungsprognose da eine Rolle ...“

Zeugin: „ ... dann haben die Kollegen in den Außenstellen ganz normal ihre Anhörung gemacht wie immer.“

Richtig muss es heißen „ ... dann haben die Kollegen ... ihren Bescheid gemacht ...“.

S. 49, Spalte 2, Zeugin „... Die Informationen ... haben wir dann ... weitergegeben,.... wir haben die Anwälte darüber informiert, dass... die Informationen an den BND weitergegangen sind und dass es möglicherweise der BND war, der jetzt ...“

richtig muss es heißen „ .. an die HBW weitergegangen ... und ... möglicherweise die HBW war, die jetzt ...“

I.Ü. habe ich keine Einwände.

Gruß, Lei

Renate Leistner-Kocca  
Gruppenleiterin

---

Forschungszentrum Migration, Integration und Asyl

Frankenstraße 210, 90461 Nürnberg

Telefon: 0911 943 - [REDACTED]

Fax: 0911 943 - [REDACTED]

E-Mail [REDACTED]@bamf.bund.de

Internet: [www.bamf.de](http://www.bamf.de)

[www.wir-sind-bund.de](http://www.wir-sind-bund.de)

## **ANLAGE 2**

**Von:** Karl, Albert <[REDACTED]@bk.bund.de>  
**Gesendet:** Freitag, 4. Dezember 2015 19:08  
**An:** PA25 1.Untersuchungsausschuss 18.WP Postfachaccount PA25  
**Cc:** PGUA  
**Betreff:** Stenografisches Protokoll der 76. Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses am 26. November 2015: Prüfung

Sehr geehrter Herr Georgii,

herzlichen Dank für das Stenografische Protokoll über meine öffentliche Zeugenvernehmung durch den 1. Untersuchungsausschuss am 26. November 2015, das hier am 2. Dezember 2015 eingegangen ist.

Ich habe das Protokoll geprüft.

Auf Seite 61, Textspalte 2, letzter Absatz („Meine Name ist Albert Karl ... das Referat 603“) ist lediglich folgende Wiedergabe zu berichtigen:

Streiche: „Seit Oktober 2013, genau seit Anfang Oktober 2013, leite ich im Bundeskanzleramt das Referat 603.“

Setze: „Seit August 2013, genau seit Anfang August 2013, leite ich im Bundeskanzleramt das Referat 603.“

(Begründung: Ich leite das Referat 603 seit 5. August 2013. Auf Seite 62, Textspalte 1, 4. Absatz wird dies entsprechend richtig ausgeführt.)

Gerne stehe ich für Rückfragen zur Verfügung!

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag

Albert Karl  
Bundeskanzleramt  
Referatsleiter 603

Hausanschrift: Willy-Brandt-Str. 1, 10557 Berlin  
Postanschrift: 11012 Berlin  
Tel.: 030-18400-[REDACTED]  
E-Mail: [REDACTED]@bk.bund.de